

Schweizerisches Bundesblatt.

61. Jahrgang. I.

№ 1

6. Januar 1909.

*Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 5 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile oder deren Raum 15 Rp. — Inserate franko an die Expedition.
Druck und Expedition der Buchdruckerei Stämpfli & Cie. in Bern.*

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die
Ergebnisse der im Jahre 1907 im Haag abgehaltenen
zweiten internationalen Friedenskonferenz.

(Vom 28. Dezember 1908.)

Tit.

Die im Jahre 1904 in St. Louis versammelte interparlamentarische Vereinigung hatte den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten, er möchte eine internationale Konferenz einberufen:

1. zur Erledigung der von der Haager Konferenz im Jahre 1899 offen gelassenen Fragen;
2. zum Abschluss von Schiedsverträgen unter den beteiligten Staaten;
3. zur Beratung der Einrichtung eines internationalen Kongresses, der sich zur Erörterung internationaler Fragen periodisch versammeln sollte.

Am 21. Oktober 1904 erliess Herr Staatssekretär Hay an die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Signatarmächten der Haager Übereinkommen vom Jahre 1899 ein Rundschreiben, worin sie angewiesen wurden, die Regierungen anzufragen, ob sie geneigt wären, eine zweite nach dem Haag einzuberufende Friedenskonferenz zu beschicken. Er verwies auf die grossen, von der ersten Haager Konferenz



unerledigt gelassenen Fragen: die Rechte und Pflichten der Neutralen; die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege; die Beschiessung unverteidigter Häfen, Städte und Dörfer durch eine Kriegsflotte, und erwähnte den jüngst, am 28. April 1904, vom Kongress der Vereinigten Staaten gefassten Beschluss, der den Präsidenten einlud, sich bei den Seemächten dafür zu verwenden, dass das Seebeuterecht abgeschafft, d. h. in einem völkerrechtlichen Akt festgestellt werde, dass das Privateigentum im Seekriege, wenn es nicht Kontrebande sei, weder weggenommen noch zerstört werden dürfe.

Wir erklärten uns am 11. November 1904 bereit, uns an der geplanten Konferenz vertreten zu lassen.

Am 28. Dezember 1904 erhielten wir von der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika ein zweites Rundschreiben des Staatssekretärs Hay vom 16. Dezember 1904, aus dem sich ergab, dass trotz allseitiger grundsätzlicher Zustimmung die Konferenz vertagt werden müsse, weil Russland erklärt hätte, es könne sich während des Krieges mit Japan daran nicht beteiligen. Dabei bemerkte der Staatssekretär:

„Comme il est certain que la proposition du Président de choisir la Haye comme lieu de la réunion de la deuxième conférence de la paix sera acceptée par toutes les Puissances intéressées, et vu qu'il existe dans cette capitale une représentation organisée des Etats signataires des actes de 1899, le Gouvernement des Etats-Unis estime qu'il ne lui appartient pas de prendre l'initiative de l'élaboration d'un programme, ni de se charger de la direction des pourparlers des Etats signataires à cet égard. Il paraît au Président que la haute tâche qu'il a entreprise en cherchant à amener une entente entre les Puissances au sujet de la réunion d'une deuxième conférence de la paix est virtuellement accomplie. L'invitation ayant été acceptée en principe par pour tous les Gouvernements, cette affaire peut suivre désormais la voie normale. Nous sommes d'avis que l'échange de vue ultérieur et nécessaire entre les signataires des actes de 1899 peut se faire par l'entremise du Bureau international, sous le contrôle du Conseil administratif permanent à La Haye. On peut admettre qu'en ayant recours à cette institution créée et maintenue par les Puissances elles-mêmes, une direction régulière des consultations préliminaires est assurée, et la voie reste libre pour une action éventuelle du Gouvernement des Pays-Bas en vue de la réunion d'une nouvelle conférence à La Haye, si, toutefois, cette manière de procéder devait être adoptée.“

Wir teilten am 20. Januar 1905 der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mit, dass wir mit diesen Vorschlägen ihrer Regierung einverstanden seien.

Mit Note vom 14./26. September 1905 zeigte uns die russische Regierung an, dass sie, nachdem sie sich der Mitwirkung des Präsidenten Roosevelt versichert habe, Einladungen zu einer zweiten Friedenskonferenz ergehen lasse, die nach dem Haag einberufen werden sollte, sobald die eingeladenen Mächte in zustimmendem Sinne geantwortet hätten.

Am 29. September 1905 erklärten wir der russischen Regierung, dass wir ihrer Einladung Folge leisten würden.

In einer zweiten Note vom 21. März/3. April 1906 teilte uns die russische Regierung das von ihr für die Beratungen der Konferenz aufgestellte Programm mit. Es umfasste folgende Punkte :

1. Verbesserung des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle in dessen Bestimmungen über den Schiedshof und die internationalen Untersuchungskommissionen.

2. Ergänzung des Abkommens von 1899, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, unter anderem durch Bestimmungen über den Beginn der Feindseligkeiten, über die Rechte der Neutralen zu Lande u. s. w. Deklarationen von 1899. Eine von ihnen ist abgelaufen: Frage ihrer Erneuerung.

3. Ausarbeitung eines Abkommens, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekriegs, mit Beziehung auf :

die besonderen Operationen des Seekriegs, wie das Bombardement unverteidigter Häfen, Städte und Dörfer durch See-
streitkräfte, die Legung von Seeminen u. s. w.,

die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe,

das Privateigentum der Kriegführenden auf See,

die Gewährung von Fristen für Kauffahrteischiffe zum Verlassen neutraler oder feindlicher Häfen nach dem Beginne der Feindseligkeiten,

die Rechte und Pflichten der Neutralen zur See, unter andern Fragen die der Konterbande, die Behandlung der Schiffe der Kriegführenden in neutralen Häfen, die Zerstörung der als
Prisen angehaltenen neutralen Kauffahrteischiffe im Notfall.

In das auszuarbeitende Abkommen würden die für den Landkrieg geltenden Bestimmungen, die gleichermassen auf den Seekrieg Anwendung finden sollen, aufzunehmen sein.

4. Ergänzung des Abkommens von 1899, betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg.

Es wurde beigefügt, dass die Konferenz in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1906 im Haag zusammentreten könnte.

Am 10. April 1906 beantworteten wir die russische Note dahin, dass wir zu dem vorgelegten Programm nichts zu bemerken hätten.

Die Konferenz wurde sodann, wie uns die russische Gesandtschaft am 12. April 1906 mitteilte, nach dem Wunsche mehrerer Mächte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Am 24. März/6. April 1907 erhielten wir von der russischen Gesandtschaft eine Note, die in deutscher Übersetzung wie folgt lautet:

„Vor Einberufung der zweiten Friedenskonferenz hält es die Kaiserliche Regierung für ihre Pflicht, den Mächten, die ihre Einladung angenommen haben, die gegenwärtige Sachlage darzulegen. Alle Mächte, denen die Kaiserliche Regierung im März 1906 ihren Entwurf des Programms für die Arbeiten der neuen Konferenz mitgeteilt hatte, sind ihm beigetreten. Es sind jedoch bezüglich dieses Programms die nachfolgenden Bemerkungen gemacht worden:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich vorbehalten, der zweiten Konferenz zwei ergänzende Fragen zu unterbreiten: die eine betrifft die Verminderung oder die Beschränkung der Heere, die andere eine Verständigung der Mächte darüber, dass bei der Anwendung von Gewalt zur Eintreibung gewöhnlicher öffentlicher Vertragsschulden gewisse Grenzen zu beobachten seien.

Die spanische Regierung hat den Wunsch ausgesprochen, die Frage der Beschränkung der Rüstungen zu erörtern; sie behält sich vor, diesen Gegenstand bei der nächsten Vereinigung im Haag zu behandeln.

Die britische Regierung legt grosses Gewicht darauf, dass die Frage der Ausgaben für Rüstungen auf der Konferenz erörtert werde. Sie behält sich vor, diese Frage aufzuwerfen und sich im übrigen an der Erörterung derjenigen im russischen Programm angegebenen Punkte nicht zu beteiligen, die nach ihrer Ansicht nicht zu einem nützlichen Ergebnisse führen können.

Japan ist der Ansicht, dass gewisse Fragen, die im Programm nicht speziell aufgezählt sind, nützlicherweise auf die Liste der zu prüfenden Gegenstände gesetzt werden könnten. Es behält sich vor, sich jeder Erörterung fernzuhalten, die eine Wendung nähme oder voraussetzen liesse, die nach dem Ermessen der japanischen Regierung nicht dazu beitragen könnte, ein nützliches Ergebnis zu Tage zu fördern.

Die Regierungen von Bolivia, Dänemark, Griechenland und den Niederlanden haben sich ebenfalls im allgemeinen vorbehalten, der Konferenz andere Gegenstände zu unterbreiten, die mit den im russischen Programm aufgeführten im Zusammenhang stehen.

Die Kaiserliche Regierung hält es für ihre Pflicht, zu erklären, dass Russland sein Programm vom März 1906 als Grundlage für die Beratungen der Konferenz aufrecht erhält, und dass es sich seinerseits das Recht wahrt, an keinen Erörterungen teilzunehmen, die ihm nicht zu einem praktischen Ergebnisse zu führen scheinen.

Ähnliche Bemerkungen wurden von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung gemacht, die sich ebenfalls das Recht vorbehalten, in Verhandlungen nicht einzutreten, die nach ihrer Ansicht zu keinem praktischen Ergebnisse führen können.

Indem die Kaiserliche Regierung diese Vorbehalte zur Kenntnis der Mächte bringt, spricht sie die Hoffnung aus, dass die Arbeiten der zweiten Friedenskonferenz neue Bürgschaften für ein gutes Einvernehmen zwischen den Nationen der zivilisierten Welt schaffen werden. Die niederländische Regierung ist gleichzeitig ersucht worden, die Konferenz für die ersten Tage des Juni einberufen zu wollen.“

Endlich zeigte die niederländische Gesandtschaft mit Note vom 11. April 1907 an, dass die zweite Friedenskonferenz am 15. Juni, 2 Uhr nachmittags, im Rittersaale des Binnenhofes im Haag zusammentreten werde.

Am 30. April 1907 ernannten wir zu unseren Delegierten die Herren :

1. Dr. jur. Gaston Carlin, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in London und im Haag ;

2. Dr. jur. Eugen B o r e l , Obersten im Generalstab und Professor der Rechte in Genf ;

3. Dr. jur. Max H u b e r , Professor der Rechte in Zürich.

Als Sekretär wurde der Abordnung Herr G. D u P a s -
q u i e r , Übersetzer des Handelsdepartements, beigegeben.

I.

Am 15. Juni 1907 wurde die Konferenz durch den niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Tets van Goudriaan, eröffnet und dauerte bis zum 18. Oktober, also rund vier Monate. Vertreten waren 44 Staaten, diesmal auch die Mittel- und südamerikanischen Staaten, während an der ersten Konferenz nur 26 Staaten, darunter von den amerikanischen Republiken nur die Vereinigten Staaten und Mexiko, teilgenommen hatten.

Die Arbeiten wurden unter vier Kommissionen wie folgt verteilt :

Erste Kommission: Schiedssprechung, Untersuchungskommissionen, internationale Prisengerichtbarkeit und der amerikanische Antrag auf Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden.

Zweite Kommission: Verbesserung und Ergänzung des Landkriegsabkommens von 1899, Erklärungen von 1899, Rechte und Pflichten der Neutralen im Landkriege, Eröffnung der Feindseligkeiten.

Dritte Kommission: Beschiessung von Häfen, Städten und Ortschaften, Legung von Seeminen, Behandlung der Schiffe der Kriegführenden in neutralen Häfen und Gewässern, Ergänzung des Abkommens von 1899 über die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg.

Vierte Kommission: Umwandlung von Handelsschiffen ; das Privateigentum zur See ; die den Kauffahrtsschiffen zu gewährenden Fristen zum Verlassen neutraler oder feindlicher Häfen nach dem Beginn der Feindseligkeiten ; die Kriegskontrebande ; die Blockade ; die Zerstörung neutraler Prisen im Notfalle.

Die Anpassung der Regeln des Landkriegsabkommens an die Verhältnisse des Seekriegs wurde den vereinigten Redaktionsausschüssen der III. und IV. Kommission überwiesen.

Die erste, zweite und dritte Kommission teilten sich in je zwei Unterkommissionen. Ausserdem wurden zur Vorprüfung der einzelnen Fragen Prüfungsausschüsse (comités d'examen) und zur Bereinigung und Feststellung der Texte Redaktionsausschüsse (comités de rédaction) gebildet. So überwies die erste Unterkommission der ersten Kommission die Fragen der Einführung der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit und der Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei Eintreibung vertragsmässiger Schulden einem Prüfungsausschuss A, während ein Prüfungsausschuss B sich mit der Frage der Einrichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes und ein Prüfungsausschuss C mit dem Schiedsgerichtsverfahren befassen sollte. Die zweite Unterkommission bestellte ihrerseits einen besondern Prüfungsausschuss für die Prisengerichtsbarkeit. Für jede Kommission wurden 2—3 Ehrenpräsidenten, sämtlich Delegierte mit Botschafterrang, je ein Präsident und drei Vizepräsidenten bezeichnet. Der erste schweizerische Delegierte war einer der Vizepräsidenten der zweiten Kommission. Der zweite Delegierte wurde als Sekretär und als einer der beiden Berichterstatter der zweiten Unterkommission der zweiten Kommission gewählt.

Unsere Abordnung liess sich bei allen Kommissionen einschreiben und nahm an sämtlichen Sitzungen teil. Die Schweiz war im Prüfungsausschusse A der I. Kommission (Schiedswesen), im Prüfungsausschusse der II. Kommission (Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und im Prüfungsausschusse der III. Kommission (Anpassung der Grundsätze der Genfer Konvention an den Seekrieg) durch ihren ersten Delegierten vertreten. Der zweite Delegierte war in seiner Eigenschaft als Sekretär und Berichterstatter der zweiten Unterkommission (Rechte und Pflichten der Neutralen im Landkrieg) Mitglied der allgemeinen Redaktionskommission.

Die Ergebnisse der Verhandlungen sind in einer Schlussakte vom 18. Oktober zusammengefasst, die von allen Staaten, Paraguay und die Türkei ausgenommen, und von der Schweiz mit einem Vorbehalte zum „Wunsche“ Nr. 1 (Errichtung eines Schiedsgerichtshofes), den wir nicht angenommen haben, unterzeichnet wurde. Danach hat die Konferenz folgende Vereinbarungen festgestellt, deren Unterzeichnung bis zum 30. Juni 1908 offen gelassen wurde :

1. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

Von allen Staaten unterzeichnet mit Ausnahme der Republik Nicaragua. Es haben Vorbehalte gemacht: die Vereinigten Staaten Amerikas im Sinne der Monroe-Doctrin, Brasilien zu Art. 53, Abs. 2—4; Chile zu Art. 39; Griechenland zu Art. 53, Abs. 2; Japan zu Art. 48, Abs. 3 und 4, Art. 53, Abs. 2, und Art. 54; Rumänien zu Art. 38, 39 und 40; die Schweiz zu Art. 53, Abs. 2, und die Türkei in dem Sinne, dass sie den in dem Abkommen vorgesehenen Mitteln zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten einen rein fakultativen Charakter beimesse.

2. Abkommen betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden.

Nicht unterzeichnet wurde dieses Abkommen von Belgien, Brasilien, China, Luxemburg, Nicaragua, Rumänien, Siam, Schweden, der Schweiz und Venezuela.

Es haben Vorbehalte gemacht: Argentinien, Bolivien, die Dominikanische Republik, Ekuador, Griechenland, Guatemala, Kolumbien, Peru, Salvador und Uruguay.

3. Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten.

Von China und Nicaragua nicht unterzeichnet.

4. Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

Von China, Spanien und Nicaragua nicht unterzeichnet.

Es haben Vorbehalte gemacht: Deutschland, Österreich-Ungarn, Japan, Montenegro und Russland zu Art. 44 des Reglements und die Türkei zu Art. 3 des Abkommens.

5. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs.

Von China und Nicaragua nicht unterzeichnet.

Es haben Vorbehalte gemacht: Argentinien zu Art. 19 und Grossbritannien zu Art. 16, 17 und 18.

6. Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruche der Feindseligkeiten.

Nicht unterzeichnet von den Vereinigten Staaten Amerikas, China und Nicaragua.

Es haben Vorbehalte gemacht: Deutschland und Russland zu Art. 3 und Art. 4, Abs. 2.

7. Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe.

Nicht unterzeichnet haben die Vereinigten Staaten Amerikas, China, die Dominikanische Republik, Nicaragua und Uruguay.

Die Türkei hat einen Vorbehalt in dem Sinne gemacht, dass sie sich nicht verpflichten könne, den in ihren Gewässern oder auf hoher See unter der Handelsflagge fahrenden Schiffen, die beim Ausbruch der Feindseligkeiten umgewandelt werden, den Charakter von Kriegsschiffen zuzuerkennen.

8. Abkommen über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen.

Nicht unterzeichnet haben China, Montenegro, Nicaragua, Portugal, Russland, Spanien und Schweden.

Es haben Vorbehalte gemacht: Deutschland zu Art. 2, die Dominikanische Republik zu Art. 1, Abs. 1, Frankreich zu Art. 2, Grossbritannien, Siam zu Art. 1, Abs. 1, und die Türkei (siehe Protokoll der achten Plenarsitzung vom 9. Oktober 1907).

9. Abkommen betreffend die Beschießung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten.

Nicht unterzeichnet von China, Nicaragua und Spanien.

Es haben Vorbehalte gemacht: Deutschland zu Art. 1, Abs. 2, Chile zu Art. 3, Frankreich, Grossbritannien und Japan zu Art. 1, Abs. 2.

10. Abkommen betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg.

Nicht unterzeichnet von Nicaragua.

Es haben Vorbehalte gemacht: China zu Art. 21 und Grossbritannien zu Art. 6, 12 und 21. Persien und die Türkei behielten sich das Recht vor, statt des roten Kreuzes andere

Schutzzeichen, d. h. den Löwen, die rote Sonne und den roten Halbmond, zu verwenden.

11. Abkommen über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekriege.

Nicht unterzeichnet von China, Montenegro, Nicaragua und Russland.

12. Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofs.

Nicht unterzeichnet von Brasilien, China, der Dominikanischen Republik, Griechenland, Grossbritannien, Japan, Luxemburg, Montenegro, Nicaragua, Rumänien, Russland, Serbien und Venezuela.

Es haben Vorbehalte gemacht: Chile, Ekuador, Guatemala, Haiti, Kuba, Persien, Salvador, Siam, Uruguay und die Türkei zu Art. 15.

13. Abkommen über die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekriegs.

Nicht unterzeichnet von den Vereinigten Staaten Amerikas, China, Kuba, Nicaragua und Spanien.

Es haben Vorbehalte gemacht: Deutschland zu Art. 11, 12, 13 und 20, die Dominikanische Republik zu Art. 12, Grossbritannien zu Art. 19 und 23, Japan zu Art. 19 und 23, Persien zu Art. 12, 19 und 21, Siam zu Art. 12, 19 und 23 und die Türkei zu Art. 10.

14. Erklärung betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen.

Nicht unterzeichnet haben Deutschland, Chile, Dänemark, Frankreich, Guatemala, Italien, Japan, Mexico, Montenegro, Nicaragua, Paraguay, Rumänien, Russland, Serbien, Schweden, Siam, Spanien und Venezuela.

Ausser diesen Vereinbarungen enthält die Schlussakte eine Erklärung betreffend die obligatorische Schiedssprechung, einen Beschluss, der die Abrüstungsfrage den Regierungen zu erneuertem und erstem Studium überweist, vier Wünsche und eine Anregung. Diese geht dahin, die Mächte möchten in etwa

acht Jahren eine dritte Friedenskonferenz zusammenberufen, deren Arbeiten so rechtzeitig vorzubereiten wären, dass die Beratungen rasch von statten gehen könnten. Zu diesem Zwecke sollte etwa zwei Jahre vor dem voraussichtlichen Zusammentritte der Konferenz ein Vorbereitungsausschuss von den Regierungen damit beauftragt werden, die der Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge zu sammeln, die für eine demnächstige internationale Regelung geeigneten Gegenstände auszusuchen und ein Programm vorzubereiten, das die Regierungen zeitig genug festzustellen hätten, um seine eingehende Prüfung in jedem Lande zu ermöglichen. Dieser Ausschuss würde ausserdem berufen sein, Vorschläge über die Organisation und das Verfahren der Konferenz selbst zu machen.

Diese Anregung ist die Frucht der im Haag gemachten Erfahrungen und daher sehr zu begrüssen.

Ein weiterer, in der neunten Plenarsitzung (16. Oktober) von Herrn Baron d'Estournelles de Constant formulierter, von der Konferenz gutgeheissener, aber in der Schlussakte nicht erwähnter „Wunsch“ lautet:

„La Conférence exprime le vœu que chaque Gouvernement signataire de la Convention de La Haye contribue à l'édification du Palais de la Paix par l'envoi, d'accord avec l'architecte, des matériaux de construction, de décoration, et des objets d'art représentant les plus purs spécimens de sa production nationale, de façon que ce Palais, expression de la volonté et de l'espérance universelle, soit fait de la substance même de tous les pays.“

Die Schlussakte, die Vereinbarungen und ein Vertragsentwurf über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofs, den die Konferenz den Mächten zur Annahme empfiehlt, sind dieser Botschaft nebst einer deutschen Übersetzung beigelegt.

Die Protokolle der Konferenz und die Berichte unserer Delegation, darunter ein umfangreicher Schlussbericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen, stehen Ihnen zur Verfügung.

Zu den einzelnen Vereinbarungen und den damit zusammenhängenden, von der Konferenz erörterten, aber ungelöst gebliebenen Fragen ist folgendes zu bemerken:

II.

1. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

Durch dieses Abkommen hat das Haager Schiedsabkommen von 1899 keine Änderungen von grundsätzlicher Bedeutung erfahren.

In Art. 3 sind nach dem Worte „utile“ die Worte „et désirable“ eingeschaltet worden. Die Vertragsstaaten erklären also, dass es nicht nur nützlich, sondern auch wünschenswert sei, dass am Streite nicht beteiligte Mächte den im Streite befindlichen Staaten ihre guten Dienste oder ihre Vermittlung anbieten.

Zu Art. 8 hatte Haiti einen Abänderungsantrag in dem Sinne gestellt, dass die von den streitenden Parteien gewählten zwei Mächte nicht selbst die Vermittlerrolle zu übernehmen, sondern gemeinschaftlich einen einzigen Vermittler zu bezeichnen hätten, der den Bruch der friedlichen Beziehungen zu verhindern suchen sollte.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Titel III, der von den internationalen Untersuchungskommissionen handelt, ist auf Grund der im Hüller Streitfall gemachten Erfahrungen ausgestaltet worden. Er zählt jetzt 28 Artikel statt 14, die sich hauptsächlich auf das Verfahren vor den Untersuchungskommissionen beziehen.

Art. 9 stellt es den Parteien anheim, internationale Untersuchungskommissionen zu bestellen, wenn es sich um Streitigkeiten handelt, die weder die Ehre noch wesentliche Interessen berühren und einer verschiedenen Würdigung von Tatsachen entspringen.

Russland hätte gewünscht, die Worte „jugent utile“ durch „convient“ zu ersetzen und die Aufgabe der Untersuchungskommissionen dahin zu erweitern, dass sie nicht nur die Tatsachen aufzuklären, sondern auch festzustellen hätten, wen die Verantwortlichkeit für das Geschehene trifft. Die Konferenz ist jedoch darauf nicht eingegangen und hat den Artikel mit der einzigen Änderung angenommen, dass nach „utile“ die Worte „et désirable“ eingeschaltet wurden.

Die internationalen Untersuchungskommissionen werden auf Grund eines besonderen Abkommens der streitenden Teile gebildet. Dieses Abkommen bestimmt nach dem neuen Art. 10

auch die Art und die Frist, in denen die Kommission zu bilden ist. Es bestimmt ferner den Sitz der Kommissionen, die Sprache, deren die Kommission sich bedienen wird, die Art der Bestellung von Beisitzern und den Umfang ihrer Befugnisse, wenn die Parteien die Ernennung von Beisitzern für nötig erachten.

Um die Einsetzung und die Tätigkeit der Untersuchungskommissionen zu erleichtern, stellen Art. 17—34 Regeln für das Untersuchungsverfahren auf. Diese Bestimmungen haben jedoch nur subsidiären Charakter, d. h. sie finden nur dann Anwendung, wenn die Parteien nicht etwas anderes vereinbart haben.

Art. 35, der dem alten Art. 14 entspricht, bestimmt, dass der Bericht der Kommission in keiner Weise die Bedeutung eines Schiedsspruchs hat. Er beschränkt sich auf die Feststellung der Tatsachen und lässt den Parteien volle Freiheit bezüglich der Folge, die dieser Feststellung zu geben ist.

Russland hatte beantragt, diese Bestimmung in der Weise zu ändern, dass die Parteien nach Kenntnisnahme des Kommissionsberichts frei sein sollten, den Streit durch ein Abkommen beizulegen oder das Haager Schiedsgericht anzurufen. Dieser Antrag bezweckte, eine gewaltsame Lösung zu verhindern, indem die streitenden Parteien vor die Alternative gestellt werden sollten, sich zu verständigen oder aber die Sache dem Schiedsgericht zur Entscheidung zu überweisen. Die Konferenz fand jedoch, dass diese Aussicht unter Umständen die streitenden Staaten von der Einsetzung einer Untersuchungskommission abhalten könnte, und lehnte den russischen Antrag ab.

An dem Titel IV des 1899er Abkommens sind nur wenige Änderungen vorgenommen worden.

Art. 18 ist mit einer kleinen Änderung dem Art. 15 (Art. 37 des neuen Abkommens) als zweiter Absatz hinzugefügt worden und lautet:

„Le recours à l'arbitrage implique l'engagement de se soumettre de bonne foi à la sentence arbitrale.“

Art. 16, der die Schiedssprechung als das wirksamste Mittel bezeichnet, Streitigkeiten zu erledigen, wenn es sich um Rechtsfragen und Fragen der Auslegung und Anwendung internationaler Vereinbarungen handelt, ist in den neuen Art. 38 mit folgendem Zusatz übergegangen:

„En conséquence, il serait désirable que, dans les litiges sur les questions susmentionnées, les Puissances signataires eussent, le cas échéant, recours à l'arbitrage, en tant que les circonstances le permettront.“

Art. 22 hat wenige Änderungen erfahren; der neue Art. 43 erwähnt, dass auch der ständige Schiedshof seinen Sitz im Haag hat.

Dem letzten Absatz des Art. 23 (Art. 44 des neuen Abkommens) sind die Worte „et pour une nouvelle période de six ans“ hinzugefügt worden, um keinen Zweifel darüber zu lassen, dass die zum Ersatz verstorbener oder zurückgetretener Mitglieder des Schiedshofs gewählten Schiedsrichter sechs Jahre im Amte bleiben.

Nach der neuen Fassung des Art. 24 (Art. 45 des neuen Abkommens) sind die streitenden Parteien in der Wahl der Schiedsrichter nicht mehr ganz frei; einer dieser Schiedsrichter soll nicht ihr Staatsangehöriger und nicht eines der von ihnen ernannten Mitglieder des ständigen Schiedshofs sein.

Der alte Art. 24 wies insofern eine Lücke auf, als er nicht bestimmte, was geschehen sollte, wenn sich die beiden mit der Wahl des Obmannes betrauten Mächte hierüber nicht einigen könnten. Der neue Art. 45 füllt diese Lücke aus, indem er vorschreibt, dass dann jede Macht zwei Personen aus der Liste der Mitglieder des ständigen Schiedshofs wählt und dass das Los bestimmt, welche von diesen vier Personen der Obmann sein soll.

Die letzten drei Absätze des Art. 24 bilden den neuen Art. 46.

Art. 25 fällt dahin, weil er dasselbe sagt, was Art. 36.

Im Jahre 1899 hatte Frankreich den Antrag gestellt, das internationale Bureau im Haag möchte mit der Mission betraut werden, jedesmal, wenn ein Streit zwischen zwei oder mehreren Staaten entsteht, diesen aus eigener Initiative seine Vermittlung anzubieten, um das schiedsrichterliche Verfahren einzuleiten, weil oft falsche Rücksichten die Regierungen hindern, diesen Weg einzuschlagen. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt, weil man fand, dass das internationale Bureau im Haag seine Tätigkeit streng auf die Sekretariatsgeschäfte beschränken sollte, damit es keine über die Bedeutung eines Sekretariats hinausgehende Ausdehnung gewinne und nicht zu einer Zentralstelle für die politischen Intriguen der Welt werde.

Dieser Antrag wurde auf der zweiten Friedenskonferenz von Peru wieder gestellt und in der Form angenommen, dass im Falle eines Streites zwischen zwei Mächten es einer jeden von ihnen freisteht, dem internationalen Bureau in einer Note zu erklären, dass sie bereit sei, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Bureau hat die Erklärung sogleich zur Kenntnis der andern Macht zu bringen. Vgl. Abs. 3 und 4 des Art. 48, der im übrigen dem alten Art. 27 entspricht.

Zu Art. 48 haben die Vereinigten Staaten folgenden allgemeinen Vorbehalt im Sinne der Monroelehre gemacht:

„Rien de ce qui est contenu dans cette Convention ne peut être interprété de façon à obliger les Etats-Unis d'Amérique à se départir de leur politique traditionnelle, en vertu de laquelle il s'abstient d'intervenir, de s'ingérer ou de s'immiscer dans les questions politiques ou dans la politique ou dans l'administration intérieures d'aucun Etat étranger. Il est bien entendu également que rien dans la Convention ne pourra être interprété comme impliquant un abandon, par les Etats-Unis d'Amérique, de leur attitude traditionnelle à l'égard des questions purement américaines.“

Art. 28 (jetzt 49) hat nur unwesentliche Änderungen erfahren.

Art. 31 handelt von dem Schiedsvertrag (Kompromiss), den die Parteien abzuschliessen haben, wenn sie dem Schiedsgericht einen Streitfall unterbreiten wollen. In seiner neuen Fassung (Art. 52) scheidet dieser Artikel die Bestimmungen, welche der Schiedsvertrag enthalten soll (Streitgegenstand, Frist für die Ernennung der Schiedsrichter, Form und Fristen für die im Art. 63 vorgesehenen Mitteilungen, Höhe des von jeder Partei als Kostenvorschuss zu hinterlegenden Betrags), von den Bestimmungen, die nicht notwendig in den Schiedsvertrag hineingehören (Art der Ernennung der Schiedsrichter, Sitz des Schiedsgerichts u. s. w.).

Die neuen Art. 53 und 54 sind auf deutschen Antrag eingefügt worden, um das Zustandekommen des Schiedsvertrags zu ermöglichen, wenn sich die Parteien darüber nicht einigen können. In diesem Falle können die Parteien die Feststellung des Schiedsvertrags dem ständigen Schiedshof im Haag übertragen. Dieses Verfahren soll auf Antrag auch nur einer der Parteien, also auch gegen den Willen der andern Partei, platzgreifen, wenn zuvor eine Verständigung auf diplomatischem Wege vergeblich versucht worden ist und es sich handelt:

1. um einen Streitfall, der unter ein nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens (d. h. des Haager Abkommens von 1907) abgeschlossenes Schiedsabkommen fällt, vorausgesetzt, dass dieses für jeden einzelnen Streitfall den Abschluss eines Schiedsvertrags (Kompromiss) vorsieht und die Übertragung der Feststellung desselben an den Haager Schiedshof weder stillschweigend noch ausdrücklich ausschliesst. Doch kann der Staat, der das Schiedsverfahren nicht will, durch die Erklärung, der Streitfall gehöre nicht zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Streitfällen, die ganze Sache abschneiden;
2. um einen Streitfall, der aus Vertragsschulden herrührt, die bei einem Staate von einem anderen Staate für dessen Angehörige eingefordert werden, sofern das Angebot eines Schiedsgerichts angenommen worden ist, es sei denn, dass die Parteien für die Feststellung des Schiedsvertrags ein anderes Verfahren vereinbart hätten.

Aus Gründen, die wir bei Besprechung des Abkommens über die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden darlegen werden, haben wir zu Ziffer 2 des Art. 53 einen Vorbehalt gemacht.

Die Mitglieder des Haager Schiedsgerichts in der Angelegenheit Venezuelas hatten die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Übelstände gelenkt, welche aus der Ernennung von Mitgliedern des ständigen Schiedshofs zu Rechtsbeiständen und Anwälten bei dem Schiedsgericht entstehen. Es wurde deshalb dem Art. 37 (jetzt 62) folgender dritter Absatz beigefügt:

„Die Mitglieder des ständigen Schiedshofs dürfen als Agenten, Rechtsbeistände oder Anwälte nur zu gunsten der Macht tätig sein, die sie zu Mitgliedern des Schiedshofs ernannt hat.“

Dies schliesst jedoch das Recht der Mitglieder des ständigen Schiedshofs nicht aus, Rechtsgutachten für die Parteien zu erstatten.

Um zu vermeiden, dass das Schiedsgericht wiederholt lediglich zu dem Zwecke einberufen werde, die im schriftlichen Verfahren einzuhaltenden Fristen festzusetzen oder zu verlängern, schreibt Art. 63 (früher Art. 39) vor, dass diese Fristen durch den Schiedsvertrag (Kompromiss) zu bestimmen sind.

Eine weitere zweckmässige Neuerung ist die, dass die im Schiedsvertrag festgesetzten Fristen durch Übereinkommen der

Parteien oder durch das Schiedsgericht verlängert werden können.

Ein neuer Art. 65 bestimmt, dass, abgesehen von besonderen Umständen, das Schiedsgericht erst nach dem Schlusse des Vorverfahrens zusammentritt.

Es sind zwei neue Art. 75 und 76 hinzugefügt worden. Art. 75 verpflichtet die Parteien, dem Schiedsgericht in dem weitesten Umfang, den sie für möglich halten, alles für die Entscheidung der Streitigkeit notwendigen Mittel zu gewähren. Nach Art. 76 haben auch am Streite unbeteiligte Staaten nach Massgabe ihrer Landesgesetzgebung Rechtshilfe zu gewähren, es sei denn, dass dadurch ihre Souveränität oder Sicherheit gefährdet würde. Vgl. Art. 23 und 24.

Neu ist auch Art. 82, demzufolge alle Streitfragen, die etwa zwischen den Parteien wegen der Auslegung und der Ausführung des Schiedsspruchs entstehen, der Beurteilung des Schiedsgerichts unterliegen, das den Spruch erlassen hat, wenn der Schiedsvertrag (Kompromiss) dieses Verfahren nicht ausschliesst.

Art. 55 (jetzt Art. 83) gestattet den Parteien, die Nachprüfung (Revision) des Schiedsspruchs zu verlangen, wenn sie sich dieses Recht im Schiedsvertrag vorbehalten haben.

Ein Antrag Russlands auf Streichung dieses Artikels wurde abgelehnt.

Um die schiedsrichterliche Austragung solcher Streitigkeiten zu erleichtern, die ein einfacheres, rascheres und weniger kostspieliges Verfahren erfordern, als das im Haager Schiedsabkommen von 1899 vorgesehene, wurde auf Antrag der französischen Delegation dem vierten Titel ein viertes Kapitel hinzugefügt, das ein summarisches Verfahren einführt.

Das Gericht besteht bei diesem Verfahren aus drei Mitgliedern und wird wie folgt besetzt: Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter wählen einen Obmann. Können sie sich hierüber nicht einigen, so bezeichnet jeder von ihnen zwei Personen aus der Liste des ständigen Schiedshofs und das Los bestimmt, welche unter den so vorgeschlagenen vier Personen der Obmann sein soll.

Die Schiedsrichter dürfen nicht für das Amt eines Obmannes Mitglieder des Schiedshofs, die von den Parteien selbst

ernannt sind, und Staatsangehörige einer der Parteien vorschlagen.

Das Verfahren ist ausschliesslich schriftlich.

Dies die hauptsächlichsten Änderungen, welche die zweite Friedenskonferenz am Schiedsabkommen von 1899 vorgenommen hat.

Über die Fragen der Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofs und der Einführung der obligatorischen Schiedssprechung wurde lange verhandelt, ohne jedoch eine Einigung zu erzielen. Hierüber ist folgendes zu bemerken.

Internationaler Schiedsgerichtshof.

Das zweite Kapitel des vierten Titels des Haager Schiedsabkommens trägt die Überschrift: „Der ständige Schiedshof“. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, dass im Haag ein internationales Gericht ständig sässe, stets bereit, in Funktion zu treten, sobald ihm von den Staaten Streitfälle zur Entscheidung unterbreitet würden. In Wirklichkeit ist nur eine Liste vorhanden, aus welcher die Parteien, die sich über die schiedsrichterliche Austragung einer Streitigkeit verständigt haben (ein Zwang hierzu besteht nicht), die ihnen für den Fall geeignet scheinenden Schiedsrichter wählen. Für die Bildung des Schiedsgerichts ist im Haager Abkommen ein Verfahren vorgesehen, das nur subsidiäre Geltung hat, d. h. es steht den Parteien frei, einen anderen Modus zu vereinbaren.

An dieser Einrichtung fand die zweite Friedenskonferenz verschiedenes auszusetzen. Herr Scott, einer der Rechtsgelehrten der Delegation der Vereinigten Staaten Amerikas, bemerkte u. a.: „La Cour de 1899 n'est pas permanente, puisqu'elle n'est pas composée de juges permanents; elle n'est pas accessible, puisqu'elle a besoin d'être constituée pour chaque cas particulier; enfin ce n'est pas une Cour, puisqu'elle n'est pas composée de juges.“ Und der holländische Vertreter Asser prägte das Wort: „*Il faut qu'il y ait des juges à La Haye.*“

Es wurde also gerade das bemängelt, was man im Jahre 1899 als einen grossen Vorzug gepriesen hatte. Damals hatte sich der erste französische Bevollmächtigte Bourgeois gegen die Errichtung eines Gerichtshofs mit im voraus bestimmten ständigen Richtern entschieden ausgesprochen, indem er in der Ausschusssitzung vom 9. Juni folgendes ausführte:

„In demselben Geist der Klugheit und mit demselben Respekt vor dem nationalen Empfinden hat man in dem einen wie dem andern Entwurf (d. h. dem russischen und dem englischen Entwurf) das Prinzip der ständigen Richter abgelehnt. Es wäre in der Tat eine grosse Schwierigkeit, wollte man im voraus einen Gerichtshof mit einer bestimmten Anzahl von Richtern einsetzen, der die verschiedenen Länder zu vertreten und in regelmässigen Sitzungen die laufenden Geschäfte zu erledigen hätte.

„Ein solcher Gerichtshof würde den Parteien keine Schiedsrichter geben, die im Hinblick auf den Streit gewählt sind und die das Vertrauen des Landes geniessen, sondern Berufsrichter im Sinn des Privatrechts, die ohne Anteil der Parteien im voraus ernannt wären. Ein ständiger Gerichtshof dieser Art würde selbst bei der höchsten Unparteilichkeit seiner Mitglieder in den Augen der öffentlichen Meinung den Charakter einer Staatenvertretung annehmen. Die Regierungen könnten glauben, dass er politischen Einflüssen zugänglich sei, und würden nicht zu ihm kommen als zu einer völlig uninteressierten Gerichtsstelle.“

Die zweite Friedenskonferenz schien in ihrer grossen Mehrheit entschlossen, sich über diese Bedenken hinwegzusetzen.

Der Antrag der Vereinigten Staaten Amerikas auf Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts, bestehend aus 15 besoldeten Richtern, das alljährlich zu einem bestimmten Zeitpunkt im Haag zusammentreten sollte, wurde in der Sitzung der ersten Unterkommission der ersten Kommission vom 3. August mit 28 Stimmen bei 12 Enthaltungen erheblich erklärt und dem Ausschusse B überwiesen. Enthalten hatten sich: Belgien, Dänemark, Griechenland, Norwegen, Österreich-Ungarn, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Serbien, Siam, Spanien und die Türkei. Die Schwierigkeiten begannen, als im Ausschusse die Frage zur Beratung kam, wie der Gerichtshof zu besetzen sei.

Ein Vorschlag ging dahin, der Gerichtshof sei mit 17 Richtern zu besetzen, von denen 8 auf 12 Jahre durch 8 Grossmächte ernannt würden, nämlich: die Vereinigten Staaten Amerikas, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn und Russland. Die übrigen 9 Richter

sollten von den andern 36 Staaten ernannt werden und nur während eines Teils der zwölfjährigen Amtsperiode funktionieren. Es waren folgende 5 Klassen vorgesehen:

1. Z w ö l f J a h r e (8 Richter): die Vereinigten Staaten Amerikas, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn und Russland.

2. Z e h n J a h r e: Holland, Spanien und die Türkei.

3. V i e r J a h r e: Argentinien, Belgien, Brasilien, Chile, China, Dänemark, Griechenland, Mexiko, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

4. Z w e i J a h r e: Bulgarien, Persien, Serbien, Siam.

5. E i n J a h r: Bolivien, die Dominikanische Republik, Ekuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Kolumbien, Luxemburg, Montenegro, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Salvador, Uruguay, Venezuela.

Dieser gegen den Grundsatz der Gleichheit der Staaten verstossende Vorschlag rief lebhaften Widerspruch hervor, insbesondere seitens der südamerikanischen Staaten.

Die brasilianische Delegation trat für das System der absoluten Gleichheit der Staaten ein: so viele Staaten, so viele Richter. Es konnte indessen nicht davon die Rede sein, einen Areopag von 44 Richtern einzusetzen.

Nach einem andern Vorschlag hätte jeder Staat einen Richter ernannt, und die so ernannten 44 Richter sollten aus ihrem Schosse ein Gericht von 15—17 Mitgliedern bestellen. Dieses System erweckte die Befürchtung, dass sich Koalitionen bilden könnten, und wurde deshalb als unannehmbar zurückgewiesen.

Wir erwähnen endlich einen holländischen und einen russischen Antrag, welche die Ernennung von 3 ständigen Richtern durch den Schiedshof von 1899 vorsahen.

Da eine Einigung über die Frage der Besetzung des Schiedsgerichts nicht erzielt werden konnte, so kam keine Vereinbarung zu stande. Die Konferenz musste sich darauf beschränken, in der Schlussakte folgenden Wunsch zu formulieren:

„Die Konferenz empfiehlt den Signatarmächten die Annahme des anliegenden Entwurfs eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofs und seine Inkraftsetzung, sobald eine Einigung über die Auswahl der Richter und die Zusammensetzung des Gerichtshofs erfolgt ist.“

Dieser Wunsch wurde in der Plenarsitzung vom 16. Oktober mit 36 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Enthaltungen haben sich: Belgien, Dänemark, Griechenland, Rumänien, die Schweiz und Uruguay.

In der Schlussakte wurde, entgegen den Präzedentien von 1899, — worauf unsere Delegation aufmerksam zu machen nicht verfehlt hatte — unterlassen, zu bemerken, dass die Annahme des Wunsches betreffend den Schiedsgerichtshof bei einigen Enthaltungen erfolgt war. Wir machten daher bei Unterzeichnung der Schlussakte zu diesem Wunsche, den wir nicht angenommen hatten, einen Vorbehalt.

Die Gründe, die uns bestimmten, uns in dieser Frage ablehnend zu verhalten, sind kurz folgende:

1. Die Schweiz kann als souveräner Staat nicht ihre Unterschrift unter eine internationale Vereinbarung setzen, die den Grundsatz der Gleichheit aller Staaten, gleichgültig ob gross oder klein, verletzt.

2. Die Schweiz muss sich in allen Fragen, die ihre Lebensinteressen, ihre Ehre und ihre Souveränität berühren, sich nicht nur die Freiheit vorbehalten, ein Schiedsgericht anzunehmen oder nicht, sondern auch das Recht, gegebenenfalls diejenigen Schiedsrichter zu wählen, die ihr Vertrauen geniessen.

3. Es ist die Gefahr vorhanden, dass in einem ständigen Gerichtshof, wo die Grossmächte das Übergewicht hätten, sich politische Einflüsse geltend machen. Herr Bourgeois selbst, ein eifriger Verfechter des Schiedsgerichtsgedankens, hat diese Möglichkeit in der vorhin zitierten Rede angedeutet.

Zwar würde, wie man schon bei der ersten Verhandlung des amerikanischen Antrages anerkannt hat, neben dem ständigen Schiedsgerichtshof der Schiedshof von 1899 fortbestehen, allein es ist anzunehmen, dass die neue Einrichtung bald die alte verdrängen würde.

Wir bemerken noch, dass der Haager Schiedshof im Laufe von 9 Jahren viermal angerufen worden ist: in Sachen des mexikanischen Kirchenschatzes, der Schuldforderungen an Venezuela, der in den ehemaligen Fremdeniederlassungen in Japan erhobenen Gebäudesteuern und im Streite zwischen Grossbritannien und Frankreich betreffend die Maskatfischerboote.

Der Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofs ist im Anhang zu dieser Botschaft abgedruckt.

Obligatorische Schiedssprechung.

Im Jahre 1899 hatte Russland der Haager Konferenz einen Entwurf über das Schiedswesen unterbreitet, der folgende Bestimmungen enthielt:

Art. 7. In streitigen Fragen des Rechts, insbesondere bei Auslegung und Anwendung bestehender Verträge, wird die Schiedssprechung von den Signatarmächten als das wirksamste und am meisten der Billigkeit entsprechende Mittel erkannt, diese Streitigkeiten friedlich beizulegen.

Art. 8. Die Vertragsmächte verpflichten sich daher, in den Fällen, wo es sich um Streitfragen der vorerwähnten Art handelt, insoweit diese weder die Lebensinteressen noch die staatliche Ehre der streitenden Parteien berühren, die Schiedssprechung anzurufen.

Art. 9. Jeder Staat entscheidet frei, ob dieser oder jener Fall der Schiedssprechung unterbreitet werden soll, ausgenommen die Fälle, die im folgenden Artikel aufgezählt sind und in denen die Signatarmächte die Schiedssprechung als verbindlich betrachten.

Art. 10. Von der Ratifikation gegenwärtiger Akte an ist die Schiedssprechung für alle Signatarmächte in folgenden Fällen, insoweit es sich dabei nicht um die Lebensinteressen oder die staatliche Ehre der Vertragsmächte handelt, verbindlich (obligatoire):

I. Bei Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten über Entschädigungsansprüche eines Staates oder seiner Angehörigen auf Grund unerlaubter oder fahrlässiger Handlungen eines anderen Staates oder seiner Angehörigen.

II. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung der nacherwähnten Verträge und Abkommen betreffend:

1. Post und Telegraphen, Eisenbahnen, Schutz der Kabel, Verhinderung des Zusammenstosses von Schiffen auf hoher See, Schifffahrt auf internationalen Flüssen und Kanälen.

2. Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums, einschliesslich des Erfindungs-, Marken-, Muster- und Firmenschutzes; Schutz des Münz- und Masswesens, Gesundheit Tierkrankheiten und Bekämpfung der Reblaus.

3. Erbrecht, Auslieferung und Gerichtshilfe.

4. Grenzregulierungen, soweit es sich dabei um rein technische, nicht aber um politische Fragen handelt.

Für alle hier aufgezählten Fälle sollte also die Anrufung eines Schiedsgerichts wohl obligatorisch sein, aber nur insoweit es sich dabei nicht um die Lebensinteressen oder die staatliche Ehre der Vertragsmächte handelt.

Trotz dieser Einschränkung konnte im Jahre 1899 die obligatorische Schiedssprechung auch nicht für einen einzigen Fall durchgesetzt werden. Das Prinzip selbst wurde von Deutschland nicht anerkannt, und so musste man sich schliesslich damit begnügen, folgenden Artikel in das Haager Schiedsabkommen aufzunehmen:

Art. 19. Unabhängig von den allgemeinen und besonderen Verträgen, die schon jetzt den Vertragsmächten die Verpflichtung zur Anrufung der Schiedssprechung auferlegen, behalten diese Mächte sich vor, sei es vor der Ratifizierung der vorliegenden Akte, sei es später, neue allgemeine oder besondere Übereinkommen abzuschliessen, um die obligatorische Schiedssprechung auf alle Fälle auszudehnen, die ihr nach ihrer Ansicht unterworfen werden können.

Seither sind auf Grund dieser Bestimmung etwa 60 Schiedsverträge zwischen den Staaten abgeschlossen worden, deren Wortlaut, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Formel des britisch-französischen Vertrags vom 14. Oktober 1903 entspricht. Danach verpflichten sich die Vertragsstaaten, Streitfragen rechtlicher Natur und Streitigkeiten, die sich auf die Auslegung bestehender Verträge beziehen, dem ständigen Schiedshof im Haag zur Entscheidung zu überweisen, insofern sie nicht die Lebensinteressen oder die Unabhängigkeit oder die Ehre der Vertragsstaaten oder die Interessen dritter Mächte betreffen. Die Schweiz hat auch Verträge dieser Art mit Belgien, Grossbritannien, Italien, Österreich-Ungarn, Schweden und Norwegen, Portugal, Spanien und den Vereinigten Staaten Amerikas abgeschlossen.

Die im Jahre 1906 in London zusammengetretene XIV. Konferenz der Interparlamentarischen Vereinigung suchte die Einführung der unbedingt obligatorischen Schiedssprechung in der Weise zu fördern, dass sie folgendes Schema eines internationalen Übereinkommens aufstellte:

Art. I. Die hohen vertragsschliessenden Parteien verpflichten sich, dem im Haag durch das Abkommen vom 29. Juli 1899 errichteten ständigen Schiedshof die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten zu unterbreiten, insofern dieselben nicht ihre Unabhängigkeit oder ihre Lebensinteressen oder die Hoheitsrechte oder die Interessen dritter Mächte berühren.

Das ist noch keine obligatorische Schiedssprechung, indem es dem Ermessen eines jeden Vertragsstaates anheimgestellt bleibt, zu entscheiden, ob ein Streitfall seine Unabhängigkeit oder seine Lebensinteressen u. s. w. berührt, wie Art. II ausdrücklich vorschreibt. Der Entwurf enthält aber noch folgende Bestimmung :

Art. III. Die hohen vertragsschliessenden Parteien verpflichten sich, von dem Vorbehalt im Art. I in folgenden Fällen keinen Gebrauch zu machen :

1. bei Streitigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung der nacherwähnten Verträge : (es folgt die Aufzählung einer Reihe von Staatsverträgen über die verschiedensten Materien) ;
2. bei Grenzstreitigkeiten ;
3. bei Schadenersatzansprüchen, wenn diese von den Parteien grundsätzlich anerkannt sind ;
4. bei Streitfragen, die sich auf Schulden beziehen.

Obwohl das russische Programm nur eine Verbesserung des Abkommens von 1899 in dessen Bestimmungen über den Schiedshof und die internationalen Untersuchungskommissionen in Aussicht nahm, wurde die Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit an der zweiten Friedenskonferenz aufgeworfen und Monate lang lebhaft erörtert. Mehrere Delegationen legten Anträge vor, so Portugal, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten Amerikas. Diese Anträge stimmten alle darin überein, dass sie für eine Anzahl von Streitfällen die unbedingt obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit vorsahen. Der Prüfungsausschuss, dem die verschiedenen Vorschläge überwiesen wurden, arbeitete einen Entwurf aus, das sogenannte „Projet du Comité d'examen“ oder „Projet anglo-portugais-américain“. Dieser Entwurf, bestehend aus 11 Artikeln, die in das Schiedsabkommen von 1899, und zwar im Anschluss an den Art. 16 hätten eingefügt werden sollen, enthält folgende Bestimmungen :

Streitigkeiten rechtlicher Natur, insbesondere solche über die Anwendung und Auslegung internationaler Verträge, sollten

der Schiedssprechung unterstellt werden, insoweit sie weder die Lebensinteressen noch die Unabhängigkeit oder die Ehre einer der streitenden Parteien und ebensowenig die Interessen dritter Mächte berühren (Art. 16 a).

Ob die Lebensinteressen, die Unabhängigkeit etc. eines Vertragsstaates in Frage stehen, hat dieser Staat selbst zu entscheiden (Art. 16 b).

In Art. 16 c erkennen die Vertragsmächte an, dass es Streitfälle gibt, die unter allen Umständen, d. h. ohne dass man sich auf die Klausel von der nationalen Ehre u. s. w. berufend dürfe, schiedsrichterlich erledigt werden sollten.

Art. 16 d stellt eine Liste solcher Streitfälle auf. Es sind:

I. Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung von Staatsverträgen betreffend:

1. Verpflegung von armen Kranken;
2. internationalen Arbeiterschutz;
3. Mittel, Schiffszusammenstöße zu verhüten;
4. Mass und Gewicht;
5. Ausmessung der Schiffe;
6. Nachlass verstorbener Seeleute;
7. Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums.

II. Entschädigungsforderungen, wenn die Verpflichtung, Schadenersatz zu leisten, von den Parteien anerkannt ist.

Um ferner das Zustandekommen von Verträgen mit unbedingt obligatorischer Schiedsklausel auch für andere Gegenstände als die vorhin erwähnten zu erleichtern, sieht der Entwurf folgende Einrichtung vor:

Ein dem Abkommen beigelegtes „Tableau“ ist durch senkrechte Linien in Kolonnen abgeteilt. Die erste Kolonne enthält ein langes Verzeichnis von Materien, die Gegenstand obligatorischer Schiedssprechung sein können: Zolltarife; internationales Privatrecht; Reglemente betreffend Viehseuchen; Zivil- und Strafprozess; Auslieferungen u. s. w. Die übrigen leeren Kolonnen sind mit den Namen sämtlicher Staaten in alphabetischer Reihenfolge überschrieben. Will nun ein Staat, die Schweiz z. B., das obligatorische Schiedsgericht für diesen oder jenen Gegenstand, z. B. für Auslieferungen, annehmen, so zeigt sie dies dem internationalen Bureau im Haag an, das den übrigen Staaten davon Kenntnis gibt und in die der Schweiz vorbehaltene Kolonne des „Tableau“ neben der Rubrik „Aus-

lieferungen“ den Buchstaben A einträgt, was „accepté“ bedeutet. Geben andere Staaten eine gleiche Erklärung ab, so wird hiervon im „Tableau“ ebenfalls Vormerkung genommen, und auf diese Weise kommt ohne weiteres zwischen diesen Staaten ein obligatorischer Schiedsgerichtsvertrag zu stande. Das ist, was man im Haag den automatischen Abschluss von Schiedsgerichtsverträgen genannt hat.

Zu erwähnen bleibt noch, dass nach Art. 16 *h* des Entwurfs die Parteien in jedem Einzelfalle eine besondere Vereinbarung (Schiedsvertrag, Kompromiss) gemäss den Bestimmungen ihrer Verfassung und ihrer Gesetze abzuschliessen haben, um den Streitgegenstand, den Umfang der Befugnisse der Schiedsrichter, das Verfahren und die Fristen für die Bildung des Schiedsgerichts zu bestimmen.

Diese Vorlage wurde insbesondere von dem ersten Bevollmächtigten Deutschlands, Freiherrn Marschall von Bieberstein, einer scharfen Kritik unterzogen. Um die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in die Praxis zu übertragen — führte er aus — gibt es zwei Systeme. Ich kennzeichne sie als das individuelle System und als das Weltsystem. Nach dem ersteren behält sich jeder Staat die Freiheit vor, sich seine Vertragskontrahenten zu wählen, um sich mit ihnen, sei es allgemein, sei es für bestimmte Fälle, über die Kompromissklausel zu verständigen. Man präzisiert und spezifiziert; man wählt die Materien, die für das Schiedsverfahren geeignet scheinen; man passt die Einzelheiten der Kompromissklausel und des Kompromisses der Natur der gewählten Materien an. Und mit bezug auf Streitigkeiten, die sich auf die Auslegung der Verträge beziehen, sind es die Staaten, die diese Verträge geschlossen haben, die die Schiedsklausel einfügen. Nach diesem System beginnt man den Bau auf festem Boden, man setzt Stein auf Stein und entsprechend dem zur Verfügung stehenden Material erweitert und vergrössert man den Bau in organischer und solider Weise. Das Weltsystem, das vom Prüfungsausschuss angenommen worden ist, verfolgt einen entgegengesetzten Weg. Man gelangt nicht von den Materien zum Rahmen; im Gegenteil, man beginnt mit der Herstellung des grössten Rahmens, den man bilden kann, d. h. der ganzen Welt, und dann erst sucht man die Materien, um ihn zu füllen. Man sammelt sie einigermassen zufällig, wo man sie findet und numeriert sie. Das ist die Liste. Da die Liste zu klein erscheint, wurde das Tableau erfunden. Das ist ein Apparat, der die Verträge auf

mechanischem Wege abschliesst. Ein jeder Staat setzt seinen Namen in eine Rubrik von Materien, um später nach der Entzifferung des Tableaus zu erfahren, mit welchen Staaten er für die Schiedsgerichtsbarkeit verbunden ist. Die Wahl der Materien ist frei, aber die Wahl der Vertragskontrahenten ist ausgeschlossen. Nachdem die beiden Systeme so definiert sind, stelle ich zwei Thesen auf, die ich gegen jedermann zu verteidigen bereit bin:

1. Der Abschluss eines wirklich obligatorischen Schiedsvertrages ist nur unter dem individuellen System möglich.

2. Ein Fortschritt zur friedlichen Lösung der internationalen Streitigkeiten kann nur durch Einzelverträge erreicht werden, während ein Weltvertrag mit notwendigerweise unbestimmten, elastischen und allgemeinen Bedingungen geeignet ist, eher zu neuem Streite als zur Schlichtung des alten beizutragen.

Nach dem ersten Artikel des obligatorischen Weltschiedsvertrags ist das Schiedsgericht für streitige Rechtsfragen verbindlich. Welches ist die Bedeutung dieses Wortes? Man hat mir geantwortet, dass es „politische“ Materien ausschliessen müsse. Nun, es ist absolut unmöglich, in einem Weltvertrage eine Grenzlinie zwischen diesen beiden Begriffen zu ziehen. Eine Frage kann in einem Lande eine Rechtsfrage, in einem anderen eine politische sein. Es gibt sogar rein juristische Materien, die im Augenblicke eines Streites politische werden. Man hat die Frage gestellt: Wer entscheidet im Falle einer Differenz, ob eine Frage eine Rechtsfrage ist oder nicht? Keine Antwort.

Eine Streitfrage soll der Schiedssprechung dann nicht unterworfen werden, wenn die Ehre, die Lebensinteressen und die Unabhängigkeit des Staates in Frage stehen. Was alle diese Formeln charakterisiert, ist ihre Elastizität. Diese ist so gross, dass sie in einem Staatsvertrag, der für eine grössere Anzahl von Staaten gilt, notwendig zu einer verschiedenen Auslegung und zu zahlreichen Zweifeln Anlass bieten müsste. Dem Übelstand ist freilich durch die Klausel vorgebeugt, dass jeder Teil selbst entscheidet über die Ausnahme, auf die er sich berufen will. Dann aber entsteht der andere Übelstand, dass die Ausführung des Vertrags in das freie Ermessen der Parteien gestellt ist.“

Noch folgende Gründe führte die deutsche Delegation gegen einen Weltschiedsvertrag ins Feld:

Es gibt Verträge, welche die vertragschliessenden Staaten zur Gesetzgebung in gewissem Sinn nötigen, z. B. der Vertrag über den Arbeiterschutz. Es entsteht ein Streit über die Frage, ob ein Staat diese Verpflichtung erfüllt habe. Die Frage wird einem Schiedsgericht überwiesen, und der Schiedsspruch verlangt, dass das Gesetz geändert werde. Wie diesen Spruch ausführen? Man hat gesagt, dass die Genehmigung dieses Vertrags durch die gesetzgebenden Körperschaften allen künftigen Schiedssprüchen Gesetzeskraft geben würde. Wenn das der Fall ist, so wird es sehr schwer sein, die Zustimmung der Parlamente zu erlangen, die kaum geneigt sein werden, unbekannte künftige Schiedsrichter, deren Auswahl der vollziehenden Gewalt vorbehalten bleibt, als Konkurrenten in der Gesetzgebung anzuerkennen. Andererseits hat man gesagt, dass eine durch den Schiedsspruch verlangte Änderung des Gesetzes der Zustimmung der Parlamente unterworfen werden müsse. Würde aber im Falle der Verwerfung „*force majeure*“ vorliegen? Die einen sagen ja, die andern nein. Die Frage hat im Ausschusse keine Lösung gefunden. Die Auslegung gewisser Verträge (internationales Privatrecht, literarisches und gewerbliches Eigentum u. s. w.) steht allein den nationalen Gerichten zu. Was geschieht, wenn die von einem Schiedsgericht getroffenen Entscheidungen in Widerspruch stehen mit der Rechtsprechung der nationalen Gerichte? Sollen die Schiedssprüche (die Kraft haben, die bereits ergangenen Urteile eines nationalen Gerichts aufzuheben oder dieses wenigstens für die Zukunft binden)? Auch hierüber gingen die Ansichten auseinander. Da ferner Schiedssprüche über die Auslegung von Verträgen, an denen mehrere Staaten beteiligt sind, nur die Streitparteien binden, so ist die Gefahr vorhanden, dass die Gleichmässigkeit der Anwendung dieser Verträge durch widersprechende Schiedssprüche gefährdet werde.

Eine weitere Schwierigkeit bietet die Klausel, wonach die in jedem einzelnen Falle zur Regelung der Fragestellung u. s. w. abzuschliessende besondere Vereinbarung (Schiedsvertrag, Kompromiss) gemäss der Verfassung verschiedener Länder von den gesetzgebenden Körperschaften genehmigt werden muss. Hieraus ergeben sich Ungleichheiten, denn während ein von zwei Regierungen vereinbartes Kompromiss die eine Partei sofort binden würde, wäre für die andere Partei noch abzuwarten, ob die gesetzgebende Behörde (in den Vereinigten Staaten der Senat) es genehmigt.

Eine Anzahl Staaten vermochten diese und andere Bedenken nicht zu überwinden, und so war es nicht möglich, zu einem einstimmigen Beschlusse zu gelangen. In der Kommission wurde die Vorlage des Prüfungsausschusses mit 31 gegen 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Verworfen haben sie: Deutschland, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Österreich-Ungarn, Rumänien, die Schweiz und die Türkei. Enthalten haben sich: Italien, Japan und Luxemburg.

Russland hatte einige Punkte der Liste nur unter der Voraussetzung der Einstimmigkeit angenommen, was in Wirklichkeit auf eine Ablehnung hinauslief.

Unsere Delegation begründete, unseren Instruktionen gemäss, die Ablehnung des Entwurfes durch folgende Erklärung: Der Bundesrat betrachte den Vorbehalt der Ehre, der Unabhängigkeit und der Lebensinteressen des Landes als wesentlich und unerlässlich; er könne daher, da es ihm zur Stunde unmöglich sei, sich über die Tragweite eines unbedingt obligatorischen Weltschiedsvertrags Rechenschaft zu geben, keinem Vorschlag zustimmen, in dem jener Vorbehalt fehlte.

Die Delegation der Vereinigten Staaten, welche gern die Frucht so langer Verhandlungen für die die Mehrheit bildenden Staaten gerettet hätte, stellte den Antrag, der Mehrheitsbeschluss der I. Kommission sei als Separatabkommen in die Schlussakte der Konferenz aufzunehmen und für die zustimmenden Staaten verbindlich zu erklären. Allein es siegte die Ansicht, dass Konferenzbeschlüsse zu ihrer Gültigkeit der Einstimmigkeit bedürfen, und man begnügte sich schliesslich damit, in die Schlussakte folgende Erklärung aufzunehmen:

„Die Konferenz hat im Geiste der Verständigung und der gegenseitigen Zugeständnisse, der das Wesen der Friedenskonferenzen ist, die nachstehende Erklärung beschlossen, die zwar jeder der vertretenen Mächte die Wahrung ihres eigenen Standpunkts vorbehält, ihnen allen aber gestattet, die Grundsätze, die sie als einstimmig anerkannt ansehen, zu bestätigen: Sie ist einstimmig:

1. in der grundsätzlichen Anerkennung der obligatorischen Schiedssprechung;

2. in der Erklärung, dass gewisse Streitigkeiten, insbesondere solche über die Auslegung und Anwendung internationaler Vertragsabreden, geeignet sind, der obligatorischen Schiedssprechung ohne jede Einschränkung unterworfen zu werden.

Sie ist endlich einstimmig darin, auszusprechen, dass, wenn es ihr auch nicht gelungen ist, schon jetzt ein Abkommen in diesem Sinne zu stande zu bringen, doch die hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten die Grenze einer juristischen Auseinandersetzung nicht überschritten haben, und dass alle Mächte der Welt während ihres hiesigen viermonatigen Zusammenarbeitens nicht nur gelernt haben, einander besser zu verstehen und einander näher zu treten, sondern auch verstanden haben, während dieses langen Zusammenwirkens ein sehr hohes Gefühl für das Gemeinwohl der Menschheit zu entwickeln.⁴

Diese Erklärung wurde von der Konferenz mit 41 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Enthalten haben sich: die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Rumänien.

Es erübrigt noch, die Vermittlungsanträge zu erwähnen, die im Laufe der Beratungen über die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit gestellt wurden.

Ein von der österreichisch-ungarischen Delegation eingereichter Antrag ging dahin: die Regierungen sollten die Frage der Einführung der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen und binnen einer bestimmten Frist der niederländischen Regierung mitteilen, für welche Materien sie bereit wären, die obligatorische Schiedssprechung anzunehmen. Dieser Antrag wurde von der I. Kommission abgelehnt.

Die schweizerische Delegation legte zu einer Zeit, wo die Verhandlungen sich im Sande zu verlaufen schienen, den Entwurf eines Abkommens vor, demzufolge die Staaten, die geneigt wären, gewisse Streitigkeiten der obligatorischen Schiedssprechung zu unterwerfen, dies den anderen Vertragsstaaten durch Vermittlung der niederländischen Regierung mitzuteilen hätten. Übereinstimmende Erklärungen zweier oder mehrerer Staaten sollten zwischen diesen ohne weiteres ein Vertragsverhältnis in dem Sinne begründen, dass sie ohne Vorbehalt verpflichtet würden, Streitigkeiten über die bezeichneten Materien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Wir hatten keinen Anstand genommen, unsere Delegation zur Einreichung dieses Antrages zu ermächtigen, weil aus der Annahme desselben sich für die Schweiz keine Verpflichtung ergeben hätte, die obligatorische Schiedssprechung für irgend einen Streitfall anzunehmen.

Der schweizerische Antrag wurde von der Mehrheit des Prüfungsausschusses abgelehnt, ging aber, in anderer Fassung, in den von diesem Ausschusse ausgearbeiteten Entwurf über.

Die russische Delegation brachte endlich einen Antrag ein, der darauf hinauslief, den Mehrheitsbeschluss über den Weltschiedsvertrag in ein Zusatzabkommen (acte additionnel) zum Abkommen über die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle aufzunehmen. Nach diesem Vorschlag sollte in das Schiedsabkommen ein Art. 17 eingefügt werden, so lautend:

„A raison de la grande difficulté de déterminer l'étendue et les conditions dans lesquelles le recours à l'arbitrage obligatoire pourrait être reconnu par le suffrage unanime des Puissances et dans un Traité universel, les Puissances contractantes se bornent à consigner dans l'Acte Additionnel, annexé à la présente Convention, les cas dignes d'être pris en considération selon la libre appréciation des Gouvernements respectifs. Cet Acte Additionnel n'aura de force obligatoire que pour les Puissances qui le signeront ou y adhéreront.“

Durch das Zusatzabkommen (acte additionnel) verpflichteten sich die Signatarmächte, für gewisse Streitfälle das Schiedsgericht ohne Vorbehalt anzurufen. Jeder Staat sollte die Materien, für die er diese Verpflichtung übernahm, in seiner Ratifikationsurkunde angeben. Für die Ratifikation war eine Frist bis zum 1. Januar 1909 bestimmt.

Auch dieser Antrag fand keine allseitige Zustimmung und wurde deshalb von der russischen Delegation zurückgezogen.

2. Abkommen betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden.

Man erinnert sich der Depesche, die der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Argentinien, Dr. Luis M. Drago, am 29. Dezember 1902 an den argentinischen Gesandten in Washington richtete, als Deutschland, England und Italien die Häfen Venezuelas blockierten, um diese Republik zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegen ihre auswärtigen Gläubiger zu zwingen. In diesem Aktenstücke, das der Gesandte auftragsgemäss der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitteilte, bestritt Herr Drago europäischen Mächten das Recht, gegen einen amerikanischen Staat zur Geltendmachung von

Geldforderungen ihrer Staatsangehörigen Waffengewalt anzuwenden. Es hiess in jener Depesche: „*Le seul principe que la République Argentine maintient et qu'elle aurait très grande satisfaction à voir adopter, en vue des événements du Venezuela, est le principe qu'il ne peut y avoir d'expansion territoriale en Amérique de la part de l'Europe, ni aucune oppression des nations de ce continent, sous prétexte qu'une situation financière malheureuse aurait pu obliger quelqu'une de ces nations à retarder l'exécution de ses engagements. En un mot, le principe que la République Argentine voudrait voir reconnu, c'est qu'une raison de dette publique ne peut être l'occasion d'aucune intervention armée ni même d'aucune occupation actuelle du territoire d'une nation américaine par une Puissance européenne.*“

Das ist die sogenannte Dragolehre, zu der sich Präsident Roosevelt in seinen Botschaften an den Kongress vom 4. Mai 1903 und 2. Dezember 1906 bekannte, allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung, dass nämlich „nur Betrug und andere verbrecherische Handlungen oder Verletzung von Verträgen durch den Schuldner die Anwendung von Gewalt gegen einen fremden Staat, wenn dieser sich weigert, seine Verpflichtungen gegen fremde Gläubiger zu erfüllen, rechtfertigen könne“.

Gleich bei Beginn der Haager Konferenz brachte der nordamerikanische General Porter einen Antrag ein, der im Sinne der Drago-Theorie den Grundsatz aufstellte, dass die Anwendung von Waffengewalt gegen Staaten wegen Nichtbezahlung von Schulden unzulässig sei. Dieser Grundsatz, den Herr Drago als Vertreter Argentiniens an der Konferenz selbst zu verteidigen Gelegenheit hatte, erfuhr jedoch mehrfache Einschränkungen. Nach vorliegendem Abkommen gilt das Verbot nur für Vertragsschulden (*dettes contractuelles*), deren Bezahlung ein Staat von einem anderen Staat im Namen eines seiner Staatsangehörigen fordert. Entschädigungsansprüche, die aus Verschuldungen der Staaten herrühren, fallen also darunter nicht. Ob die Zinsen von Staatsanleihen als „*dettes contractuelles*“ anzusehen seien, ist von der Konferenz unentschieden gelassen worden. Zulässig ist die Anwendung von Gewalt in folgenden Fällen:

1. wenn der Schuldnerstaat das Anerbieten, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, ablehnt oder unbeantwortet lässt;

2. wenn er nach Annahme des Schiedsverfahrens den Abschluss des die Einzelheiten dieses Verfahrens festsetzenden Schiedsvertrags vereitelt;
3. wenn er dem Schiedsspruche nicht nachkommt.

Für das Schiedsverfahren sollen die Vorschriften des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten zur Anwendung kommen. Wir haben schon gesehen, dass in diesen Fällen der Haager Schiedshof auf Antrag auch nur einer der Parteien zur Feststellung des Schiedsvertrags zuständig ist, es sei denn, dass die Annahme des Anerbietens schiedsgerichtlicher Erledigung unter der Bedingung erfolgt wäre, dass der Schiedsvertrag auf einem anderen Wege festgestellt werden sollte. Vgl. Art. 53, Ziffer 2, des Haager Schiedsabkommens.

Darüber, ob das Anerbieten schiedsgerichtlicher Erledigung erst dann zulässig sei, wenn die Gerichte des Schuldnerstaates ihr Urteil gefällt haben, oder wenn diese Gerichte sich einer Rechtsverweigerung schuldig machen, schweigt sich das Abkommen aus.

Das politisch wichtige Moment dieser Vereinbarung liegt wohl darin, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Berechtigung der Anwendung von Gewalt gegen einen amerikanischen Staat trotz der Monroelehre unter gewissen Voraussetzungen anerkennen.

Wir haben dieses Abkommen aus dem einfachen Grunde nicht unterzeichnet, weil ein Ausländer, der in der Schweiz gegen den Bund oder einen Kanton eine Geldforderung geltend machen will, sich an die ordentlichen Gerichte zu wenden hat, die ihm volle Gewähr für eine unparteiische Rechtsprechung bieten. Wir können nicht zugeben, dass privatrechtliche Streitigkeiten dieser Art unter irgend einem Vorwand den zuständigen schweizerischen Gerichten entzogen und dem Haager oder irgend einem andern Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden.

Aus denselben Gründen haben wir Art. 53, Ziffer 2, des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle abgelehnt.

Die süd- und mittelamerikanischen Staaten, Brasilien und Venezuela ausgenommen, nahmen zwar das II. Abkommen an, formulierten aber verschiedene Vorbehalte, so Argentinien in dem Sinne, dass für Schulden, die aus gewöhnlichen Verträgen

zwischen einem Ausländer und einer Regierung herrühren, die Anrufung eines Schiedsgerichts nur dann zulässig sei, wenn seitens der Gerichte des Schuldnerstaates eine Rechtsverweigerung vorliegt, und dass zur Eintreibung von Forderungen aus Staatsanleihen unter keinen Umständen Waffengewalt angewendet werden dürfe.

3. Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten.

Es wurde bisher nicht als rechtlich notwendig angesehen, dass vor der Eröffnung der Feindseligkeiten eine ausdrückliche Kriegserklärung ergehe. So haben namhafte Rechtslehrer in dem Angriff der Japaner auf die russische Flotte zu Port Arthur in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 1904 keine Verletzung des Völkerrechts erblickt. Aber gerade dieser Vorgang regte zu einer erneuten Prüfung der Frage an, ob die Praxis des Kriegsbeginns ohne Kriegserklärung zu billigen und ob sie vereinbar sei mit der Forderung loyalen Verhaltens zivilisierter Staaten, den allgemeinen Interessen der Mitglieder der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den Interessen der Kriegführenden und der Neutralen. Das Institut für internationales Recht sprach sich in der Session zu Gent (1906) dahin aus, dass der gegenwärtige Rechtszustand an einer empfindlichen Unsicherheit leide, und dass es Aufgabe der Weiterbildung des Völkerrechts sei, diesen Zustand zu beseitigen. Das tut das III. Abkommen der Haager Konferenz, das sowohl für den Landkrieg wie für den Seekrieg folgendes bestimmt:

Die Vertragsmächte erkennen an, dass die Feindseligkeiten unter ihnen nicht beginnen dürfen ohne eine vorausgehende unzweideutige Benachrichtigung, und dass diese Benachrichtigung entweder die Form einer motivierten Kriegserklärung oder die eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben muss.

Über die Notwendigkeit, die Kriegserklärung zu begründen, spricht sich der von Prof. Renault verfasste Kommissionsbericht wie folgt aus: „Jedermann in den zwei einander bekriegenden und in den neutralen Ländern muss wissen, weshalb man eigentlich Krieg führe, damit man sich über die Haltung der beiden Gegner ein Urteil bilden könne. Allerdings würde man sich einer grossen Täuschung hingeben, wenn man glauben wollte, dass die wahren Ursachen eines Krieges in jedem Falle offen und ehrlich angegeben werden. Aber gerade die Notwendigkeit, die eigentlichen Ursachen anzugeben oder

zu Scheingründen seine Zuflucht zu nehmen, die zu der Tatsache des Krieges im Missverhältnis ständen, wird ihren Eindruck auf die neutralen Staaten nicht verfehlen und die öffentliche Meinung aufklären.“

Das Ultimatum ist eine bedingte Kriegserklärung, d. h. es stellt für den Fall, dass bestimmte Forderungen binnen einer bestimmten Frist nicht erfüllt würden, den Krieg in Aussicht. Eine Begründung ist deshalb hier nicht vorgeschrieben, weil der Krieg aus der Nichterfüllung der gestellten Forderungen folgt und die Gründe sich ohne weiteres aus diesen Forderungen ergeben.

Nach einem Zusatzantrag der niederländischen Delegation sollte zwischen der zur Kenntnis des Gegners gelangten Kriegserklärung und dem Angriff ein Zeitraum von 24 Stunden verstreichen. Obwohl der russische Oberst Michelson diesen Zusatzantrag mit der Begründung unterstützt hatte, dass er unter anderm auch befreundeten und neutralen Mächten eine kostbare Zeit für Vermittlungsversuche geben würde, wodurch die streitenden Parteien noch in letzter Stunde vielleicht überredet werden könnten, ihren Streitfall dem Schiedshof im Haag zur Entscheidung vorzulegen, fand er bei der Mehrheit der Kommission keinen Anklang. Diese war der Ansicht, dass die Notwendigkeiten des modernen Krieges nicht gestatten, von der Partei, die entschlossen ist, anzugreifen, andere Fristen zu verlangen als die, welche absolut notwendig sind, damit der Gegner von dem bevorstehenden Beginn der Feindseligkeiten Kenntnis erhalte.

Der niederländische Antrag wurde schliesslich zurückgezogen.

Art. 2 bezieht sich auf das Verhältnis der Kriegführenden zu den neutralen Staaten. Damit diese sofort die zur Wahrung ihrer Neutralität notwendigen Massregeln treffen können, wird vorgeschrieben, dass der Kriegszustand ihnen unverzüglich anzuzeigen ist. Diese Anzeige kann auch auf telegraphischem Wege erfolgen. Das Ausbleiben einer solchen Mitteilung rechtfertigt jedoch eine Verletzung der Neutralität nicht, wenn unzweifelhaft feststeht, dass der neutrale Staat den Kriegszustand tatsächlich gekannt hat.

Die belgische Vertretung hatte einen Antrag eingereicht, demzufolge die Anzeige des Kriegszustandes an die neutralen Mächte erst nach 48 Stunden für sie wirksam werden sollte. Allein man fand, dass ein neutraler Staat, der die Nachricht

von einer Kriegserklärung erhält, keine 48 Stunden nötig habe, um seine Neutralitätspflicht ungestraft zu verletzen, und nahm von der Bestimmung einer Frist Umgang.

Art. 2 kommt in den Beziehungen zwischen einer kriegführenden Vertragsmacht und neutralen Mächten, die gleichfalls Vertragsmächte sind, auch dann zur Anwendung, wenn die andere kriegführende Macht an dem Abkommen nicht beteiligt ist (Art. 3).

4. Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

Das Landkriegsabkommen vom 29. Juli 1899, dem die Schweiz am 20. Juni 1907 beigetreten ist (vgl. unsere Botschaft vom 12. März 1907, Bundesblatt 1907, I, 824), wurde nicht umgearbeitet, wohl aber nach verschiedenen Richtungen verbessert und ergänzt.

Das neue Landkriegsabkommen besteht, wie das alte, aus zwei Teilen: dem eigentlichen Abkommen, dem Texte des Vertrages, und dem als Anlage zum Abkommen bezeichneten Reglement, das die materiellen Rechtssätze enthält.

Das Abkommen ist auf Antrag Deutschlands um eine neue wichtige Bestimmung bereichert worden (Art. 3), wonach die Kriegspartei, die das Reglement verletzt, gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet ist. Auch haftet sie für alle Handlungen, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.

Da nach Art. 1 nicht die Annahme des Reglements als eines völkerrechtlichen Vertrages den Gegenstand des Abkommens bildet, indem für die vertragschliessenden Mächte lediglich die Verpflichtung ausgesprochen wird, ihren Heeren Verhaltensmassregeln zu geben, die dem Reglement entsprechen, so waren bezüglich der rechtlichen Verbindlichkeit dieses Reglements Zweifel geäussert worden. Der neue Art. 3 lässt nun in dieser Hinsicht keine Zweifel mehr bestehen, indem er die Vertragsstaaten für alle Verletzungen des Reglements, nicht nur wenn sie von den Heerführern, sondern auch dann, wenn sie von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten begangen werden, verantwortlich erklärt. Das ist ein neuer völkerrechtlicher Grundsatz von grosser Tragweite, der allerdings nur für den Landkrieg gilt. Die Türkei hat zu diesem Art. 3 einen Vorbehalt gemacht.

Das Reglement selbst hat folgende Änderungen erfahren:

Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes zu den Waffen greift, ohne Zeit gehabt zu haben, sich gemäss Art. 1 zu organisieren, muss, um als kriegführende Partei anerkannt zu werden, nicht nur die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten, sondern auch die Waffen offen führen (Art. 2).

Da gerade dieser Artikel es war, der uns davon abgehalten hatte, das Abkommen von 1899 zu unterzeichnen, so sah sich unsere Delegation veranlasst, in der Kommission festzustellen, dass der bisherige Sinn dieses Artikels durch jenen Zusatz nicht geändert wird. Gegen diese Auffassung erhob sich kein Widerspruch.

Kriegsgefangene dürfen nur im Falle der Notwendigkeit und nur solange diese Notwendigkeit dauert, eingesperrt werden (Art. 5).

Kriegsgefangene Offiziere dürfen nicht als Arbeiter verwendet werden (Art. 6, Abs. 1).

Die Arbeiten, die Kriegsgefangene für den Staat verrichten, werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten oder, wenn solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht (Art. 6, Abs. 3).

Das Personalblatt der Kriegsgefangenen, das von den bei Beginn des Krieges zu errichtenden Auskunftsstellen über jede einzelne Person geführt werden muss, soll folgende Angaben enthalten: die Matrikelnummer, den Vor- und Zunamen, das Alter, den Heimatsort, den Dienstgrad, den Truppenteil, die Verwundungen, den Tag und Ort der Gefangennahme, der Internierung, der Verwundungen und des Todes, sowie alle besonderen Bemerkungen. Das Personalblatt muss nach dem Friedensschluss der Regierung des anderen Kriegführenden zugestellt werden (Art. 14, Abs. 1).

Die Auskunftsstelle sammelt alle zum persönlichen Gebrauche dienenden Gegenstände u. s. w., die auf den Schlachtfeldern gefunden oder von den gegen Ehrenwort entlassenen, ausgetauschten, entwichenen oder in Hospitälern oder Feldlazaretten gestorbenen Kriegsgefangenen hinterlassen werden, und stellt sie den Berechtigten zu (Art. 14, Abs. 2).

Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrades in dem Lande zusteht, wo sie gefangen gehalten werden; ihre Regierung ist zur Erstattung verpflichtet (Art. 17).

Nach der Gesetzgebung einzelner Staaten soll der Krieg die Folge haben, dass die Schuldverbindlichkeiten des Staates gegen Angehörige des Feindes aufgehoben oder zeitweilig ausser Kraft gesetzt oder wenigstens von der Klagbarkeit ausgeschlossen werden. Auf Antrag Deutschlands ist deshalb dem Art. 23, der von den verbotenen Mitteln, dem Feinde zu schaden, handelt, unter lit. *h* folgende Bestimmung hinzugefügt worden:

„Die Aufhebung oder zeitweilige Ausserkraftsetzung der Rechte und Forderungen (*réclamations privées*) von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschliessung ihrer Klagbarkeit.“

Art. 44 des alten Landkriegsabkommens untersagte, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr eigenes Land zu zwingen.

Dieses Verbot bezog sich also bloss auf die Bevölkerung eines besetzten Gebiets und nach der Auffassung der ersten Haager Konferenz auf die Bevölkerung als solche, so dass immer noch die Möglichkeit bestand, einzelne Individuen zu irgend einem Dienste zu zwingen, z. B. zum Dienste als Führer.

Die zweite Haager Konferenz hat auf Antrag Deutschlands dem Art. 23 als Absatz 2 eine Bestimmung hinzugefügt, wonach den Kriegführenden allgemein, also auf besetztem und unbesetztem Gebiet, untersagt ist, Angehörige des Feindes, selbst wenn sie vor dem Kriege von ihnen angeworben waren, zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr eigenes Land zu zwingen. Ausserdem wurde auf niederländischen Antrag dem Art. 44 des alten Reglements folgende Fassung gegeben:

„Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.“

Ein Antrag der österreichisch-ungarischen Delegation, der das Verbot der Heranziehung friedlicher Einwohner zu den militärischen Operationen auf ihre Verwendung als Kombattanten beschränken wollte, wurde abgelehnt. Wäre dieser Antrag

angenommen worden, so hätte eine kriegführende Partei die Angehörigen des Gegners zwingen dürfen, ihr Führerdienste zu leisten und militärische Auskünfte zu geben; ferner wäre die Verwendung der Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu Befestigungsarbeiten nur in Gegenwart des Feindes unzulässig gewesen.

Deutschland hat den Art. 44 mit folgender Erklärung abgelehnt: Der Grundsatz, dass Angehörige des Feindes nicht zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land gezwungen werden dürfen, sei im Art. 23, Abs. 2, anerkannt. Die Worte „Teilnahme an den Kriegsunternehmungen“ könnten allerdings verschieden gedeutet werden. Allein wollte man spezialisieren, wie Art. 44 tue, so würde dies entweder zu einer allzu grossen Einschränkung der Freiheit des militärischen Handelns oder zu einer Auslegung führen, die nach dem Satze „qui dicit de uno, negat de altero“ alles als zulässig hinstellte, was von dem Abkommen nicht ausdrücklich verboten sei.

Vorbehalte zu Art. 44 haben ausserdem Österreich-Ungarn, Japan, Montenegro und Russland gemacht.

Art. 25, der von der Beschiessung offener Städte handelt, hat den Zusatz erhalten: „durch welche Mittel es auch sei“ („par quelques moyens que ce soit“). Danach ist die Beschiessung unverteidigter Plätze auch dann verboten, wenn sie aus Luftschiffen oder auf sonstigen neuen Wegen erfolgt. Dagegen bleibt die Beschiessung von befestigten Plätzen auch aus Luftschiffen ein erlaubtes Kriegsmittel für diejenigen Staaten, welche die Erklärung von 1899 betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen nicht erneuert haben.

Den Gegenständen, die bei einer Beschiessung besonders geschont werden müssen, werden hinzugefügt: „geschichtliche Denkmäler“ (Art. 27).

Bei Requisitionen von Lebensmitteln und dergleichen gegen Empfangscheine soll die Zahlung möglichst bald erfolgen (Art. 52, Abs. 3).

Die Verkehrsmittel, die der Feind auch dann mit Beschlag belegen und zu seinen Kriegszwecken benutzen darf, wenn sie Privateigentum sind, werden jetzt im Art. 53, Abs. 2, ganz allgemein dahin bezeichnet: „Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und

zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen.“ Im übrigen bleibt die Verpflichtung zur Rückgabe und zur Zahlung einer Entschädigung beim Friedensschlusse bestehen.

Die Vorschrift des alten Art. 54, betreffend das Recht der Kriegführenden an neutralem Eisenbahnmaterial, ist in das Abkommen über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen (Art. 19) übergegangen.

Schon im Jahre 1899 hatte Dänemark die Aufnahme einer Bestimmung zum Schutze der Verbindungskabel (câbles d'aterrissage) im Küstenmeer beantragt, aber ohne Erfolg. Der neue Art. 54, der auf dänischen Antrag eingefügt wurde, lautet nun: „Die unterseeischen Kabel, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden, dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Beim Friedensschlusse müssen sie gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.“

Damit ist jedoch nicht viel erreicht, denn diese Vorschrift bezieht sich nur auf den Landkrieg, also nicht auf das offene Meer und überhaupt nicht auf Seestreitkräfte.

Der vierte Abschnitt des Reglements von 1899 (Art. 57 bis 60), der sich auf die bei Neutralen untergebrachten Angehörigen einer Kriegsmacht und in Pflege befindlichen Verwundeten bezieht, wurde in das Abkommen über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs versetzt.

5. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs.

Die erste Haager Konferenz hatte nur zwei Punkte des Neutralitätsrechts geregelt: den Übertritt von Truppen der kriegführenden Heere auf neutrales Gebiet und den Durchzug von Verwundeten und Kranken dieser Heere durch neutrales Gebiet. Im übrigen wurde die Frage der Rechte und Pflichten der Neutralen einer späteren Konferenz zur Prüfung überwiesen.

Auch die zweite Haager Konferenz hat keine vollständige Kodifikation des Neutralitätsrechts zu stande gebracht, sondern nur eine Reihe von mehr oder weniger umstrittenen Fragen in einer Weise geordnet, die auf die Interessen der neutralen Staaten billige Rücksicht nimmt.

Das vorliegende Abkommen zerfällt in fünf Kapitel, wovon das erste von den Rechten und Pflichten der neutralen Mächte, das zweite von den bei Neutralen untergebrachten Angehörigen einer Kriegsmacht und in Pflege befindlichen Verwundeten, das dritte von den neutralen Personen und das vierte von dem Eisenbahnmateriale handelt, während das fünfte die Schlussbestimmungen enthält.

Art. 1 stellt den Grundsatz der Unverletzlichkeit des neutralen Gebietes fest, woraus gefolgert wird, dass den Kriegführenden untersagt ist:

1. Truppen- oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet eines neutralen Staates hindurchzuführen (Art. 2);
2. auf dem Gebiet eines neutralen Staates eine funkentelegraphische Station einzurichten oder sonst irgend eine Anlage, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitkräften zu vermitteln (Art. 3, lit. a);
3. irgend eine Einrichtung dieser Art zu benutzen, die von den Kriegführenden vor dem Kriege auf dem Gebiete der neutralen Macht zu einem ausschliesslich militärischen Zwecke hergestellt und nicht für den öffentlichen Nachrichtendienst freigegeben worden ist (Art. 3, lit. b);
4. auf neutralem Gebiete Korps von Kombattanten zu bilden oder Werbeposten zu eröffnen (Art. 4).

Die neutralen Staaten dürfen ihrerseits auf ihrem Gebiete keine dieser Handlungen dulden (Art. 5, Abs. 1).

Diese Aufzählung von Handlungen, welche die Kriegführenden auf neutralem Gebiete nicht vornehmen und die neutralen Staaten nicht dulden dürfen, will natürlich nicht erschöpfend sein. Es wäre daher verfehlt, *a contrario* zu schliessen, dass Handlungen, die hier nicht vorgesehen sind, z. B. die Errichtung von Waffen- und Munitionsdepots auf neutralem Gebiete, zulässig seien. Neben dem Haager Abkommen über die Rechte und Pflichten der Neutralen behalten die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts über die Neutralität ihre Geltung.

Vergleicht man die erwähnten Vorschriften mit der von den Staaten befolgten Praxis, so ergibt sich, dass sie mit dem

bisherigen Gewohnheitsrecht wesentlich übereinstimmen und eher auf eine Einschränkung als auf eine Erweiterung der Pflichten der Neutralen hinausgehen.

Die Verordnung des Bundesrates vom 16. Juli 1870 enthielt folgende Bestimmungen:

Art. 1. Der Eintritt von regulären Truppen, sowie von Freiwilligen der kriegführenden Staaten in die Schweiz, sei es, dass sie korpsweise oder einzeln den Durchzug durch eidgenössisches Gebiet anstreben, ist nötigenfalls mit Gewalt zu verhindern.

Art. 6. Der Durchzug von waffenfähigen Leuten über Schweizerboden, um sich vom Gebiete der einen kriegführenden Macht in dasjenige der andern zu begeben, ist untersagt. Solche Leute sind, wenn sie nicht vorziehen, zurückzukehren, nach dem Innern der Schweiz zu verweisen.

Die Durchführung letzterer Massregel verursachte zur Zeit des deutsch-französischen Krieges nicht geringe Schwierigkeiten. Der Durchzug junger waffenfähiger Leute, die sich des schweizerischen Gebiets bedienten, um militärischen Aufgeboten Folge zu leisten, fand im Anfange des Krieges namentlich auf zwei Punkten statt. Die badische Bevölkerung des Seekreises und Oberrheins benutzte dazu die badische Bahn, die an mehreren Stellen das schweizerische Gebiet durchschneidet, und die Bevölkerung Savoyens wählte den Weg über Genf. Die kantonalen Behörden auf der Nordgrenze legten diesen Durchzügen anfänglich Hindernisse in den Weg, was im Grossherzogtum Baden grosse Aufregung verursachte. Der Bundesrat fand daher für gut, das Verfahren in Basel, Schaffhausen und Genf gleichmässig zu ordnen, und gab den betreffenden Kantonen Weisung, Personen ohne Uniform und Waffen auf diesen kleinen Gebietsteilen, über die ihr gewöhnlicher und natürlicher Weg führte, frei passieren zu lassen.

Als dagegen in Basel ein französisches Bureau eingerichtet wurde, um grössere Scharen von Elsässern über die Schweiz nach Südfrankreich zu entsenden, traf der Bundesrat Massregeln, um diese Zuzüge zu hindern, wengleich die Leute weder Uniform noch Waffen hatten. Er fand, dass die Schweiz ihr Gebiet ebensowenig zum Transport von anerkanntem Kriegspersonal, wie zur Beförderung von Kriegsmaterial benutzen lassen dürfe.

Da aber zu gleicher Zeit infolge neuer Aufgebote auch wieder Badenser mit der Bahn durch schweizerisches Gebiet

reisten, so untersagte der Bundesrat schliesslich auch den Durchzug dieser in ähnlicher Lage befindlichen Personen, um die beiden kriegführenden Teile vollständig gleich zu behandeln.

Aus diesem Verhalten der Schweiz, das den Forderungen einer strengen Neutralität entspricht, lassen sich folgende Grundsätze ableiten :

1. Bewaffneten und uniformierten Angehörigen eines Heeres ist der Durchmarsch stets zu verbieten, denn man kann darüber nicht im Zweifel sein, dass sie den neutralen Boden benutzen wollen, um unbehelligt nach dem Kriegsschauplatz zu gelangen.

2. Angehörige eines kriegführenden Staats, die ohne Waffen und Uniform über neutrales Gebiet gehen wollen, kann man passieren lassen. Stellt sich aber heraus, dass es sich um organisierte Durchzüge handelt, so ist der Neutrale verpflichtet, auch diesen Verkehr zu untersagen oder einzuschränken.

Durch Kreisschreiben vom 1. August 1870 wurden die Kantone eingeladen, etwaigen Werbungen für die eine oder die andere der kriegführenden Parteien mit Entschiedenheit entgegenzutreten, indem sie sowohl mit dem Bundesgesetz vom 30. Juli 1859, betreffend Werbung und Eintritt in fremden Kriegsdienst (Amtliche Sammlung Bd. VI, S. 312), als mit der Neutralität der Eidgenossenschaft im Widerspruch ständen.

Als in den öffentlichen Blättern die Einladung erging, sich bei einer bestimmten Adresse in Genf behufs Bildung eines „Corps des Franc tireurs du Mont-Blanc“ zu melden, machte der Bundesrat die Regierung des Kantons Genf auf diese Erscheinung aufmerksam und forderte sie auf, die Bildung und Bewaffnung von Freikorps auf Schweizergebiet, sowie auch dahinzielende Bekanntmachungen zu verhindern.

Der Bundesrat liess sich angelegen sein, auch im Auslande lebenden Schweizern einzuschärfen, dass sie sich neutral zu verhalten haben. So liess er, als er vernahm, dass eine Anzahl Schweizer in Lyon beabsichtigten, eine „Schweizerlegion“ unter französischer Leitung zum Dienste in der Nationalgarde zu bilden, ihnen durch den schweizerischen Konsul in Lyon mitteilen, dass, falls sie nicht davon Abstand nähmen, gegen sie strafrechtlich eingeschritten würde. Das Bundesgesetz von 1859 verbietet nämlich nicht nur auf schweizerischem Gebiete, sondern auch ausserhalb der Schweiz für fremden Militärdienst zu werben.

Der Bundesrat untersagte ferner die Verbreitung eines Manifestes, das im September 1870 die Internationale an die Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und in Deutschland gerichtet hatte, um sie zu den Waffen zu rufen zum Schutze des republikanischen Frankreichs gegenüber dem monarchischen Deutschland.

Während des deutsch-französischen Krieges war auch die Frage aufgetaucht, ob die Legung eines französischen Kabels von Dünkirchen nach dem Norden mit Benützung des neutralen englischen Gebiets zu gestatten sei. Da sich aus den Umständen die Absicht ergab, dieses Kabel zu Kriegszwecken zu verwenden, so untersagte die englische Regierung das Projekt, indem sie darin eine „Kriegshülfe“ erblickte.

Art. 5, Absatz 2, und Art. 6, 7 und 8 stellen mit Bezug auf eine Reihe von Fragen fest, was für die neutralen Staaten nicht Pflicht ist:

Ein neutraler Staat ist nicht verpflichtet, gegen die Neutralität verstossende Handlungen zu bestrafen, die ausserhalb seines Gebietes begangen werden (Art. 5, Abs. 2).

Der neutrale Staat ist ferner nicht verpflichtet, zu verhindern, dass Leute einzeln die Grenze überschreiten, um in den Dienst eines Kriegführenden zu treten (Art. 6).

Der Sinn dieser Bestimmung ist der: Der neutrale Staat darf nicht gestatten, dass sich auf seinem Gebiete Korps von Kombattanten bilden (Art. 4), wenn aber Bürger des neutralen Staates selbst oder im Gebiete dieses Staates wohnende Angehörige der Kriegführenden einzeln, d. h. ohne sich zu einer Bande organisiert zu haben, über die Grenze gehen, um sich in die Armee des einen oder des anderen Kriegführenden einreihen zu lassen, ist der neutrale Staat nicht verpflichtet, dies zu verhindern. So bemerkte der Bundesrat in dem vorhin erwähnten Schreiben an die Regierung des Kantons Genf, betreffend die Bildung eines „Corps des Franc-tireurs du Mont-Blanc“, mit Recht: „Die Franzosen können einzeln in ihr Vaterland zurückkehren und sich nach Belieben dort organisieren und bewaffnen, allein auf Schweizergebiet ist dies unzulässig.“

Der neutrale Staat ist auch nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des andern Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsbedarf zu verhindern (Art. 7).

Beim Ausbruch des orientalischen Krieges im Jahre 1854 hatte sich der Bundesrat, da der Krieg sich fern von unseren Grenzen abspielte, damit begnügt, die Kantonsregierungen darauf aufmerksam zu machen, dass Schweizer, die Handel mit Kriegsgegenständen nach dem Auslande trieben, den etwa daraus entstehenden Schaden selbst zu tragen hätten und von den schweizerischen Behörden keinen Schutz beanspruchen könnten. Bei den Kriegen von 1866 und 1870/71 dagegen wurde durch Verordnungen des Bundesrates vom 16. Juni 1866 und 16. Juli 1870 die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial überhaupt nach den angrenzenden kriegführenden Staaten, sowie jede Ansammlung solcher Gegenstände in der Nähe der betreffenden Grenze untersagt. Waren wir hierzu völkerrechtlich verpflichtet? Diese Frage war damals nicht unbestritten.

Der preussische Botschafter in London, Graf Bernstorff, beschwerte sich durch Note vom 30. August 1870 darüber, dass die britische Regierung die Waffenlieferung im grossen nach Frankreich gestatte und dadurch die Neutralität in einer für Deutschland nachteiligen Weise ausübe. Graf Granville antwortete am 15. September, dass während des Krimkriegs auch Preussen als neutraler Staat gestattet habe, der russischen Kriegspartei auf dem Wege des Handels Waffen und Munition zuzuführen. Er halte das gegenwärtige Verfahren Grossbritanniens für gerechtfertigt durch die bisherige Praxis, gebe aber zu, dass „mit dem Fortschritte der Zivilisation die Verpflichtungen der Neutralen strenger geworden“ seien, und sei bereit, „mit anderen Völkern über die Möglichkeit zu Rate zu gehen, gemeinschaftlich strengere Regeln einzuführen, obwohl seine Erwartungen in betreff eines praktischen Ergebnisses in dem von der norddeutschen Regierung angegebenen Sinne nicht sehr hoffnungsreich sind“.

Bluntschli gibt zu, dass die britische Regierung, indem sie eine grossartige Waffenzufuhr nach Frankreich duldet, keine offenbare Verletzung des Völkerrechts beging, bemerkt aber, es sei doch nicht zu leugnen, dass sie den völkerrechtlichen Grundsatz des Verbots der Kriegshülfe zu wenig sorgfältig beachtet habe.

Art. 7 macht nun jedem Streite hierüber ein Ende, indem er, ohne zwischen Waffensendungen im grossen und Waffenlieferungen im kleinen zu unterscheiden, bestimmt, dass die neutralen Staaten nicht verpflichtet sind, ihren Angehörigen

den Verkauf von Waffen und Munition an die Kriegführenden zu untersagen. Allerdings haben die Händler den Schaden selbst zu tragen, wenn die Waren vom Feinde als Kriegskontrebande weggenommen werden.

Die Regierungen selber hingegen dürfen nicht die Kriegführenden mit Waffen, Munition oder sonstigen zur Kriegführung dienenden Gegenständen versorgen, ohne sich des Neutralitätsbruchs schuldig zu machen.

Telegraphen- und Fernsprechleitungen, sowie Anlagen für drahtlose Telegraphie, gleichviel, ob sie dem Staate oder Gesellschaften oder Privatpersonen gehören, sind dem öffentlichen Verkehr dienende Einrichtungen. Art. 8 enthebt daher die neutralen Staaten der Verpflichtung, ihre Benutzung für Kriegführende zu untersagen oder zu beschränken. Dies berechtigt jedoch den neutralen Staat nicht, diese Einrichtungen zu benutzen oder benutzen zu lassen, um einer der Kriegsparteien Kriegshilfe zu leisten. Die von der Delegation Grossbritanniens hierüber abgegebene und von der Konferenz gutgeheissene Erklärung lautet:

„La liberté d'un Etat neutre de transmettre des dépêches, au moyen de ses fils télégraphiques sur terre, de ses câbles sous-marins ou de ses appareils radiotélégraphiques, n'implique pas la faculté d'en user ou d'en permettre l'usage pour prêter une assistance manifeste à l'un des belligérants.“

Art. 9 verpflichtet die neutralen Staaten, alle Beschränkungen oder Verbote, die von ihnen hinsichtlich der in den Art. 7 und 8 erwähnten Gegenstände angeordnet werden, auf die Kriegführenden gleichmässig anzuwenden.

Nach Art. 10 kann die Tatsache, dass eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden.

Diese Bestimmung wurde wie folgt begründet: Wenn ein neutraler Staat sich darauf beschränken will, einen Angriff auf seine Neutralität mit Gewalt zurückzuweisen, um sich dann auf diplomatischem Wege zu beschweren, mag es nicht überflüssig sein, ausdrücklich hervorzuheben, dass der Kriegführende, der den neutralen Staat zu gewaltsamem Vorgehen genötigt hat, daraus keinen *casus belli* machen darf.

Das zweite Kapitel, das von dem Übertritt der Angehörigen einer Kriegsmacht auf neutrales Gebiet und dem Durchzug von Verwundeten und Kranken der kriegführenden Heere

durch neutrales Gebiet handelt, gibt den Abschnitt IV (Art. 57 bis 60) des Kriegsreglements von 1899 wieder, den wir bereits in unserer Botschaft vom 12. März 1907 (Bundesbl. 1907, I, 842) besprochen haben. Neu ist nur der Art. 13, der folgende zwei Fragen regelt: Was geschieht mit den entwichenen Kriegsgefangenen, die sich auf neutrales Gebiet flüchten, und was mit den Kriegsgefangenen, die von den Truppen bei ihrer Flucht auf das Gebiet eines neutralen Staates mitgeführt werden?

Die entwichenen Kriegsgefangenen, die neutrales Gebiet betreten, werden frei; der neutrale Staat braucht jedoch nicht, sie bei sich zu dulden; er kann sie zurück- oder ausweisen; nimmt er sie auf, so ist er befugt, ihnen den Aufenthaltsort anzuweisen.

Auch Kriegsgefangene, die von den Übertretenden auf neutrales Gebiet gebracht werden, hören auf, Kriegsgefangene zu sein. Der Grund dieser Bestimmung ist klar: ein Heer tritt über, um sich der Gefangenschaft zu entziehen. Es ist nicht mehr im stande, die mitgeführten Kriegsgefangenen festzuhalten, und der neutrale Staat ist nicht berechtigt, die Bewachung derselben zu übernehmen.

Anders sind die Kriegsgefangenen zu behandeln, die sich bei Kranken- und Verwundetentransporten befinden, denen der neutrale Staat den Durchzug durch sein Gebiet gestattet. Der neutrale Staat hat sie festzuhalten und derart zu bewachen, dass sie an den Kriegsunternehmungen nicht wieder teilnehmen können (Art. 14, Abs. 2).

Man hat zwischen dieser Vorschrift und der des Art. 13 einen Widerspruch finden wollen, allein Gründe der Menschlichkeit gebieten, dass im Falle des Art. 14 anders als im Falle des Art. 13 verfahren werde. Wüsste der Kriegführende, dem der neutrale Staat den Transport von Kranken und Verwundeten durch sein Gebiet gestattet, dass die darunter befindlichen Angehörigen des anderen Heeres in Freiheit gesetzt würden, so böte er nie und nimmer freiwillig zu dieser Befreiung Hand, sondern liesse die Kranken und Verwundeten des Feindes in ihren ungesunden Quartieren schmachten oder suchte, sie auf anderem, vielleicht viel längerem und beschwerlicherem Wege nach seinem Lande zu schaffen.

Die Art. 16, 17 und 18, die das dritte Kapitel über die neutralen Personen bilden, sind die Überbleibsel eines um-

fassenderen deutschen Entwurfes, der darauf hinausging, den Angehörigen neutraler Staaten auf dem Gebiete der Kriegführenden eine bevorzugte Stellung zu verschaffen, und zwar nicht nur mit bezug auf den persönlichen Militärdienst, sondern auch hinsichtlich ihrer Güter.

Das erste Kapitel des deutschen Entwurfes bestimmte den Begriff der neutralen Person und die Voraussetzungen, unter denen diese Eigenschaft verloren geht.

Das zweite Kapitel handelte von den durch neutrale Personen geleisteten Diensten und unterschied zwischen Kriegsdiensten, die kein kriegführender Staat, auch wenn sie ihm freiwillig angeboten würden, annehmen dürfte, und anderen Dienstleistungen, zu denen neutrale Personen von den Kriegführenden herangezogen werden könnten, wenn sie darein willigten. Nur Sanitäts- oder sanitätspolizeiliche Dienste sollten von ihnen ausserhalb des Kampfes gegen sofortige Zahlung oder gegen Verabfolgung eines Gutscheines verlangt werden dürfen. Den neutralen Staaten wurde die Pflicht auferlegt, ihren Staatsangehörigen den Eintritt in das Heer einer der Kriegsparteien zu untersagen.

Diese Vorschläge wurden von mehreren Delegationen bekämpft. Es sei kein triftiger Grund vorhanden — wurde ausgeführt — neutrale Personen zu hindern, sich in den Dienst eines Kriegführenden zu stellen und diesem zu verbieten, die ihm angebotenen Dienste anzunehmen. Ebensovienig könne man von einem neutralen Staate verlangen, dass er seinen Staatsangehörigen untersage, in dem einen oder dem andern der kämpfenden Heere Kriegsdienste zu nehmen. Mehrere Staaten (Dänemark, Norwegen, Belgien etc.), deren Gesetzgebung auch die auf ihrem Gebiete wohnhaften Ausländer zum Militärdienst verpflichtet, machten ebenfalls Vorbehalte.

Das dritte Kapitel über das Eigentum der neutralen Personen auf dem Gebiete der Kriegführenden enthielt folgende Bestimmungen :

Von den neutralen Personen dürfen keine Kriegskontributionen gefordert werden.

Es ist untersagt, das Eigentum neutraler Personen, ausser im Falle der Kriegsnotwendigkeit, zu zerstören oder zu beschädigen. Geschieht dies, so ist der Kriegführende, sowohl in seinem eigenen als im feindlichen Lande, nur dann verpflichtet, Schadenersatz zu leisten, wenn die Angehörigen eines

anderen neutralen Staates oder seine eigenen Angehörigen auf Entschädigung Anspruch haben und wenn Gegenrecht gehalten wird.

Für die Benutzung neutralen unbeweglichen Eigentums in feindlichem Lande bezahlen die Kriegsparteien die gleiche Entschädigung wie in ihrem eigenen Lande, sofern der neutrale Staat Gegenrecht hält. Diese Entschädigung dürfte jedoch in keinem Falle höher sein als die von der Gesetzgebung des Feindes für den Kriegsfall vorgesehene.

Die Kriegführenden dürfen nur gegen sofortige Barzahlung sich die auf ihrem Gebiete befindlichen beweglichen Sachen einer neutralen Person zu Kriegszwecken aneignen und benutzen. Auch in Feindeslande dürfen sie unter den im Art. 52 des Kriegsreglements vorgesehenen Bedingungen in gleicher Weise verfahren.

Gegen diese Bestimmungen haben namentlich Frankreich, Grossbritannien und Russland lebhaften Widerspruch erhoben. Es sei unzulässig — wurde eingewendet — den neutralen Personen Vorrechte zu gewähren, die durch nichts gerechtfertigt seien, weder gegenüber dem Staate, auf dessen Gebiete sie wohnten, noch gegenüber der anderen kriegführenden Partei. Da diese Personen als Ausländer vom Militärdienst befreit seien, so sollten sie wenigstens die übrigen Lasten mit den Landesangehörigen tragen. Der Aufenthaltsstaat sei um so weniger verpflichtet, zu ihren Gunsten eine Unterscheidung zu machen, als die Lasten, von denen sie befreit werden sollten, meistens den Charakter allgemeiner Steuern hätten, welche die ganze Bevölkerung ohne Unterschied träfen. Was die Stellung der Neutralen in besetztem Gebiete anbelange, so sei sie durch das Kriegsabkommen von 1899 geregelt, das den Neutralen die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des okkupierten Staates zu teil werden lasse. Wie sollte sich übrigens der Neutrale darüber beklagen? Hat er nicht, indem er seinen Wohnsitz in fremdem Lande aufgeschlagen habe, sich von vornherein den Gesetzen dieses Landes unterworfen und sich darauf gefasst, das Los aller übrigen Landesbewohner zu teilen?

Dieser Standpunkt stimmt allerdings mit dem überein, was bisher Recht und Praxis war.

Das Ergebnis dieser langen Verhandlungen war, dass der deutsche Entwurf fallen gelassen wurde. Nur Bruchstücke dieses Entwurfes sind, wie erwähnt, in das V. Haager Ab-

kommen übergegangen; es sind die Art. 16, 17 und 18, die wir noch kurz besprechen wollen.

Neutraler ist nach Art. 16 der Angehörige eines an dem Kriege nicht beteiligten Staates. Er verwirkt diese Eigenschaft:

- a. wenn er feindliche Handlungen gegen einen Kriegführenden begeht;
- b. wenn er Handlungen zu gunsten eines Kriegführenden begeht, insbesondere dann, wenn er freiwillig Kriegsdienste in der bewaffneten Macht einer der Parteien nimmt (Art. 17).

Was als feindliche Handlung anzusehen sei, wird nicht näher bestimmt. So viel ist nach einer Bemerkung in dem Berichte der zweiten Kommission an die Konferenz sicher, dass Zeitungsartikel, auch wenn sie ungünstig für einen der Kriegführenden sind, nicht als feindseliger Akt betrachtet werden dürfen (Actes de la conférence, tome 1^{er}, page 151).

Der Neutrale, der bei einem der Kriegführenden unter Verletzung der Neutralität Kriegsdienste nimmt, darf von dem anderen Kriegführenden nicht anders behandelt werden, als die Angehörigen des Kriegführenden selbst, so z. B. im Falle der Kriegsgefangenschaft (Art. 17, letzter Absatz).

Auch der Begriff „Handlungen zu gunsten eines Kriegführenden“ ist nicht näher umschrieben. Darunter fallen nach Art. 18 jedenfalls nicht:

- a. die Übernahme von Lieferungen oder die Bewilligung von Darlehen an einen Kriegführenden, vorausgesetzt, dass der Lieferant oder Darleiher weder im Gebiete der anderen Partei noch in dem von ihr besetzten Gebiete wohnt und dass auch die Lieferungen nicht aus diesen Gebieten herrühren;
- b. die Leistung von polizeilichen oder Zivilverwaltungsdiensten.

Es steht also fest, dass der neutrale Staat, der sich nach den Grundsätzen des Völkerrechts nicht selbst an einer von einem der Kriegführenden ausgeschriebenen Kriegsanleihe beteiligen darf, seine Staatsangehörigen an der Beteiligung nicht zu hindern braucht.

In einer im Jahre 1854 im Bundesblatt veröffentlichten Note (Band II, Seite 34) sprach die Regierung Grossbritanniens

die Hoffnung aus, es werde das von Russland aufzunehmende Staatsanleihen auf den Geldplätzen der Schweiz im Hinblick auf ihre erklärte Neutralität keine Unterstützung finden. Seither hat England 1870 auf seinem eigenen Gebiet die von dem *Gouvernement de la défense nationale* ausgeschriebene Kriegs-anleihe, Preussen 1904 die Kriegs-anleihen Russlands und Japans nicht beanstandet.

Das vierte Kapitel (Art. 19) bezieht sich auf das Eisenbahnmaterial. Über die Genesis dieser Bestimmung sei folgendes bemerkt:

Auf der ersten Haager Konferenz hatte der belgische Delegierte, Herr Beernaert, folgenden Zusatz zum Art. 6 der Brüsseler Erklärung vorgeschlagen:

„Le matériel de chemins de fer provenant d'Etats neutres, qu'il appartienne à ces Etats ou à des sociétés, leur sera renvoyé aussitôt que possible, *sans pouvoir être utilisé pour les opérations militaires.*“

Damit wurde dem Okkupanten untersagt, das aus neutralen Staaten kommende, im besetzten Gebiete befindliche Eisenbahnmaterial zu benutzen. Dieser Antrag wurde indessen vom Redaktionsausschusse abgeändert und ging als Art. 54 in folgender Fassung ins Kriegsreglement von 1899 über:

„Das Eisenbahnmaterial, das aus neutralen Staaten kommt, gehöre es diesen selbst oder Gesellschaften oder Privatpersonen, soll ihnen sobald als möglich zurückgesandt werden.“

Die Worte „*sans pouvoir être utilisé pour les opérations militaires*“ wurden unterdrückt und damit das Benutzungsrecht des Siegers anerkannt, ohne es jedoch ausdrücklich zu sagen.

Die zweite Haager Konferenz strich den Art. 54 aus dem Kriegsreglement und nahm ihn als Art. 19 in das Abkommen in etwas veränderter Gestalt auf.

Die neue Vorschrift weicht in folgenden Punkten von dem alten Art. 54 der Kriegsordnung ab:

Das Recht der Kriegführenden, das aus neutralem Gebiete stammende Eisenbahnmaterial zu benutzen, wird ausdrücklich anerkannt. Allerdings soll dieses Recht nur im Falle gebietischer Notwendigkeit und gegen Entschädigung ausgeübt werden.

Der Neutrale, dem sein Eisenbahnmaterial vorenthalten wird, darf seinerseits im Bedürfnisfalle das in seinen Händen

befindliche Eisenbahnmateriale des Kriegführenden in entsprechendem Umfange zurückhalten und gegen Entschädigung benutzen.

Die Konferenz hat endlich in der Schlussakte zwei Wünsche formuliert :

1. Alle Behörden möchten es sich im Kriegsfall zur besonderen Pflicht machen, den Fortbestand des friedlichen Verkehrs zwischen der Bevölkerung der kriegführenden Staaten und den neutralen Ländern zu sichern und zu schützen.

2. Die Vertragsstaaten möchten durch besondere Abkommen die Lage der auf ihren Gebieten ansässigen Ausländer hinsichtlich der Militärlasten regeln.

Berichterstatter über die Rechte und Pflichten der Neutralen war der zweite schweizerische Delegierte, Herr Oberst Borel. Sein trefflicher Bericht findet sich in den *Actes de la conférence*, I, Seite 136—159.

6. Abkommen über die Behandlung von feindlichen Kaufahrtsschiffen beim Ausbruche der Feindseligkeiten.

Handelsschiffe eines Kriegführenden, die sich beim Beginn eines Krieges in einem feindlichen Hafen befinden oder die einen solchen Hafen anlaufen, ohne von dem Ausbruche der Feindseligkeiten Kenntnis erhalten zu haben, wurden früher vom Feinde einfach weggenommen. Erst seit dem Krimkriege (1854) ist es Übung geworden, solchen Schiffen eine Frist (Indult) zum Verlassen des feindlichen Hafens zu gewähren. So haben die Vereinigten Staaten 1898 den in amerikanischen Häfen weilenden spanischen Schiffen eine dreissigtägige Frist, Russland 1904 den japanischen Schiffen eine Frist von 48 Stunden zum Einnehmen der Ladung und zur Abreise bewilligt. Rechtlich verpflichtet waren sie hierzu nicht.

Handelsschiffe eines Kriegführenden, die beim Ausbruche eines Krieges auf hoher See von feindlichen Kriegsschiffen überrascht werden, unterlagen bisher der Wegnahme durch den Feind, dem Embargo.

Auf der Haager Konferenz machte Russland, von Deutschland und den Vereinigten Staaten unterstützt, den Vorschlag, die Kriegführenden seien zur Gewährung des Indults vertragsmässig zu verpflichten.

Dem widersetzten sich Grossbritannien, Frankreich und Japan, indem sie darauf hinwiesen, wie schwierig es sei, eine allgemein verbindliche Regel aufzustellen, ohne unter Umständen berechnete militärische Interessen der Kriegführenden zu gefährden. Die in die Gewalt einer Kriegspartei geratenen feindlichen Schiffe könnten zur Kriegführung geeignete Fahrzeuge sein, und in diesem Falle dürfte man ihr nicht zumuten, dass sie dieselben zur Vermehrung der Angriffs- und Verteidigungsmittel des Gegners frei auslaufen lasse.

Da eine Einigung hierüber nicht erzielt werden konnte, so wurde schliesslich ein von Frankreich gestellter Vermittlungsantrag angenommen, demzufolge die Gewährung einer Frist zum Auslaufen fakultativ bleiben, hingegen das Beute-recht abgeschafft werden sollte.

Es gelten nun folgende Vorschriften :

1. Es ist „erwünscht“, dass Kauffahrteischiffen eines Kriegführenden, die sich beim Ausbruche eines Krieges in einem feindlichen Hafen befinden oder einen solchen Hafen anlaufen, ohne von dem Kriegszustande Kenntnis erhalten zu haben, unbehindertes Auslaufen gestattet werde, sofort oder nach einer genügenden Zeitfrist, damit sie ihren Bestimmungs- oder einen andern ihnen bezeichneten Hafen erreichen können (Art. 1).

2. Kauffahrteischiffe, die infolge höherer Gewalt binnen der gesetzten Frist nicht haben auslaufen können oder denen das Verlassen des feindlichen Hafens nicht gestattet worden ist, dürfen nicht weggenommen (confisqués), sondern nur beschlagnahmt werden (saisis) mit der Verpflichtung, sie nach Beendigung des Krieges ohne Entschädigung zurückzugeben. Werden sie vom Feinde benutzt, so hat dieser nach den für die Requisitionen geltenden Grundsätzen Entschädigung zu leisten (Art. 2).

3. Das Gleiche gilt auch für Handelsschiffe, die vom Feinde auf hoher See überrascht werden, nur dass sie vom Feinde gegen Entschädigung auch zerstört werden dürfen, nachdem für die Sicherheit der Personen und die Erhaltung der Schiffspapiere gesorgt worden ist (Art. 3).

Diese Bestimmungen finden auf die Ladung analoge Anwendung (Art. 4).

An die Art. 3 und 4, Abs. 2, knüpften Deutschland und Russland einen Vorbehalt, weil die darin enthaltenen Vorschriften nur denjenigen Staaten zu gute kämen, die überall in

der Welt Flottenstützpunkte besäßen. Diese Staaten könnten die auf hoher See angehaltenen Schiffe leicht in einen ihrer Häfen bringen, um sie während des Krieges zu benutzen oder unbenutzt zu verwahren, in welchem Falle bei der Rückgabe keine Entschädigung zu zahlen wäre. Die Staaten aber, die sich nicht in so günstiger Lage befänden, müssten entweder solche Schiffe zerstören und den Eigentümer entschädigen, oder sie einfach freilassen.

4. Handelsschiffe, deren Bau darauf schliessen lässt, dass sie zu Hilfskreuzern bestimmt sind, fallen nicht unter dieses Abkommen (Art. 5). Solche Schiffe können also vom Feinde ohne Entschädigung zerstört oder weggenommen werden.

7. Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrtschiffen in Kriegsschiffe.

Lebhaft besprochen wurde die Frage der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe, als die russischen Schiffe „Petersburg“ und „Smolensk“ von der freiwilligen Flotte im Schwarzen Meer die Dardanellen als Handelsschiffe passierten, dann aber auf hoher See die Kriegsflagge aufgezogen und das britische Schiff Malakka kaperten. Die britische Regierung erhob dagegen Widerspruch. Entweder — bemerkte sie — waren diese Schiffe Kriegsschiffe, und dann hätten sie nach den bestehenden Verträgen die Dardanellenstrasse nicht passieren dürfen, oder sie hatten die Dardanellen als Handelsschiffe durchfahren, und in diesem Falle hätten sie nicht in Kriegsschiffe umgewandelt werden dürfen.

Diese Frage der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe ist sowohl für die Kriegführenden als für die Neutralen von grosser Bedeutung: für die Kriegführenden, weil nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom 16. April 1856, welche die Privatkapererei abgeschafft hat, Handelsschiffe an militärischen Handlungen nicht teilnehmen dürfen; für die Neutralen, weil das Recht, verdächtige Schiffe anzuhalten, zu durchsuchen und gegebenenfalls wegzunehmen, nur Kriegsschiffen zusteht. Auch sind gewisse Regeln des Neutralitätsrechts, wie das Verbot, gewisse Meerengen zu passieren, in neutralen Häfen länger zu verweilen, als es nötig ist, um ein beschränktes Quantum Kohlen einzunehmen u. s. w., nur auf Kriegsschiffe anwendbar.

Die Gesetzgebung vieler Länder verleiht dem Staate das Recht, im Falle eines Seekriegs die Handelsschiffe zur Benutzung für Kriegszwecke zu requirieren, und regelt die Ausübung dieses Rechtes. Vgl. z. B. das deutsche Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873. Allgemeine völkerrechtliche Vorschriften darüber, unter welchen Voraussetzungen ein in den Dienst des Staates übergehendes Privatschiff als Kriegsschiff nach Rechten und Pflichten angesehen werden kann, bestanden aber bis jetzt nicht.

Als diese Frage auf der Haager Konferenz zur Sprache kam, verlangte Grossbritannien, dass eine solche Umwandlung nur in den Territorialgewässern der Kriegführenden als zulässig erklärt werden sollte. Deutschland, Frankreich und Russland bestanden hingegen darauf, dass die Umwandlung auch auf hoher See stattfinden dürfe. Bei der Unmöglichkeit, sich hierüber zu einigen, wurde beschlossen, diesen Punkt beiseite zu lassen und sich auf die Feststellung nachstehender Regeln zu beschränken:

1. Umgewandelte Handelsschiffe müssen unter dem direkten Befehle, der unmittelbaren Aufsicht und der Verantwortlichkeit der Macht stehen, deren Flagge sie führen (Art. 1).

2. Sie müssen die äusseren Abzeichen der Kriegsschiffe ihres Heimatlandes tragen (Art. 2).

3. Der Befehlshaber muss im Staatsdienst stehen, von der Staatsgewalt ordnungsmässig bestellt und in der offiziellen Rangliste der Kriegsmarine verzeichnet sein (Art. 3).

4. Die Mannschaft muss der Militärdisziplin unterworfen sein (Art. 4).

5. Das Schiff muss die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten (Art. 5).

6. Es muss möglichst bald in die offizielle Liste der Kriegsschiffe eingetragen werden (Art. 6).

Die Türkei hat in der Plenarsitzung vom 9. Oktober die Erklärung abgegeben, dass sie zwar das Abkommen annehme, aber mit dem Vorbehalt, Handelsschiffen, die in ihren Gewässern oder auf hoher See unter der Handelsflagge fahren und bei Beginn der Feindseligkeiten in Kriegsschiffe verwandelt werden, diesen Charakter unter allen Umständen zu versagen.

8. Abkommen über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist die Verwendung von Sprengkörpern zur Zerstörung feindlicher Schiffe ein anerkanntes Kriegsmittel. Werner von Siemens sperrte im Jahre 1848 den Hafen von Kiel mit unterseeischen Minen, um die Stadt vor einer Beschiessung durch die dänische Flotte zu schützen. Diese ersten Minen waren „Beobachtungs- oder abhängige Minen“; sie wurden vom Ufer aus mittelst eines galvanischen Stromes in dem Augenblicke entzündet, wo ein Schiff sich über ihnen befand. Die fortschreitende Technik erfand später die „unabhängigen oder Kontaktminen“. Es sind eiserne, luftdicht verschlossene, mit Sprengstoff gefüllte Gefässe von 25 bis 60 Centimetern Durchmesser, die durch einen an der Oberfläche treibenden Schwimmkörper getragen werden, während die Mine selbst einige Meter tief im Wasser hängt. Als Zündkörper dienen elektrische Kontaktspitzen oder nach verschiedenen Seiten ausstehende Glasröhren, deren Bruch den Erguss gewisser chemischer Substanzen und dadurch die Entladung bewirkt. Kontaktminen sind entweder Treibminen, die frei im Wasser umherschwimmen, oder verankerte Minen. Diese werden unterhalb der Wasserfläche durch einen Anker festgehalten und sind an den bestimmten Standort gebunden. Es kommt aber vor, dass sie sich von ihrer Verankerung losreissen und durch die Strömung vertrieben werden.

Eine grosse Gefahr für die Schifffahrt bilden die frei treibenden und die losgerissenen Minen, welche, wie die Erfahrung lehrt, sich lange Zeit an der Oberfläche des Wassers halten und wirksam bleiben können. Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Russland hatten längst aufgehört, als friedliche Handelsschiffe auf solche Minen gerieten und in die Luft gesprengt wurden. Die chinesische Delegation im Haag machte hierüber folgende Mitteilungen :

„Le Gouvernement chinois est encore aujourd'hui dans l'obligation de munir les vaisseaux de sa navigation côtière d'instruments spéciaux pour repêcher et détruire les mines flottantes qui encombrant non seulement la mer libre, mais encore ses eaux territoriales. Malgré toutes les précautions prises, un nombre très considérable de navires de cabotage, de bateaux de pêche, de jonques et de sampons a sombré par suite de rencontres avec ces mines automatiques sous-marines et ces

vaisseaux se sont perdus corps et biens sans que les détails de ces désastres soient parvenus au monde occidental. Il est calculé que de cinq à six cents de nos nationaux, qui vauaient à leurs occupations pacifiques, ont ainsi trouvé une mort cruelle par suite de ces engins dangereux.“

Es erschien also geboten, der Haager Konferenz auch die Frage zu unterbreiten, was zum Schutze der durch Seeminen gefährdeten internationalen Schifffahrt vorzukehren sei.

Grossbritannien war es, das die weitgehendsten Anträge auf Einschränkung der Verwendung unterseeischer Minen im Seekriege stellte. Danach sollte verboten sein :

- a. die Legung von Treibminen ;
- b. die Legung verankerter Minen, die nach der Losreissung vom Anker nicht unschädlich würden ;
- c. die Legung von verankerten Kontaktminen auf hoher See, d. h. jenseits der Dreiseemeilengrenze. Diese Grenze sollte jedoch vor befestigten Kriegshäfen bis auf zehn Seemeilen erstreckt werden ;
- d. die Verwendung unterseeischer Kontaktminen zur Errichtung oder Aufrechthaltung einer Handelsblockade.

Gegen das Verbot der Legung von Kontaktminen ausserhalb der Territorialgewässer erhob Deutschland Widerspruch, indem es erklärte, auf ein so wirksames Verteidigungsmittel nicht verzichten zu können. Dagegen wäre Deutschland bereit gewesen, die Verwendung von Treibminen auf fünf Jahre zu untersagen. Italien wendete aber gegen diesen Vorschlag ein, dass die Treibminen das letzte Rettungsmittel eines von einem stärkeren Gegner verfolgten Schiffes sein könnten, und dass es deshalb nicht angehe, sie gänzlich zu verbieten. Es genüge, wenn die nicht verankerten automatischen Kontaktminen mit einer Vorrichtung versehen würden, die sie eine Stunde nach ihrer Legung unschädlich machte. Ebenso wären die verankerten Kontaktminen so einzurichten, dass sie nach der Losreissung blind werden müssten.

Aus den langen Verhandlungen ging ein Abkommen hervor, das für die Dauer von sieben Jahren gelten soll ; sechs Monate vor Eintritt dieses Zeitpunktes soll die Minenfrage wieder aufgenommen werden ; kommt kein neues Abkommen zu stande, so soll das alte fortgelten mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten für jeden Vertragsstaat (Art. 11 und 12).

Im übrigen gelten folgende Vorschriften :

1. Verboten sind :

- a. unverankerte Kontaktminen, wenn sie nicht so eingerichtet sind, dass sie spätestens eine Stunde, nachdem der sie Legende die Aufsicht über sie verloren hat, unschädlich werden ;
- b. verankerte Kontaktminen, die nicht sofort mit der Losreissung vom Anker unschädlich werden ;
- c. Torpedos, die nicht unschädlich werden, sobald sie ihr Ziel verfehlt haben (Art. 1).

Alle andern Minen sind sowohl im Küstenmeer wie auf hoher See zulässig.

Es ist untersagt, vor den Küsten und Häfen des Gegners Minen zu dem ausschliesslichen Zwecke zu legen, die Handels-schiffahrt zu unterbinden (Art. 2).

An diese Bestimmung wurde von Deutschland und Frankreich ein Vorbehalt geknüpft, weil sie praktisch undurchführbar sei.

Bei der Legung von verankerten Kontaktminen sind für die Sicherheit der friedlichen Schiffahrt alle möglichen Vorsichtsmassregeln zu treffen. Die Kriegführenden verpflichten sich, so viel wie möglich dafür zu sorgen, dass diese Minen nach Ablauf eines begrenzten Zeitraums unschädlich werden. Hört ihre Überwachung auf, so sollen die gefährlichen Gegenden, sobald die militärischen Rücksichten es gestatten, den Schiffahrtskreisen durch eine Bekanntmachung bezeichnet werden, die auch den Regierungen auf diplomatischem Wege mitzuteilen ist (Art. 3).

Die Türkei gab an dieser Stelle eine Erklärung zur Wahrung ihrer Gebietshoheit über Bosphorus und Dardanellen ab ; sie übernehme keinerlei Verpflichtung, die Mittel zur Verteidigung dieser Meerengen einzuschränken.

Jede neutrale Macht, die zum Schutze ihrer Küsten Minen legt, soll dieselben Regeln beobachten und dieselben Vorsichtsmassregeln treffen, wie sie den Kriegführenden zur Pflicht gemacht sind. Sie muss durch eine vorgängige Bekanntmachung die Gegenden, wo Kontaktminen gelegt werden sollen, zur Kenntnis der Schiffahrtskreise bringen, und diese Bekanntmachung soll sofort auf diplomatischem Wege auch den Regierungen mitgeteilt werden (Art. 4).

Die Neutralen dürfen nicht im offenen Meere, sondern nur in ihren Territorialgewässern Minen legen.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, nach Beendigung des Krieges die von ihnen gelegten Minen, so viel es in ihrer Macht steht, zu beseitigen. Bei verankerten Minen, die ein Kriegführender längs der Küsten des andern gelegt hat, soll die Stelle, wo sie sich befinden, der anderen Macht mitgeteilt werden, und jede Macht soll in kürzester Frist die in ihren Gewässern befindlichen Minen beseitigen (Art. 5).

Alle Vertragsstaaten müssen ihr Minenmaterial möglichst bald dem Abkommen gemäss einrichten (Art. 6).

Es erscheint zweifelhaft, ob dieses Abkommen bei den Schwierigkeiten, die seiner praktischen Durchführung entgegenstehen, in Rechtskraft erwachsen wird.

9. Abkommen betreffend die Beschiessung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten.

Art. 25 des alten und des neuen Landkriegsreglements verbietet, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude zu beschiessen. Dies gilt jedoch nur für den Landkrieg. Die Frage der Beschiessung von Häfen, Städten u. s. w. durch eine Kriegsflotte war im Jahre 1899 unentschieden gelassen und der Prüfung einer späteren Konferenz vorbehalten worden.

Auch diese Frage ist nun durch ein Abkommen geregelt, das folgende Vorschriften enthält:

Es ist verboten, unverteidigte Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude durch Seestreitkräfte zu beschiessen (Art. 1, Abs. 1).

Die ursprünglichen Anträge der Vereinigten Staaten von Amerika und der Niederlande sprachen von unverteidigten „und nicht befestigten“ Städten u. s. w. Man hat aber schliesslich gefunden, es sei besser, nicht so zu spezifizieren, weil einerseits das Vorhandensein von Festungswerken an sich, wenn sie nicht verteidigt werden, eine Beschiessung nicht zu rechtfertigen vermag, während andererseits Art. 2 den militärischen Notwendigkeiten dadurch Rechnung trägt, dass er die Beschiessung militärischer Werke jeder Art, worunter auch Festungen fallen, zulässt.

Auf italienischen Antrag ist dem Art. 1 der Absatz 2 hinzugefügt worden, demzufolge eine Ortschaft nicht aus dem Grunde allein beschossen werden darf, weil vor ihrem Hafen unterseeische Kontaktminen gelegt sind.

Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, China, Japan und Spanien haben diesen Zusatz nicht angenommen, da die Legung von Minen an sich schon zweifellos eine Massregel der „Verteidigung“ sei.

Art. 2 und 3 lassen Ausnahmen von dem Verbote der Beschiessung zu, die im Landkriegsreglement nicht vorgesehen sind, aber durch die Verschiedenheit der Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen. Während nämlich das Landheer eine unverteidigte Stadt besetzen und die ihm notwendig erscheinenden militärischen Massregeln (Zerstörung eines Gebäudes oder irgend einer Vorrichtung, Beschaffung von Lebensmittel u. s. w.) treffen kann, ohne zu dem äussersten Mittel einer Beschiessung zu greifen, wird eine Seestreitmacht in der Regel nicht so verfahren können. Es ist daher gestattet, militärische Werke, Militär- oder Marineanlagen, Niederlagen von Waffen oder von Kriegsmaterial, Werkstätten und Einrichtungen, die für die Bedürfnisse der feindlichen Flotte oder des feindlichen Heeres nutzbar gemacht werden können (solche Einrichtungen sind z. B. Eisenbahnen, schwimmende Docks u. s. w.), sowie im Hafen befindliche Kriegsschiffe zu beschiessen, wenn jedes andere Mittel ausgeschlossen ist und die Ortsbehörde selbst nicht binnen der gestellten Frist zu der Zerstörung schreitet. Der Befehlshaber ist für den nicht beabsichtigten Schaden, der durch die Beschiessung etwa verursacht worden ist, nicht verantwortlich.

Von der Setzung einer Frist kann Umgang genommen werden, wenn dies aus militärischen Gründen notwendig erscheint. Der Befehlshaber hat jedoch alle Anordnungen zu treffen, damit aus der Beschiessung für die Stadt möglichst wenig Nachteile entstehen.

Unverteidigte Häfen, Städte u. s. w. dürfen beschossen werden, wenn die Ortsbehörde sich weigert, die von ihr verlangten Lebensmittel und Vorräte zu liefern. Dabei gelten folgende Vorschriften:

- a. die Ortsbehörde muss durch ausdrückliche Aufforderung in Verzug gesetzt sein;

- b. die requirierten Vorräte müssen für das augenblickliche Bedürfnis der vor einer Ortschaft liegenden Seestreitmacht notwendig sein ;
- c. sie müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen der Ortschaft stehen ;
- d. sie müssen mit Ermächtigung des Befehlshabers gefordert und so viel als möglich bar bezahlt, gegebenenfalls durch Empfangsbescheinigungen anerkannt werden (vgl. Art. 52 des Landkriegsreglements).

Die Beschiessung wegen Nichtzahlung von Geldkontributionen ist untersagt (Art. 4).

Art. 5—7 enthalten allgemeine Vorschriften, die auf jede Beschiessung verteidigter und unverteidigter Städte Anwendung finden.

Der Befehlshaber der angreifenden Seestreitmacht soll vor Eröffnung der Beschiessung alles tun, was in seinen Kräften steht, um die Behörden zu benachrichtigen, es sei denn, dass militärische Rücksichten dies nicht gestatten (Art. 6; vgl. auch Art. 26 des Landkriegsreglements).

Bei der Beschiessung soll der Befehlshaber alle Massnahmen treffen, um zu schonen: die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelpätze für Kranke und Verwundete.

Selbstverständlich dürfen diese Gebäude und Plätze, wenn sie geschont werden sollen, nicht zu militärischen Zwecken benutzt werden. Die Schonung ist ferner nur möglich, wenn der Angreifer Kenntnis von solchen Gebäuden und Plätzen hat. Es wird daher den Einwohnern die Pflicht auferlegt, sie durch deutliche Zeichen kenntlich zu machen, die aus grossen, steifen, rechteckigen Flächen bestehen und diagonal in zwei Dreiecke, das obere von schwarzer, das untere von weisser Farbe geteilt sein sollen (vgl. Art. 5, der, abgesehen von der Bestimmung des Zeichens, dem Art. 27 des Landkriegsreglements entspricht).

Es ist verboten, Städte oder Ortschaften, auch wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben (Art. 7 — Art. 28 des Landkriegsreglements).

10. Abkommen betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg.

Nachdem im Jahre 1868 der Versuch, die Grundsätze der Genfer Konvention zur Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Soldaten vom 22. August 1864 durch ein internationales Abkommen auf die Kriegführung zur See auszu dehnen, missglückt war, wurde diese Frage von der ersten Haager Konferenz zum Abschlusse gebracht. Das Abkommen vom 29. Juli 1899 verwirklichte einen wesentlichen Fortschritt, indem es die in der Genfer Konvention von 1864 niedergelegten Grundsätze den Verhältnissen des Seekrieges anzupassen suchte.

Da die Genfer Konvention von 1864 sich nach den gemachten Erfahrungen als sehr verbesserungsbedürftig gezeigt hatte, so trat im Jahre 1906 auf die Einladung des schweizerischen Bundesrates eine internationale Konferenz in Genf zusammen, um sie einer Revision zu unterwerfen. Aus den Beratungen dieser Konferenz ging das neue Abkommen vom 6. Juli 1906 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde hervor (vgl. unsere Botschaft vom 30. November 1906). Nun ergab sich die Notwendigkeit, das Haager Abkommen von 1899 über den Seekrieg mit dem neuen Genfer Abkommen in Einklang zu bringen.

Diese Aufgabe wurde von der zweiten Haager Konferenz auf Grund eines von der deutschen Delegation vorgelegten Entwurfes gelöst.

Eine kurze Analyse des neuen Abkommens wird zeigen, inwieweit es von dem alten abweicht.

Art. 1 und 2 stellen die Bedingungen fest, unter denen die militärischen Lazaretttschiffe und die Lazaretttschiffe, die ganz oder zum Teil auf Kosten von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften der kriegführenden Mächte ausgerüstet werden, geschützt sein sollen; sie entsprechen den Art. 1 und 2 des alten Abkommens.

Eine nicht unwesentliche Neuerung enthält Art. 3, der von den Lazaretttschiffen handelt, die ganz oder zum Teile auf Kosten von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften neutraler Staaten ausgerüstet werden. Damit diese Schiffe vor Wegnahme geschützt seien, genügt es

jetzt nicht mehr, dass der neutrale Staat, aus dem sie herkommen, eine amtliche Bescheinigung für sie ausstelle und ihren Namen zu Beginn oder im Verlaufe der Feindseligkeiten, jedenfalls aber vor irgendwelcher Verwendung, den Kriegsparteien mitteile. Fortan müssen sich diese Schiffe der Leitung eines der Kriegführenden mit vorgängiger Einwilligung ihrer eigenen Regierung und mit Ermächtigung des Kriegführenden selbst unterstellen, und dieser hat ihren Namen zu Beginn oder im Verlaufe der Feindseligkeiten, jedenfalls aber vor irgendwelcher Verwendung dem Gegner bekannt zu machen. Art. 5, Abs. 4, schreibt sodann vor, dass die neutralen Hospitalschiffe am Hauptmaste die Nationalflagge der Kriegspartei aufhissen sollen, der sie sich angeschlossen haben.

Diese Bestimmung, die sich als eine analoge Anwendung der Art. 11 und 22 des neuen Genfer Abkommens vom 6. Juli 1906 darstellt, war von dem Rechtsgelehrten Renault bekämpft worden, der den Standpunkt von 1899 vertrat, wonach neutrale Lazarettsschiffe sich nicht unter den unmittelbaren Befehl eines der Kriegführenden zu stellen brauchten. Der deutsche Admiral Siegel machte hiergegen geltend, dass, abgesehen von den allgemeinen Gründen, welche die Eingliederung solcher Schiffe in eine der beiden Kriegsflotten als angezeigt erscheinen liessen, die Lage sich seit 1899 nicht unwesentlich verändert habe: die neue Konvention gestatte nämlich, dass das Personal der Hospitalschiffe aus Gründen der Ordnung und der Sicherheit Waffen trage und dass diese Schiffe mit funktelegraphischen Einrichtungen versehen werden (Art. 8, Abs. 2). Unter diesen Umständen erscheine eine militärische Überwachung geboten.

Die Konferenz trat der Ansicht des Admirals Siegel bei.

Art. 4, der die Vorschriften aufstellt, denen sich die Hospitalschiffe im Interesse der Kriegsoperationen zu unterwerfen haben, ist unverändert beibehalten worden.

Art. 5, der grösstenteils unverändert geblieben ist, gibt an, in welcher Weise Lazarettsschiffe sich kenntlich zu machen haben. Neu sind folgende Bestimmungen:

- a. Lazarettsschiffe, die einem neutralen Staate angehören, haben, wie bereits erwähnt, neben der weissen Flagge mit rotem Kreuz und ihrer eigenen Nationalflagge die Nationalflagge des Kriegführenden, dessen Leitung sie sich unterstellt haben, zu hissen.

- b. Lazaretttschiffe, die gemäss Art. 4 vom Feinde zurückgehalten werden, haben die Nationalflagge des Kriegführenden, dem sie unterstellt sind, niederzuholen.
- c. Hospitalschiffe haben sich des Nachts als solche kenntlich zu machen, um den ihnen gebührenden Schutz zu geniessen.

Art. 6 ist neu und bestimmt, entsprechend dem Art. 23 der Genfer Konvention von 1906, dass die für die Lazaretttschiffe vorgeschriebenen Abzeichen sowohl in Friedens- als in Kriegszeiten nur zum Schutze und zur Bezeichnung dieser Schiffe gebraucht werden dürfen.

Grossbritannien knüpfte an diesen Artikel den gleichen Vorbehalt, den es seinerzeit hinsichtlich der Art. 23, 27 und 28 der neuen Genfer Konvention formuliert hatte, indem es darauf hinwies, dass zur Ausführung dieser Vorschrift ein Akt der dem Parlament vorbehaltenen Landesgesetzgebung nötig sei.

Der neue Art. 7 stellt sich als eine Anwendung der in den Art. 6 und 15 der Genfer Konvention von 1906 niedergelegten Grundsätze dar. Die Lazarette an Bord sollen im Falle eines Nahkampfes tunlichst geschont werden; sie unterliegen mit ihrer Ausrüstung zwar dem Kriegsrecht, d. h. der Wegnahme, dürfen aber ihrer Bestimmung nicht entzogen werden, solange sie für Verwundete und Kranke nötig sind. Gleichwohl kann der Befehlshaber, der sie in seiner Gewalt hat, aus wichtigen militärischen Gründen darüber verfügen, wenn er zuvor die darin befindlichen Kranken und Verwundeten in Sicherheit gebracht hat.

Art. 8 ist neu (vgl. Art. 7 und 8 der Genfer Konvention). Der den Lazaretttschiffen und den Schiffslazaretten gebührende Schutz hört auf, wenn sie dazu verwendet werden, dem Feinde zu schaden. Das Personal dieser Schiffe und Lazarette kann zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verteidigung der Verwundeten und Kranken bewaffnet sein, ohne des ihm zugesicherten Schutzes verlustig zu gehen. Ebensowenig kann der Umstand, dass sich an Bord eine funkentelegraphische Einrichtung befindet, einen Grund für die Entziehung dieses Schutzes bilden.

Art. 9 überträgt auf den Seekrieg die Bestimmung des Art. 5 der Genfer Konvention, indem er den Handelsschiffen, Jachten und Booten, die unaufgefordert oder infolge eines Aufrufes der Kriegführenden Verwundete, Kranke und Schiff-

brüchige aufnehmen, einen besonderen Schutz und bestimmte Vergünstigungen zusichert. Solche Fahrzeuge dürfen bloss deshalb, weil sie Verwundete u. s. w. befördern, nicht weggenommen werden, bleiben aber, sofern ihnen nicht ein anderes versprochen ist, wegen der von ihnen begangenen Neutralitätsverletzungen der Wegnahme ausgesetzt.

Art. 10, der von dem geistlichen, ärztlichen und Lazarettpersonal weggenommener Schiffe handelt, gibt Art. 7 des Abkommens von 1899 mit der einzigen Änderung wieder, dass die Kriegführenden verpflichtet sind, dem zurückgehaltenen amtlichen Sanitätspersonal des Gegners denselben Gehalt zu zahlen wie dem Personal gleichen Dienstgrades der eigenen Marine (vgl. Art. 13 der Genfer Konvention von 1896).

Art. 11 entspricht dem Art. 8 des Abkommens von 1899. Danach soll die Partei, die ein Schiff genommen hat *), die an Bord befindlichen Marine- und Militärpersonen, sowie andere den Marinen oder Heeren dienstlich beigegebene Personen, die verwundet oder krank sind, ohne Unterschied der Nationalität schonen und pflegen (vgl. Art. 1, Abs. 1, der Genfer Konvention).

Art. 9 des Abkommens von 1899 bestimmte, dass Schiffbrüchige, Verwundete und Kranke der einen Kriegspartei, die in die Hände der andern fallen, Kriegsgefangene sind. Bei diesem Texte blieb die Frage zweifelhaft, ob ein Kriegsschiff, das einem Hospitalschiffe (also einem Schiffe, das nicht weggenommen werden darf) begegnet, berechtigt sei, sich die auf demselben befindlichen Schiffbrüchigen, Verwundeten und Kranken des Gegners als Kriegsgefangene übergeben zu lassen. Hierüber gibt nun der neue Art. 12 eine klare Antwort, indem er vorschreibt, dass jedes Kriegsschiff eines Kriegführenden die Herausgabe der Verwundeten, Kranken oder Schiffbrüchigen verlangen kann, die sich an Bord von militärischen Lazarettschiffen, von Lazarettschiffen einer Hilfsgesellschaft oder einer Privatperson, von Kauffahrteischiffen, Jachten und Booten befinden, welches auch die Nationalität dieser Fahrzeuge sei.

Grossbritannien hat zu dieser Bestimmung den Vorbehalt gemacht, dass sie nach seiner Ansicht nur auf Kombattanten angewendet werden dürfe, die während oder nach einer See-

*) Der Wegnahme unterliegen die Kriegs- und Staatsschiffe des Gegners, alle Handelsschiffe unter feindlicher Flagge und die neutralen Schiffe, die Kontrebande führen oder die Blockade gebrochen haben.

schlacht aufgenommen worden seien, an der sie teilgenommen hätten.

Dieses Recht eines Kriegführenden, sich die Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen des Gegners herausgeben zu lassen, kann gegenüber einem neutralen Kriegsschiffe nicht geltend gemacht werden. Der Neutrale ist aber in diesem Falle, so wie im Landkriege bei dem Übertritte einer Truppe auf neutrales Gebiet, verpflichtet, soweit möglich dafür zu sorgen, dass diese Personen nicht mehr am Kriege teilnehmen können (Art. 13).

Nach Art. 14, der dem Art. 9 des alten Abkommens entspricht, bleibt es dem Kriegführenden, in dessen Hände Schiffbrüchige, Verwundete oder Kranke der anderen Kriegspartei gefallen sind, überlassen, sie nach Umständen festzuhalten oder nach einem seiner Häfen, nach einem neutralen Hafen, oder selbst nach einem Hafen des Gegners zu befördern. Im letztern Falle dürfen die so in ihre Heimat entlassenen Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges nicht mehr dienen.

Art. 15 gibt Art. 10 des alten Abkommens wieder, der im Jahre 1899 lebhaft erörtert und schliesslich von der Ratifikation ausgeschlossen worden war. Diese Bestimmung wurde auf der zweiten Haager Konferenz nicht mehr angefochten; sie sieht den Fall vor, dass Schiffbrüchige, Verwundete und Kranke in einem neutralen Hafen ausgeschifft werden. Der neutrale Staat ist nicht verpflichtet, sie aufzunehmen, muss aber, wenn er sie aufnimmt, sie so bewachen, dass sie nicht wieder am Kriege teilnehmen können.

Art. 16 (Schutz der Schiffbrüchigen, Verwundeten, Kranken und Toten nach einem Gefecht), Art. 17 (Identifizierung der Toten und der Verwundeten), Art. 19 (Ausführung des Abkommens) und Art. 20 (Vorkehrungen, um die Truppen, das Sanitätspersonal und die Bevölkerung mit den Bestimmungen des Abkommens bekannt zu machen) entsprechen den Art. 3, 4, 25 und 26 des Genfer Abkommens von 1906.

Art. 21 verpflichtet die Vertragsstaaten, Massnahmen zu treffen, damit die Beraubung und Misshandlung von Kranken und Verwundeten, und der unbefugte Gebrauch der im Art. 5 vorgesehenen Abzeichen nicht ungeahndet bleiben (Art. 27 und 28 des Genfer Abkommens von 1906).

Die Bestimmungen über die Geltung des Abkommens sind im allgemeinen unverändert geblieben.

Noch ein Wort über das Zeichen des Roten Kreuzes.

Das Genfer Abkommen vom 6. Juli 1906 enthält folgende Bestimmung:

Art. 18. Zu Ehren der Schweiz wird das durch Umstellung der eidgenössischen Farben gebildete Wappenzeichen des roten Kreuzes auf weissem Grunde als Schutz- und Erkennungszeichen des Heeressanitätsdienstes beibehalten.

Nichtchristliche Staaten, wie China, Japan und Siam, hatten in Genf diese Bestimmung angenommen; nur Persien machte einen Vorbehalt zu gunsten der roten Sonne. Die Türkei war in Genf nicht vertreten.

Auf der Haager Konferenz erklärten die Türkei und Persien bei Beratung des vorliegenden Abkommens, dass sie sich den Gebrauch ihrer eigenen Zeichen, des roten Halbmondes, für die Türkei, und der roten Sonne, für Persien, vorbehalten müssten. Diese Erklärung blieb unbeanstandet; nur die schweizerische Delegation sah sich unsern Instruktionen gemäss veranlasst, festzustellen, dass der türkische und der persische Vorbehalt sich selbstverständlich nur auf den Seekrieg beziehen könnten, indem die Konferenz keine Kompetenz besitze, für den Landkrieg Ausnahmen vom Art. 18 des Genfer Abkommens von 1906 zu gestatten. Wir mussten indessen anerkennen, dass, nachdem die Mächte im Haag den genannten Staaten das Recht eingeräumt haben, im Seekrieg den roten Halbmond und die rote Sonne als Schutzzeichen zu verwenden, die Frage für den Landkrieg nicht anders entschieden werden könne. Wir haben daher, als die Türkei durch Note vom 24. August 1907 ihren Beitritt zur Genfer Konvention von 1906 erklärte, sich aber dabei vorbehielt, den roten Halbmond zu verwenden, in einer Note an die Vertragsstaaten vom 3. September 1907 der Ansicht Ausdruck gegeben, dass Persien und die Türkei fortan als befugt anzusehen seien, sich auch im Landkriege ihrer besonderen Zeichen zu bedienen. Gegen diese Auffassung sind von keiner Regierung Einwendungen erhoben worden.

11. Abkommen über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechtes im Seekriege.

Dieses Abkommen zerfällt in drei Kapitel: das erste stellt den Grundsatz der Unverletzlichkeit aller Briefpostsendungen im Seekrieg fest, das zweite bezieht sich auf die Be-

freierung gewisser Fahrzeuge von der Wegnahme und das dritte auf die Behandlung der Besatzung der von einem der Kriegführenden weggenommenen feindlichen Kauffahrteischiffe.

a. Briefpostsendungen.

Die rechtliche Stellung der den Kriegführenden und den Neutralen gehörenden Schiffe im Seekriege bleibt unverändert, d. h. die Schiffe der Kriegführenden, Staats- und Privatschiffe, unterliegen dem Seebeuterecht; die Schiffe der Neutralen, die Postdampfer nicht ausgenommen, können von den Kriegführenden angehalten und auf Kontrebande durchsucht werden. Allerdings wird im Art. 2 bestimmt, dass die Durchsuchung neutraler Postdampfer nur im Notfall unter möglichster Schonung und mit möglichster Beschleunigung vorgenommen werden soll.

Die Briefpostsendungen dagegen, die auf neutralen oder feindlichen Schiffen vorgefunden werden, dürfen nicht beschlagnahmt werden, gleichviel, ob sie amtlicher oder privater Natur sind, und ob es sich um Briefschaften von Neutralen oder von Kriegführenden handelt. Die deutsche Delegation, von der der Vorschlag ausgegangen ist, hat eine so weitgehende Bestimmung damit begründet, dass die Vorteile, die der Kriegführende von der Überwachung des Postverkehrs seines Gegners erwarten könne, zu den damit verbundenen Belästigungen des friedlichen Verkehrs in keinem Verhältnisse stünden. Der Telegraph und der Funkentelegraph seien für die Kriegführenden raschere und sicherere Verkehrsmittel als die Post.

Wird das Schiff beschlagnahmt, so ist der Nehmer verpflichtet, die Briefpost möglichst unverzüglich weiter zu befördern.

Bei Blockadebruch können Briefsendungen, die nach dem blockierten Hafen bestimmt sind oder aus ihm kommen, mit Beschlagnahme belegt werden.

b. Befreiung gewisser Fahrzeuge von der Wegnahme.

Gemäss einem alten Brauch werden vom Prisenrecht ausgenommen: 1. Schiffe, die ausschliesslich der Küstenfischerei oder dem Lokalverkehr dienen, samt Geräten, Takelage und Ladung, solange sie sich nicht an den Feindseligkeiten beteiligen; 2. Schiffe, die mit religiösen, wissenschaftlichen oder menschenfreundlichen Aufgaben betraut sind.

c. Behandlung der Besatzung der von einem Kriegführenden weggenommenen feindlichen Kauffahrteischiffe.

Bis jetzt war unbestrittene internationale Praxis, dass die Mannschaft und die Offiziere eines weggenommenen feindlichen Handelsschiffes als Kriegsgefangene behandelt wurden. Diese Praxis stützte sich darauf, dass Matrosen der Handelsmarine jeden Augenblick Matrosen der Kriegsmarine werden könnten. Das vorliegende Abkommen, das einem britischen und einem belgischen Vorschlage zu verdanken ist, schafft nun hierin Wandel, indem es folgendes festsetzt :

1. Die Mannschaft weggenommener feindlicher Schiffe, die einem neutralen Staate angehört, ist freizulassen. Das Gleiche gilt vom Kapitän und den Offizieren, die einem neutralen Staate angehören, wenn sie schriftlich versprechen, während der Dauer des Krieges auf keinem feindlichen Schiffe Dienste zu nehmen.

2. Die feindlichen Staatsangehörigen, und zwar Kapitän, Offiziere und Mannschaften, werden ebenfalls entlassen, wenn sie das schriftliche Versprechen abgeben, während der Dauer der Feindseligkeiten keinen Dienst zu übernehmen, der mit den Kriegsunternehmungen im Zusammenhange steht.

Die Namen der unter 1 und 2 erwähnten, gegen ein schriftliches Versprechen freigelassenen Personen werden dem Gegner mitgeteilt, und diesem ist es untersagt, diese Personen wissentlich zu verwenden.

Die obigen Bestimmungen finden keine Anwendung auf Schiffe, die an den Feindseligkeiten teilnehmen.

12. Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes.

Bricht ein Seekrieg aus, so pflegt jeder der kriegführenden Staaten in den ihm geeignet erscheinenden Häfen sogenannte Prisengerichte einzusetzen, die über die Rechtmässigkeit aller von seinen Kriegsschiffen gemachten Prisen zu befinden haben. Man vergegenwärtige sich, wie die Dinge vor sich gehen. Der Kreuzer einer Kriegspartei hat ein unter feindlicher Flagge fahrendes Handelsschiff auf See überrascht, angehalten und in den nächsten Hafen gesteuert. Das Prisengericht tritt in Tätigkeit, um festzustellen, ob die Beschlagnahme ge-

rechtfertigt gewesen ist. Sind Schiff und Ladung feindlich, so spricht es sie dem Staate zu, es sei denn, dass der Eigentümer beweisen könnte, dass sein Schiff in den Territorialgewässern eines neutralen Staates weggenommen worden ist. Das Verfahren ist nämlich ein Reklamationsverfahren, d. h. es wird ohne weiteres vermutet, dass die Prise gesetzlich war: der Eigentümer des Schiffes muss, um Schiff und Ladung frei zu bekommen, den Gegenbeweis führen. Gehört die Ladung einem Neutralen, so ist sie kraft der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 freizulassen, es sei denn, dass sie Kriegskontrebande wäre. Hierüber entstehen oft Streitigkeiten, wie z. B. im russisch-japanischen Krieg, als es zu entscheiden galt, ob die beschlagnahmte Baumwolle sich zur Fabrikation von Schiessbaumwolle eigne, ob gewisse Maschinen und Eisenfabrikate zur Herstellung von Waffen oder Eisenbahnen oder Telegraphen verwendet werden könnten, ob die Lebensmittel für feindliche Streitkräfte bestimmt gewesen seien u. s. w. Ist das Schiff neutral und die Ladung keine Kriegskontrebande, so ist die Beschlagnahme unzulässig, vorausgesetzt, dass das Schiff keine Blockade gebrochen hat. Die Blockade muss aber effektiv und den Staaten angezeigt worden sein, was wiederum zu Streitigkeiten Anlass geben kann.

Über alle diese und noch andere Fragen entscheiden die Prisengerichte des Staates, dessen Kriegsschiffe die Wegnahme bewirkt haben. Von diesen Gerichten verlangen, dass sie objektiv und unparteiisch über Angelegenheiten urteilen, die wichtige politische und wirtschaftliche Interessen ihres Landes berühren, heisst ihnen zu viel zumuten. Treffend bemerkt Herr Renault in seinem Berichte über die Schaffung eines internationalen Prisenhofes: „Pour être magistrat, on n'en est pas moins homme, on partage les sentiments, les préjugés, les passions du pays auquel on appartient, et cela est particulièrement naturel quand ce pays est engagé dans une guerre. Il est difficile d'avoir le sang-froid et l'impartialité nécessaires quand il s'agit d'apprécier, d'une part, les actes des officiers qui défendent les intérêts de leur pays dans les circonstances les plus difficiles et les plus périlleuses, d'autre part, les actes de commerçants que les belligérants sont portés à considérer comme ayant voulu profiter de la guerre pour spéculer et s'enrichir.“

So hat die völkerrechtliche Theorie sich längst mit der Frage befasst, wie eine unparteiische Rechtsprechung in Prisen-sachen einzuführen sei. Schon im Jahre 1875 hatte das „In-

stitut de droit international“ eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfes über die Organisation eines internationalen Prisengerichts beauftragt, und erst im Jahre 1887 wurde ein „Règlement international des prises maritimes“ angenommen, das mit Bezug auf die Gerichtsbarkeit folgende Bestimmungen enthält:

Die Verfassung der Prisengerichte erster Instanz bleibt Sache der innern Gesetzgebung eines jeden Staates.

Beim Ausbruch eines Krieges setzt jeder der kriegführenden Staaten ein internationales Oberprisengericht ein. Jedes dieser Gerichte wird wie folgt gebildet: der kriegführende Staat ernennt den Präsidenten und einen Richter; er bezeichnet ausserdem drei neutrale Staaten, von denen jeder einen der drei andern Richter wählt.

So schüchtern auch dieser Vorschlag war, so wagte niemand zu hoffen, ihn in absehbarer Zeit verwirklicht zu sehen. Der französische Schriftsteller Ch. Dupuis spricht sich hierüber in seinem Werke „*Le droit de la guerre maritime d'après les doctrines anglaises contemporaines*“ wie folgt aus: „Quelle que idéal qu'il puisse sembler de prime abord, le tribunal international des prises nous paraît une conception irréalisable. La Grande-Bretagne, en tout cas, n'est pas près de souscrire à sa constitution. Les auteurs anglais ne le discutent point; il ne le mentionnent même point.“ Perels bespricht in seinem Werke „Das internationale öffentliche Seerecht der Gegenwart“ die Arbeiten des „Institut de droit international“ und schliesst mit der Bemerkung: „Eine Aussicht auf Verwirklichung bieten aber diese und frühere auf dasselbe Ziel gerichtete Bestrebungen für absehbare Zeit nicht.“

Es erregte daher Aufsehen, als in einer der ersten Sitzungen der zweiten Haager Konferenz die deutsche und die britische Delegation die Absicht kund gaben, jede einen Entwurf über die Errichtung eines internationalen Oberprisengerichts der Konferenz zu unterbreiten, was denn auch geschah. Der deutsche und der britische Entwurf wichen allerdings in mehreren Punkten voneinander grundsätzlich ab, allein es gelang schliesslich, auf Grund eines deutsch-britisch-französisch-amerikanischen Vermittlungsvorschlages ein Abkommen zu stande zu bringen. Das Ergebnis der in der sechsten Plenarsitzung vom 2. September über den Entwurf vorgenommenen Abstimmung war: 37 Staaten nahmen den Entwurf an; 10 jedoch mit einem Vorbehalt gegen den Art. 15 (Zusammensetzung des Gerichts),

nämlich: Chile, China, Kolumbien, Kuba, Ecuador, Guatemala, Haiti, Persien, Salvador, Uruguay. Brasilien lehnte ab. Die Dominikanische Republik, Japan, Russland, Siam, die Türkei und Venezuela enthielten sich der Abstimmung.

Bezeichnend ist es, dass gerade diejenigen Grossmächte, die im letzten Kriege die reichsten Erfahrungen gemacht haben, Bedenken trugen, das Oberprisengericht anzunehmen. Russland begründete seine Zurückhaltung damit, dass der Errichtung eines Oberprisengerichts die Kodifizierung des von ihm anzuwendenden materiellen Seerechtes vorangehen müsse. Die japanische Delegation erklärte rundweg: die Unterwerfung unter eine internationale Prisengerichtsbarkheit schliesse eine so grosse Einschränkung der Souveränität der Staaten in sich, dass Japan sich die Sache reiflicher überlegen müsse, ehe es einen Entschluss fasse.

Die Konferenz war noch nicht geschlossen, als in England selbst Stimmen laut wurden, die verlangten, dass das Parlament dem Abkommen über die Einsetzung eines internationalen Oberprisengerichts die Genehmigung versage. Man bezeichnete es als einen äusserst gewagten Schritt, die Gerichtsbarkeit in Prissachen einem internationalen Gerichtshofe zu übertragen, ohne zu wissen, welches Recht er anwenden wird. Die britische Regierung unterliess es denn auch, das XII. Haager Abkommen zu unterzeichnen, und lud Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, Russland, Spanien, die Niederlande, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Konferenz ein, die im Monat Dezember 1908 in London zusammentreten soll, um über ein Seekriegs-Reglement zu beraten. Es wäre in hohem Masse zu bedauern, wenn das grosse Werk der zweiten Haager Konferenz an der Unmöglichkeit, sich über die anzuwendenden Rechtsnormen zu verständigen, scheitern sollte.

Das Abkommen besteht aus 57 Artikeln, die in vier Titel zusammengefasst sind: 1. Allgemeine Bestimmungen (Art. 1—9); 2. Verfassung des Prisenhofes (Art. 10—27); 3. Verfahren (Art. 28—50); 4. Schlussbestimmungen (Art. 51—57). Beigefügt ist eine Übersicht über die Verteilung der Richter auf die Vertragsstaaten.

Wir beschränken uns darauf, hier die Bestimmungen von grundsätzlicher Bedeutung hervorzuheben.

Der internationale Prisenhof ist ständig, mit Sitz im Haag, und besteht aus Richtern und Hülf Richtern, die von den Ver-

tragsstaaten auf sechs Jahre ernannt werden (Art. 10 und 11). Die Zahl der Richter ist auf 15 festgesetzt; neun Richter genügen zur Beschlussfähigkeit. Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan und Russland sind immer im Prisenhof vertreten, die übrigen Staaten nur zeitweise gemäss der dem Abkommen beigefügten Liste. Danach würde der spanische Richter während der sechsjährigen Amtsperiode vier, der niederländische drei, der belgische, chinesische, dänische, griechische, norwegische, schwedische, portugiesische, rumänische, türkische, argentinische und mexikanische zwei Jahre im Prisenhofe sitzen, während Persien, Bulgarien, Serbien, Siam, Schweiz, Kolumbien, Peru und Uruguay je einen Richter für ein Jahr und Luxemburg, Montenegro, Bolivien, Kostarika, Kuba, die Dominikanische Republik, Ekuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay und Salvador je einen Hilfsrichter für ein Jahr zu stellen hätten (Art. 14 und 15).

Brasilien erhob gegen diese Verteilung der Richterstellen Widerspruch, weil sie gegen den Grundsatz der absoluten Gleichheit aller Staaten, ob gross oder klein, verstosse.

Wir haben gegen die den grossen Seemächten eingeräumte Vorzugsstellung nichts einzuwenden gehabt, weil die Schweiz bei der Einsetzung eines Oberprisengerichts keine Opfer bringt, sich aber für ihren Handel den Vorteil einer unparteiischen Instanz sichert. Richtig bemerkt Herr Prof. Renault in seinem Berichte (*Actes de la Conférence, t. I, 196*): „*Il faut que les Etats qui se considèrent comme traités peu favorablement pour la répartition des magistrats se disent que les Puissances qui vont avoir une situation privilégiée quant à la désignation des juges sont précisément celles qui font le plus réel sacrifice en concourant à l'institution d'une juridiction internationale. Ce sont elles qui joueront le plus ordinairement le rôle de belligérants, ce sont donc elles qui consentent à ce que la décision de leurs tribunaux de prises puisse être révisée par la juridiction internationale, à ce que celle-ci soit, de cette façon, appelée à apprécier les actes de leurs officiers de marine.*“

Nach dem deutschen Vorschlage wäre der Prisenhof nicht ständig gewesen. Binnen zwei Wochen nach Ausbruch eines Krieges hätte jede Kriegspartei einen Admiral bezeichnen und einen neutralen Staat ersuchen sollen, aus der Zahl seiner Haager Schiedsrichter einen weitem Richter zu ernennen. Der fünfte Richter sollte von einer dritten neutralen Macht auf Ersuchen der andern zwei neutralen Mächte gewählt werden.

Der britische Vorschlag dagegen wollte ein ständiges Prisenengericht, in dem die Kriegführenden nicht vertreten sein sollten. Nur die Staaten mit einer Handelsflotte von mindestens 800,000 Tonnen hätten die Richter gestellt.

Art. 1—9 bestimmen den Umfang der Gerichtsbarkeit des internationalen Prisenhofes.

Die Gerichte der nehmenden Kriegsmacht sind es, die zunächst über die Rechtmässigkeit der Wegnahme eines feindlichen oder neutralen Handelsschiffes und seiner Ladung entscheiden. Das nationale Prisenverfahren darf jedoch höchstens zwei Instanzen haben und sich nicht über zwei Jahre hinausziehen.

Der Rekurs an den internationalen Prisenhof gegen die Entscheidungen der nationalen Prisenengerichte ist stets zulässig, wenn es sich um neutrales Staats- oder Privateigentum handelt. Betrifft dagegen die Entscheidung feindliches Eigentum, so ist der internationale Prisenhof nur in folgenden Fällen zuständig:

- a. bei Waren, die auf einem neutralen Schiffe verfrachtet sind ;
- b. bei feindlichen Schiffen, die in den Territorialgewässern eines neutralen Staates weggenommen worden sind, falls nicht dieser Staat die Sache zum Gegenstande einer diplomatischen Beschwerde gemacht hat ;
- c. wenn der Rekurs sich darauf stützt, dass eine zwischen den kriegführenden Staaten geltende Vertragsbestimmung oder eine von der nehmenden Kriegsmacht erlassene Rechtsvorschrift verletzt sei.

Ein deutscher Antrag, wonach auch die feindlichen Prisen unbedingt der internationalen Gerichtsbarkeit unterstellt werden sollten, wurde nicht angenommen.

Berechtigt, Rekurs einzulegen, ist :

1. ein neutraler Staat, wenn es sich um sein Eigentum oder um das eines seiner Staatsangehörigen handelt, oder wenn behauptet wird, dass die Wegnahme eines feindlichen Schiffes in den Territorialgewässern dieses Staates erfolgt sei ;
2. eine neutrale Privatperson, wenn die Wegnahme ihr Privateigentum betrifft. Ihre Regierung kann ihr jedoch die Anrufung des Prisenhofes untersagen oder selbst an ihrer Stelle den Rekurs ergreifen ;

3. ein Staatsangehöriger der feindlichen Macht in folgenden Fällen :

- a. wenn es sich um ihm gehörende Güter handelt, die auf einem neutralen Schiffe verladen sind :
- b. wenn der Rekurs sich auf die Verletzung eines zwischen den kriegführenden Staaten abgeschlossenen Vertrages oder einer Gesetzesbestimmung des nehmenden Staates gründet.

Nach dem britischen Entwurfe sollten nur Regierungen, keine Privatpersonen zur Prozessführung zugelassen werden.

Von grosser Tragweite ist die Bestimmung des Art. 7 über das vom Prisenhofe anzuwendende Recht. Danach gelten in erster Linie die internationalen Verträge, in zweiter Linie die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts und endlich, wenn solche Regeln nicht vorhanden sind, die allgemeinen Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Der internationale Prisenhof kann Prozessvorschriften des nehmenden Staates ausser acht lassen, wenn er der Ansicht ist, dass die sich aus ihnen ergebenden Rechtsnachteile der Gerechtigkeit und der Billigkeit widersprechen. Das Gericht kann also verfügen, dass der Beweis der Rechtmässigkeit der Prise nicht von dem geschädigten Eigentümer, wie die Gesetzgebung der meisten Staaten vorsieht, sondern von dem Wegnehmenden geleistet werde.

Gerade diese rechtschaffende Tätigkeit des internationalen Prisengerichts ist es, welche in England die schärfste Kritik erfahren hat, und die Bemühungen der Grossmächte sind jetzt darauf gerichtet, feste Rechtsregeln aufzustellen, an die sich der Prisenhof in allen Fällen zu halten hätte.

Das Verfahren zerfällt, wie das vor dem Haager Schiedshof, in ein schriftliches Vorverfahren und eine mündliche Verhandlung (Art. 34). Der Prisenhof hat vollständig freie Beweiswürdigung (Art. 42); die Beratungen sind geheim und die Urteile werden mit Mehrheit der anwesenden Richter gefällt (Art. 43). Wenn der Prisenhof nicht versammelt ist, werden die notwendigen prozessleitenden Verfügungen von einer aus drei Mitgliedern bestehenden und vom Prisenhofe gewählten Delegation getroffen (Art. 48). Die unterliegende Partei hat die Kosten des Verfahrens und ausserdem eins vom Hundert des Wertes des Streitgegenstandes als „Beitrag zu den allgemeinen Kosten des internationalen Prisenhofes“ zu zahlen, die im übrigen von den Vertragsstaaten nach Verhältnis ihrer

Beteiligung an der Tätigkeit des Prisenhofes zu tragen sind (Art. 46—47).

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden, sobald sämtliche Vertragsmächte hierzu in der Lage sind, jedenfalls aber am 30. Juni 1909, wenn alsdann die zur Ratifizierung bereiten Staaten neun Richter und neun Hilfsrichter stellen können (Art. 52). Das Abkommen soll zunächst für zwölf Jahre gelten und dann, falls es nicht ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt wird, von sechs zu sechs Jahren stillschweigend erneuert werden (Art. 55).

12. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges.

Der grosse Streitpunkt im russisch-japanischen Kriege betraf den Aufenthalt von Kriegsschiffen der Kriegführenden in den Territorialgewässern und Häfen neutraler Staaten. Das vorliegende Abkommen regelt nun nicht nur diesen Punkt, sondern handelt von den Rechten und Pflichten der Neutralen zur See im allgemeinen und bildet somit eine interessante Parallele zu dem Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten und Personen im Landkriege. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende :

Das für den Landkrieg geltende absolute Prinzip, dass das neutrale Gebiet von den Kriegführenden nicht betreten werden darf, ist auf den Seekrieg nicht anwendbar, denn hier ist die Benutzung neutralen Gebietes oft nicht zu vermeiden. Hier-von ausgehend, stellen Art. 1—5 Vorschriften darüber auf, wie sich die Kriegführenden in neutralen Gewässern zu verhalten haben. Danach sind sie verpflichtet, die Hoheitsrechte der neutralen Staaten zu achten und keine Handlungen zu begehen, deren Duldung seitens dieser Staaten einen Neutralitätsbruch darstellen würde. So dürfen sie in neutralen Gewässern keine Feindseligkeiten begehen, feindliche Schiffe nicht wegnehmen, neutrale Handelsschiffe nicht durchsuchen u. s. w. Überhaupt ist es den Kriegführenden untersagt, neutrale Häfen oder Gewässer zu einem Stützpunkte für Kriegsunternehmungen zu machen, insbesondere dort funkentelegraphische Stationen oder sonst irgend eine Anlage einzurichten, die bestimmt ist, den Verkehr zwischen den Land- und Seestreitkräften zu vermitteln. (Man erinnert sich, dass die Russen in Tschifu, auf chinesi-

schem Gebiete, eine funkentelegraphische Station errichtet hatten, um mit Port-Arthur zu verkehren). Die einfache Durchfahrt von Kriegsschiffen oder deren Prisen durch neutrale Gewässer ist keine Verletzung der Neutralität (Art. 10). Die Türkei erklärte hier, dass Art. 10 in keinem Falle auf die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen Anwendung finden könnte.

Für das Verhalten der Neutralen den Kriegsparteien gegenüber gelten folgende Regeln (Art. 6—25) :

Es ist den neutralen Staaten verboten, einem kriegführenden Staate Kriegsschiffe, Munition und Kriegsmaterial jeder Art zu liefern (Art. 6). Dagegen braucht ein neutraler Staat seinen Angehörigen den Handel mit Kriegskontribande nicht zu untersagen (Art. 7).

Art. 8 gibt mit zwei kleinen Änderungen die erste der drei Washingtoner Regeln des britisch-amerikanischen Alabama-Vertrages vom 8. Mai 1871 wieder. Er lautet :

„Eine neutrale Regierung ist verpflichtet, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden (im Alabama-Vertrag heisst es : „hinreichende Sorgfalt anzuwenden“), um in ihrem Hoheitsbereiche die Ausrüstung oder Bewaffnung jedes Schiffes zu verhindern, bei dem sie triftige Gründe für die Annahme hat, dass es zum Kreuzen oder zur Teilnahme an feindlichen Unternehmungen gegen eine Macht, mit der sie in Frieden lebt, bestimmt ist. Sie ist ferner verpflichtet, dieselbe Überwachung auszuüben (im Alabama-Vertrage : „die gleiche Sorgfalt anzuwenden“), um zu verhindern, dass aus ihrem Hoheitsbereich irgend ein zum Kreuzen oder zur Teilnahme an feindlichen Unternehmungen bestimmtes Schiff ausläuft, das innerhalb ihres Hoheitsbereiches ganz oder teilweise zum Kriegsgebrauche hergerichtet worden ist.“

Ein neutraler Staat darf zulassen, dass die Kriegsschiffe sich ihrer bestellten Lotsen bedienen (Art. 11). Deutschland hat zu diesem Artikel einen Vorbehalt gemacht, weil eine solche Bestimmung unter Umständen zu einer tatsächlichen Neutralitätsverletzung führen kann.

Wie lange dürfen Kriegsschiffe der Kriegführenden sich in neutralen Häfen oder Gewässern aufhalten ?

Nach englischer und amerikanischer Praxis nur 24 Stunden, es sei denn, dass schlechtes Wetter oder Mangel an Vorräten, die zur Unterhaltung der Mannschaft notwendig sind, eine Verlängerung des Aufenthaltes als notwendig erscheinen

liessen. Man darf den Kriegführenden gestatten, die notwendigen Reparaturen vorzunehmen und Kohlen zu fassen, aber nur so viel als nötig ist, um den nächsten Hafen des eigenen Landes (oder einen näher gelegenen neutralen) erreichen zu können. Vor Ablauf von drei Monaten dürfen dann keine Kohlen mehr in einem Hafen desselben neutralen Staates eingenommen werden.

Nach französischer Anschauung dürfen Kriegführende zwar nicht neutrale Häfen für Kriegszwecke missbrauchen, auch nicht ihre Kriegsmacht hier verstärken, aber im übrigen ist ihnen keine Aufenthaltsdauer vorgeschrieben.

Auf der Haager Konferenz schlossen sich Japan, Spanien und Portugal dem englischen Standpunkte an; Deutschland und Russland verfochten den französischen Grundsatz. Es kam schliesslich zu folgendem Kompromiss:

Art. 12 erkennt die 24-Stundenfrist für den Aufenthalt von Kriegsschiffen der Kriegführenden in neutralen Häfen oder Gewässern als Grundsatz an, aber er lässt zu, dass die Landesgesetzgebung des neutralen Staates anderes bestimme. Damit ist die 24-Stundenregel durchbrochen. Trotzdem hat Deutschland bei Unterzeichnung des Abkommens gegen Art. 12 einen Vorbehalt gemacht, weil die, wenn auch nur aushülfweise, aufgestellte sogenannte 24-Stundenregel nicht der bisherigen Übung des europäischen Kontinents entspricht und in solcher Allgemeinheit nicht hinreichend begründet erscheint.

Der Aufenthalt darf im Falle von Havarie und schwerer See verlängert werden.

Für Kriegsschiffe, die ausschliesslich religiösen, wissenschaftlichen oder menschenfreundlichen Aufgaben dienen, gilt die 24-Stundenfrist nicht (Art. 14).

Kriegsschiffe dürfen Ausbesserungen in neutralen Häfen nur in dem für die Sicherheit ihrer Schifffahrt unerlässlichen Umfang vornehmen, nicht aber in irgendwelcher Weise ihre militärische Kraft erhöhen (Art. 17).

Kriegsschiffe dürfen die neutralen Häfen oder Gewässer nicht benutzen, um ihre militärischen Vorräte oder ihre Armierung zu erneuern oder zu verstärken oder ihre Besatzung zu ergänzen (Art. 18). Sie dürfen ihren Lebensmittelvorrat nur auf das normale Mass der Friedenszeit bringen und Feuerungsmaterial nur bis zum nächsten Hafen ihres Heimatlandes oder, wo dies landesrechtlich Brauch ist, bis zur Füllung ihrer

Kohlenbunken einnehmen (Art. 19). Der Satz, dass die Einnahme von Lebensmitteln oder Kohlen niemals zur Verlängerung des Aufenthaltes berechtigt, fand sich im Entwurfe des Prüfungsausschusses, wurde aber in der Kommission mit Stimmenmehrheit gestrichen. Grossbritannien und Japan haben deshalb Art. 19 nicht angenommen.

Kriegsschiffe, die in dem Hafen eines neutralen Staates Feuerungsmaterial eingenommen haben, dürfen ihren Vorrat in einem Hafen desselben Staates erst nach drei Monaten erneuern (Art. 20). Hiergegen wurde von Deutschland ein Vorbehalt gemacht, weil diese Regel weder im geltenden Rechte noch in den tatsächlichen Verhältnissen begründet sei.

Art. 21—23 enthalten Vorschriften über die Einbringung von Prisen in neutrale Häfen. Nur bei Schiffsuntüchtigkeit, schwerer See, Mangel an Feuerungsmaterial und Vorräten dürfen Prisen in neutrale Häfen gebracht werden. Um indes die Zerstörung von Prisen durch den Wegnehmenden zu verhüten, kann der neutrale Staat die Einbringung von Prisen in seine Häfen zum Zwecke der Verwahrung bis zum Urteil des nationalen Prisengerichtes gestatten (Art. 23). Zu dieser Bestimmung haben Grossbritannien und Japan einen Vorbehalt gemacht.

Wenn ein Kriegsschiff sich weigert, den neutralen Hafen zu verlassen, wo es zu verweilen nicht berechtigt ist, so kann der neutrale Staat alle Massregeln treffen, um es zu verhindern, während der Dauer des Krieges in See zu gehen (Art. 24).

Art. 25 macht den neutralen Staaten zur Pflicht, nach Massgabe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel die erforderliche Aufsicht auszuüben, um in ihren Häfen oder Gewässern die Verletzung des vorliegenden Abkommens zu verhindern. Vgl. die dritte Washingtoner Regel.

14. Erklärung betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen.

Die auf der ersten Haager Konferenz auf fünf Jahre vereinbarte und inzwischen abgelaufene Erklärung, welche das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen verbietet, ist erneuert worden, nicht aber von allen Staaten, die sie im Jahre 1899 angenommen hatten, so nicht von Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Russland und Spanien. Dagegen ist Grossbritannien, das die alte Erklärung abgelehnt

hatte, der neuen beigetreten. Das Verbot gilt für die Vertragsstaaten bis zum Schlusse der dritten Friedenskonferenz.

Wir erinnern daran, dass nach dem revidierten Art. 25 des Landkriegsabkommens verboten ist, „mit welchen Mitteln es auch sei“, also auch von Luftschiffen aus, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude zu beschliessen. Diese Bestimmung gilt auch für die vorhin erwähnten Staaten, welche die Erklärung über die Luftschiffe abgelehnt, aber das Landkriegsabkommen angenommen haben.

III.

Unerledigte Fragen.

Eine Reihe wichtiger Fragen haben von der Konferenz nicht erledigt werden können: der Schutz des feindlichen Privateigentums im Seekriege, die Kriegskontrebande, die Blockade, die Zerstörung neutraler Prisen, die Anwendung der Grundsätze des Landkrieges auf den Seekrieg.

1. Schutz des feindlichen Privateigentums im Seekriege.

Während im Landkrieg der Grundsatz gilt, dass das Privateigentum unverletzlich ist (Art. 46 des Landkriegsabkommens), üben die Kriegführenden im Seekriege immer noch das sogenannte Beuterecht aus, d. h. Schiffe, die Privateigentum von Angehörigen eines Kriegführenden sind, dürfen, wenn sie in die Hände des Gegners fallen, von diesem weggenommen werden.

Im Jahre 1856 hatten die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beitritt zur Pariser Seerechtsdeklaration nur unter der Voraussetzung erklärt, dass die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege anerkannt werde. Dieser Anregung wurde damals wegen des Widerspruchs Englands keine Folge gegeben.

Auf der ersten Haager Konferenz erneuerten die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Vorschlag, die Konferenz beschränkte sich aber darauf, den Wunsch zu formulieren, dass der „Vorschlag, der bezweckt, das Privateigentum im Seekriege für unverletzlich zu erklären, der Prüfung einer spätern Konferenz vorbehalten bleiben möge“. Die russische Regierung hat denn auch in Berücksichtigung dieses Wunsches die Frage

des Schutzes des Privateigentums zur See ins Programm der zweiten Friedenskonferenz aufgenommen.

Wiederum waren es die Vereinigten Staaten von Amerika, die im Haag den Antrag stellten, das Seebeuterecht sei, ausser im Falle der Kriegskontrebande und des Blockadebruchs, abzuschaffen.

Deutschland erklärte sich mit diesem Antrag unter der Voraussetzung einverstanden, dass zunächst die damit zusammenhängenden Fragen der Kriegskontrebande und der Blockade gelöst werden, da aber Frankreich, Grossbritannien, Japan und Russland sich durchaus ablehnend verhielten, so war es nicht möglich, ein positives Ergebnis zu erzielen.

Vorschläge, die auf eine Milderung des bisherigen Zustandes hinausgingen, konnten ebenfalls nicht durchgesetzt werden. So ein Vorschlag Belgiens, demzufolge weggenommene feindliche Handelsschiffe nach Beendigung des Krieges zurück-erstattet werden sollten, und ein von der französischen Delegation formulierter „Wunsch“, es möchten die das Beuterecht ausübenden Staaten die den Mannschaften der Kaperschiffe gewährten Prisenanteile abschaffen und dafür sorgen, dass ihre Angehörigen, denen Hab und Gut gekapert wird, nicht den ganzen Schaden zu tragen haben.

2. Kriegskontrebande.

Die Pariser Seerechtsdeklaration vom 16. April 1856 schützt feindliches Gut unter neutraler Flagge und neutrales Gut unter feindlicher Flagge, sofern es sich nicht um Kriegskontrebande handelt. Was aber Kriegskontrebande sei, sagt die Seerechtsdeklaration nicht. Es bleibt den Kriegführenden überlassen, bei Ausbruch eines Krieges in ihren Instruktionen festzustellen, welche Gegenstände als Kontrebande anzusehen sind. Hierüber herrscht indessen, wenn wir die von den Regierungen erlassenen Erklärungen durchgehen, nirgends Übereinstimmung. Die französische Instruktion von 1870 bezeichnete als Kriegskontrebande nur Gegenstände, „die für Kriegszwecke bestimmt sind“, wie „Waffen, Pulver, Salpeter, Schwefel und militärische Ausrüstungsgegenstände“ (sog. absolute Kontrebande). Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika rechnen ausserdem dazu „Gegenstände, die je nach den Umständen für Kriegs- oder Friedenszwecke ge-

braucht werden können und gebraucht werden“, (z. B. Kohle, Lebensmittel, Baumwolle, Pferde), „wenn sie wirklich und speziell für das Militär oder die Seestreitkräfte des Feindes bestimmt werden“. Das ist die sog. relative Kontrebande. Im ostasiatischen Kriege hat Russland u. a. Lebensmittel, Alkohol, Naphtha, Kohlen und rohe Baumwolle auf die Liste gesetzt. Auch über die Frage, wann ein Gegenstand als für den Feind bestimmt zu betrachten ist, gehen die Ansichten sowohl in der Praxis als in der Doktrin auseinander. Als während des süd-afrikanischen Krieges englische Kreuzer in Anwendung der Theorie der einheitlichen Reise (*voyage continu*) deutsche Schiffe, deren Bestimmungsort ein neutraler Hafen, Lourenço-Marquês in Mozambique, war, mit Beschlag belegten, erhob die deutsche Regierung Widerspruch, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, dass für die auf einem neutralen Schiffe verfrachteten und von einem neutralen Hafen nach einem neutralen Hafen konsignierten Waren der Begriff der Kriegskontrebande überhaupt nicht platzgreifen könne.

Hieraus erhellt, wie sehr es im Interesse des neutralen Handels läge, feste Rechtsnormen über die Kriegskontrebande aufzustellen.

Auf der Haager Konferenz beantragte Grossbritannien, den Begriff Kontrebande überhaupt aufzuheben. Allerdings stand damit ein weiterer britischer Antrag im Zusammenhang, der die Hülfschiffe, d. h. alle Schiffe, die irgendwelche Transporte für die feindlichen Streitkräfte als Ladung haben, zu Kriegsschiffen stempelte. Hierzu bemerkte der erste deutsche Delegierte: Der britische Vorschlag erstrebt die Abschaffung der Kontrebande. Dem Anscheine nach wäre dies ein grosser Fortschritt für den neutralen Handel, aber in Wirklichkeit behält der britische Vorschlag den Begriff der Kontrebande durch die Bestimmung des Begriffes Kriegsschiff bei. Hierdurch würde die Lage der Handelsschiffe eine viel prekärere werden als unter dem gegenwärtigen Regime. Ein Beispiel: Nach dem jetzt geltenden Recht kann ein neutrales Handelsschiff, das Kontrebande führt, wohl weggenommen werden, aber die Rechtmässigkeit der Prise muss durch gerichtliches Verfahren erwiesen werden. Nach dem britischen Vorschlag würde das gleiche Schiff, falls es im Verdacht stände, Lebensmittel für den Feind zu führen, einfach als ein Kriegsschiff angesehen werden. Ladung und Mannschaft würden demnach als ein Teil der feindlichen Flotte betrachtet, und dann hiesse es: *causa*

finita! Die Anrufung irgend eines Rechtsverfahrens wäre unmöglich.

Der britische Antrag auf Abschaffung der Kontrebande wurde in der Kommission mit 26 gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Verworfen haben: Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Russland und Montenegro. Japan stimmt nicht. Der Vorschlag betreffend die Hülfschiffe wurde schliesslich zurückgezogen.

Deutschland legte folgenden Antrag vor: Als Kriegskontrebande werden nur angesehen:

- a. Waffen, Jagdwaffen inbegriffen, sowie alle Gegenstände, die nur für Kriegszwecke gebraucht werden können (absolute Kontrebande);
- b. andere Gegenstände, die für den Krieg verwendet werden können und für die feindlichen Streitkräfte bestimmt sind (relative Kontrebande), wenn sie als Kriegskontrebande erklärt worden sind und die Ladung eines Schiffes bilden, das direkt nach einem feindlichen oder vom Feinde besetzten Hafen fährt oder auf die feindlichen Streitkräfte steuert.

Ein französischer Entwurf zählte die Gegenstände auf, die als absolute Kontrebande anzusehen sind, und liess den Handel mit allen übrigen nicht genannten Gegenständen frei. Die Kriegführenden sollten indes berechtigt sein, auch diese Gegenstände unter der Bedingung zu verbieten, dass deren Liste vorher den neutralen Staaten auf diplomatischem Wege mitgeteilt würde. Die Wegnahme solcher Gegenstände sollte nur dann zulässig sein, wenn nachgewiesen werden könnte, dass sie für die feindlichen Streitkräfte bestimmt sind; im Zweifelfalle stände dem Nehmer nur ein Vorkaufsrecht zu.

Andere Vorschläge wurden von den Vereinigten Staaten und Brasilien vorgebracht.

Der über die Arbeiten der vierten Kommission an die Konferenz erstattete Bericht schliesst mit der Bemerkung, dass Mangel an Zeit und widerstreitende Interessen die Feststellung einer von allen Staaten angenommenen Vereinbarung über die Kriegskontrebande verhindert hätten.

3. Blockade.

Zweck der Blockade ist die gänzliche Abschliessung eines feindlichen Küstenstriches vom Handelsverkehr, auch von dem

unter neutraler Flagge. Die Pariser Seerechtsdeklaration bestimmt: „*Les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est-à-dire maintenus par une force suffisante pour interdire réellement l'accès du littoral de l'ennemi.*“

Auf der Haager Konferenz legte die italienische Delegation einen Entwurf vor, der den Ausbau dieser Bestimmung bezweckte. Dieser aus 7 Punkten bestehende Entwurf enthielt folgende Vorschriften:

1. Die Blockade muss effektiv sein, erklärt und angezeigt werden.

2. Effektiv ist nur die Blockade, die durch eine hinreichende Streitmacht aufrecht erhalten wird.

Die Blockade wird nicht als aufgehoben betrachtet, wenn Seenot die blockierenden Schiffe zwingt, ihre Station vorübergehend zu verlassen.

3. Die Erklärung der Blockade muss den genauen Zeitpunkt des Beginnes, die Grenzen der Blockade nach Breite und Länge, sowie die Auslaufrist für die neutralen Schiffe bestimmen.

4. Die Blockade muss den Behörden des blockierten Platzes und den neutralen Staaten angezeigt werden.

Wenn diese Anzeige unterblieben ist oder das sich dem Hafen nähernde Schiff beweist, dass es keine Kenntnis von der Blockade erhalten hat, so muss die Blockade dem Schiff selbst durch einen Offizier des blockierenden Geschwaders angekündigt und in die Schiffspapiere eingetragen werden.

5. Ein Schiff kann wegen Blockadebruchs erst in dem Augenblicke mit Beschlag belegt werden, wo es die Blockadelinie zu durchbrechen versucht.

In diesem Punkte lag die Hauptschwierigkeit der Frage; nach einem amerikanischen Abänderungsantrag sollte es heissen: „Ein Schiff, das nach einem blockierten Platze fährt, darf aufgebracht werden.“

6. Schiffe in Seenot, wenn diese vom Kommandanten des Blockadegeschwaders festgestellt ist, dürfen den blockierten Hafen anlaufen.

7. Das wegen Blockadebruchs beschlagnahmte Schiff darf mit der Ladung eingezogen werden, es sei denn, dass der Eigentümer der Ladung beweisen könnte, dass der Versuch,

die Blockade zu durchbrechen, ohne sein Wissen gemacht worden ist.

Auf den Antrag Grossbritanniens wurde die Beratung über diesen Entwurf abgebrochen. Die britische Delegation hob zur Begründung dieses Antrages die tiefgreifende Verschiedenheit der in dieser Materie seit langer Zeit beobachteten beiden Systeme, des britisch-amerikanischen einerseits, des kontinentalen andererseits, hervor; bei dem Fehlen von Instruktionen — fügte sie bei — und dem Mangel an Zeit sei es unmöglich, in einer so wichtigen und verwickelten Frage zu einer Einigung zu gelangen, die für alle beteiligten Staaten annehmbar wäre.

4. Zerstörung neutraler Prisen im Notfall.

Im letzten Kriege haben russische Kreuzer neutrale Handelsschiffe auf hoher See angehalten und versenkt, weil sie Kriegskontrebande geführt hätten und es nicht möglich gewesen wäre, sie mit Sicherheit vor ein Prisengericht zu führen.

Auf der Haager Konferenz stellte Russland, von Deutschland unterstützt, den Antrag, die Zerstörung neutraler Prisen grundsätzlich zu verbieten, ausser im Falle, wo die Wegführung der Prise den Kaptor dringender Gefahr aussetzen oder den Erfolg seiner Unternehmungen gefährden würde.

Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika verlangten dagegen, dass die Zerstörung der Prisen unter allen Umständen verboten und der Kaptor verpflichtet werden sollte, sie freizulassen, wenn ihre Vorführung vor ein Prisengericht nicht möglich wäre. Es war nicht möglich, eine Einigung zu erzielen.

5. Anwendung der Grundsätze des Landkrieges auf den Seekrieg.

Eine Regelung dieser Frage war bei dem Mangel an Zeit und an den nötigen Vorarbeiten auch nicht möglich. Die Konferenz musste sich darauf beschränken, in der Schlussakte dem Wunsche Ausdruck zu geben, dass die Ausarbeitung einer Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Seekrieges in das Programm der nächsten Konferenz aufgenommen werde, und dass jedenfalls die Mächte die Grundsätze des Abkommens über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges so weit wie möglich auf den Seekrieg anwenden.

Wir sind mit unserer Besprechung der Ergebnisse der zweiten Haager Konferenz zu Ende.

Wenn auch das reichhaltige russische Programm nicht in seinem ganzen Umfang verwirklicht worden ist, so hat sich doch auch die zweite Friederikonferenz um die Fortbildung des Völkerrechts in hohem Masse verdient gemacht. Trotzdem sie bestrebt war, überall die vorhandenen Gegensätze auszugleichen und eine versöhnende Formel zu finden, hat sie manche Frage von fundamentaler Bedeutung nicht zum Abschlusse bringen können, allein der Boden ist vorbereitet, und spätere Konferenzen werden dieselben Probleme wieder in Angriff nehmen und eine befriedigende Lösung suchen.

Für die Schweiz ist namentlich das Abkommen über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil es eine Reihe von bisher mehr oder weniger umstrittenen Fragen in einer Weise geregelt hat, die auf die Interessen der Neutralen, insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrs, billige Rücksicht nimmt. Zu bedauern ist es, dass es nicht gelungen ist, die Rechtsstellung der neutralen Personen in dem Gebiete der Kriegführenden nach dem deutschen Vorschlage zu regeln.

An der Errichtung eines internationalen Prisenhofes ist auch die Schweiz wegen ihres bedeutenden überseeischen Handels interessiert. Wir hoffen, dass es bald gelingen wird, die der Verwirklichung dieses Projektes noch entgegenstehenden Hindernisse durch Feststellung des Prisenrechts zu beseitigen.

Die Bemühungen, die obligatorische Schiedssprechung für bestimmte Fälle einzuführen und ein ständiges internationales Schiedsgericht ins Leben zu rufen, sind erfolglos geblieben, und wir haben bereits die Gründe angedeutet, warum wir diese Bestrebungen nicht unterstützen zu sollen glaubten. Als neutraler Staat, dem es daran liegt, dass der Friede zwischen den Nationen nicht gestört werde, wird die Schweiz stets das ihrige dazu beitragen, diejenigen Einrichtungen zu befestigen und zu entwickeln, die bestimmt sind, internationale Streitigkeiten zu verhüten und zu beseitigen, allein wir können unter keinen Umständen zugeben, dass Angelegenheiten, die unsere Lebensinteressen, unsere Ehre und unsere Souveränität berühren, vor ein fremdes Forum gezogen werden.

Wir beantragen, Sie wollen durch Annahme des nachstehenden Beschlussesentwurfes den von uns unterzeichneten Vereinbarungen die Ratifikation erteilen.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 28. Dezember 1908.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Brenner.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Ringier.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss
betreffend
**die Ratifikation der Haager Vereinbarungen vom
18. Oktober 1907.**

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates, vom
28. Dezember 1908;
in Anwendung von Art. 85, Ziffer 5, der Bundes-
verfassung,
beschliesst:

- I. Die von der Schweiz im Haag unterzeichneten Vereinbarungen vom 18. Oktober 1907, nämlich:
1. das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle;
 2. das Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten;
 3. das Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges;
 4. das Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges;
 5. das Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten;

6. das Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe;
 7. das Abkommen über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen;
 8. das Abkommen betreffend die Beschiessung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten;
 9. das Abkommen über die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg;
 10. das Abkommen über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekriege;
 11. das Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes;
 12. das Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im Falle eines Seekrieges;
 13. die Erklärung betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen;
- werden, mit Ausnahme des Art. 53, Ziffer 2, des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle, genehmigt.

II. Der Bundesrat wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Originaltext.

Acte final

de la

Deuxième Conférence Internationale de la Paix.

La Deuxième Conférence Internationale de la Paix, proposée d'abord par Monsieur le Président des États-Unis d'Amérique, ayant été, sur l'invitation de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, convoquée par Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, s'est réunie le 15 juin 1907 à La Haye, dans la Salle des Chevaliers, avec la mission de donner un développement nouveau aux principes humanitaires qui ont servi de base à l'œuvre de la Première Conférence de 1899.

Les Puissances, dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence, pour laquelle Elles avaient désigné les Délégués nommés ci-après :

L'Allemagne :

- Son Exc. le Baron *Marschall de Bieberstein*, Ministre d'État, Ambassadeur Impérial à Constantinople, Premier Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Krieger*, Envoyé Impérial en Mission extraordinaire à la présente Conférence, Conseiller Intime de Légation et Jurisconsulte au Département des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Second Délégué Plénipotentiaire ;

(Übersetzung.)

Schlussakte

der

zweiten internationalen Friedenskonferenz.

Die zweite internationale Friedenskonferenz, die zuerst von dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen und sodann auf die Einladung Seiner Majestät des Kaisers aller Reussen von Ihrer Majestät der Königin der Niederlande einberufen worden war, ist im Haag am 15. Juni 1907 im Rittersaale zusammengetreten mit der Aufgabe, den Grundsätzen der Menschlichkeit, die dem Werke der ersten Konferenz von 1899 zur Grundlage gedient haben, eine weitere Entwicklung zu geben.

Folgende Mächte haben an der Konferenz teilgenommen und dazu die nachstehend aufgeführten Delegierten ernannt:

Deutschland:

Seine Exzellenz den Freiherrn **Marschall von Bieberstein**, Staatsminister, Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel, ersten bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Kriege, Kaiserlichen Gesandten in ausserordentlicher Mission zu dieser Konferenz, Geheimen Legationsrat und Justitiar im Auswärtigen Amte, Mitglied des ständigen Schiedshofs, zweiten bevollmächtigten Delegierten,

- M. le Contre-Amiral *Siegel*, Attaché Naval à l'Ambassade Impériale à Paris, Délégué de la Marine ;
- M. le Major-Général *Gündell*, Quartier-Maitre Supérieur du Grand Etat-Major de l'Armée Royale de Prusse, Délégué militaire ;
- M. *Zorn*, Professeur à la Faculté de Droit de l'Université de Bonn, Conseiller Intime de Justice, Membre de la Chambre des Seigneurs de Prusse, et Syndic de la Couronne, Délégué scientifique ;
- M. *Göppert*, Conseiller de Légation et Conseiller adjoint au Département des Affaires Étrangères, Délégué adjoint ;
- M. *Retzmann*, Capitaine-Lieutenant de l'État-Major général de la Marine, Délégué adjoint de la Marine.

Les Etats-Unis d'Amérique :

- Son Exc. M. *Joseph H. Choate*, ancien Ambassadeur à Londres, Ambassadeur extraordinaire, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *Horace Porter*, ancien Ambassadeur à Paris, Ambassadeur extraordinaire, Délégué Plénipotentiaire ;

- Son Exc. M. *Uriah M. Rose*, Ambassadeur extraordinaire, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *David Jayne Hill*, ancien Sous-Secrétaire d'État des Affaires Étrangères, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

- M. le Contre-Amiral *Charles S. Sperry*, ancien Président de l'École de Guerre maritime, Ministre plénipotentiaire, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. le Général de Brigade *George B. Davis*, Chef de la Justice militaire de l'Armée des États-Unis, Ministre plénipotentiaire, Délégué Plénipotentiaire ;

- Herrn Kontreadmiral Siegel, Marineattaché an der Kaiserlichen Botschaft in Paris, Marine-Delegierten,
Herrn Generalmajor von Gündell, Oberquartiermeister im Königlich Preussischen Grossen Generalstabe, Militär-Delegierten,
Herrn Zorn, Professor an der juristischen Fakultät der Universität in Bonn, Geheimen Justizrat, Mitglied des Preussischen Herrenhauses und Kronsyndikus, wissenschaftlichen Delegierten,
Herrn Göppert, Legationsrat, ständigen Hülfсарbeiter im Auswärtigen Amte, Hülfсdelegierten,
Herrn Retzmann, Kapitänlieutenant vom Admiralstabe der Marine, Marine-Hülfсdelegierten ;

Die Vereinigten Staaten von Amerika:

- Seine Exzellenz Herr Joseph H. Choate, ehemaligen Botschafter in London, ausserordentlichen Botschafter, bevollmächtigten Delegierten,
Seine Exzellenz Herr Horace Porter, ehemaligen Botschafter in Paris, ausserordentlichen Botschafter, bevollmächtigten Delegierten,
Seine Exzellenz Herr Uriah M. Rose, ausserordentlichen Botschafter, bevollmächtigten Delegierten,
Seine Exzellenz Herr David Jayne Hill, ehemaligen Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Kontreadmiral Charles S. Sperry, ehemaligen Präsidenten der Marinekriegsschule, bevollmächtigten Minister, bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Brigadegeneral George B. Davis, Chef der Militärjustiz der Armee der Vereinigten Staaten, bevollmächtigten Minister, bevollmächtigten Delegierten,

- M. *William I. Buchanan*, ancien Ministre à Buenos Ayres, ancien Ministre au Panama, Ministre plénipotentiaire, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *James Brown Scott*, Jurisconsulte du Département d'État des Affaires Étrangères, Délégué technique ;
- M. *Charles Henry Butler*, Rapporteur de la Cour Suprême, Délégué technique.

La République Argentine :

- Son Exc. M. *Roque Saenz Peña*, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Rome, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *Luis M. Drago*, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Député, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *Carlos Rodríguez Larreta*, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. le Général *Francisco Reynolds*, Attaché militaire à Berlin, Délégué technique ;
- M. le Capitaine de vaisseau *Juan A. Martín*, ancien Ministre de la Marine, Attaché naval à Londres, Délégué technique.

L'Autriche-Hongrie :

- Son Exc. M. *Gaëtan Mérey de Kapos-Mère*, Conseiller intime de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, Premier Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn William J. Buchanan, ehemaligen Gesandten in Buenos Aires, ehemaligen Gesandten in Panama, bevollmächtigten Minister, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn James Brown Scott, Justitiar des Auswärtigen Amtes, technischen Delegierten,

Herrn Charles Henry Butler, Referenten im obersten Gerichtshofe, technischen Delegierten ;

Die Argentinische Republik:

Seine Exzellenz Herr Roque Saenz Peña, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Rom, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr Luis M. Drago, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Deputierten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr Carlos Rodriguez Larreta, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn General Francisco Reynolds, Militärattaché in Berlin, technischen Delegierten,

Herrn Kapitän zur See Juan A. Martin, ehemaligen Marineminister, Marineattaché in London, technischen Delegierten ;

Österreich-Ungarn:

Seine Exzellenz Herr Gaëtan Mérey von Kapos-Mérey, Geheimen Rat Seiner Kaiserlichen und Königlich Apostolischen Majestät, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, ersten bevollmächtigten Delegierten,

- Son Exc. le Baron *Charles de Macchio*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Athènes, Second Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Henri Lammasch*, Professeur à l'Université de Vienne, Conseiller aulique, Membre de la Chambre des Seigneurs du Reichsrat autrichien, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué scientifique ;
- M. *Antoine Haus*, Contre-Amiral, Délégué naval ;
- M. le Baron *Wladimir Giesl de Gieslingen*, Major-Général, Plénipotentiaire militaire à l'Ambassade Impériale et Royale à Constantinople et à la Légation Impériale et Royale à Athènes, Délégué militaire ;
- M. le Chevalier *Othon de Weil*, Conseiller aulique et ministériel au Ministère de la Maison Impériale et Royale et des Affaires Étrangères, Délégué ;
- M. *Jules Szilassy de Szilas et Pilis*, Conseiller de Légation, Délégué ;
- M. *Emile Konek de Norwall*, Lieutenant de Vaisseau de première classe, Délégué adjoint.

La Belgique :

- Son Exc. M. *A. Beernaert*, Ministre d'Etat, Membre de la Chambre des Représentants, Membre de l'Institut de France et des Académies Royales de Belgique et de Roumanie, Membre d'honneur de l'Institut de Droit international, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *J. van den Heuvel*, Ministre d'Etat, ancien Ministre de la Justice, Délégué Plénipotentiaire ;

Seine Exzellenz den Baron Karl von Macchio,
ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Mi-
nister in Athen, zweiten bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Heinrich Lammach, Professor an der
Universität in Wien, Hofrat, Mitglied des Herrenhauses
des österreichischen Reichsrats, Mitglied des Ständigen
Schiedshofs, wissenschaftlichen Delegierten,

Herrn Anton Haus, Kontreadmiral, Marine-Delegier-
ten,

Herrn Baron Wladimir Giesl von Gieslin-
gen, Generalmajor, Militärbevollmächtigten an der
Kaiserlichen und Königlichen Botschaft in Konstan-
tinopel und an der Kaiserlichen und Königlichen Ge-
sandschaft in Athen, Militär-Delegierten,

Herrn Ritter Otto von Weil, Hof- und Ministerialrat
im Ministerium des Kaiserlichen und Königlichen Hau-
ses und der auswärtigen Angelegenheiten, Delegierten,

Herrn Julius Szilassy von Szilas und Pilis,
Legationsrat, Delegierten,

Herrn Emil Konek von Norwall, Linienschiffs-
lieutenant erster Klasse, Hilfsdelegierten ;

Belgien :

Seine Exzellenz Herr A. Beernaert, Staatsminister,
Mitglied der Repräsentantenkammer, Mitglied des In-
stitut de France und der Königlichen Akademien von
Belgien und Rumänien, Ehrenmitglied des Instituts für
Internationales Recht, Mitglied des ständigen Schieds-
hofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr J. van den Heuvel, Staats-
minister, ehemaligen Justizminister, bevollmächtigten
Delegierten,

Son Exc. le Baron *Guillaume*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Membre de l'Académie Royale de Roumanie, Délégué Plénipotentiaire.

La Bolivie :

Son Exc. M. *Claudio Pinilla*, Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Fernando E. Guachalla*, Ministre plénipotentiaire à Londres, Délégué Plénipotentiaire.

Le Brésil :

Son Exc. M. *Ruy Barbosa*, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, Vice-Président du Sénat, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Eduardo F. S. dos Santos Lisbôa*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Colonel *Roberto Trompowsky Leitão de Almeida*, Attaché militaire à La Haye, Délégué technique ;

M. le Capitaine de Frégate *Tancredo Burlamaqui de Moura*, Délégué technique.

La Bulgarie :

M. le Général-Major de l'État-Major *Vrban Vinaroff*, Général à la Suite, Premier Délégué Plénipotentiaire ;

Seine Exzellenz den Baron **G u i l l a u m e**, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, Mitglied der Königlichen Akademie von Rumänien, bevollmächtigten Delegierten ;

Bolivien:

Seine Exzellenz Herrn **C l a u d i o P i n i l l a**, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn **F e r n a n d o E. G u a c h a l l a**, bevollmächtigten Minister in London, bevollmächtigten Delegierten ;

Brasilien:

Seine Exzellenz Herrn **R u y B a r b o s a**, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Vizepräsidenten des Senats, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn **E d u a r d o F. S. d o s S a n t o s L i s b ô a**, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Oberst **R o b e r t o T r o m p o w s k y L e i t ã o d e A l m e i d a**, Militärattaché im Haag, technischen Delegierten,

Herrn Fregattenkapitän **T a n c r e d o B u r l a m a q u i d e M o u r a**, technischen Delegierten ;

Bulgarien:

Herrn Generalmajor im Generalstabe **V r b a n V i n a r o f f**, General à la suite, ersten bevollmächtigten Delegierten,

M. *Ivan Karandjouloff*, Procureur Général de la Cour de Cassation, Second Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Capitaine de Frégate *S. Dimitrieff*, Chef de l'État-Major de la Flottille Bulgare, Délégué.

Le Chili :

Son Exc. M. *Domingo Gana*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Augusto Matte*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berlin, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Carlos Concha*, ancien Ministre de la Guerre, ancien Président de la Chambre des Députés, ancien Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Buenos Ayres, Délégué Plénipotentiaire.

La Chine :

Son Exc. M. *Lou Tseng-Tsiang*, Ambassadeur extraordinaire, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. The Honourable *John W. Foster*, ancien Secrétaire d'Etat au Département des Affaires Étrangères des États-Unis d'Amérique, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Tsien-Sun*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Colonel *W S. Y. Ting*, Chef du Bureau de Justice militaire au Ministère de la Guerre, Délégué militaire ;

M. *Tchang Tching Tong*, Secrétaire de Légation, Délégué adjoint ;

Herrn I v a n K a r a n d j o u l o f f , Generalstaatsanwalt
beim Kassationshofe, zweiten bevollmächtigten Dele-
gierten,

Herrn Fregattenkapitän S. D i m i t r i e f f , Chef des
Stabes der bulgarischen Flottille, Delegierten ;

Chile :

Seine Exzellenz Herrn D o m i n g o G a n a , ausserordent-
lichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in
London, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn A u g u s t o M a t t e , ausserordent-
lichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in
Berlin, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn C a r l o s C o n c h a , ehemaligen
Kriegsminister, ehemaligen Präsidenten der Deputier-
tenkammer, ehemaligen ausserordentlichen Gesandten
und bevollmächtigten Minister in Buenos-Ayres, be-
vollmächtigten Delegierten ;

China :

Seine Exzellenz Herrn L o u T s e n g - T s i a n g , ausser-
ordentlichen Botschafter, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz den Ehrenwerten J o h n W. F o s t e r ,
ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der
Vereinigten Staaten von Amerika, bevollmächtigten
Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn T s i e n - S u n , ausserordentlichen
Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, be-
vollmächtigten Delegierten,

Herrn Oberst W. S. Y. T i n g e , Chef des Militärjustiz-
bureaus im Kriegsministerium, Militär-Delegierten,

Herrn T c h a n g T c h i n g T o n g , Legationssekretär,
Hilfsdelegierten,

M. *Tchao-Hi-Tchiou*, ancien Secrétaire de la Mission et de la Légation Impériale de Chine à Paris et à Rome, Délégué adjoint.

La Colombie :

M. le Général *Jorge Holguin*, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Santiago Perez Triana*, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. le Général *M. Vargas*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire.

La République de Cuba :

M. *Antonio Sanchez de Bustamante*, Professeur de Droit international à l'Université de la Havane, Sénateur de la République, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Gonzalo de Quesada y Aróstegui*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Washington, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Manuel Sanguily*, ancien Directeur de l'Institut d'enseignement secondaire de la Havane, Sénateur de la République, Délégué Plénipotentiaire.

Le Danemark :

Son Exc. M. *C. Brun*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Washington, Premier Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Contre-Amiral *C. F. Scheller*, Deuxième Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn T h a o - H i - T c h i o u , ehemaligen Sekretär
der Kaiserlichen Mission und der Kaiserlichen Ge-
sandtschaft Chinas in Paris und in Rom, Hilfsdele-
gierten ;

Kolumbien:

Herrn General Jorge Holguin , bevollmächtigten
Delegierten,

Herrn Santiago Perez Triana , bevollmächtigten
Delegierten,

Seine Exzellenz den General M. Vargas , ausserordent-
lichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in
Paris, bevollmächtigten Delegierten ;

Die Republik Kuba:

Herrn Antonio Sanchez de Bustamante ,
Professor des internationalen Rechtes an der Universi-
tät in Havana, Senator der Republik, bevollmächtigten
Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn Gonzalo de Quesada y
Aróstegui , ausserordentlichen Gesandten und be-
vollmächtigten Minister in Washington, bevollmächtig-
ten Delegierten,

Herrn Manuel Sanguily , ehemaligen Direktor des
Instituts für höheren Unterricht in Havana, Senator
der Republik, bevollmächtigten Delegierten ;

Dänemark:

Seine Exzellenz Herrn C. Brun , ausserordentlichen Ge-
sandten und bevollmächtigten Minister in Washington,
ersten bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Kontreadmiral C. F. Scheller , zweiten bevoll-
mächtigten Delegierten,

M. *A. Vedel*, Chambellan, Chef de Section au Ministère Royal des Affaires Étrangères, Troisième Délégué Plénipotentiaire.

La République Dominicaine :

M. *Francisco Henriquez i Carvajal*, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Apolinar Tejera*, Recteur de l'Institut professionnel de Saint-Domingue, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire.

La République de l'Équateur :

Son Exc. M. *Victor Rendón*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris et à Madrid, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Enrique Dorn y de Alsúa*, Chargé d'Affaires, Délégué Plénipotentiaire.

L'Espagne :

Son Exc. M. *W. R. de Villa-Urrutia*, Sénateur, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire à Londres, Premier Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *José de la Roca y Calvo*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Gabriel Maura y Gamazo*, Comte de la Mortera, Député aux Cortès, Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn A. Vedel, Kammerherrn, Sektionschef im Königlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, dritten bevollmächtigten Delegierten ;

Die Dominikanische Republik :

Herrn Francisco Henriquez i Carvajal, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Apolinar Tejera, Rektor des Gewerbeinstituts in San Domingo, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten ;

Die Republik Ekuador :

Seine Exzellenz Herrn Viktor Rendón, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris und in Madrid, bevollmächtigten Delegierten, Herrn Enrique Dorn y de Alsúa, Geschäftsträger, bevollmächtigten Delegierten ;

Spanien :

Seine Exzellenz Herrn W. R. de Villa-Urrutia, Senator, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in London, ersten bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn José de la Rica y Calvo, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Gabriel Maura y Gamazo, Grafen de la Mortera, Abgeordneten zu den Cortes, bevollmächtigten Delegierten,

- M. *J. Jofre Montojo*, Colonel d'État-Major, Aide de Camp du Ministre de la Guerre, Délégué adjoint militaire ;
- M. le Capitaine de Vaisseau *Francisco Chacon*, Délégué adjoint naval.

La France :

- Son Exc. M. *Léon Bourgeois*, Ambassadeur extraordinaire, Sénateur, ancien Président du Conseil, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué, premier Plénipotentiaire ;
- M. le Baron *d'Estournelles de Constant*, Sénateur, Ministre plénipotentiaire de première classe, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué, deuxième Plénipotentiaire ;
- M. *Louis Renault*, Professeur à la Faculté de Droit de Paris, Ministre plénipotentiaire honoraire, Jurisconsulte du Ministère des Affaires Étrangères, Membre de l'Institut, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué, troisième Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *Marcellin Pellet*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué, quatrième Plénipotentiaire ;
- M. le Général de Division *Amourel*, Délégué militaire ;
- M. le Contre-Amiral *Arago*, Délégué de la Marine ;
- M. *Fromageot*, Avocat à la Cour d'Appel de Paris, Délégué technique ;
- M. le Capitaine de Vaisseau *Lacaze*, deuxième Délégué de la Marine ;
- M. le Lieutenant-Colonel *Siben*, Attaché militaire à Bruxelles et à La Haye, deuxième Délégué militaire.

Herrn J. Jofre Montojo, Oberst im Generalstab,
Adjutanten des Kriegsministers, Militär-Hülfdelegierten,
Herrn Kapitän zur See Francisco Chacon, Ma-
rine-Hülfdelegierten ;

Frankreich:

Seine Exzellenz Herr Léon Bourgeois, ausser-
ordentlichen Botschafter, Senator, ehemaligen Minister-
präsidenten, ehemaligen Minister der auswärtigen An-
gelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, Dele-
gierten, ersten Bevollmächtigten,

Herrn Baron d'Estournelles de Constant,
Senator, bevollmächtigten Minister erster Klasse, Mit-
glied des ständigen Schiedshofs, Delegierten, zweiten
Bevollmächtigten,

Herrn Louis Renault, Professor an der juristi-
schen Fakultät in Paris, charakterisierten bevollmäch-
tigten Minister, Justitiar des Ministeriums der aus-
wärtigen Angelegenheiten, Mitglied des Institut, Mit-
glied des ständigen Schiedshofs, Delegierten, dritten
Bevollmächtigten,

Seine Exzellenz Herr Marcellin Pellet, aussér-
ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
im Haag, Delegierten, vierten Bevollmächtigten,

Herrn Divisionsgeneral Amourel, Militär-Delegierten,

Herrn Kontreadmiral Arago, Marine-Delegierten,

Herrn Fromageot, Advokaten beim Appellhof in
Paris, technischen Delegierten,

Herrn Kapitän zur See Lacaze, zweiten Marine-Dele-
gierten,

Herrn Oberstlieutenant Siben, Militärattaché in Brüssel
und im Haag, zweiten Militär-Delegierten ;

La Grande-Bretagne :

- Son Exc. The Right Honourable Sir *Edward Fry*, G. C. B.,
Membre du Conseil privé, Ambassadeur extraordinaire,
Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué
Plénipotentiaire ;
- Son Exc. The Right Honourable Sir *Ernest Mason Satow*,
G. C. M. G., Membre du Conseil privé, Membre de la
Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. The Right Honourable Lord *Reay*, G. C. S. I.,
G. C. I. E., Membre du Conseil privé, ancien Président
de l'Institut de Droit international, Délégué Plénipoten-
tiaire ;
- Son Exc. Sir *Henry Howard*, K. C. M. G., C. B., Envoyé
extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye,
Délégué Plénipotentiaire ;
- M. le Général de Division Sir *Edmond R. Elles*, G. C. I. E.,
K. C. B., Délégué militaire ;
- M. le Capitaine de Vaisseau *C. L. Otley*, M. V. O., R. N.,
A. D. C., Délégué naval ;
- M. *Eyre Crowe*, Conseiller d'Ambassade, Délégué technique,
premier Secrétaire de la Délégation ;
- M. *Cecil Hurst*, Conseiller d'Ambassade, Délégué technique,
Conseiller légal de la Délégation ;
- M. le Lieutenant-Colonel, The Honourable *Henry Yarde-
Buller*, D. S. O., Attaché militaire à La Haye, Délégué
technique ;
- M. le Capitaine de Frégate *J. R. Segrave*, R. N., Délégué
technique ;
- M. le Commandant *George K. Cockerill*, Chef de Section à
l'Etat-Major de l'Armée, Délégué technique.

Grossbritannien :

Seine Exzellenz den Sehr Ehrenwerten Sir Edward Fry, G. C. B., Mitglied des Geheimen Rates, ausserordentlichen Botschafter, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz den Sehr Ehrenwerten Sir Ernest Mason Satow, G. C. M. G., Mitglied des Geheimen Rates, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz den Sehr Ehrenwerten Lord Reay, G. C. S. I., G. C. I. E., Mitglied des Geheimen Rates, ehemaligen Präsidenten des Instituts für internationales Recht, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Sir Henry Howard, K. C. M. G., C. B., ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Divisionsgeneral Sir Edmond R. Elles, G. C. I. E., K. C. B., Militär-Delegierten,

Herrn Kapitän zur See C. L. Ottley, M. V. O., R. N., A. D. C., Marine-Delegierten,

Herrn Eyre Crowe, Botschaftsrat, technischen Delegierten, ersten Sekretär der Delegation,

Herrn Cecil Hurst, Botschaftsrat, technischen Delegierten, Rechtsbeistand der Delegation,

Herrn Oberstlieutenant, den Ehrenwerten Henry Yarde-Buller, D. S. O., Militärattaché im Haag, technischen Delegierten,

Herrn Fregattenkapitän J. R. Segrave, R. N., technischen Delegierten,

Herrn Major George K. Cockerill, Sektionschef im Generalstabe der Armee, technischen Delegierten;

La Grèce:

- Son Exc. M. *Cléon Rizo Rangabé*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berlin, premier Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Georges Streit*, Professeur de Droit international à l'Université d'Athènes, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, second Délégué Plénipotentiaire ;
- M. le Colonel d'artillerie *C. Sapountzakis*, Chef de l'Etat-Major Général, Délégué technique.

Le Guatémala:

- M. *José Tible Machado*, Chargé d'Affaires à La Haye et à Londres, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Enrique Gomez Carrillo*, Chargé d'Affaires à Berlin, Délégué Plénipotentiaire.

La République d'Haïti:

- Son Exc. M. *Jean Joseph Dalbemar*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. M. *J. N. Léger*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Washington, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Pierre Hudicourt*, ancien Professeur de Droit international public, Avocat du Barreau de Port-au-Prince, Délégué Plénipotentiaire.

L'Italie:

- Son Exc. le Comte *Joseph Torielli Brusati di Vergano*, Sénateur du Royaume, Ambassadeur de Sa Majesté le Roi à Paris, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Président de la Délégation Italienne, Délégué Plénipotentiaire ;

Griechenland:

Seine Exzellenz Herrn Cléon Rizo Rangabé,
 ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Mi-
 nister in Berlin, ersten bevollmächtigten Delegierten,
 Herrn Georg Streit, Professor des internationalen
 Rechtes an der Universität in Athen, Mitglied des
 ständigen Schiedshofs, zweiten bevollmächtigten Dele-
 gierten,

Herrn Artillerieoberst C. Sapountzakis, Chef des
 Generalstabs, technischen Delegierten;

Guatemala:

Herrn José Tible Machado, Geschäftsträger im
 Haag und in London, Mitglied des ständigen Schieds-
 hofs, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Enrique Gomez Carrillo, Geschäfts-
 träger in Berlin, bevollmächtigten Delegierten;

Die Republik Haïti:

Seine Exzellenz Herrn Jean Joseph Dalbémar,
 ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Mi-
 nister in Paris, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn J. N. Léger, ausserordentlichen
 Gesandten und bevollmächtigten Minister in Washing-
 ton, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Pierre Hudicourt, ehemaligen Professor
 des internationalen öffentlichen Rechtes, Rechtsanwalt
 in Port-au-Prince, bevollmächtigten Delegierten;

Italien:

Seine Exzellenz den Grafen Joseph Tornielli
 Brusatidi Vergano, Senator des Königreichs,
 Botschafter Seiner Majestät des Königs in Paris, Mit-
 glied des ständigen Schiedshofs, Präsidenten der ita-
 lienischen Delegation, bevollmächtigten Delegierten,

Son Exc. M. *Guido Pompilj*, Député au Parlement, Sous-Secrétaire d'État au Ministère Royal des Affaires Étrangères, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Guido Fusinato*, Conseiller d'État, Député au Parlement, ancien Ministre de l'Instruction, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Marius Nicolis de Robilant*, Général de Brigade, Délégué technique ;

M. *François Castiglia*, Capitaine de Vaisseau, Délégué technique.

Le Japon :

Son Exc. M. *Keiroku Tsudzuki*, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, premier Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Aimaro Sato*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, second Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Henry Willard Denison*, Jurisconsulte du Ministère Impérial des Affaires Étrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué technique ;

M. le Major-Général *Yoshifuru Akiyama*, Inspecteur de la Cavalerie, Délégué technique ;

M. le Contre-Amiral *Hayao Shimamura*, Président de l'École de la Marine à Etajima, Délégué technique.

Le Luxembourg :

Son Exc. M. *Eyschen*, Ministre d'État, Président du Gouvernement Grand-Ducal, Délégué Plénipotentiaire ;

Seine Exzellenz Herr Guido Pompilj, Abgeordneten zum Parlament, Unterstaatssekretär im Königlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Guido Fusinato, Staatsrat, Abgeordneten zum Parlament, ehemaligen Unterrichtsminister, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Marius Nicolis de Robilant, Brigadegeneral, technischen Delegierten,

Herrn Franz Castiglia, Kapitän zur See, technischen Delegierten ;

Japan :

Seine Exzellenz Herr Keiroku Tsudzuki, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, ersten bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr Aimaro Sato, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, zweiten bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Henry Willard Denison, Justitiar des Kaiserlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, technischen Delegierten,

Herrn Generalmajor Yoshifuru Akiyama, Inspektor der Kavallerie, technischen Delegierten,

Herrn Kontreadmiral Hayao Shimamura, Präsidenten der Marineschule in Etajima, technischen Delegierten ;

Luxemburg :

Seine Exzellenz Herr Eyschen, Staatsminister, Präsidenten der Grossherzoglichen Regierung, bevollmächtigten Delegierten,

M. le Comte de *Villers*, Chargé d'Affaires à Berlin, Délégué Plénipotentiaire.

Le Mexique :

Son Exc. M. *Gonzalo A. Esteva*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Rome, premier Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Sebastian B. de Mier*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, deuxième Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Francisco I. de la Barra*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Bruxelles et à La Haye, troisième Délégué Plénipotentiaire.

Le Monténégro :

Son Exc. M. *Nelidow*, Conseiller Privé Actuel, Ambassadeur de Russie à Paris, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *de Martens*, Conseiller Privé, Membre permanent du Conseil du Ministère Impérial des Affaires Étrangères de Russie, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Tcharykow*, Conseiller d'État Actuel, Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Russie à La Haye, Délégué Plénipotentiaire.

Le Nicaragua :

Son Exc. M. *Crisanto Medina*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire.

Herrn Grafen von Villers, Geschäftsträger in
Berlin, bevollmächtigten Delegierten;

Mexiko:

Seine Exzellenz Herrn Gonzalo A. Esteva, ausser-
ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
in Rom, ersten bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn Sebastian B. de Mier,
ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten
Minister in Paris, zweiten bevollmächtigten Delegier-
ten,

Seine Exzellenz Herrn Francisco L. de la Barra,
ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Mi-
nister in Brüssel und im Haag, dritten bevollmächtig-
ten Delegierten;

Montenegro:

Seine Exzellenz Herrn Nelidow, Wirklichen Ge-
heimen Rat, russischen Botschafter in Paris, bevoll-
mächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn von Martens, Geheimen Rat,
ständiges Mitglied des Rates im Kaiserlich russischen
Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, bevoll-
mächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn Tcharykow, Wirklichen
Staatsrat, Kammerherrn, russischen ausserordentlichen
Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, be-
vollmächtigten Delegierten;

Nikaragua:

Seine Exzellenz Herrn Crisanto Medina, ausser-
ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
in Paris, bevollmächtigten Delegierten;

La Norvège :

Son Exc. M. *Francis Hagerup*, ancien Président du Conseil, ancien Professeur de Droit, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye et à Copenhague, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Joachim Grieg*, Armateur et Député, Délégué technique.

M. *Christian Lous Lange*, Secrétaire du Comité Nobel du Storthing Norvégien, Délégué technique.

Le Panama :

M. *Belisario Porras*, Délégué Plénipotentiaire.

Le Paraguay :

Son Exc. M. *Eusebio Machain*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire.

Les Pays-Bas :

M. *W. H. de Beaufort*, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Seconde Chambre des États-Généraux, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *T. M. C. Asser*, Ministre d'État, Membre du Conseil d'État, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. le Jonkheer *J. C. C. den Beer Poortugael*, Lieutenant-Général en retraite, ancien Ministre de la Guerre, Membre du Conseil d'État, Délégué Plénipotentiaire ;

Norwegen:

Seine Exzellenz Herr Francis Hagerup, ehemaligen Ministerpräsidenten, ehemaligen Professor des Rechtes, Mitglied des ständigen Schiedshofs, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag und in Kopenhagen, bevollmächtigten Delegierten,

Herr Joachim Grieg, Reeder und Abgeordneten, technischen Delegierten,

Herr Christian Lous Lange, Sekretär des Nobelkomitees des norwegischen Storting, technischen Delegierten ;

Panama:

Herr Belisario Porras, bevollmächtigten Delegierten ;

Paraguay:

Seine Exzellenz Herr Eusebio Machain, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, bevollmächtigten Delegierten ;

Die Niederlande:

Herr W. H. von Beaufort, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr T. M. C. Asser, Staatsminister, Mitglied des Staatsrats, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz den Jonkheer J. C. C. den Beer Poortugael, Generallieutenant a. D., ehemaligen Kriegsminister, Mitglied des Staatsrats, bevollmächtigten Delegierten,

- Son Exc. le Jonkheer *J. A. Röell*, Aide de Camp de Sa Majesté la Reine en service extraordinaire, Vice-Amiral en retraite, ancien Ministre de la Marine, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *J. A. Loeff*, ancien Ministre de la Justice, Membre de la Seconde Chambre des États-Généraux, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *H. L. van Oordt*, Lieutenant-Colonel de l'État-Major, Professeur à l'École supérieure militaire, Délégué technique ;
- M. le Jonkheer *W. J. M. van Eysinga*, Chef de la Direction politique au Ministère des Affaires Étrangères, Délégué adjoint ;
- M. le Jonkheer *H. A. van Karnebeek*, Gentilhomme de la Chambre, Sous-Chef de Division au Ministère des Colonies, Délégué adjoint ;
- M. *H. G. Surie*, Lieutenant de Vaisseau de première classe, Délégué technique.

Le Pérou :

- Son Exc. M. *Carlos G. Candamo*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris et à Londres, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Gustavo de la Fuente*, premier Secrétaire de Légation à Paris, Délégué adjoint.

La Perse :

- Son Exc. *Samad Khan Momtas-es-Saltaneh*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué, premier Plénipotentiaire ;

- Seine Exzellenz den Jonkheer J. A. R ö e l l , Adjutanten Ihrer Majestät der Königin im ausserordentlichen Dienste, Vizeadmiral a. D., ehemaligen Marineminister, bevollmächtigten Delegierten,
- Herrn J. A. L o e f f , ehemaligen Justizminister, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten, bevollmächtigten Delegierten,
- Herrn H. L. v a n O o r d t , Oberstlieutenant im Generalstabe, Professor an der Kriegsakademie, technischen Delegierten,
- Herrn Jonkheer W. J. M. v a n E y s i n g a , Chef der politischen Abteilung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Hilfsdelegierten,
- Herrn Jonkheer H. A. v a n K a r n e b e e k , Kammerjunker, Unterchef einer Abteilung im Kolonialministerium, Hilfsdelegierten,
- Herrn H. G. S u r i e , Lieutenant zur See erster Klasse, technischen Delegierten ;

Peru:

- Seine Exzellenz Herrn C a r l o s G. C a n d a m o , ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris und in London, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,
- Herrn G u s t a v o d e l a F u e n t e , ersten Legationssekretär in Paris, Hilfsdelegierten ;

Persien:

- Seine Exzellenz S a m a d K h a n M o m t a s - e s - S a l t a n e h , ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, Mitglied des ständigen Schiedshofs, ersten Bevollmächtigten,

- Son Exc. *Mirza Ahmed Khan Sadig ul Mulk*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Hennebicq*, Jurisconsulte du Ministère des Affaires Étrangères à Téhéran, Délégué technique.

Le Portugal :

Son Exc. le Marquis de *Soveral*, Conseiller d'État, Pair du Royaume, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. le Comte de *Sélir*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Alberto d'Oliveira*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne, Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Lieutenant-Colonel d'Etat-Major *Thomas Antonio Garcia Rosado*, Délégué technique ;

M. *Guilherme Ivens Ferraz*, Capitaine-Lieutenant de la Marine, Délégué technique.

La Roumanie :

Son Exc. M. *Alexandre Beldiman*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berlin, premier Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Edgard Mavrocordato*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La Haye, second Délégué Plénipotentiaire ;

Seine Exzellenz Mirza Ahmed Khan Sadig ul Mulk, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Hennebicq, Justitiar des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Teheran, technischen Delegierten;

Portugal:

Seine Exzellenz den Marquis de Soveral, Staatsrat, Pair des Königreichs, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in London, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz den Grafen de Sélir, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn Alberto d'Oliveira, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Oberstlieutenant im Generalstabe Thomaz Antonio Garcia Rosado, technischen Delegierten,

Herrn Guilherme Ivens Ferraz, Kapitänlieutenant der Marine, technischen Delegierten;

Rumänien:

Seine Exzellenz Herrn Alexander Beldiman, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin, ersten bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herrn Edgard Mavrocordato, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, zweiten bevollmächtigten Delegierten,

M. le Capitaine *Alexandre Sturdsa*, du Grand État-Major,
Délégué technique.

La Russie :

Son Ex. M. *Nelidow*, Conseiller Privé Actuel, Ambassadeur
de Russie à Paris, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *de Martens*, Conseiller Privé, Membre per-
manent du Conseil du Ministère Impérial des Affaires
Etrangères, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage,
Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Tcharykow*, Conseiller d'Etat Actuel, Chambellan,
Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à La
Haye, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Prozor*, Conseiller d'Etat Actuel, Chambellan,
Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Rio-
Janeiro, Buenos-Ayres et Montevideo, Délégué technique ;

M. le Major-Général *Yermolow*, Attaché militaire à Londres,
Délégué technique ;

M. le Colonel *Michelson*, Attaché militaire à Berlin, Délégué
technique ;

M. le Capitaine de Vaisseau *Behr*, Attaché naval à Londres,
Délégué technique ;

M. le Colonel de l'Amirauté *Ovtchinnikow*, Professeur de
Droit international à l'Académie de la Marine, Délégué
technique.

Le Salvador :

M. *Pedro J. Mathen*, Chargé d'Affaires à Paris, Membre de
la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn Hauptmann Alexander Sturdza, vom
Grossen Generalstabe, technischen Delegierten;

Russland:

Seine Exzellenz Herr Nelidow, Wirklichen Geheimen Rat, russischen Botschafter in Paris, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr von Martens, Geheimen Rat, ständiges Mitglied des Rates im Kaiserlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr Tcharyrow, Wirklichen Staatsrat, Kammerherrn, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz Herr Prozor, Wirklichen Staatsrat, Kammerherrn, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Rio de Janeiro, Buenos-Ayres und Montevideo, technischen Delegierten,

Herrn Generalmajor Yermolow, Militärattaché in London, technischen Delegierten,

Herrn Oberst Michelson, Militärattaché in Berlin, technischen Delegierten,

Herrn Kapitän zur See Behr, Marineattaché in London, technischen Delegierten,

Herrn Oberst in der Admiralität Ovtchinnikow, Professor des internationalen Rechtes an der Marineakademie, technischen Delegierten;

Salvador:

Herrn Pedro J. Mathieu, Geschäftsträger in Paris, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,

M. *Santiago Perez Triana*, Chargé d'Affaires à Londres, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire.

La Serbie :

Son Exc. le Général *Sava Grouitch*, Président du Conseil d'État, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Milovan Milovanovitch*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Rome, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire ;

Son Exc. M. *Michel Militchévitch*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres et à La Haye, Délégué Plénipotentiaire.

Le Siam :

M. le Major-Général *Mom Chatidej Udom*, Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Corragioni d'Orelli*, Conseiller de Légation à Paris, Délégué Plénipotentiaire ;

M. le Capitaine *Luang Bhuvanarth Narübal*, Délégué Plénipotentiaire.

La Suède :

Son Exc. M. *Knut Hjalmar Leonard de Hammarskjöld*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Copenhague, ancien Ministre de la Justice, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, premier Délégué Plénipotentiaire ;

M. *Johannes Hellner*, ancien Ministre sans Portefeuille, ancien Membre de la Cour Suprême de Suède, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, second Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn **Santiago Perez Triana**, Geschäftsträger
in London, Mitglied des ständigen Schiedshofs, bevoll-
mächtigten Delegierten ;

Serbien:

Seine Exzellenz den **General Sava Grouitch**, Prä-
sidenten des Staatsrats, bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz **Herrn Milovan Milovanovitch**,
ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten
Minister in Rom, Mitglied des ständigen Schiedshofs,
bevollmächtigten Delegierten,

Seine Exzellenz **Herrn Michel Militchévitch**,
ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten
Minister in London und im Haag, bevollmächtigten
Delegierten ;

Siam:

Herrn Generalmajor **Mom Chatidej Udom**, bevoll-
mächtigten Delegierten,

Herrn **Corragioni d'Orelli**, Legationsrat in
Paris, bevollmächtigten Delegierten,

Herrn Hauptmann **Luang Bhuvanarth Narübal**,
bevollmächtigten Delegierten ;

Schweden:

Seine Exzellenz **Herrn Knut Hjalmar Leonard
von Hammarskjöld**, ausserordentlichen Ge-
sandten und bevollmächtigten Minister in Kopenhagen,
ehemaligen Justizminister, Mitglied des ständigen
Schiedshofs, ersten bevollmächtigten Delegierten,

Herrn **Johannes Hellner**, ehemaligen Minister
ohne Portefeuille, ehemaliges Mitglied des obersten
Gerichtshofs in Schweden, Mitglied des ständigen
Schiedshofs, zweiten bevollmächtigten Delegierten,

- M. le Colonel *David Hedengren*, Chef d'un régiment d'artillerie, Délégué technique ;
- M. *Gustaf de Klint*, Capitaine de Frégate, Chef de Section à l'Etat-Major de la Marine Royale, Délégué technique.

La Suisse :

- Son Exc. M. *Gaston Carlin*, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres et à La Haye, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Eugène Borel*, Colonel d'Etat-Major Général, Professeur à l'Université de Genève, Délégué Plénipotentiaire ;
- M. *Max Huber*, Professeur de Droit à l'Université de Zurich, Délégué Plénipotentiaire.

La Turquie :

- Son Exc. *Turkhan Pacha*, Ambassadeur extraordinaire, Ministre de l'Evkaf, premier Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. *Réchid Bey*, Ambassadeur de Turquie à Rome, Délégué Plénipotentiaire ;
- Son Exc. le Vice-Amiral *Mehemmed Pacha*, Délégué Plénipotentiaire ;
- Raïf Bey*, Conseiller légiste de la Liste Civile, Délégué adjoint ;
- Le Colonel d'Etat-Major *Mehemmed Saïd Bey*, Délégué adjoint.

L'Uruguay :

- M. *José Batlle y Ordóñez*, ancien Président de la République, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, premier Délégué Plénipotentiaire ;

Herrn Oberst David Hedengren, Kommandeur
eines Artillerieregiments, technischen Delegierten,
Herrn Gustav von Klint, Fregattenkapitän, Sek-
tionschef im Generalstabe der Königlichen Marine,
technischen Delegierten ;

Die Schweiz :

Seine Exzellenz Herr Gaston Carlin, ausserordent-
lichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in
London und im Haag, bevollmächtigten Delegierten,
Herr Eugène Borel, Oberst im Generalstabe, Pro-
fessor an der Universität in Genf, bevollmächtigten
Delegierten,
Herr Max Huber, Professor der Rechte an der
Universität in Zürich, bevollmächtigten Delegierten ;

Die Türkei:

Seine Exzellenz Turkhan Pascha, ausserordent-
lichen Botschafter, Minister des Evkaf, ersten bevoll-
mächtigten Delegierten,
Seine Exzellenz Réchid Bey, türkischen Botschafter
in Rom, bevollmächtigten Delegierten,
Seine Exzellenz den Vizeadmiral Mehemed Pascha,
bevollmächtigten Delegierten,
Raïf Bey, Rechtsbeistand der Zivilliste, Hilfsdele-
gierten,
den Oberst im Generalstabe Mehemed Saïd Bey,
Hilfsdelegierten ;

Uruguay :

Herrn José Batlle y Ordóñez, ehemaligen Präsi-
denten der Republik, Mitglied des ständigen Schieds-
hofs, ersten bevollmächtigten Delegierten,

- Son Exc. M. *Juan P. Castro*, ancien Président du Sénat, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Membre de la Cour permanente d'Arbitrage, Délégué Plénipotentiaire;
- M. le Colonel *Sebastian Buquet*, Premier Chef de régiment d'artillerie de campagne, Délégué technique.

Les États-Unis du Vénézuéla:

- M. *José Gil Fortoul*, Chargé d'Affaires à Berlin, Délégué Plénipotentiaire.

Dans une série de réunions, tenues du 15 juin au 18 octobre 1907, où les Délégués précités ont été constamment animés du désir de réaliser, dans la plus large mesure possible, les vues généreuses de l'Auguste Initiateur de la Conférence et les intentions de leurs Gouvernements, la Conférence a arrêté, pour être soumis à la signature des Plénipotentiaires, le texte des Conventions et de la Déclaration énumérées ci-après et annexées au présent Acte:

- I. Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux.
- II. Convention concernant la limitation de l'emploi de la force pour le recouvrement de dettes contractuelles.
- III. Convention relative à l'ouverture des hostilités.
- IV. Convention concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre.
- V. Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre.

Seine Exzellenz Herrn Juan P. Castro, ehemaligen
Präsidenten des Senats, ausserordentlichen Gesandten
und bevollmächtigten Minister in Paris, Mitglied des
ständigen Schiedshofs, bevollmächtigten Delegierten,
Herrn Oberst Sebastian Buquet, Ersten Kom-
mandeur eines Feldartillerie-Regiments, technischen
Delegierten ;

Die Vereinigten Staaten von Venezuela:

Herrn José Gil Fortoul, Geschäftsträger in Ber-
lin, bevollmächtigten Delegierten.

In einer Reihe von Sitzungen während der Zeit vom
15. Juni bis zum 18. Oktober 1907, in denen die ge-
nannten Delegierten beständig von dem Wunsche beseelt
waren, in möglichst weitem Masse die hochherzigen Ge-
danken des Erlauchten Veranstalters der Konferenz und
die Absichten ihrer Regierungen zu verwirklichen, hat
die Konferenz den Wortlaut der Abkommen und der Er-
klärung festgestellt, die nachstehend aufgezählt und dieser
Akte als Anlage beigegeben sind, um den Bevollmäch-
tigten zur Unterzeichnung unterbreitet zu werden :

- I. Abkommen zur friedlichen Erledigung internatio-
naler Streitfälle ;
- II. Abkommen, betreffend die Beschränkung der An-
wendung von Gewalt bei der Eintreibung von Ver-
tragsschulden ;
- III. Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten ;
- IV. Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche
des Landkriegs ;
- V. Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten
der neutralen Mächte und Personen im Falle eines
Landkriegs ;

- VI. Convention relative au régime des navires de commerce ennemis au début des hostilités.
- VII. Convention relative à la transformation des navires de commerce en bâtiments de guerre.
- VIII. Convention relative à la pose de mines sous-marines automatiques de contact.
- IX. Convention concernant le bombardement par des forces navales en temps de guerre.
- X. Convention pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève.
- XI. Convention relative à certaines restrictions à l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime.
- XII. Convention relative à l'établissement d'une Cour internationale des prises.
- XIII. Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances neutres en cas de guerre maritime.
- XIV. Déclaration relative à l'interdiction de lancer des projectiles et des explosifs du haut de ballons.

Ces Conventions et cette Déclaration formeront autant d'actes séparés. Ces actes porteront la date de ce jour et pourront être signés jusqu'au 30 juin 1908 à La Haye par les Plénipotentiaires des Puissances représentées à la Deuxième Conférence de la Paix.

La Conférence, se conformant à l'esprit d'entente et de concessions réciproques qui est l'esprit même de ses délibérations, a arrêté la Déclaration suivante qui, tout en réservant à chacune des Puissances représentées le bénéfice de ses votes, leur permet à toutes d'affirmer les principes qu'elles considèrent comme unanimement reconnus :

- VI. Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruche der Feindseligkeiten ;
- VII. Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe ;
- VIII. Abkommen über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen ;
- IX. Abkommen, betreffend die Beschiessung durch See-streitkräfte in Kriegszeiten ;
- X. Abkommen über die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg ;
- XI. Abkommen über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekriege ;
- XII. Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofs ;
- XIII. Abkommen, betreffend die Rechte und die Pflichten der neutralen Mächte im Falle eines Seekriegs ;
- XIV. Erklärung, betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen.

Diese Abkommen und diese Erklärung sollen ebenso-
viele besondere Urkunden bilden. Diese Urkunden sollen
das Datum des heutigen Tages tragen und können bis
zum 30. Juni 1908 im Haag von den Bevollmächtigten
der auf der zweiten Friedenskonferenz vertretenen Mächte
unterzeichnet werden.

Die Konferenz hat im Geiste der Verständigung und
der gegenseitigen Zugeständnisse, der das Wesen der
Friedenskonferenzen ist, die nachstehende Erklärung be-
schlossen, die zwar jeder der vertretenen Mächte die
Wahrung ihres eigenen Standpunkts vorbehält, ihnen allen
aber gestattet, die Grundsätze, die sie als einstimmig an-
erkannt ansehen, zu bestätigen :

Elle est unanime,

1° A reconnaître le principe de l'arbitrage obligatoire ;

2° A déclarer que certains différends, et notamment ceux relatifs à l'interprétation et à l'application des stipulations conventionnelles internationales, sont susceptibles d'être soumis à l'arbitrage obligatoire sans aucune restriction.

Elle est unanime enfin à proclamer que, s'il n'a pas été donné de conclure dès maintenant une Convention en ce sens, les divergences d'opinion qui se sont manifestées n'ont pas dépassé les limites d'une controverse juridique, et qu'en travaillant ici ensemble pendant quatre mois, toutes les Puissances du monde, non seulement ont appris à se comprendre et à se rapprocher davantage, mais ont su dégager, au cours de cette longue collaboration, un sentiment très élevé du bien commun de l'humanité.

En outre, la Conférence a adopté à l'unanimité la Résolution suivante :

La Deuxième Conférence de la Paix confirme la Résolution adoptée par la Conférence de 1899 à l'égard de la limitation des charges militaires ; et, vu que les charges militaires se sont considérablement accrues dans presque tous les pays depuis ladite année, la Conférence déclare qu'il est hautement désirable de voir les Gouvernements reprendre l'étude sérieuse de cette question.

Elle a, de plus, émis les Vœux suivants :

1° La Conférence recommande aux Puissances signataires l'adoption du projet ci-annexé de Convention pour

Sie ist einstimmig :

1. in der grundsätzlichen Anerkennung der obligatorischen Schiedssprechung ;
2. in der Erklärung, dass gewisse Streitigkeiten, insbesondere solche über die Auslegung und Anwendung internationaler Vertragsabreden, geeignet sind, der obligatorischen Schiedssprechung ohne jede Einschränkung unterworfen zu werden.

Sie ist endlich einstimmig darin, auszusprechen, dass wenn es ihr auch nicht gelungen ist, schon jetzt ein Abkommen in diesem Sinne zu stande zu bringen, doch die hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten die Grenzen einer juristischen Auseinandersetzung nicht überschritten haben, und dass alle Mächte der Welt während ihres hiesigen viermonatigen Zusammenarbeitens nicht nur gelernt haben, einander besser zu verstehen und einander näher zu treten, sondern auch verstanden haben, während dieses langen Zusammenwirkens ein sehr hohes Gefühl für das Gemeinwohl der Menschheit zur Entwicklung zu bringen.

Ausserdem hat die Konferenz mit Einstimmigkeit folgenden Beschluss gefasst :

Die zweite Friedenskonferenz bestätigt den auf der Konferenz von 1899 in Ansehung der Beschränkungen der Militärlasten angenommenen Beschluss und erklärt im Hinblick darauf, dass die Militärlasten seit jenem Jahre in fast allen Ländern erheblich gewachsen sind, es für höchst wünschenswert, dass die Regierungen das ernstliche Studium dieser Frage wieder aufnehmen.

Sie hat ferner folgende Wünsche ausgesprochen :

1. Die Konferenz empfiehlt den Signatarmächten die Annahme des anliegenden Entwurfs eines Abkom-

l'établissement d'une Cour de Justice arbitrale, et sa mise en vigueur dès qu'un accord sera intervenu sur le choix des juges et la constitution de la Cour.

- 2° La Conférence émet le vœu qu'en cas de guerre, les autorités compétentes, civiles et militaires, se fassent un devoir tout spécial d'assurer et de protéger le maintien des rapports pacifiques et notamment des relations commerciales et industrielles entre les populations des Etats belligérants et les pays neutres.
- 3° La Conférence émet le vœu que les Puissances règlent, par des Conventions particulières, la situation, au point de vue des charges militaires, des étrangers établis sur leurs territoires.
- 4° La Conférence émet le vœu que l'élaboration d'un règlement relatif aux lois et coutumes de la guerre maritime figure au programme de la prochaine Conférence et que, dans tous les cas, les Puissances appliquent, autant que possible, à la guerre sur mer, les principes de la Convention relative aux lois et coutumes de la guerre sur terre.

Enfin, la Conférence recommande aux Puissances la réunion d'une troisième Conférence de la Paix qui pourrait avoir lieu, dans une période analogue à celle qui s'est écoulée depuis la précédente Conférence, à une date à fixer d'un commun accord entre les Puissances, et elle appelle leur attention sur la nécessité de préparer les travaux de cette troisième Conférence assez longtemps à l'avance pour que ses délibérations se poursuivent avec l'autorité et la rapidité indispensables.

mens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofs und seine Inkraftsetzung, sobald eine Einigung über die Auswahl der Richter und die Zusammensetzung des Gerichtshofs erfolgt ist.

2. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, dass im Kriegsfall die zuständigen Zivil- und Militärbehörden es sich zur ganz besonderen Pflicht machen, den Fortbestand des friedlichen Verkehrs und namentlich der kaufmännischen und industriellen Beziehungen zwischen der Bevölkerung der kriegführenden Staaten und den neutralen Ländern zu sichern und zu schützen.
3. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, dass die Mächte durch besondere Abkommen die Lage der auf ihren Gebieten ansässigen Ausländer in Ansehung der Militärlasten regeln.
4. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, dass die Ausarbeitung einer Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Seekriegs in das Programm der nächsten Konferenz aufgenommen werde und dass jedenfalls die Mächte die Grundsätze des Abkommens über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs so weit wie möglich auf den Seekrieg anwenden.

Endlich empfiehlt die Konferenz den Mächten, die Zusammenberufung einer dritten Friedenskonferenz, deren Zusammentritt nach Ablauf eines Zeitraums, etwa so wie er seit der vorigen Konferenz verstrichen ist, zu einer zwischen den Mächten zu vereinbarenden Zeit stattzufinden hätte; sie lenkt ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Arbeiten dieser dritten Konferenz im voraus so rechtzeitig vorzubereiten, dass deren Beratungen mit der unerlässlichen Würde und Schnelligkeit Fortgang nehmen.

Pour atteindre à ce but, la Conférence estime qu'il serait très désirable que, environ deux ans avant l'époque probable de la réunion, un Comité préparatoire fût chargé par les Gouvernements de recueillir les diverses propositions à soumettre à la Conférence, de rechercher les matières susceptibles d'un prochain règlement international et de préparer un programme que les Gouvernements arrêteraient assez tôt pour qu'il pût être sérieusement étudié dans chaque pays. Ce Comité serait, en outre, chargé de proposer un mode d'organisation et de procédure pour la Conférence elle-même.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Acte et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont les copies, certifiées conformes, seront délivrées à toutes les Puissances représentées à la Conférence.

(Signatures.)

Zur Erreichung dieses Zweckes hält es die Konferenz für sehr wünschenswert, dass etwa zwei Jahre vor dem voraussichtlichen Zusammentritte der Konferenz ein Vorbereitungsausschuss von den Regierungen damit beauftragt werde, die verschiedenen der Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge zu sammeln, die für eine demnächstige internationale Regelung geeigneten Gegenstände auszusuchen und ein Programm vorzubereiten, das die Regierungen zeitig genug festzustellen hätten, um seine eingehende Prüfung in jedem Lande zu ermöglichen. Dieser Ausschuss würde ausserdem berufen sein, Vorschläge für die Art der Organisation und des Verfahrens der Konferenz selbst zu machen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Akte unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften allen auf der Konferenz vertretenen Mächten übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

(Originaltext.)

Convention

pour le

règlement pacifique des conflits internationaux.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; le Président des Etats-Unis d'Amérique; le Président de la République Argentine; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi des Belges; le Président de la République de Bolivie; le Président de la République des Etats-Unis du Brésil; Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie; le Président de la République de Chili; Sa Majesté l'Empereur de Chine; le Président de la République de Colombie; le Gouverneur Provisoire de la République de Cuba; Sa Majesté le Roi de Danemark; le Président de la République Dominicaine; le Président de la République de l'Equateur; Sa Majesté le Roi d'Espagne; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes; Sa Majesté le Roi des Hellènes; le Président de la République de Guatémala; le Président de la République d'Haïti; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté l'Empereur du Japon; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau; le Président des Etats-Unis Mexicains; Son Altesse

(Übersetzung.)

Abkommen

zur

friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der Präsident der Argentinischen Republik, Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Republik Bolivien, der Präsident der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien, Seine Königliche Hoheit der Fürst von Bulgarien, der Präsident der Republik Chile, Seine Majestät der Kaiser von China, der Präsident der Republik Kolumbien, der einstweilige Gouverneur der Republik Kuba, Seine Majestät der König von Dänemark, der Präsident der Dominikanischen Republik, der Präsident der Republik Ekuador, Seine Majestät der König von Spanien, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland und der Britischen überseeischen Lande, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König der Hellenen, der Präsident der Republik Guatemala, der Präsident der Republik Hayti, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser von Japan, Seine Königliche Hoheit der Grossherzog

Royale le Prince de Monténégro; le Président de la République de Nicaragua; Sa Majesté le Roi de Norvège; le Président de la République de Panama; le Président de la République du Paraguay; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; le Président de la République du Pérou; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, etc.; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; le Président de la République du Salvador; Sa Majesté le Roi de Serbie; Sa Majesté le Roi de Siam; Sa Majesté le Roi de Suède; le Conseil Fédéral Suisse; Sa Majesté l'Empereur des Ottomans; le Président de la République Orientale de l'Uruguay; le Président des Etats-Unis du Vénézuéla:

Animés de la ferme volonté de concourir au maintien de la paix générale;

Résolus à favoriser de tous leurs efforts le règlement amiable des conflits internationaux;

Reconnaissant la solidarité qui unit les membres de la société des nations civilisées;

Voulant étendre l'empire du droit et fortifier le sentiment de la justice internationale;

Convaincus que l'institution permanente d'une juridiction arbitrale accessible à tous, au sein des Puissances indépendantes, peut contribuer efficacement à ce résultat;

Considérant les avantages d'une organisation générale et régulière de la procédure arbitrale;

Estimant avec l'Auguste Initiateur de la Conférence internationale de la Paix qu'il importe de consacrer dans un accord international les principes d'équité et de droit sur lesquels reposent la sécurité des États et le bien-être des peuples;

von Luxemburg, Herzog zu Nassau, der Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko, Seine Königliche Hoheit der Fürst von Montenegro, der Präsident der Republik Nikaragua, Seine Majestät der König von Norwegen, der Präsident der Republik Panama, der Präsident der Republik Paraguay, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, der Präsident der Republik Peru, Seine Kaiserliche Majestät der Schah von Persien, Seine Majestät der König von Portugal und Algarvien u. s. w., Seine Majestät der König von Rumänien, Seine Majestät der Kaiser aller Reussen, der Präsident der Republik Salvador, Seine Majestät der König von Serbien, Seine Majestät der König von Siam, Seine Majestät der König von Schweden, der Schweizerische Bundesrat, Seine Majestät der Kaiser der Osmanen, der Präsident des Orientalischen Freistaats Uruguay, der Präsident der Vereinigten Staaten von Venezuela,

von dem festen Willen beseelt, zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens mitzuwirken,
entschlossen, mit allen ihren Kräften die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten zu begünstigen,
in Anerkennung der Solidarität, welche die Glieder der Gemeinschaft der zivilisierten Nationen verbindet,
gewillt, die Herrschaft des Rechtes auszubreiten und das Gefühl der internationalen Gerechtigkeit zu stärken,
überzeugt, dass die dauernde Einrichtung einer allen zugänglichen Schiedsgerichtsbarkeit im Schosse der unabhängigen Mächte wirksam zu diesem Ergebnisse beitragen kann,

in Erwägung der Vorteile einer allgemeinen und regelmässigen Einrichtung des Schiedsverfahrens,
mit dem Erlauchten Urheber der Internationalen Friedenskonferenz der Ansicht, dass es von Wichtigkeit ist, in einer internationalen Vereinbarung die Grundsätze der Billigkeit und des Rechtes festzulegen, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruhen,

Désireux, dans ce but, de mieux assurer le fonctionnement pratique des Commissions d'enquête et des tribunaux d'arbitrage et de faciliter le recours à la justice arbitrale lorsqu'il s'agit de litiges de nature à comporter une procédure sommaire;

Ont jugé nécessaire de reviser sur certains points et de compléter l'œuvre de la Première Conférence de la Paix pour le règlement pacifique des conflits internationaux;

Les Hautes Parties contractantes ont résolu de conclure une nouvelle Convention à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Titre I.

Du maintien de la paix générale.

Art. 1^{er}. En vue de prévenir autant que possible le recours à la force dans les rapports entre les Etats, les Puissances contractantes conviennent d'employer tous leurs efforts pour assurer le règlement pacifique des différends internationaux.

Titre II.

Des bons offices et de la médiation.

Art. 2. En cas de dissentiment grave ou de conflit, avant d'en appeler aux armes, les Puissances contractantes

von dem Wunsche erfüllt, zu diesem Zwecke grössere Sicherheit für die praktische Betätigung der Untersuchungskommissionen und der Schiedsgerichte zu gewinnen und für Streitfragen, die ein abgekürztes Verfahren gestatten, die Anrufung der Schiedssprechung zu erleichtern,

haben für nötig befunden, das von der ersten Friedenskonferenz hergestellte Werk zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle in gewissen Punkten zu verbessern und zu ergänzen.

Die hohen vertragschliessenden Teile haben beschlossen, zu diesem Ende ein neues Abkommen zu treffen, und haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Erster Titel.

Erhaltung des allgemeinen Friedens.

Art. 1. Um in den Beziehungen zwischen den Staaten die Anwendung von Gewalt soweit wie möglich zu verhüten, kommen die Vertragsmächte überein, alle ihre Bemühungen aufwenden zu wollen, um die friedliche Erledigung der internationalen Streitfragen zu sichern.

Zweiter Titel.

Gute Dienste und Vermittelung.

Art. 2. Die Vertragsmächte kommen überein, im Falle einer ersten Meinungsverschiedenheit oder eines Streites,

conviennent d'avoir recours, en tant que les circonstances le permettront, aux bons offices ou à la médiation d'une ou de plusieurs Puissances amies.

Art. 3. Indépendamment de ce recours, les Puissances contractantes jugent utile et désirable qu'une ou plusieurs Puissances étrangères au conflit offrent de leur propre initiative, en tant que les circonstances s'y prêtent, leurs bons offices ou leur médiation aux Etats en conflit.

Le droit d'offrir les bons offices ou la médiation appartient aux Puissances étrangères au conflit, même pendant le cours des hostilités.

L'exercice de ce droit ne peut jamais être considéré par l'une ou l'autre des Parties en litige comme un acte peu amical.

Art. 4. Le rôle du médiateur consiste à concilier les prétentions opposées et à apaiser les ressentiments qui peuvent s'être produits entre les Etats en conflit.

Art. 5. Les fonctions du médiateur cessent du moment où il est constaté, soit par l'une des Parties en litige, soit par le médiateur lui-même, que les moyens de conciliation proposés par lui ne sont pas acceptés.

Art. 6. Les bons offices et la médiation, soit sur le recours des Parties en conflit, soit sur l'initiative des Puissances étrangères au conflit, ont exclusivement le caractère de conseil et n'ont jamais force obligatoire.

Art. 7. L'acceptation de la médiation ne peut avoir pour effet, sauf convention contraire, d'interrompre, de re-

bevor sie zu den Waffen greifen, die guten Dienste oder die Vermittelung einer befreundeten Macht oder mehrerer befreundeter Mächte anzurufen, soweit dies die Umstände gestatten werden.

Art. 3. Unabhängig hiervon halten die Vertragsmächte es für nützlich und wünschenswert, dass eine Macht oder mehrere Mächte, die am Streite nicht beteiligt sind, aus eigenem Antriebe den im Streite befindlichen Staaten ihre guten Dienste oder ihre Vermittelung anbieten, soweit sich die Umstände hierfür eignen.

Das Recht, gute Dienste oder Vermittelung anzubieten, steht den am Streite nicht beteiligten Staaten auch während der Feindseligkeiten zu.

Die Ausübung dieses Rechtes kann niemals von einem der streitenden Teile als unfreundliche Handlung angesehen werden.

Art. 4. Die Aufgabe des Vermittlers besteht darin, die einander entgegengesetzten Ansprüche auszugleichen und Verstimmungen zu beheben, die zwischen den im Streite befindlichen Staaten etwa entstanden sind.

Art. 5. Die Tätigkeit des Vermittlers hört auf, sobald, sei es durch einen der streitenden Teile, sei es durch den Vermittler selbst festgestellt wird, dass die von diesem vorgeschlagenen Mittel der Verständigung nicht angenommen werden.

Art. 6. Gute Dienste und Vermittelung, seien sie auf Anrufen der im Streite befindlichen Teile eingetreten oder aus dem Antriebe der am Streite nicht beteiligten Mächte hervorgegangen, haben ausschliesslich die Bedeutung eines Rates und niemals verbindliche Kraft.

Art. 7. Die Annahme der Vermittelung kann, unbeschadet anderweitiger Vereinbarung, nicht die Wirkung

tarder ou d'entraver la mobilisation et autres mesures préparatoires à la guerre.

Si elle intervient après l'ouverture des hostilités, elle n'interrompt pas, sauf convention contraire, les opérations militaires en cours.

Art. 8. Les Puissances contractantes sont d'accord pour recommander l'application, dans les circonstances qui le permettent, d'une médiation spéciale sous la forme suivante :

En cas de différend grave compromettant la paix, les Etats en conflit choisissent respectivement une Puissance à laquelle ils confient la mission d'entrer en rapport direct avec la Puissance choisie d'autre part, à l'effet de prévenir la rupture des relations pacifiques.

Pendant la durée de ce mandat dont le terme, sauf stipulation contraire, ne peut excéder trente jours, les Etats en litige cessent tout rapport direct au sujet du conflit, lequel est considéré comme déferé exclusivement aux Puissances médiatrices. Celles-ci doivent appliquer tous leurs efforts à régler le différend.

En cas de rupture effective des relations pacifiques, ces Puissances demeurent chargées de la mission commune de profiter de toute occasion pour rétablir la paix.

Titre III.

Des Commissions internationales d'enquête.

Art. 9. Dans les litiges d'ordre international n'engageant ni l'honneur ni des intérêts essentiels et provenant d'une

haben, die Mobilmachung und andere den Krieg vorbereitende Massnahmen zu unterbrechen, zu verzögern oder zu hemmen.

Erfolgt sie nach Eröffnung der Feindseligkeiten, so werden von ihr, unbeschadet anderweitiger Vereinbarung, die im Gange befindlichen militärischen Unternehmungen nicht unterbrochen.

Art. 8. Die Vertragsmächte sind einverstanden, unter Umständen, die dies gestatten, die Anwendung einer besonderen Vermittlung in folgender Form zu empfehlen:

Bei ernstesten, den Frieden gefährdenden Streitfragen wählt jeder der im Streite befindlichen Staaten eine Macht, die er mit der Aufgabe betraut, in unmittelbare Verbindung mit der von der anderen Seite gewählten Macht zu treten, um den Bruch der friedlichen Beziehungen zu verhüten.

Während der Dauer dieses Auftrags, die, unbeschadet anderweitiger Abrede, eine Frist von dreissig Tagen nicht überschreiten darf, stellen die streitenden Staaten jedes unmittelbare Benehmen über den Streit ein, welcher als ausschliesslich den vermittelnden Mächten übertragen gilt. Diese sollen alle Bemühungen aufwenden, um die Streitfrage zu erledigen.

Kommt es zum wirklichen Bruche der friedlichen Beziehungen, so bleiben diese Mächte mit der gemeinsamen Aufgabe betraut, jede Gelegenheit zu benutzen, um den Frieden wiederherzustellen.

Dritter Titel.

Internationale Untersuchungskommissionen.

Art. 9. Bei internationalen Streitigkeiten, die weder die Ehre noch wesentliche Interessen berühren und einer

divergence d'appréciation sur des points de fait, les Puissances contractantes jugent utile et désirable que les Parties qui n'auraient pu se mettre d'accord par les voies diplomatiques instituent, en tant que les circonstances le permettront, une Commission internationale d'enquête chargée de faciliter la solution de ces litiges en éclaircissant, par un examen impartial et consciencieux, les questions de fait.

Art. 10. Les Commissions internationales d'enquête sont constituées par convention spéciale entre les Parties en litige.

La convention d'enquête précise les faits à examiner: elle détermine le mode et le délai de formation de la Commission et l'étendue des pouvoirs des commissaires.

Elle détermine également, s'il y a lieu, le siège de la Commission et la faculté de se déplacer, la langue dont la Commission fera usage et celles dont l'emploi sera autorisé devant elle, ainsi que la date à laquelle chaque Partie devra déposer son exposé des faits, et généralement toutes les conditions dont les Parties sont convenues.

Si les Parties jugent nécessaire de nommer des assesseurs, la convention d'enquête détermine le mode de leur désignation et l'étendue de leurs pouvoirs.

Art. 11. Si la convention d'enquête n'a pas désigné le siège de la Commission, celle-ci siègera à La Haye.

Le siège une fois fixé ne peut être changé par la Commission qu'avec l'assentiment des Parties.

Si la convention d'enquête n'a pas déterminé les langues à employer, il en est décidé par la Commission.

verschiedenen Würdigung von Tatsachen entspringen, erachten die Vertragsmächte es für nützlich und wünschenswert, dass die Parteien, die sich auf diplomatischem Wege nicht haben einigen können, soweit es die Umstände gestatten, eine internationale Untersuchungskommission einsetzen mit dem Auftrage, die Lösung dieser Streitigkeiten zu erleichtern, indem sie durch eine unparteiische und gewissenhafte Prüfung die Tatfragen aufkläre.

Art. 10. Die internationalen Untersuchungskommissionen werden durch besonderes Abkommen der streitenden Teile gebildet.

Das Untersuchungsabkommen gibt die zu untersuchenden Tatsachen an; es bestimmt die Art und die Frist, in denen die Kommission gebildet wird, sowie den Umfang der Befugnisse der Kommissare.

Es bestimmt gegebenen Falles ferner den Sitz der Kommission und die Befugnis, ihn zu verlegen, die Sprache, deren die Kommission sich bedienen wird, und die Sprachen, deren Gebrauch vor ihr gestattet sein soll, den Tag, bis zu dem jede Partei ihre Darstellung des Tatbestandes einzureichen hat, sowie überhaupt alle Punkte, worüber die Parteien sich geeinigt haben.

Erachten die Parteien die Ernennung von Beisitzern für nötig, so bestimmt das Untersuchungsabkommen die Art ihrer Bestellung und den Umfang ihrer Befugnisse.

Art. 11. Hat das Untersuchungsabkommen den Sitz der Kommission nicht bezeichnet, so hat diese ihren Sitz im Haag.

Der einmal bestimmte Sitz kann von der Kommission nur mit Zustimmung der Parteien verlegt werden.

Hat das Untersuchungsabkommen die zu gebrauchenden Sprachen nicht bestimmt, so wird darüber von der Kommission entschieden.

Art. 12. Sauf stipulation contraire, les Commissions d'enquête sont formées de la manière déterminée par les articles 45 et 57 de la présente Convention.

Art. 13. En cas de décès, de démission ou d'empêchement, pour quelque cause que ce soit, de l'un des commissaires, ou éventuellement de l'un des assesseurs, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination.

Art. 14. Les Parties ont le droit de nommer auprès de la Commission d'enquête des agents spéciaux avec la mission de les représenter et de servir d'intermédiaires entre elles et la Commission.

Elles sont, en outre, autorisées à charger des conseils ou avocats nommés par elles, d'exposer et de soutenir leurs intérêts devant la Commission.

Art. 15. Le Bureau international de la Cour permanente d'arbitrage sert de greffe aux Commissions qui siègent à La Haye, et mettra ses locaux et son organisation à la disposition des Puissances contractantes pour le fonctionnement de la Commission d'enquête.

Art. 16. Si la Commission siège ailleurs qu'à La Haye, elle nomme un Secrétaire Général dont le bureau lui sert de greffe.

Le greffe est chargé, sous l'autorité du Président, de l'organisation matérielle des séances de la Commission, de la rédaction des procès-verbaux et, pendant le temps de l'enquête, de la garde des archives qui seront ensuite versées au Bureau international de La Haye.

Art. 12. Sofern nicht ein anderes verabredet ist, werden die Untersuchungskommissionen in der in den Artikeln 45 und 57 dieses Abkommens bezeichneten Weise gebildet.

Art. 13. Im Falle des Todes, des Rücktritts oder der aus irgend einem Grunde stattfindenden Verhinderung eines Kommissars oder eines etwaigen Beisitzers erfolgt sein Ersatz in der für seine Ernennung vorgesehenen Weise.

Art. 14. Die Parteien haben das Recht, bei der Untersuchungskommission besondere Agenten zu bestellen, mit der Aufgabe, sie zu vertreten und zwischen ihnen und der Kommission als Mittelspersonen zu dienen.

Sie sind ausserdem berechtigt, Rechtsbeistände oder Anwälte, die sie ernennen, mit der Darlegung und Wahrnehmung ihrer Interessen vor der Kommission zu beauftragen.

Art. 15. Das internationale Bureau des ständigen Schiedshofes dient den Kommissionen, die ihren Sitz im Haag haben, als Kanzlei und hat seine Räumlichkeiten und seine Geschäftseinrichtung den Vertragsmächten für die Tätigkeit der Untersuchungskommission zur Verfügung zu stellen.

Art. 16. Hat die Kommission ihren Sitz anderswo als im Haag, so ernennt sie einen Generalsekretär, dessen Bureau ihr als Kanzlei dient.

Dem Bureauvorstande liegt es ob, unter der Leitung des Vorsitzenden die äusseren Vorkehrungen für die Sitzungen der Kommission zu treffen, die Protokolle abzufassen und während der Dauer der Untersuchung das Archiv aufzubewahren, das später an das internationale Bureau im Haag abzugeben ist.

Art. 17. En vue de faciliter l'institution et le fonctionnement des Commissions d'enquête, les Puissances contractantes recommandent les règles suivantes qui seront applicables à la procédure d'enquête en tant que les Parties n'adopteront pas d'autres règles.

Art. 18. La Commission règlera les détails de la procédure non prévus dans la convention spéciale d'enquête ou dans la présente Convention, et procédera à toutes les formalités que comporte l'administration des preuves.

Art. 19. L'enquête a lieu contradictoirement.

Aux dates prévues, chaque Partie communique à la Commission et à l'autre Partie les exposés des faits, s'il y a lieu, et, dans tous les cas, les actes, pièces et documents qu'elle juge utiles à la découverte de la vérité, ainsi que la liste des témoins et des experts qu'elle désire faire entendre.

Art. 20. La Commission a la faculté, avec l'assentiment des Parties, de se transporter momentanément sur les lieux où elle juge utile de recourir à ce moyen d'information, ou d'y déléguer un ou plusieurs de ses membres. L'autorisation de l'Etat sur le territoire duquel il doit être procédé à cette information devra être obtenue.

Art. 21. Toutes constatations matérielles, et toutes visites des lieux doivent être faites en présence des agents et conseils des Parties ou eux dûment appelés.

Art. 22. La Commission a le droit de solliciter de l'une ou l'autre Partie telles explications ou informations qu'elle juge utiles.

Art. 17. Um die Einsetzung und die Tätigkeit der Untersuchungskommissionen zu erleichtern, empfehlen die Vertragsmächte die nachstehenden Regeln, die auf das Untersuchungsverfahren Anwendung finden, soweit die Parteien nicht andere Regeln angenommen haben.

Art. 18. Die Kommission soll die Einzelheiten des Verfahrens bestimmen, die weder in dem Untersuchungsabkommen noch in dem vorliegenden Abkommen geregelt sind; sie soll zu allen Förmlichkeiten schreiten, welche die Beweisaufnahme mit sich bringt.

Art. 19. Die Untersuchung erfolgt kontradiktorisch.

Zu den vorgesehenen Zeiten übermittelt jede Partei der Kommission und der Gegenpartei, wenn nötig, die Darstellung des Tatbestandes und in jedem Falle die Akten, Schriftstücke und Urkunden, die sie zur Ermittlung der Wahrheit für nützlich erachtet, sowie eine Liste der Zeugen und Sachverständigen, deren Vernehmung sie wünscht.

Art. 20. Die Kommission ist befugt, mit Zustimmung der Parteien sich zeitweilig an Ort und Stelle zu begeben, wenn sie einen Augenschein für nützlich erachtet, oder dorthin eins oder mehrere ihrer Mitglieder abzuordnen. Die Erlaubnis des Staates, auf dessen Gebiete zu der Aufklärung geschritten werden soll, ist einzuholen.

Art. 21. Alle tatsächlichen Feststellungen und Augenscheine müssen in Gegenwart oder nach gehöriger Ladung der Agenten und Rechtsbeistände der Parteien stattfinden.

Art. 22. Die Kommission hat das Recht, von beiden Parteien alle Auskünfte oder Aufklärungen zu verlangen, die sie für nützlich erachtet.

Art. 23. Les Parties s'engagent à fournir à la Commission d'enquête, dans la plus large mesure qu'elles jugeront possible, tous les moyens et toutes les facilités nécessaires pour la connaissance complète et l'appréciation exacte des faits en question.

Elles s'engagent à user des moyens dont elles disposent d'après leur législation intérieure, pour assurer la comparution des témoins ou des experts se trouvant sur leur territoire et cités devant la Commission.

Si ceux-ci ne peuvent comparaître devant la Commission, elles feront procéder à leur audition devant leurs autorités compétentes.

Art. 24. Pour toutes les notifications que la Commission aurait à faire sur le territoire d'une tierce Puissance contractante, la Commission s'adressera directement au Gouvernement de cette Puissance. Il en sera de même s'il s'agit de faire procéder sur place à l'établissement de tous moyens de preuve.

Les requêtes adressées à cet effet seront exécutées suivant les moyens dont la Puissance requise dispose d'après sa législation intérieure. Elles ne peuvent être refusées que si cette Puissance les juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité.

La Commission aura aussi toujours la faculté de recourir à l'intermédiaire de la Puissance sur le territoire de laquelle elle a son siège.

Art. 25. Les témoins et les experts sont appelés à la requête des Parties ou d'office par la Commission, et, dans tous les cas, par l'intermédiaire du Gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel ils se trouvent.

Art. 23. Die Parteien verpflichten sich, der Untersuchungskommission in dem weitesten Umfange, den sie für möglich halten, alle zur vollständigen Kenntnis und genauen Würdigung der in Frage kommenden Tatsachen notwendigen Mittel und Erleichterungen zu gewähren.

Sie verpflichten sich, diejenigen Mittel, über welche sie nach ihrer inneren Gesetzgebung verfügen, anzuwenden, um das Erscheinen der vor die Kommission geladenen Zeugen und Sachverständigen, die sich auf ihrem Gebiete befinden, herbeizuführen.

Sie werden, wenn diese nicht vor der Kommission erscheinen können, deren Vernehmung durch ihre zuständigen Behörden veranlassen.

Art. 24. Die Kommission wird sich zur Bewirkung aller Zustellungen, die sie im Gebiet einer dritten Vertragsmacht vorzunehmen hat, unmittelbar an die Regierung dieser Macht wenden. Das gleiche gilt, wenn es sich um Beweisaufnahmen an Ort und Stelle handelt.

Die zu diesem Zweck erlassenen Ersuchen sind nach Massgabe derjenigen Mittel zu erledigen, über welche die ersuchte Macht nach ihrer inneren Gesetzgebung verfügt. Sie können nur abgelehnt werden, wenn diese Macht sie für geeignet hält, ihre Hoheitsrechte oder ihre Sicherheit zu gefährden.

Auch steht der Kommission stets frei, die Vermittlung der Macht in Anspruch zu nehmen, in deren Gebiete sie ihren Sitz hat.

Art. 25. Die Zeugen und die Sachverständigen werden durch die Kommission auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen geladen, und zwar in allen Fällen durch Vermittlung der Regierung des Staates, in dem sie sich befinden.

Les témoins sont entendus, successivement et séparément, en présence des agents et des conseils et dans un ordre à fixer par la Commission.

Art. 26. L'interrogatoire des témoins est conduit par le Président.

Les membres de la Commission peuvent néanmoins poser à chaque témoin les questions qu'ils croient convenables pour éclaircir ou compléter sa déposition, ou pour se renseigner sur tout ce qui concerne le témoin dans les limites nécessaires à la manifestation de la vérité.

Les agents et les conseils des Parties ne peuvent interrompre le témoin dans sa déposition, ni lui faire aucune interpellation directe, mais peuvent demander au Président de poser au témoin telles questions complémentaires qu'ils jugent utiles.

Art. 27. Le témoin doit déposer sans qu'il lui soit permis de lire aucun projet écrit. Toutefois, il peut être autorisé par le Président à s'aider de notes ou documents, si la nature des faits rapportés en nécessite l'emploi.

Art. 28. Procès-verbal de la déposition du témoin est dressé séance tenante et lecture en est donnée au témoin. Le témoin peut y faire tels changements et additions que bon lui semble et qui seront consignés à la suite de sa déposition.

Lecture faite au témoin de l'ensemble de sa déposition, le témoin est requis de signer.

Art. 29. Les agents sont autorisés, au cours ou à la fin de l'enquête, à présenter par écrit à la Commission et à l'autre Partie tels dires, réquisitions ou résumés de fait, qu'ils jugent utiles à la découverte de la vérité.

Die Zeugen werden nacheinander und jeder für sich in Gegenwart der Agenten und Rechtsbeistände und in der von der Kommission bestimmten Reihenfolge vernommen.

Art. 26. Die Vernehmung der Zeugen erfolgt durch den Vorsitzenden.

Doch dürfen die Mitglieder der Kommission an jeden Zeugen die Fragen richten, die sie zur Erläuterung oder Ergänzung seiner Aussage oder zu ihrer Aufklärung über alle den Zeugen betreffenden Umstände für zweckdienlich erachten, soweit es zur Ermittlung der Wahrheit notwendig ist.

Die Agenten und die Rechtsbeistände der Parteien dürfen den Zeugen in seiner Aussage nicht unterbrechen, noch irgend eine unmittelbare Anfrage an ihn richten; sie können aber den Vorsitzenden bitten, ergänzende Fragen, die sie für nützlich halten, dem Zeugen vorzulegen.

Art. 27. Dem Zeugen ist es bei seiner Aussage nicht gestattet, einen geschriebenen Entwurf zu verlesen. Doch kann er von dem Vorsitzenden ermächtigt werden, Aufzeichnungen oder Urkunden zu benutzen, wenn die Natur der zu bekundenden Tatsachen eine solche Benutzung erheischt.

Art. 28. Über die Aussage des Zeugen wird während der Sitzung ein Protokoll aufgenommen, das dem Zeugen vorgelesen wird. Der Zeuge darf dazu die ihm gut scheinenden Änderungen und Zusätze machen, die am Schlusse seiner Aussage vermerkt werden.

Nachdem dem Zeugen seine ganze Aussage vorgelesen ist, wird er zur Unterzeichnung aufgefordert.

Art. 28. Die Agenten sind befugt, im Laufe oder am Schlusse der Untersuchung der Kommission und der Gegenpartei solche Ausführungen, Anträge oder Sachdarstellungen schriftlich vorzulegen, die sie zur Ermittlung der Wahrheit für nützlich halten.

Art. 30. Les délibérations de la Commission ont lieu à huis clos et restent secrètes.

Toute décision est prise à la majorité des membres de la Commission.

Le refus d'un membre de prendre part au vote doit être constaté dans le procès-verbal.

Art. 31. Les séances de la Commission ne sont publiques et les procès-verbaux et documents de l'enquête ne sont rendus publics qu'en vertu d'une décision de la Commission, prise avec l'assentiment des Parties.

Art. 32. Les Parties ayant présenté tous les éclaircissements et preuves, tous les témoins ayant été entendus, le Président prononce la clôture de l'enquête et la Commission s'ajourne pour délibérer et rédiger son rapport.

Art. 33. Le rapport est signé par tous les membres de la Commission.

Si un des membres refuse de signer, mention en est faite; le rapport reste néanmoins valable.

Art. 34. Le rapport de la Commission est lu en séance publique, les agents et les conseils des Parties présents ou dûment appelés.

Un exemplaire du rapport est remis à chaque Partie.

Art. 35. Le rapport de la Commission, limité à la constatation des faits, n'a nullement le caractère d'une sentence arbitrale. Il laisse aux Parties une entière liberté pour la suite à donner à cette constatation.

Art. 36. Chaque Partie supporte ses propres frais et une part égale des frais de la Commission.

Art. 30. Die Beratung der Kommission erfolgt nicht öffentlich und bleibt geheim.

Jede Entscheidung ergeht nach der Mehrheit der Mitglieder der Kommission.

Die Weigerung eines Mitglieds, an der Abstimmung teilzunehmen, muss im Protokolle festgestellt werden.

Art. 31. Die Sitzungen der Kommission sind nur öffentlich und die Protokolle und Urkunden der Untersuchung werden nur veröffentlicht auf Grund eines mit Zustimmung der Parteien gefassten Kommissionsbeschlusses.

Art. 32. Nachdem die Parteien alle Aufklärungen und Beweise vorgetragen haben und nachdem alle Zeugen vernommen worden sind, spricht der Vorsitzende den Schluss der Untersuchung aus; die Kommission vertagt sich, um ihren Bericht zu beraten und abzufassen.

Art. 33. Der Bericht wird von allen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet.

Verweigert ein Mitglied seine Unterschrift, so wird dies vermerkt; der Bericht bleibt gleichwohl gültig.

Art. 34. Der Bericht der Kommission wird in öffentlicher Sitzung in Gegenwart oder nach gehöriger Ladung der Agenten und Rechtsbeistände der Parteien verlesen.

Jeder Partei wird eine Ausfertigung des Berichts zugestellt.

Art. 35. Der Bericht der Kommission, der sich auf die Feststellung der Tatsachen beschränkt, hat in keiner Weise die Bedeutung eines Schiedsspruchs. Er lässt den Parteien volle Freiheit in Ansehung der Folge, die dieser Feststellung zu geben ist.

Art. 36. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten selbst und die Kosten der Kommission zu gleichem Anteile.

Titre IV.

De l'arbitrage international.

Chapitre I.

De la Justice arbitrale.

Art. 37. L'arbitrage international a pour objet le règlement de litiges entre les États par des juges de leur choix et sur la base du respect du droit.

Le recours à l'arbitrage implique l'engagement de se soumettre de bonne foi à la sentence.

Art. 38. Dans les questions d'ordre juridique, et en premier lieu, dans les questions d'interprétation ou d'application des Conventions internationales, l'arbitrage est reconnu par les Puissances contractantes comme le moyen le plus efficace et en même temps le plus équitable de régler les litiges qui n'ont pas été résolus par les voies diplomatiques.

En conséquence, il serait désirable que, dans les litiges sur les questions susmentionnées, les Puissances contractantes eussent, le cas échéant, recours à l'arbitrage, en tant que les circonstances le permettraient.

Art. 39. La Convention d'arbitrage est conclue pour des contestations déjà nées ou pour des contestations éventuelles.

Elle peut concerner tout litige ou seulement les litiges d'une catégorie déterminée.

Art. 40. Indépendamment des Traités généraux ou particuliers qui stipulent actuellement l'obligation du recours à l'arbitrage pour les Puissances contractantes, ces Pui-

IV. Titel.

Internationale Schiedssprechung.

I. Kapitel.

Schiedswesen.

Art. 37. Die internationale Schiedssprechung hat zum Gegenstande die Erledigung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durch Richter ihrer Wahl auf Grund der Achtung vor dem Rechte.

Die Anrufung der Schiedssprechung schliesst die Verpflichtung in sich, sich nach Treu und Glauben dem Schiedsspruche zu unterwerfen.

Art. 38. In Rechtsfragen und in erster Linie in Fragen der Auslegung oder der Anwendung internationaler Vereinbarungen wird die Schiedssprechung von den Vertragsmächten als das wirksamste und zugleich der Billigkeit am meisten entsprechende Mittel anerkannt, um die Streitigkeiten zu erledigen, die nicht auf diplomatischem Wege haben beseitigt werden können.

Demzufolge wäre es wünschenswert, dass bei Streitigkeiten über die vorerwähnten Fragen die Vertragsmächte eintretenden Falles die Schiedssprechung anrufen, soweit es die Umstände gestatten.

Art. 39. Schiedsabkommen werden für bereits entstandene oder für etwa entstehende Streitverhältnisse abgeschlossen.

Sie können sich auf alle Streitigkeiten oder nur auf Streitigkeiten einer bestimmten Art beziehen.

Art. 40. Unabhängig von den allgemeinen und besonderen Verträgen, die schon jetzt den Vertragsmächten die Verpflichtung zur Anrufung der Schiedssprechung auf-

sances se réservent de conclure des accords nouveaux, généraux ou particuliers, en vue d'étendre l'arbitrage obligatoire à tous les cas qu'elles jugeront possible de lui soumettre.

Chapitre II.

De la Cour permanente d'arbitrage.

Art. 41. Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage pour les différends internationaux qui n'ont pu être réglés par la voie diplomatique, les Puissances contractantes s'engagent à maintenir, telle qu'elle a été établie par la Première Conférence de la Paix, la Cour permanente d'arbitrage, accessible en tout temps et fonctionnant, sauf stipulation contraire des Parties, conformément aux règles de procédure insérées dans la présente Convention.

Art. 42. La Cour permanente est compétente pour tous les cas d'arbitrage, à moins qu'il n'y ait entente entre les Parties pour l'établissement d'une juridiction spéciale.

Art. 43. La Cour permanente a son siège à La Haye.

Un Bureau international sert de greffe à la Cour; il est l'intermédiaire des communications relatives aux réunions de celle-ci; il a la garde des archives et la gestion de toutes les affaires administratives.

Les Puissances contractantes s'engagent à communiquer au Bureau, aussitôt que possible, une copie certifiée conforme de toute stipulation d'arbitrage intervenue entre elles et de toute sentence arbitrale les concernant et rendue par des juridictions spéciales.

erlegen, behalten diese Mächte sich vor, neue allgemeine oder besondere Übereinkommen abzuschließen, um die obligatorische Schiedssprechung auf alle Fälle auszudehnen, die ihr nach ihrer Ansicht unterworfen werden können.

II. Kapitel.

Ständiger Schiedshof.

Art. 41. Um die unmittelbare Anrufung der Schiedssprechung für die internationalen Streitfragen zu erleichtern, die nicht auf diplomatischem Wege haben erledigt werden können, machen sich die Vertragsmächte anheischig, den ständigen Schiedshof, der jederzeit zugänglich ist und, unbeschadet anderweitiger Abrede der Parteien, nach Massgabe der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen über das Verfahren tätig wird, in der ihm von der ersten Friedenskonferenz gegebenen Einrichtung zu erhalten.

Art. 42. Der ständige Schiedshof ist für alle Schiedsfälle zuständig, sofern nicht zwischen den Parteien über die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts Einverständnis besteht.

Art. 43. Der ständige Schiedshof hat seinen Sitz im Haag.

Ein internationales Bureau dient dem Schiedshofe als Kanzlei. Es vermittelt die auf den Zusammentritt des Schiedshofes sich beziehenden Mitteilungen; es hat das Archiv unter seiner Obhut und besorgt alle Verwaltungsgeschäfte.

Die Vertragsmächte machen sich anheischig, dem Bureau möglichst bald beglaubigte Abschrift einer jeden zwischen ihnen getroffenen Schiedsabrede sowie eines jeden Schiedspruchs mitzuteilen, der sie betrifft und durch besondere Schiedsgerichte erlassen ist.

Elles s'engagent à communiquer de même au Bureau les lois, règlements et documents constatant éventuellement l'exécution des sentences rendues par la Cour.

Art. 44. Chaque Puissance contractante désigne quatre personnes au plus, d'une compétence reconnue dans les questions de droit international, jouissant de la plus haute considération morale et disposées à accepter les fonctions d'arbitre.

Les personnes ainsi désignées sont inscrites, au titre de membres de la Cour, sur une liste qui sera notifiée à toutes les Puissances contractantes par les soins du Bureau.

Toute modification à la liste des arbitres est portée, par les soins du Bureau, à la connaissance des Puissances contractantes.

Deux ou plusieurs Puissances peuvent s'entendre pour la désignation en commun d'un ou de plusieurs membres.

La même personne peut être désignée par des Puissances différentes.

Les membres de la Cour sont nommés pour un terme de six ans. Leur mandat peut être renouvelé.

En cas de décès ou de retraite d'un membre de la Cour, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination, et pour une nouvelle période de six ans.

Art. 45. Lorsque les Puissances contractantes veulent s'adresser à la Cour permanente pour le règlement d'un différend survenu entre elles, le choix des arbitres appelés à former le Tribunal compétent pour statuer sur ce diffé-

Sie machen sich anheischig, dem Bureau ebenso die Gesetze, allgemeinen Anordnungen und Urkunden mitzuteilen, die gegebenen Falles die Vollziehung der von dem Schiedshof erlassenen Sprüche dartun.

Art. 44. Jede Vertragsmacht benennt höchstens vier Personen von anerkannter Sachkunde in Fragen des Völkerrechts, die sich der höchsten sittlichen Achtung erfreuen und bereit sind, ein Schiedsrichteramt zu übernehmen.

Die so benannten Personen sollen unter dem Titel von Mitgliedern des Schiedshofs in eine Liste eingetragen werden; diese soll allen Vertragsmächten durch das Bureau mitgeteilt werden.

Jede Änderung in der Liste der Schiedsrichter wird durch das Bureau zur Kenntnis der Vertragsmächte gebracht.

Zwei oder mehrere Mächte können sich über die gemeinschaftliche Benennung eines Mitgliedes oder mehrerer Mitglieder verständigen.

Dieselbe Person kann von verschiedenen Mächten benannt werden.

Die Mitglieder des Schiedshofs werden für einen Zeitraum von sechs Jahren ernannt. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

Im Falle des Todes oder des Ausscheidens eines Mitgliedes des Schiedshofs erfolgt sein Ersatz in der für seine Ernennung vorgesehenen Weise und für einen neuen Zeitraum von sechs Jahren.

Art. 45. Wollen die Vertragsmächte sich zur Erledigung einer unter ihnen entstandenen Streitfrage an den Schiedshof wenden, so muss die Auswahl der Schiedsrichter, welche berufen sind, das für die Entscheidung dieser Streitfrage

rend, doit être fait dans la liste générale des membres de la Cour.

A défaut de constitution du Tribunal arbitral par l'accord des Parties, il est procédé de la manière suivante :

Chaque Partie nomme deux arbitres, dont un seulement peut être son national ou choisi parmi ceux qui ont été désignés par elle comme membres de la Cour permanente. Ces arbitres choisissent ensemble un surarbitre.

En cas de partage des voix, le choix du surarbitre est confié à une Puissance tierce, désignée de commun accord par les Parties.

Si l'accord ne s'établit pas à ce sujet, chaque Partie désigne une Puissance différente et le choix du surarbitre est fait de concert par les Puissances ainsi désignées.

Si dans un délai de deux mois, ces deux Puissances n'ont pu tomber d'accord, chacune d'elles présente deux candidats pris sur la liste des membres de la Cour permanente, en dehors des membres désignés par les Parties et n'étant les nationaux d'aucune d'elles. Le sort détermine lequel des candidats ainsi présentés sera le surarbitre.

Art. 46. Dès que le Tribunal est composé, les Parties notifient au Bureau leur décision de s'adresser à la Cour, le texte de leur compromis, et les noms des arbitres.

Le Bureau communique sans délai à chaque arbitre le compris et les noms des autres membres du Tribunal.

Le Tribunal se réunit à la date fixée par les Parties. Le Bureau pourvoit à son installation.

zuständige Schiedsgericht zu bilden, aus der Gesamtliste der Mitglieder des Schiedshofs erfolgen.

In Ermangelung einer Bildung des Schiedsgerichts mittelst Verständigung der Parteien wird in folgender Weise verfahren:

Jede Partei ernennt zwei Schiedsrichter, von denen nur einer ihr Staatsangehöriger sein oder unter den von ihr benannten Mitgliedern des ständigen Schiedshofs ausgewählt werden darf. Diese Schiedsrichter wählen gemeinschaftlich einen Obmann.

Bei Stimmgleichheit wird die Wahl des Obmanns einer dritten Macht anvertraut, über deren Bezeichnung sich die Parteien einigen.

Kommt eine Einigung hierüber nicht zu stande, so bezeichnet jede Partei eine andere Macht, und die Wahl des Obmanns erfolgt durch die so bezeichneten Mächte in Übereinstimmung.

Können sich diese beiden Mächte binnen zwei Monaten nicht einigen, so schlägt jede von ihnen zwei Personen vor, die aus der Liste der Mitglieder des ständigen Schiedshofs, mit Ausnahme der von den Parteien benannten Mitglieder, genommen und nicht Staatsangehörige einer von ihnen sind. Das Los bestimmt, welche unter den so vorgeschlagenen Personen der Obmann sein soll.

Art. 46. Sobald das Schiedsgericht gebildet ist, teilen die Parteien dem Bureau ihren Entschluss, sich an den Schiedshof zu wenden, den Wortlaut ihres Schiedsvertrags und die Namen der Schiedsrichter mit.

Das Bureau gibt unverzüglich jedem Schiedsrichter den Schiedsvertrag und die Namen der übrigen Mitglieder des Schiedsgerichts bekannt.

Das Schiedsgericht tritt an dem von den Parteien festgesetzten Tage zusammen. Das Bureau sorgt für seine Unterbringung.

Les membres du Tribunal, dans l'exercice de leurs fonctions et en dehors de leur pays, jouissent des privilèges et immunités diplomatiques.

Art. 47. Le Bureau est autorisé à mettre ses locaux et son organisation à la disposition des Puissances contractantes pour le fonctionnement de toute juridiction spéciale d'arbitrage.

La juridiction de la Cour permanente peut être étendue, dans les conditions prescrites par les règlements, aux litiges existant entre des Puissances non contractantes ou entre des Puissances contractantes et des Puissances non contractantes, si les Parties sont convenues de recourir à cette juridiction.

Art. 48. Les Puissances contractantes considèrent comme un devoir, dans le cas où un conflit aigu menacerait d'éclater entre deux ou plusieurs d'entre elles, de rappeler à celles-ci que la Cour permanente leur est ouverte.

En conséquence, elles déclarent que le fait de rappeler aux Parties en conflit les dispositions de la présente Convention, et le conseil donné, dans l'intérêt supérieur de la paix, de s'adresser à la Cour permanente, ne peuvent être considérés que comme actes de bons offices.

En cas de conflit entre deux Puissances, l'une d'elles pourra toujours adresser au Bureau international une note contenant sa déclaration qu'elle serait disposée à soumettre le différend à un arbitrage.

Le Bureau devra porter aussitôt la déclaration à la connaissance de l'autre Puissance.

Art. 49. Le Conseil administratif permanent, composé des Représentants diplomatiques des Puissances contrac-

Die Mitglieder des Schiedsgerichts geniessen während der Ausübung ihres Amtes und ausserhalb ihres Heimatlandes die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen.

Art. 47. Das Bureau ist ermächtigt, sein Räumlichkeiten und seine Geschäftseinrichtung den Vertragsmächten für die Tätigkeit eines jeden besonderen Schiedsgerichts zur Verfügung zu stellen.

Die Schiedsgerichtsbarkeit des ständigen Schiedshofs kann unter den durch die Reglemente festgesetzten Bedingungen auf Streitigkeiten zwischen anderen Mächten als Vertragsmächten oder zwischen Vertragsmächten und anderen Mächten erstreckt werden, wenn die Parteien übereingekommen sind, diese Schiedsgerichtsbarkeit anzurufen.

Art. 48. Die Vertragsmächte betrachten es als Pflicht, in dem Falle, wo ein ernsthafter Streit zwischen zwei oder mehreren von ihnen auszubrechen droht, diese daran zu erinnern, dass ihnen der ständige Schiedshof offen steht.

Sie erklären demzufolge, dass das Erinnern der im Streite befindlichen Teile an die Bestimmungen dieses Abkommens und der im höheren Interesse des Friedens erteilte Rat, sich an den ständigen Schiedshof zu wenden, immer nur als Betätigung guter Dienste angesehen werden darf.

Im Falle eines Streites zwischen zwei Mächten kann stets eine jede von ihnen an das internationale Bureau eine Note richten, worin sie erklärt, dass sie bereit sei, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Das Bureau hat die Erklärung sogleich zur Kenntnis der andern Macht zu bringen.

Art. 49. Der ständige Verwaltungsrat, der aus den im Haag beglaubigten diplomatischen Vertretern der Ver-

tantes accrédités à La Haye et du Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas, qui remplit les fonctions de Président, a la direction et le contrôle du Bureau international.

Le Conseil arrête son règlement d'ordre ainsi que tous autres règlements nécessaires.

Il décide toutes les questions administratives qui pourraient surgir touchant le fonctionnement de la Cour.

Il a tout pouvoir quant à la nomination, la suspension ou la révocation des fonctionnaires et employés du Bureau.

Il fixe les traitements et salaires, et contrôle la dépense générale.

La présence de neuf membres dans les réunions dûment convoquées suffit pour permettre au Conseil de délibérer valablement. Les décisions sont prises à la majorité des voix.

Le Conseil communique sans délai aux Puissances contractantes les règlements adoptés par lui. Il leur présente chaque année un rapport sur les travaux de la Cour, sur le fonctionnement des services administratifs et sur les dépenses. Le rapport contient également un résumé du contenu essentiel des documents communiqués au Bureau par les Puissances en vertu de l'article 43 alinéas 3 et 4.

Art. 50. Les frais du Bureau seront supportés par les Puissances contractantes dans la proportion établie pour le Bureau international de l'Union postale universelle.

Les frais à la charge des Puissances adhérentes seront comptés à partir du jour où leur adhésion produit ses effets.

tragsmächte und dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten als Vorsitzendem besteht, hat das Internationale Bureau unter seiner Leitung und Aufsicht.

Der Verwaltungsrat erlässt seine Geschäftsordnung sowie alle sonst notwendigen allgemeinen Anordnungen.

Er entscheidet alle Verwaltungsfragen, die sich etwa in Beziehung auf den Geschäftsgang des Schiedshofs erheben.

Er hat volle Befugnis, die Beamten und Angestellten des Bureaus zu ernennen, ihres Dienstes vorläufig zu entheben oder zu entlassen.

Er setzt die Gehälter und Löhne fest und beaufsichtigt das Kassenwesen.

Die Anwesenheit von neun Mitgliedern in den ordnungsmässig berufenen Versammlungen genügt zur gültigen Beratung des Verwaltungsrats. Die Beschlussfassung erfolgt nach Stimmenmehrheit.

Der Verwaltungsrat teilt die von ihm genehmigten allgemeinen Anordnungen unverzüglich den Vertragsmächten mit. Er legt ihnen jährlich einen Bericht vor über die Arbeiten des Schiedshofs, über den Gang der Verwaltungsgeschäfte und über die Ausgaben. Der Bericht enthält ferner eine Zusammenstellung des wesentlichen Inhalts der dem Bureau von den Mächten auf Grund des Art. 43, Abs. 3 und 4 mitgeteilten Urkunden.

Art. 50. Die Kosten des Bureaus werden von den Vertragsmächten nach dem für das internationale Bureau des Weltpostvereins festgestellten Verteilungsmaassstabe getragen.

Die Kosten, die den beitretenden Mächten zur Last fallen, werden von dem Tage an berechnet, wo ihr Beitritt wirksam wird.

Chapitre III.

De la procédure arbitrale.

Art. 51. En vue de favoriser le développement de l'arbitrage, les Puissances contractantes ont arrêté les règles suivantes qui sont applicables à la procédure arbitrale, en tant que les Parties ne sont pas convenues d'autres règles.

Art. 52. Les Puissances qui recourent à l'arbitrage signent un compromis dans lequel sont déterminés l'objet du litige, le délai de nomination des arbitres, la forme, l'ordre et les délais dans lesquels la communication visée par l'article 63 devra être faite, et le montant de la somme que chaque Partie aura à déposer à titre d'avance pour les frais.

Le compromis détermine également, s'il y a lieu, le mode de nomination des arbitres, tous pouvoirs spéciaux éventuels du Tribunal, son siège, la langue dont il fera usage et celles dont l'emploi sera autorisé devant lui, et généralement toutes les conditions dont les Parties sont convenues.

Art. 53. La Cour permanente est compétente pour l'établissement du compromis, si les Parties sont d'accord pour s'en remettre à elle.

Elle est également compétente, même si la demande est faite seulement par l'une des Parties, après qu'un accord par la voie diplomatique a été vainement essayé, quand il s'agit :

1° d'un différend rentrant dans un Traité d'arbitrage général conclu ou renouvelé après la mise en vigueur de cette Convention et qui prévoit pour chaque différend un compromis et n'exclut pour l'établissement de ce dernier ni explicitement ni implicitement la compétence de la Cour. Toutefois, le recours à la Cour n'a pas lieu si l'autre Partie

III. Kapitel.

Schiedsverfahren.

Art. 51. Um die Entwicklung der Schiedssprechung zu fördern, haben die Vertragsmächte folgende Bestimmungen festgestellt, die auf das Schiedsverfahren Anwendung finden sollen, soweit nicht die Parteien über andere Bestimmungen übereingekommen sind.

Art. 52. Die Mächte, welche die Schiedssprechung anrufen, unterzeichnen einen Schiedsvertrag, worin der Streitgegenstand, die Frist für die Ernennung der Schiedsrichter, die Form, die Reihenfolge und die Fristen für die im Art. 63 vorgesehenen Mitteilungen sowie die Höhe des von jeder Partei als Kostenvorschuss zu hinterlegenden Betrags bestimmt werden.

Der Schiedsvertrag bestimmt gegebenen Falles ferner die Art der Ernennung der Schiedsrichter, alle etwaigen besonderen Befugnisse des Schiedsgerichts, dessen Sitz, die Sprache, deren es sich bedienen wird, und die Sprachen, deren Gebrauch vor ihm gestattet sein soll, sowie überhaupt alle Punkte, worüber die Parteien sich geeinigt haben.

Art. 53. Der ständige Schiedshof ist für die Feststellung des Schiedsvertrags zuständig, wenn die Parteien darin einig sind, sie ihm zu überlassen.

Er ist ferner auf Antrag auch nur einer der Parteien zuständig, wenn zuvor eine Verständigung auf diplomatischem Wege vergeblich versucht worden ist und es sich handelt:

1. um einen Streitfall, der unter ein nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossenes oder erneuertes allgemeines Schiedsabkommen fällt, sofern letzteres für jeden einzelnen Streitfall einen Schiedsvertrag vorsieht und dessen Feststellung der Zuständigkeit des Schiedshofs weder ausdrücklich noch stillschweigend entzieht. Doch ist, wenn

déclare qu'à son avis le différend n'appartient pas à la catégorie des différends à soumettre à un arbitrage obligatoire, à moins que le Traité d'arbitrage ne confère au Tribunal arbitral le pouvoir de décider cette question préalable;

2° d'un différend provenant de dettes contractuelles réclamées à une Puissance par une autre Puissance comme dues à ses nationaux, et pour la solution duquel l'offre d'arbitrage a été acceptée. Cette disposition n'est pas applicable, si l'acceptation a été subordonnée à la condition que le compromis soit établi selon un autre mode.

Art. 54. Dans les cas prévus par l'article précédent, le compromis sera établi par une commission composée de cinq membres désignés de la manière prévue à l'art. 45 alinéas 3 à 6.

Le cinquième membre est de droit Président de la commission.

Art. 55. Les fonctions arbitrales peuvent être conférées à un arbitre unique ou à plusieurs arbitres désignés par les Parties à leur gré, ou choisis par elles parmi les membres de la Cour permanente d'arbitrage établie par la présente Convention.

A défaut de constitution du Tribunal par l'accord des Parties, il est procédé de la manière indiquée à l'art. 45 alinéas 3 à 6.

Art. 56. Lorsqu'un Souverain ou un Chef d'État est choisi pour arbitre, la procédure arbitrale est réglée par Lui.

die Gegenpartei erklärt, dass nach ihrer Auffassung der Streitfall nicht zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Streitfällen gehört, die Anrufung des Schiedshofs nicht zulässig, es sei denn, dass das Schiedsabkommen dem Schiedsgerichte die Befugnis zur Entscheidung dieser Vorfrage überträgt;

2. um einen Streitfall, der aus den bei einer Macht von einer anderen Macht für deren Angehörige eingeforderten Vertragsschulden herrührt und für dessen Beilegung das Anerbieten schiedsgerichtlicher Erledigung angenommen worden ist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Annahme unter der Bedingung erfolgt ist, dass der Schiedsvertrag auf einem anderen Wege festgestellt werden soll *).

Art. 54. In den Fällen des vorstehenden Artikels erfolgt die Feststellung des Schiedsvertrags durch eine Kommission von fünf Mitgliedern, welche auf die im Art. 45 Abs. 3 bis 6 angegebene Weise bestimmt werden.

Das fünfte Mitglied ist von Rechts wegen Vorsitzender der Kommission.

Art. 55. Das Schiedsrichteramt kann einem einzigen Schiedsrichter oder mehreren Schiedsrichtern übertragen werden, die von den Parteien nach ihrem Belieben ernannt oder von ihnen unter den Mitgliedern des durch dieses Abkommen festgesetzten ständigen Schiedshofs gewählt werden.

In Ermangelung einer Bildung des Schiedsgerichts durch Verständigung der Parteien wird in der im Art. 45 Abs. 3 bis 6 angegebenen Weise verfahren.

Art. 56 Wird ein Souverän oder ein sonstiges Staatsoberhaupt zum Schiedsrichter gewählt, so wird das Schiedsverfahren von ihm geregelt.

*) Diese Bestimmung hat die Schweiz abgelehnt.

Art. 57. Le surarbitre est de droit Président du Tribunal.

Lorsque le Tribunal ne comprend pas de surarbitre, il nomme lui-même son Président.

Art. 58. En cas d'établissement du compromis par une commission, telle qu'elle est visée à l'art. 54, et sauf stipulation contraire, la commission elle-même formera le Tribunal d'arbitrage.

Art. 59. En cas de décès, de démission ou d'empêchement, pour quelque cause que ce soit, de l'un des arbitres, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination.

Art. 60. A défaut de désignation par les Parties, le Tribunal siège à La Haye.

Le Tribunal ne peut siéger sur le territoire d'une tierce Puissance qu'avec l'assentiment de celle-ci.

Le siège une fois fixé ne peut être changé par le Tribunal qu'avec l'assentiment des Parties.

Art. 61. Si le compromis n'a pas déterminé les langues à employer, il en est décidé par le Tribunal.

Art. 62. Les Parties ont le droit de nommer auprès du Tribunal des agents spéciaux, avec la mission de servir d'intermédiaires entre elles et le Tribunal.

Elles sont en outre autorisées à charger de la défense de leurs droits et intérêts devant le Tribunal, des conseils ou avocats nommés par elles à cet effet.

Art. 57. Der Obmann ist von Rechts wegen Vorsitzender des Schiedsgerichts.

Gehört dem Schiedsgerichte kein Obmann an, so ernannt es selbst seinen Vorsitzenden.

Art. 58. Im Falle der Feststellung des Schiedsvertrags durch eine Kommission, so wie sie im Art. 54 vorgesehen ist, soll, unbeschadet anderweitiger Abrede, die Kommission selbst das Schiedsgericht sein.

Art. 59. Im Falle des Todes, des Rücktritts oder der aus irgend einem Grunde stattfindenden Verhinderung eines der Schiedsrichter erfolgt sein Ersatz in der für seine Ernennung vorgesehenen Weise.

Art. 60. In Ermangelung einer Bestimmung durch die Parteien hat das Schiedsgericht seinen Sitz im Haag.

Das Schiedsgericht kann seinen Sitz auf dem Gebiet einer dritten Macht nur mit deren Zustimmung haben.

Der einmal bestimmte Sitz kann von dem Schiedsgerichte nur mit Zustimmung der Parteien verlegt werden.

Art. 61. Hat der Schiedsvertrag die zu gebrauchenden Sprachen nicht bestimmt, so wird darüber durch das Schiedsgericht entschieden.

Art. 62. Die Parteien haben das Recht, bei dem Schiedsgerichte besondere Agenten zu bestellen mit der Aufgabe, zwischen ihnen und dem Schiedsgericht als Mittelspersonen zu dienen.

Sie sind ausserdem berechtigt, mit der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen vor dem Schiedsgerichte Rechtsbeistände oder Anwälte zu betrauen, die zu diesem Zwecke von ihnen bestellt werden.

Les membres de la Cour permanente ne peuvent exercer les fonctions d'agents, conseils ou avocats, qu'en faveur de la Puissance qui les a nommés membres de la Cour.

Art. 63. La procédure arbitrale comprend en règle générale deux phases distinctes: l'instruction écrite et les débats.

L'instruction écrite consiste dans la communication faite par les agents respectifs, aux membres du Tribunal et à la Partie adverse, des mémoires, des contre-mémoires et, au besoin, des répliques; les Parties y joignent toutes pièces et documents invoqués dans la cause. Cette communication aura lieu, directement ou par l'intermédiaire du Bureau international, dans l'ordre et dans les délais déterminés par le compromis.

Les délais fixés par le compromis pourront être prolongés de commun accord par les Parties, ou par le Tribunal quand il le juge nécessaire pour arriver à une décision juste.

Les débats consistent dans le développement oral des moyens des Parties devant le Tribunal.

Art. 64. Toute pièce produite par l'une des Parties doit être communiquée, en copie certifiée conforme, à l'autre Partie.

Art. 65. A moins de circonstances spéciales, le Tribunal ne se réunit qu'après la clôture de l'instruction.

Art. 66. Les débats sont dirigés par le Président.

Die Mitglieder des ständigen Schiedshofs dürfen als Agenten, Rechtsbeistände oder Anwälte nur zu gunsten der Macht tätig sein, die sie zu Mitgliedern des Schiedshofs ernannt hat.

Art. 63. Das Schiedsverfahren zerfällt regelmässig in zwei gesonderte Abschnitte: das schriftliche Vorverfahren und die Verhandlung.

Das schriftliche Vorverfahren besteht in der von den betreffenden Agenten an die Mitglieder des Schiedsgerichts und an die Gegenpartei zu machenden Mitteilung der Schriftsätze, der Gegenschriftsätze und der etwa weiter erforderlichen Rückäusserungen; die Parteien fügen alle in der Sache angerufenen Aktenstücke und Urkunden bei. Diese Mitteilungen erfolgen unmittelbar oder durch Vermittlung des internationalen Bureaus in der Reihenfolge und in den Fristen, wie sie durch den Schiedsvertrag bestimmt sind.

Die im Schiedsvertrage festgesetzten Fristen können verlängert werden durch Übereinkommen der Parteien oder durch das Schiedsgericht, wenn dieses es für notwendig erachtet, um zu einer gerechten Entscheidung zu gelangen.

Die Verhandlung besteht in dem mündlichen Vortrage der Rechtsbehelfe der Parteien vor dem Schiedsgerichte.

Art. 64. Jedes von einer Partei vorgelegte Schriftstück muss der anderen Partei in beglaubigter Abschrift mitgeteilt werden.

Art. 65. Abgesehen von besonderen Umständen tritt das Schiedsgericht erst nach dem Schlusse des Vorverfahrens zusammen.

Art. 66. Die Verhandlung wird vom Vorsitzenden geleitet.

Ils ne sont publics qu'en vertu d'une décision du Tribunal, prise avec l'assentiment des Parties.

Ils sont consignés dans des procès-verbaux rédigés par des secrétaires que nomme le Président. Ces procès-verbaux sont signés par le Président et par un des secrétaires; ils ont seuls caractère authentique.

Art. 67. L'instruction étant close, le Tribunal a le droit d'écartier du débat tous actes ou documents nouveaux qu'une des Parties voudrait lui soumettre sans le consentement de l'autre.

Art. 68. Le Tribunal demeure libre de prendre en considération les actes ou documents nouveaux sur lesquels les agents ou conseils des Parties appelleraient son attention.

En ce cas, le Tribunal a le droit de requérir la production de ces actes ou documents, sauf l'obligation d'en donner connaissance à la Partie adverse.

Art. 69. Le Tribunal peut, en outre, requérir des agents des Parties la production de tous actes et demander toutes explications nécessaires. En cas de refus, le Tribunal en prend acte.

Art. 70. Les agents et les conseils des Parties sont autorisés à présenter oralement au Tribunal tous les moyens qu'ils jugent utiles à la défense de leur cause.

Art. 71. Ils ont le droit de soulever des exceptions et des incidents. Les décisions du Tribunal sur ces points sont définitives et ne peuvent donner lieu à aucune discussion ultérieure.

Sie erfolgt öffentlich nur, wenn ein Beschluss des Schiedsgerichts mit Zustimmung der Parteien dahin ergeht.

Über die Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen von Sekretären, die der Vorsitzende ernennt. Dieses Protokoll wird vom Vorsitzenden und einem der Sekretäre unterzeichnet; es hat allein öffentliche Beweiskraft.

Art. 67. Nach dem Schlusse des Vorverfahrens ist das Schiedsgericht befugt, alle neuen Aktenstücke oder Urkunden von der Verhandlung auszuschliessen, die ihm etwa eine Partei ohne Einwilligung der andern vorlegen will.

Art. 68. Dem Schiedsgerichte steht es jedoch frei, neue Aktenstücke oder Urkunden, auf welche etwa die Agenten oder Rechtsbeistände der Parteien seine Aufmerksamkeit lenken, in Betracht zu ziehen.

In diesem Falle ist das Schiedsgericht befugt, die Vorlegung dieser Aktenstücke oder Urkunden zu verlangen, unbeschadet der Verpflichtung, der Gegenpartei davon Kenntnis zu geben.

Art. 69. Das Schiedsgericht kann ausserdem von den Agenten der Parteien die Vorlegung aller nötigen Aktenstücke und alle nötigen Aufklärungen verlangen. Im Falle der Verweigerung nimmt das Schiedsgericht von ihr Vermerk.

Art. 70. Die Agenten und die Rechtsbeistände der Parteien sind befugt, beim Schiedsgerichte mündlich alle Rechtsbehelfe vorzubringen, die sie zur Verteidigung ihrer Sache für nützlich halten.

Art. 71. Sie haben das Recht, Einreden sowie einen Zwischenstreit zu erheben. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts über diese Punkte sind endgültig und können zu weiteren Erörterungen nicht Anlass geben.

Art. 72. Les membres du Tribunal ont le droit de poser des questions aux agents et aux conseils des Parties et de leur demander des éclaircissements sur les points douteux.

Ni les questions posées, ni les observations faites par les membres du Tribunal pendant le cours des débats ne peuvent être regardées comme l'expression des opinions du Tribunal en général ou de ses membres en particulier.

Art. 73. Le Tribunal est autorisé à déterminer sa compétence en interprétant le compromis ainsi que les autres actes et documents qui peuvent être invoqués dans la matière, et en appliquant les principes du droit.

Art. 74. Le Tribunal a le droit de rendre des ordonnances de procédure pour la direction du procès, de déterminer les formes, l'ordre et les délais dans lesquels chaque Partie devra prendre ses conclusions finales, et de procéder à toutes les formalités que comporte l'administration des preuves.

Art. 75. Les Parties s'engagent à fournir au Tribunal, dans la plus large mesure qu'elles jugeront possible, tous les moyens nécessaires pour la décision du litige.

Art. 76. Pour toutes les notifications que le Tribunal aurait à faire sur le territoire d'une tierce Puissance contractante, le Tribunal s'adressera directement au Gouvernement de cette Puissance. Il en sera de même s'il s'agit de faire procéder sur place à l'établissement de tous moyens de preuve.

Les requêtes adressées à cet effet seront exécutées suivant les moyens dont la Puissance requise dispose d'après

Art. 72. Die Mitglieder des Schiedsgerichts sind befugt, an die Agenten und die Rechtsbeistände der Parteien Fragen zu richten und von ihnen Aufklärungen über zweifelhafte Punkte zu verlangen.

Weder die gestellten Fragen noch die von Mitgliedern des Schiedsgerichts im Laufe der Verhandlung gemachten Bemerkungen dürfen als Ausdruck der Meinung des ganzen Schiedsgerichts oder seiner einzelnen Mitglieder angesehen werden.

Art. 73. Das Schiedsgericht ist befugt, seine Zuständigkeit zu bestimmen, indem es den Schiedsvertrag sowie die sonstigen Aktenstücke und Urkunden, die für den Gegenstand angeführt werden können, auslegt und die Grundsätze des Rechtes anwendet.

Art. 74. Dem Schiedsgerichte steht es zu, auf das Verfahren sich beziehende Anordnungen zur Leitung der Streitsache zu erlassen, die Formen, die Reihenfolge und die Fristen zu bestimmen, in denen jede Partei ihre Schlussanträge zu stellen hat, und zu allen Förmlichkeiten zu schreiten, welche die Beweisaufnahme mit sich bringt.

Art. 75. Die Parteien verpflichten sich, dem Schiedsgericht in dem weitesten Umfange, den sie für möglich halten, alle für die Entscheidung der Streitigkeit notwendigen Mittel zu gewähren.

Art. 76. Das Schiedsgericht wird sich zur Bewirkung aller Zustellungen, die es im Gebiet einer dritten Vertragsmacht vorzunehmen hat, unmittelbar an die Regierung dieser Macht wenden. Das gleiche gilt, wenn es sich um Beweisaufnahmen an Ort und Stelle handelt.

Die zu diesem Zwecke erlassenen Ersuchen sind nach Massgabe derjenigen Mittel zu erledigen, über welche die

sa législation intérieure. Elles ne peuvent être refusées que si cette Puissance les juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité.

Le Tribunal aura aussi toujours la faculté de recourir à l'intermédiaire de la Puissance sur le territoire de laquelle il a son siège.

Art. 77. Les agents et les conseils des Parties ayant présenté tous les éclaircissements et preuves à l'appui de leur cause, le Président prononce la clôture des débats.

Art. 78. Les délibérations du Tribunal ont lieu à huis clos et restent secrètes.

Toute décision est prise à la majorité de ses membres.

Art. 79. La sentence arbitrale est motivée. Elle mentionne les noms des arbitres; elle est signée par le Président et par le greffier ou le secrétaire faisant fonctions de greffier.

Art. 80. La sentence est lue en séance publique, les agents et les conseils des Parties présents ou dûment appelés.

Art. 81. La sentence, dûment prononcée et notifiée aux agents des Parties, décide définitivement et sans appel la contestation.

Art. 82. Tout différend qui pourrait surgir entre les Parties, concernant l'interprétation et l'exécution de la sentence, sera, sauf stipulation contraire, soumis au jugement du Tribunal qui l'a rendue.

ersuchte Macht nach ihrer inneren Gesetzgebung verfügt. Sie können nur abgelehnt werden, wenn diese Macht sie für geeignet hält, ihre Hoheitsrechte oder ihre Sicherheit zu gefährden.

Auch steht dem Schiedsgerichte stets frei, die Vermittlung der Macht in Anspruch zu nehmen, in deren Gebiet es seinen Sitz hat.

Art. 77. Nachdem die Agenten und die Rechtsbeistände der Parteien alle Aufklärungen und Beweise zu gunsten ihrer Sache vorgetragen haben, spricht der Vorsitzende den Schluss der Verhandlung aus.

Art. 78. Die Beratung des Schiedsgerichts erfolgt nicht öffentlich und bleibt geheim.

Jede Entscheidung ergeht nach der Mehrheit der Mitglieder des Schiedsgerichts.

Art. 79. Der Schiedsspruch ist mit Gründen zu versehen. Er enthält die Namen der Schiedsrichter und wird vom Vorsitzenden und dem Bureauvorstand oder dem dessen Tätigkeit wahrnehmenden Sekretär unterzeichnet.

Art. 80. Der Schiedsspruch wird in öffentlicher Sitzung des Schiedsgerichts in Gegenwart oder nach gehöriger Ladung der Agenten und Rechtsbeistände der Parteien verlesen.

Art. 81. Der gehörig verkündete und den Agenten der Parteien zugestellte Schiedsspruch entscheidet das Streitverhältnis endgültig und mit Ausschliessung der Berufung.

Art. 82. Alle Streitfragen, die etwa zwischen den Parteien wegen der Auslegung und der Ausführung des Schiedsspruchs entstehen, unterliegen, unbeschadet anderweitiger Abrede, der Beurteilung des Schiedsgerichts, das den Spruch erlassen hat.

Art. 83. Les Parties peuvent se réserver dans le compromis de demander la révision de la sentence arbitrale.

Dans ce cas, et sauf stipulation contraire, la demande doit être adressée au Tribunal qui a rendu la sentence. Elle ne peut être motivée que par la découverte d'un fait nouveau qui eût été de nature à exercer une influence décisive sur la sentence et qui, lors de la clôture des débats, était inconnu du Tribunal lui-même et de la Partie qui a demandé la révision.

La procédure de révision ne peut être ouverte que par une décision du Tribunal constatant expressément l'existence du fait nouveau, lui reconnaissant les caractères prévus par le paragraphe précédent et déclarant à ce titre la demande recevable.

Le compromis détermine le délai dans lequel la demande de révision doit être formée.

Art. 84. La sentence arbitrale n'est obligatoire que pour les Parties en litige.

Lorsqu'il s'agit de l'interprétation d'une convention à laquelle ont participé d'autres Puissances que les Parties en litige, celles-ci avertissent en temps utile toutes les Puissances signataires. Chacune de ces Puissances a le droit d'intervenir au procès. Si une ou plusieurs d'entre elles ont profité de cette faculté, l'interprétation contenue dans la sentence est également obligatoire à leur égard.

Art. 85. Chaque Partie supporte ses propres frais et une part égale des frais du Tribunal.

Art. 83. Die Parteien können sich im Schiedsvertrage vorbehalten, die Nachprüfung (Revision) des Schiedsspruchs zu beantragen.

Der Antrag muss in diesem Falle, unbeschadet anderweitiger Abrede, bei dem Schiedsgericht angebracht werden, das den Spruch erlassen hat. Er kann nur auf die Ermittlung einer neuen Tatsache gegründet werden, die einen entscheidenden Einfluss auf den Spruch auszuüben geeignet gewesen wäre und bei Schluss der Verhandlung dem Schiedsgerichte selbst und der Partei, welche die Nachprüfung beantragt hat, unbekannt war.

Das Nachprüfungsverfahren kann nur eröffnet werden durch einen Beschluss des Schiedsgerichts, der das Vorhandensein der neuen Tatsache ausdrücklich feststellt, ihr die im vorstehenden Absatze bezeichneten Merkmale zuerkennt und den Antrag insoweit für zulässig erklärt.

Der Schiedsvertrag bestimmt die Frist, innerhalb deren der Nachprüfungsantrag gestellt werden muss.

Art. 84. Der Schiedsspruch bindet nur die streitenden Parteien.

Wenn es sich um die Auslegung eines Abkommens handelt, an dem sich noch andere Mächte beteiligt haben als die streitenden Teile, so benachrichtigen diese rechtzeitig alle Signatarmächte. Jede dieser Mächte hat das Recht, sich an der Streitsache zu beteiligen. Wenn eine oder mehrere von ihnen von dieser Berechtigung Gebrauch gemacht haben, so ist die in dem Schiedsspruch enthaltene Auslegung auch in für sie bindend.

Art. 85. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten selbst und die Kosten des Schiedsgerichts zu gleichem Teile.

Chapitre IV.

De la procédure sommaire d'arbitrage.

Art. 86. En vue de faciliter le fonctionnement de la justice arbitrale, lorsqu'il s'agit de litiges de nature à comporter une procédure sommaire, les Puissances contractantes arrêtent les règles ci-après qui seront suivies en l'absence de stipulations différentes, et sous réserve, le cas échéant, de l'application des dispositions du chapitre III qui ne seraient pas contraies.

Art. 87. Chacune des Parties en litige nomme un arbitre. Les deux arbitres ainsi désignés choisissent un surarbitre. S'ils ne tombent pas d'accord à ce sujet, chacun présente deux candidats pris sur la liste générale des membres de la Cour permanente, en dehors des membres indiqués par chacune des Parties elles-mêmes et n'étant les nationaux d'aucune d'elles; le sort détermine lequel des candidats ainsi présentés sera le surarbitre.

Le surarbitre préside le Tribunal, qui rend ses décisions à la majorité des voix.

Art. 88. A défaut d'accord préalable, le Tribunal fixe, dès qu'il est constitué, le délai dans lequel les deux Parties devront lui soumettre leurs mémoires respectifs.

Art. 89. Chaque Partie est représentée devant le Tribunal par un agent qui sert d'intermédiaire entre le Tribunal et le Gouvernement qui l'a désigné.

Art. 90. La procédure a lieu exclusivement par écrit. Toutefois, chaque Partie a le droit de demander la com-

IV. Kapitel.

Abgekürztes Schiedsverfahren.

Art. 86. Um die schiedsrichterliche Erledigung von Streitigkeiten zu erleichtern, die ihrer Natur nach ein abgekürztes Verfahren gestatten, stellen die Vertragsmächte die nachstehenden Regeln auf, die befolgt werden sollen, soweit nicht abweichende Abmachungen bestehen, und unter dem Vorbehalte, dass geeigneten Falles die nicht widersprechenden Bestimmungen des dritten Kapitels zur Anwendung kommen.

Art. 87. Jede der streitenden Parteien ernennt einen Schiedsrichter. Die beiden so bestellten Schiedsrichter wählen einen Obmann. Wenn sie sich hierüber nicht einigen, so schlägt jeder zwei Personen vor, die aus der allgemeinen Liste der Mitglieder des ständigen Schiedshofs, mit Ausnahme der von den Parteien selbst benannten Mitglieder, genommen und nicht Staatsangehörige einer von ihnen sind; das Los bestimmt, welche unter den so vorgeschlagenen Personen der Obmann sein soll.

Der Obmann sitzt dem Schiedsgerichte vor, das seine Entscheidungen nach Stimmenmehrheit fällt.

Art. 88. In Ermangelung einer vorherigen Vereinbarung bestimmt das Schiedsgericht, sobald es gebildet ist, die Frist, binnen deren ihm die beiden Parteien ihre Schriftsätze einreichen müssen.

Art. 89. Jede Partei wird vor dem Schiedsgerichte durch einen Agenten vertreten; dieser dient als Mittelsperson zwischen dem Schiedsgericht und der Regierung, die ihn bestellt hat

Art. 90. Das Verfahren ist ausschliesslich schriftlich. Doch hat jede Partei das Recht, das Erscheinen von Zeugen

parution de témoins et d'experts. Le Tribunal a, de son côté, la faculté de demander des explications orales aux agents des deux Parties, ainsi qu'aux experts et aux témoins dont il juge la comparution utile.

Titre V.

Dispositions finales.

Art. 91. La présente Convention dûment ratifiée remplacera, dans les rapports entre les Puissances contractantes, la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux du 29 juillet 1899.

Art. 92. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent,

und Sachverständigen zu verlangen. Das Schiedsgericht ist seinerseits befugt, von den Agenten der beiden Parteien sowie von den Sachverständigen und Zeugen, deren Erscheinen es für nützlich hält, mündliche Aufklärungen zu verlangen.

V. Titel.

Schlussbestimmungen.

Art. 91. Dieses Abkommen tritt nach seiner Ratifikation für die Beziehungen zwischen den Vertragsmächten an die Stelle des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 29. Juli 1899.

Art. 92. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den andern Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete

ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 93. Les Puissances non signataires qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix pourront adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 94. Les conditions auxquelles les Puissances qui n'ont pas été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, pourront adhérer à la présente Convention, formeront l'objet d'une entente ultérieure entre les Puissances contractantes.

Art. 95. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 96. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée

Regierung ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 93. Die Mächte, die zur zweiten Friedenskonferenz eingeladen worden sind, dieses Abkommen aber nicht gezeichnet haben, können ihm später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 94. Die Bedingungen, unter denen die zur zweiten Friedenskonferenz nicht eingeladenen Mächte diesem Abkommen beitreten können, sollen den Gegenstand einer späteren Verständigung zwischen den Vertragsmächten bilden.

Art. 95. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 96. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen

conforme de la notification à tout les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 97. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Étrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 92, alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 93 alinéa 2) ou de dénonciation (article 96, alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances contractantes.

(Signatures.)

Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 97. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Artikel 92, Abs. 3 und 4, erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben sowie den Tag, an dem die Anzeigen vor dem Beitritt (Artikel 93 Abs. 2) oder von der Kündigung (Artikel 96 Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den Vertragsmächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Originaltext.

Convention

concernant

**la limitation de l'emploi de la force pour le
recouvrement de dettes contractuelles *).**

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Désireux d'éviter entre les nations des conflits armés d'une origine pécuniaire, provenant de dettes contractuelles, réclamées au Gouvernement d'un pays par le Gouvernement d'un autre pays comme dues à ses nationaux,

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Art. 1. Les Puissances contractantes sont convenues de ne pas avoir recours à la force armée pour le recouvre-

*) Cette convention n'a pas été signée par la Suisse.

Anlage 3.

Übersetzung.

Abkommen

betreffend

**die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei
der Eintreibung von Vertragsschulden *).**

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

von dem Wunsche erfüllt, bewaffnete Streitigkeiten pekuniären Ursprungs, die aus einer bei der Regierung eines Landes von der Regierung eines anderen Landes für deren Angehörige eingeforderten Vertragsschuld herrühren, unter den Völkern zu verhüten,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die Vertragsmächte sind übereingekommen, bei der Eintreibung von Vertragsschulden, die bei der

*) Dieses Abkommen ist von der Schweiz nicht unterzeichnet worden.

ment de dettes contractuelles réclamées au Gouvernement d'un pays par le Gouvernement d'un autre pays comme dues à ses nationaux.

Toutefois, cette stipulation ne pourra être appliquée quand l'État débiteur refuse ou laisse sans réponse une offre d'arbitrage, ou, en cas d'acceptation, rend impossible l'établissement du compromis, ou, après l'arbitrage, manque de se conformer à la sentence rendue.

Art. 2. Il est de plus convenu que l'arbitrage, mentionné dans l'alinéa 2 de l'article précédent, sera soumis à la procédure prévue par le titre IV chapitre 3 de la Convention de La Haye pour le règlement pacifique des conflits internationaux. Le jugement arbitral détermine, sauf les arrangements particuliers des Parties, le bienfondé de la réclamation, le montant de la dette, le temps et le mode de paiement.

Art. 3. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées

Regierung eines Landes von der Regierung eines anderen Landes für deren Angehörige eingefordert werden, nicht zur Waffengewalt zu schreiten.

Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn der Schuldnerstaat ein Anerbieten schiedsgerichtlicher Erledigung ablehnt oder unbeantwortet lässt oder im Falle der Annahme den Abschluss des Schiedsvertrags vereitelt oder nach dem Schiedsverfahren dem Schiedsspruche nicht nachkommt.

Art. 2. Man ist ferner übereingekommen, dass die in Abs. 2 des vorstehenden Artikels erwähnte Schiedssprechung dem im Titel IV Kapitel 3 des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vorgesehenen Verfahren unterworfen sein soll. In Ermangelung besonderer Abreden der Parteien entscheidet der Schiedsspruch über den Grund des Anspruchs, über die Höhe der Schuld sowie über die Zeit und die Art der Zahlung.

Art. 3. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächten und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehen-

à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 4. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 5. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 6. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée

den Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 4. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 5. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 6. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommens kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen

conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 7. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Étrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 3 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 4, alinéa 2) ou de dénonciation (article 6, alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies certifiées conformes seront remises par la voie diplomatique aux Puissances contractantes.

(Signatures.)

anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekannt gibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 7. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 3, Abs. 3 und 4, erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 4 Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 6 Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den Vertragsmächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 4.

Originaltext.

Convention

relative

à l'ouverture des hostilités.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Considérant que, pour la sécurité des relations pacifiques, il importe que les hostilités ne commencent pas sans un avertissement préalable;

Qu'il importe, de même, que l'état de guerre soit notifié sans retard aux Puissances neutres;

Désirant conclure une Convention à cet effet, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Art. 1^{er}. Les Puissances contractantes reconnaissent que les hostilités entre elles ne doivent pas commencer

Anlage 4.

Übersetzung.

Abkommen

über

den Beginn der Feindseligkeiten.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

in der Erwägung, dass es für die Sicherheit der friedlichen Beziehungen von Wert ist, wenn die Feindseligkeiten nicht ohne vorausgehende Benachrichtigung beginnen,

dass es gleichfalls von Wert ist, wenn der Kriegszustand unverzüglich den neutralen Mächten angezeigt wird,

von dem Wunsche geleitet, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu schliessen, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die Vertragsmächte erkennen an, dass die Feindseligkeiten unter ihnen nicht beginnen dürfen ohne

sans un avertissement préalable et non équivoque, qui aura, soit la forme d'une déclaration de guerre motivée, soit celle d'un ultimatum avec déclaration de guerre conditionnelle.

Art. 2. L'état de guerre devra être notifié sans retard aux Puissances neutres et ne produira effet à leur égard qu'après réception d'une notification qui pourra être faite même par voie télégraphique. Toutefois les Puissances neutres ne pourraient invoquer l'absence de notification, s'il était établi d'une manière non douteuse qu'en fait elles connaissaient l'état de guerre.

Art. 3. L'article 1 de la présente Convention produira effet en cas de guerre entre deux ou plusieurs des Puissances contractantes.

L'article 2 est obligatoire dans les rapports entre un belligérant contractant et les Puissances neutres également contractantes.

Art. 4. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au

eine vorausgehende unzweideutige Benachrichtigung, die entweder die Form einer mit Gründen versehenen Kriegserklärung oder die eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben muss.

Art. 2. Der Kriegszustand ist den neutralen Mächten unverzüglich anzuzeigen und wird für sie erst nach Eingang einer Anzeige wirksam, die auch auf telegraphischem Wege erfolgen kann. Jedoch können sich die neutralen Mächte auf das Ausbleiben der Anzeige nicht berufen, wenn unzweifelhaft feststeht, dass sie den Kriegszustand tatsächlich gekannt haben.

Art. 3. Der Artikel 1 dieses Abkommens wird wirksam im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehreren Vertragsmächten.

Der Artikel 2 ist verbindlich in den Beziehungen einer kriegführenden Vertragsmacht und den neutralen Mächten, die gleichfalls Vertragsmächte sind.

Art. 4. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste

premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 5. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 6. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt, et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 7. S'il arrivait qu'une des Hautes Parties contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée con-

Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 5. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 6. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 7. Sollte einer der hohen vertragschliessenden Teile dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Er-

forme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 8. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 4 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 5 alinéa 2) ou de dénonciation (article 7 alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

klärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekannt gibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 8. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 4 Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 5 Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 7 Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 5.

Originaltext.

Convention

concernant

les lois et coutumes de la guerre sur terre.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Considérant que, tout en recherchant les moyens de sauvegarder la paix et de prévenir les conflits armés entre les nations, il importe de se préoccuper également du cas où l'appel aux armes serait amené par des événements que leur sollicitude n'aurait pu détourner ;

Animés du désir de servir encore, dans cette hypothèse extrême, les intérêts de l'humanité et les exigences toujours progressives de la civilisation ;

Estimant qu'il importe, à cette fin, de réviser les lois et coutumes générales de la guerre, soit dans le but de les définir avec plus de précision, soit afin d'y tracer certaines limites destinées à en restreindre autant que possible les rigueurs ;

Anlage 5.

Übersetzung.

Abkommen

betreffend

die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

in der Erwägung, dass bei allem Bemühen, Mittel zu suchen, um den Frieden zu sichern und bewaffnete Streitigkeiten zwischen den Völkern zu verhüten, es doch von Wichtigkeit ist, den Fall ins Auge zu fassen, wo ein Ruf zu den Waffen durch Ereignisse herbeigeführt wird, die ihre Fürsorge nicht hat abwenden können,

von dem Wunsche beseelt, selbst in diesem äussersten Falle den Interessen der Menschlichkeit und den sich immer steigenden Forderungen der Zivilisation zu dienen,

in der Meinung, dass es zu diesem Zweck von Bedeutung ist, die allgemeinen Gesetze und Gebräuche des Krieges einer Durchsicht zu unterziehen, sei es, um sie näher zu bestimmen, sei es, um ihnen gewisse Grenzen zu ziehen, damit sie soviel wie möglich von ihrer Schärfe verlieren,

Ont jugé nécessaire de compléter et de préciser sur certains points l'œuvre de la Première Conférence de la Paix qui, s'inspirant, à la suite de la Conférence de Bruxelles de 1874, de ces idées recommandées par une sage et généreuse prévoyance, a adopté des dispositions ayant pour objet de délinir et de régler les usages de la guerre sur terre.

Selon les vues des Hautes Parties contractantes, ces dispositions, dont la rédaction a été inspirée par le désir de diminuer les maux de la guerre, autant que les nécessités militaires le permettent, sont destinées à servir de règle générale de conduite aux belligérants, dans leurs rapports entre eux et avec les populations.

Il n'a pas été possible toutefois de concerter dès maintenant des stipulations s'étendant à toutes les circonstances qui se présentent dans la pratique;

D'autre part, il ne pouvait entrer dans les intentions des Hautes Parties contractantes que les cas non prévus fussent, faute de stipulation écrite, laissées à l'appréciation arbitraire de ceux qui dirigent les armées.

En attendant qu'un Code plus complet des lois de la guerre puisse être édicté, les Hautes Parties contractantes jugent opportun de constater que, dans les cas non compris dans les dispositions réglementaires adoptées par elles, les populations et les belligérants restent sous la sauvegarde et sous l'empire des principes du droit des gens, tels qu'ils résultent des usages établis entre nations civilisées, des lois de l'humanité et des exigences de la conscience publique.

Elles déclarent que c'est dans ce sens que doivent s'entendre notamment les articles 1 et 2 du Règlement adopté.

haben eine Vervollständigung und in gewissen Punkten eine bestimmtere Fassung des Werkes der ersten Friedenskonferenz für nötig befunden, die im Anschluss an die Brüsseler Konferenz von 1874, ausgehend von diesen durch eine weise und hochherzige Fürsorge eingegebenen Gedanken, Bestimmungen zur Feststellung und Regelung der Gebräuche des Landkriegs angenommen hat.

Nach der Auffassung der hohen vertragschliessenden Teile sollen diese Bestimmungen, deren Abfassung durch den Wunsch angeregt wurde, die Leiden des Krieges zu mildern, soweit es die militärischen Interessen gestatten, den Kriegführenden als allgemeine Richtschnur für ihr Verhalten in den Beziehungen untereinander und mit der Bevölkerung dienen.

Es war indessen nicht möglich, sich schon jetzt über Bestimmungen zu einigen, die sich auf alle in der Praxis vorkommenden Fälle erstrecken.

Andererseits konnte es nicht in der Absicht der hohen vertragschliessenden Teile liegen, dass die nicht vorgesehenen Fälle in Ermangelung einer schriftlichen Abrede der willkürlichen Beurteilung der militärischen Befehlshaber überlassen bleiben.

In der Erwartung, dass später ein vollständigeres Kriegsgesetzbuch festgestellt werden könne, halten es die hohen vertragschliessenden Teile für zweckmässig, festzusetzen, dass in den Fällen, die in den Bestimmungen der von ihnen angenommenen Ordnung nicht einbegriffen sind, die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens.

Sie erklären, dass namentlich die Artikel 1 und 2 der angenommenen Ordnung in diesem Sinne zu verstehen sind.

Les Hautes Parties contractantes, désirant conclure une nouvelle Convention à cet effet, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

Art. 1^{er}. Les Puissances contractantes donneront à leurs forces armées de terre des instructions qui seront conformes au Règlement concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre, annexé à la présente Convention.

Art. 2. Les dispositions contenues dans le Règlement visé à l'article 1^{er} ainsi que dans la présente Convention, ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 3. La Partie belligérante qui violerait les dispositions dudit Règlement sera tenue à indemnité, s'il y a lieu. Elle sera responsable de tous actes commis par les personnes faisant partie de sa force armée.

Art. 4. La présente Convention dûment ratifiée remplacera, dans les rapports entre les Puissances contractantes, la Convention du 29 juillet 1899 concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre.

La Convention de 1899 reste en vigueur dans les rapports entre les Puissances qui l'ont signée et qui ne ratifieraient pas également la présente Convention.

Art. 5. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Die hohen vertragschliessenden Teile, die hierüber ein neues Abkommen abzuschliessen wünschen, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die Vertragsmächte werden ihren Landheeren Verhaltensmassregeln geben, welche der dem vorliegenden Abkommen beigefügten Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs entsprechen.

Art. 2. Die Bestimmungen der im Art. 1 angeführten Ordnung, sowie des vorliegenden Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 3. Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenen Falles zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.

Art. 4. Dieses Abkommen tritt nach seiner Ratifikation für die Beziehungen zwischen den Vertragsmächten an die Stelle des Abkommens vom 29. Juli 1899, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

Das Abkommen von 1899 bleibt in Kraft für die Beziehungen zwischen den Mächten, die es unterzeichnet haben, die aber das vorliegende Abkommen nicht gleichermaßen ratifizieren sollten.

Art. 5. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 6. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 7. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ulté-

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittelst einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen, sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten, sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 6. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 7. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung auf-

rieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 8. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 9. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'art. 5 alinéas 3 et 4 ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (art. 6 alinéa 2) ou de dénonciation (art. 8 alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

genommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 8. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 9. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag, der gemäss Art. 5, Absatz 3 und 4, erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 6, Absatz 2) oder von der Kündigung (Art. 8, Absatz 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zu der zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe à la Convention.

(Originaltext.)

Règlement
concernant
les lois et coutumes de la guerre sur terre.

Section I.

Des belligérants.

Chapitre I.

De la qualité de belligérant.

Art. 1. Les lois, les droits et les devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes:

- 1° d'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés;
- 2° d'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance;
- 3° de porter les armes ouvertement et
- 4° de se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre.

Dans les pays où les milices ou des corps de volontaires constituent l'armée ou en font partie, ils sont compris sous la dénomination d'*armée*.

Anlage zum Abkommen.

(Übersetzung.)

Ordnung
der
Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

I. Abschnitt.

Kriegsführende.

I. Kapitel.

Begriff des Kriegsführenden.

Art. 1. Die Gesetze, die Rechte und die Pflichten des Krieges gelten nicht nur für das Heer, sondern auch für die Milizen und Freiwilligenkorps, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

1. wenn jemand an ihrer Spitze steht, der für seine Untergebenen verantwortlich ist,
2. wenn sie ein festes, aus der Ferne erkennbares Abzeichen tragen,
3. wenn sie die Waffen offen führen und
4. wenn sie bei ihren Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten.

In den Ländern, wo Milizen oder Freiwilligenkorps das Heer oder einen Bestandteil des Heeres bilden, sind diese unter der Bezeichnung „Heer“ einbegriffen.

Art. 2. La population d'un territoire non occupé qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'article premier, sera considérée comme belligérante, si elle porte les armes ouvertement et si elle respecte les lois et coutumes de la guerre.

Art. 3. Les forces armées des parties belligérantes peuvent se composer de combattants et de non-combattants. En cas de capture par l'ennemi, les uns et les autres ont droit au traitement des prisonniers de guerre.

Chapitre II.

Des prisonniers de guerre.

Art. 4. Les prisonniers de guerre sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés.

Ils doivent être traités avec humanité.

Tout ce qui leur appartient personnellement, excepté les armes, les chevaux et les papiers militaires, reste leur propriété.

Art. 5. Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable, et seulement pendant la durée des circonstances qui nécessitent cette mesure.

Art. 6. L'Etat peut employer, comme travailleurs, les prisonniers de guerre, selon leur grade et leurs apti-

Art. 2. Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebiets, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Art. 1 zu organisieren, wird als kriegführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet.

Art. 3. Die bewaffnete Macht der Kriegsparteien kann sich zusammensetzen aus Kombattanten und Nichtkombattanten. Im Falle der Gefangennahme durch den Feind haben die einen wie die anderen Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene.

II. Kapitel.

Kriegsgefangene.

Art. 4. Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Korps, die sie gefangen genommen haben.

Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden.

Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.

Art. 5. Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschliessung nur statthaft als unerlässliche Sicherungsregel und nur während der Dauer der diese Massregel notwendig machenden Umstände.

Art. 6. Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen, mit Ausnahme der Offiziere, nach ihrem Dienstgrad und

tudes, à l'exception des officiers. Ces travaux ne seront pas excessifs et n'auront aucun rapport avec les opérations de la guerre.

Les prisonniers peuvent être autorisés à travailler pour le compte d'administrations publiques ou de particuliers, ou pour leur propre compte.

Les travaux faits pour l'Etat sont payés d'après les tarifs en vigueur pour les militaires de l'armée nationale exécutant les mêmes travaux, ou, s'il n'en existe pas, d'après un tarif en rapport avec les travaux exécutés.

Lorsque les travaux ont lieu pour le compte d'autres administrations publiques ou pour des particuliers, les conditions en sont réglées d'accord avec l'autorité militaire.

Le salaire des prisonniers contribuera à adoucir leur position, et le surplus leur sera compté au moment de leur libération, sauf défalcation des frais d'entretien.

Art. 7. Le Gouvernement au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre est chargé de leur entretien.

A défaut d'une entente spéciale entre les belligérants, les prisonniers de guerre seront traités pour la nourriture, le couchage et l'habillement, sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés.

Art. 8. Les prisonniers de guerre seront soumis aux lois, règlements et ordres en vigueur dans l'armée de l'Etat au pouvoir duquel ils se trouvent. Tout acte d'insubordination autorise, à leur égard, les mesures de rigueur nécessaires.

nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermässig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen.

Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen.

Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht.

Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnisse mit der Militärbehörde festgestellt.

Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuss nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.

Art. 7. Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen.

In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fusse zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.

Art. 8. Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmässigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden.

Les prisonniers évadés, qui seraient repris avant d'avoir pu rejoindre leur armée ou avant de quitter le territoire occupé par l'armée qui les aura capturés, sont passibles de peines disciplinaires.

Les prisonniers qui, après avoir réussi à s'évader, sont de nouveau faits prisonniers, ne sont passibles d'aucune peine pour la fuite antérieure.

Art. 9. Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables noms et grade et, dans le cas où il enfreindrait cette règle, il s'exposerait à une restriction des avantages accordés aux prisonniers de guerre de sa catégorie.

Art. 10. Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leur pays les y autorisent, et, en pareil cas, ils sont obligés, sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés.

Dans le même cas, leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.

Art. 11. Un prisonnier de guerre ne peut être contraint d'accepter sa liberté sur parole; de même le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.

Art. 12. Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et repris portant les armes contre le Gouvernement envers lequel il s'était engagé d'honneur, ou contre les alliés de

Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung.

Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden.

Art. 9. Jeder Kriegsgefangene ist verpflichtet, auf Befragen seinen wahren Namen und Dienstgrad anzugeben; handelt er gegen diese Vorschrift, so können ihm die Vergünstigungen, die den Kriegsgefangenen seiner Klasse zustehen, entzogen werden.

Art. 10. Kriegsgefangene können gegen Ehrenwort freigelassen werden, wenn die Gesetze ihres Landes sie dazu ermächtigen; sie sind alsdann bei ihrer persönlichen Ehre verbunden, die übernommenen Verpflichtungen sowohl ihrer eigenen Regierung als auch dem Staate gegenüber, der sie zu Kriegsgefangenen gemacht hat, gewissenhaft zu erfüllen.

Ihre Regierung ist in solchem Falle verpflichtet, keinerlei Dienste zu verlangen oder anzunehmen, die dem gegebenen Ehrenwort widersprechen.

Art. 11. Ein Kriegsgefangener kann nicht gezwungen werden, seine Freilassung gegen Ehrenwort anzunehmen; ebensowenig ist die feindliche Regierung verpflichtet, dem Antrag eines Kriegsgefangenen auf Entlassung gegen Ehrenwort zu entsprechen.

Art. 12. Jeder gegen Ehrenwort entlassene Kriegsgefangene, der gegen den Staat, dem gegenüber er die Ehrenverpflichtung eingegangen ist, oder gegen dessen Ver-

celui-ci, perd le droit au traitement des prisonniers de guerre et peut être traduit devant les tribunaux.

Art. 13. Les individus qui suivent une armée sans en faire directement partie, tels que les correspondants et les reporters de journaux, les vivandiers, les fournisseurs, qui tombent au pouvoir de l'ennemi et que celui-ci juge utile de détenir, ont droit au traitement des prisonniers de guerre, à condition qu'ils soient munis d'une légitimation de l'autorité militaire de l'armée qu'ils accompagnaient.

Art. 14. Il est constitué, dès le début des hostilités, dans chacun des Etats belligérants, et, le cas échéant, dans les pays neutres qui auront recueilli des belligérants sur leur territoire, un bureau de renseignements sur les prisonniers de guerre. Ce bureau, chargé de répondre à toutes les demandes qui les concernent, reçoit des divers services compétents toutes les indications relatives aux internements et aux mutations, aux mises en liberté sur parole, aux échanges, aux évasions, aux entrées dans les hôpitaux, aux décès, ainsi que les autres renseignements nécessaires pour établir et tenir à jour une fiche individuelle pour chaque prisonnier de guerre. Le bureau devra porter sur cette fiche le numéro matricule, les nom et prénom, l'âge, le lieu d'origine, le grade, le corps de troupe, les blessures, la date et le lieu de la capture, de l'internement, des blessures et de la mort, ainsi que toutes les observations particulières. La fiche individuelle sera remise au Gouvernement de l'autre belligérant après la conclusion de la paix.

bündete die Waffen trägt und wieder ergriffen wird, verliert das Recht der Behandlung als Kriegsgefangener und kann vor Gericht gestellt werden.

Art. 13. Personen, die einem Heere folgen, ohne ihm unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatter, Marketender und Lieferanten, haben, wenn sie in die Hand des Feindes geraten und diesem ihre Festhaltung zweckmässig erscheint, das Recht auf Behandlung als Kriegsgefangene, vorausgesetzt, dass sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde des Heeres befinden, das sie begleiteten.

Art. 14. Beim Ausbruch der Feindseligkeiten wird in jedem der kriegführenden Staaten und eintretenden Falles in den neutralen Staaten, die Angehörige eines der Kriegführenden in ihr Gebiet aufgenommen haben, eine Auskunftsstelle über die Kriegsgefangenen errichtet. Diese ist berufen, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und erhält von den zuständigen Dienststellen alle Angaben über die Unterbringung und deren Wechsel, über Freilassungen gegen Ehrenwort, über Austausch, über Entweichungen, über Aufnahme in die Hospitäler und über Sterbefälle, sowie sonstige Auskünfte, die nötig sind, um über jeden Kriegsgefangenen ein Personalblatt anzulegen und auf dem laufenden zu erhalten. Die Auskunftsstelle verzeichnet auf diesem Personalblatte die Matrikelnummer, den Vor- und Zunamen, das Alter, den Heimatsort, den Dienstgrad, den Truppenteil, die Verwundung, den Tag und Ort der Gefangennahme, der Unterbringung, der Verwundungen und des Todes, sowie alle besonderen Bemerkungen. Das Personalblatt wird nach dem Friedensschlusse der Regierung des anderen Kriegführenden übermittelt.

Le bureau de renseignements est également chargé de recueillir et de centraliser tous les objets d'un usage personnel, valeurs, lettres, etc., qui seront trouvés sur les champs de bataille ou délaissés par des prisonniers libérés sur parole, échangés, évadés ou décédés dans les hôpitaux et ambulances, et de les transmettre aux intéressés.

Art. 15. Les sociétés de secours pour les prisonniers de guerre, régulièrement constituées selon la loi de leur pays et ayant pour objet d'être les intermédiaires de l'action charitable, recevront, de la part des belligérants, pour elles et pour leurs agents dûment accrédités, toute facilité, dans les limites tracées par les nécessités militaires et les règles administratives, pour accomplir efficacement leur tâche d'humanité. Les délégués de ces sociétés pourront être admis à distribuer des secours dans les dépôts d'internement, ainsi qu'aux lieux d'étape des prisonniers rapatriés, moyennant une permission personnelle délivrée par l'autorité militaire, et en prenant l'engagement par écrit de se soumettre à toutes les mesures d'ordre et de police que celle-ci prescrirait.

Art. 16. Les bureaux de renseignements jouissent de la franchise de port. Les lettres, mandats et articles d'argent, ainsi que les colis postaux destinés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux, seront affranchis de toutes les taxes postales, aussi bien dans les pays d'origine et de destination que dans les pays intermédiaires.

Les dons et secours en nature destinés aux prisonniers de guerre seront admis en franchise de tous droits d'entrée et autres, ainsi que des taxes de transport sur les chemins de fer exploités par l'Etat.

Die Auskunftstelle sammelt ferner alle zum persönlichen Gebrauche dienenden Gegenstände, Wertsachen, Briefe u. s. w., die auf den Schlachtfeldern gefunden oder von den gegen Ehrenwort entlassenen, ausgetauschten, entwichenen oder in Hospitälern oder Feldlazaretten gestorbenen Kriegsgefangenen hinterlassen werden; und stellt sie den Berechtigten zu.

Art. 15. Die Hilfsgesellschaften für Kriegsgefangene, die ordnungsmässig nach den Gesetzen ihres Landes gebildet worden sind und den Zweck verfolgen, die Vermittler der mildtätigen Nächstenhilfe zu sein, erhalten von den Kriegführenden für sich und ihre ordnungsmässig beglaubigten Agenten jede Erleichterung innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten und die Verwaltungsvorschriften gezogenen Grenzen, um ihre menschenfreundlichen Bestrebungen wirksam ausführen zu können. Den Delegierten dieser Gesellschaften kann auf Grund einer ihnen persönlich von der Militärbehörde erteilten Erlaubnis und gegen die schriftliche Verpflichtung, sich allen von dieser etwa erlassenen Ordnungs- und Polizeivorschriften zu fügen, gestattet werden, an den Unterbringungsstellen, sowie an den Rastorten der in die Heimat zurückkehrenden Gefangenen Liebesgaben zu verteilen.

Art. 16. Die Auskunftstellen geniessen Portofreiheit. Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen und Postpakete, die für die Kriegsgefangenen bestimmt sind oder von ihnen abgesandt werden, sind sowohl im Lande der Aufgabe, als auch im Bestimmungsland und in den Zwischenländern von allen Postgebühren befreit.

Die als Liebesgaben und Beihülfen für Kriegsgefangene bestimmten Gegenstände sind von allen Eingangszöllen und anderen Gebühren, sowie von den Frachtkosten auf Staatseisenbahnen befreit.

Art. 17. Les officiers prisonniers recevront la solde à laquelle ont droit les officiers de même grade du pays où ils sont retenus, à charge de remboursement par leur Gouvernement.

Art. 18. Toute latitude est laissée aux prisonniers de guerre pour l'exercice de leur religion, y compris l'assistance aux offices de leur culte, à la seule condition de se conformer aux mesures d'ordre et de police prescrites par l'autorité militaire.

Art. 19. Les testaments des prisonniers de guerre sont reçus ou dressés dans les mêmes conditions que pour les militaires de l'armée nationale.

On suivra également les mêmes règles en ce qui concerne les pièces relatives à la constatation des décès, ainsi que pour l'inhumation des prisonniers de guerre, en tenant compte de leur grade et de leur rang.

Art. 20. Après la conclusion de la paix, le rapatriement des prisonniers de guerre s'effectuera dans le plus bref délai possible.

Chapitre III.

Des malades et des blessés.

Art. 21. Les obligations des belligérants concernant le service des malades et des blessés sont régies par la Convention de Genève.

Section II.

Des hostilités.

Chapitre I.

Des moyens de nuire à l'ennemi, des sièges et des bombardements.

Art. 22. Les belligérants n'ont pas un droit illimité quant au choix des moyens de nuire à l'ennemi.

Art. 17. Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrades in dem Lande zusteht, wo sie gefangen gehalten werden; ihre Regierung ist zur Erstattung verpflichtet.

Art. 18. Den Kriegsgefangenen wird in der Ausübung ihrer Religion mit Einschluss der Teilnahme am Gottesdienst volle Freiheit gelassen unter der einzigen Bedingung, dass sie sich den Ordnungs- und Polizeivorschriften der Militärbehörden fügen.

Art. 19. Die Testamente der Kriegsgefangenen werden unter denselben Bedingungen entgegengenommen oder errichtet wie die der Militärpersonen des eigenen Heeres.

Das gleiche gilt für die Sterbeurkunden, sowie für die Beerdigung von Kriegsgefangenen, wobei deren Dienstgrad und Rang zu berücksichtigen ist.

Art. 20. Nach dem Friedensschlusse sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.

III. Kapitel.

Kranke und Verwundete.

Art. 21. Die Pflichten der Kriegführenden in Ansehung der Behandlung von Kranken und Verwundeten bestimmen sich nach dem Genfer Abkommen.

II. Abschnitt.

Feindseligkeiten.

I. Kapitel.

Mittel zur Schädigung des Feindes, Belagerungen und Beschiessungen.

Art. 22. Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.

Art. 23. Outre les prohibitions établies par des conventions spéciales, il est notamment interdit :

- a. d'employer du poison ou des armes empoisonnées ;
- b. de tuer ou de blesser par trahison des individus appartenant à la nation ou à l'armée ennemie ;
- c. de tuer ou de blesser un ennemi qui, ayant mis bas les armes ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à discrétion ;
- d. de déclarer qu'il ne sera pas fait de quartier ;
- e. d'employer des armes, des projectiles ou des matières propres à causer des maux superflus ;
- f. d'user indûment du pavillon parlementaire, du pavillon national ou des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, ainsi que des signes distinctifs de la Convention de Genève ;
- g. de détruire ou de saisir des propriétés ennemies, sauf les cas où ces destructions ou ces saisies seraient impérieusement commandées par les nécessités de la guerre ;
- h. de déclarer éteints, suspendus ou non recevables en justice, les droits et actions des nationaux de la Partie adverse.

Il est également interdit à un belligérant de forcer les nationaux de la Partie adverse à prendre part aux opérations de guerre dirigées contre leur pays, même dans le cas où ils auraient été à son service avant le commencement de la guerre.

Art. 24. Les ruses de guerre et l'emploi des moyens nécessaires pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain sont considérés comme licites.

Art. 25. Il est interdit d'attaquer ou de bombarder, par quelque moyen que ce soit, des villes, villages, habitations ou bâtiments qui ne sont pas défendus.

Art. 23. Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten, ist namentlich untersagt:

- a. die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen,
- b. die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres,
- c. die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat,
- d. die Erklärung, dass kein Pardon gegeben wird,
- e. der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen,
- f. der Missbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes, sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens,
- g. die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums ausser in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Notwendigkeiten des Krieges dringend erheischt wird,
- h. die Aufhebung oder zeitweilige Ausserkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschliessung ihrer Klagbarkeit.

Den Kriegführenden ist ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen; dies gilt auch für den Fall, dass sie vor Ausbruch des Krieges angeworben waren.

Art. 24. Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

Art. 25. Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschliessen.

Art. 26. Le commandant des troupes assaillantes, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf le cas d'attaque de vive force, devra faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.

Art. 27. Dans les sièges et bombardements, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant que possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences et à la bienfaisance, les monuments historiques, les hôpitaux et les lieux de rassemblement de malades et de blessés, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire.

Le devoir des assiégés est de désigner ces édifices ou lieux de rassemblement par des signes visibles spéciaux qui seront notifiés d'avance à l'assiégeant.

Art. 28. Il est interdit de livrer au pillage une ville ou localité même prise d'assaut.

Chapitre II.

Des espions.

Art. 29. Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans la zone d'opérations d'un belligérant, avec l'intention de les communiquer à la Partie adverse.

Ainsi les militaires non déguisés qui ont pénétré dans la zone d'opérations de l'armée ennemie, à l'effet de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions. De même, ne sont pas considérés comme espions : les militaires et les non militaires, accomplissant ouvertement leur mission, chargés de transmettre des dépêches

Art. 26. Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschiessung, den Fall eines Sturmangriffes ausgenommen, alles, was an ihm liegt, tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen.

Art. 27. Bei Belagerungen und Beschiessungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, dass sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden.

Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekannt zu geben.

Art. 28. Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben.

II. Kapitel.

Spione.

Art. 29. Als Spion gilt nur, wer heimlich oder unter falschem Vorwand in dem Operationsgebiet eines Kriegführenden Nachrichten einzieht oder einzuziehen sucht in der Absicht, sie der Gegenpartei mitzuteilen.

Demgemäss sind Militärpersonen in Uniform, die in das Operationsgebiet des feindlichen Heeres eingedrungen sind, um sich Nachrichten zu verschaffen, nicht als Spione zu betrachten. Desgleichen gelten nicht als Spione: Militärpersonen und Nichtmilitärpersonen, die den ihnen erteilten Auftrag, Mitteilungen an ihr eigenes oder an das feindliche

destinées, soit à leur propre armée, soit à l'armée ennemie. A cette catégorie appartiennent également les individus envoyés en ballon pour transmettre les dépêches, et, en général, pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée ou d'un territoire.

Art. 30. L'espion pris sur le fait ne pourra être puni sans jugement préalable.

Art. 31. L'espion qui, ayant rejoint l'armée à laquelle il appartient, est capturé plus tard par l'ennemi, est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes d'espionnage antérieurs.

Chapitre III.

Des parlementaires.

Art. 32. Est considéré comme parlementaire l'individu autorisé par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec le drapeau blanc. Il a droit à l'inviolabilité ainsi que le trompette, clairon ou tambour, le porte-drapeau et l'interprète qui l'accompagneraient.

Art. 33. Le chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances.

Il peut prendre toutes les mesures nécessaires afin d'empêcher le parlementaire de profiter de sa mission pour se renseigner.

Il a le droit, en cas d'abus, de retenir temporairement le parlementaire.

Art. 34. Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité, s'il est prouvé, d'une manière positive et irrécusable,

Heer zu überbringen, offen ausführen. Dahin gehören ebenfalls Personen, die in Luftschiffen befördert werden, um Mitteilungen zu überbringen oder um überhaupt Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen eines Heeres oder eines Gebiets aufrecht zu erhalten.

Art. 30. Der auf der Tat ertappte Spion darf nicht ohne vorausgegangenes Urteil bestraft werden.

Art. 31. Ein Spion, welcher zu dem Heere, dem er angehört, zurückgekehrt ist und später vom Feinde gefangen genommen wird, ist als Kriegsgefangener zu betrachten und kann für früher begangene Spionage nicht verantwortlich gemacht werden.

III. Kapitel.

Parlamentäre.

Art. 32. Als Parlamentär gilt, wer von einem der Kriegführenden bevollmächtigt ist, mit dem anderen in Unterhandlungen zu treten, und sich mit der weissen Fahne zeigt. Er hat Anspruch auf Unverletzlichkeit, ebenso der ihn begleitende Trompeter, Hornist oder Trommler, Fahnen-träger und Dolmetscher.

Art. 33. Der Befehlshaber, zu dem ein Parlamentär gesandt wird, ist nicht verpflichtet, ihn unter allen Umständen zu empfangen.

Er kann alle erforderlichen Massregeln ergreifen, um den Parlamentär zu verhindern, seine Sendung zur Einziehung von Nachrichten zu benutzen.

Er ist berechtigt, bei vorkommendem Missbrauch den Parlamentär zeitweilig zurückzuhalten.

Art. 34. Der Parlamentär verliert seinen Anspruch auf Unverletzlichkeit, wenn der bestimmte, unwiderleg-

qu'il a profité de sa position privilégiée pour provoquer ou commettre un acte de trahison.

Chapitre IV.

Des capitulations.

Art. 35. Les capitulations arrêtées entre les parties contractantes doivent tenir compte des règles de l'honneur militaire.

Une fois fixées, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties.

Chapitre V.

De l'armistice.

Art. 36. L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu toutefois que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice.

Art. 37. L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des États belligérants; le second, seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé.

Art. 38. L'armistice doit être notifié officiellement et en temps utile aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement après la notification ou au terme fixé.

bare Beweis vorliegt, dass er seine bevorrechtigte Stellung dazu benutzt hat, um Verrat zu üben oder dazu anzustiften.

IV. Kapitel.

Kapitulationen.

Art. 35. Die zwischen den abschliessenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen.

Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden.

V. Kapitel.

Waffenstillstand.

Art. 36. Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch nur unter der Voraussetzung, dass der Feind, gemäss den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird.

Art. 37. Der Waffenstillstand kann ein allgemeiner oder ein örtlich begrenzter sein. Der erstere unterbricht die Kriegsunternehmungen der kriegführenden Staaten allenthalben, der letztere nur für bestimmte Teile der kriegführenden Heere und innerhalb eines bestimmten Bereichs.

Art. 38. Der Waffenstillstand muss in aller Form und rechtzeitig den zuständigen Behörden und den Truppen bekanntgemacht werden. Die Feindseligkeiten sind sofort nach der Bekanntmachung oder zu dem festgesetzten Zeitpunkt einzustellen.

Art. 39. Il dépend des parties contractantes de fixer, dans les clauses de l'armistice, les rapports qui pourraient avoir lieu, sur le théâtre de la guerre, avec les populations et entre elles.

Art. 40. Toute violation grave de l'armistice, par l'une des parties, donne à l'autre le droit de le dénoncer et même, en cas d'urgence, de reprendre immédiatement les hostilités.

Art. 41. La violation des clauses de l'armistice, par des particuliers agissant de leur propre initiative, donne droit seulement à réclamer la punition des coupables et, s'il y a lieu, une indemnité pour les pertes éprouvées.

Section III.

De l'autorité militaire sur le territoire de l'Etat ennemi.

Art. 42. Un territoire est considéré comme occupé lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie.

L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer.

Art. 43. L'autorité du pouvoir légal ayant passé de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prendra toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publiques en respectant, sauf empêchement absolu, les lois en vigueur dans le pays.

Art. 44. Il est interdit à un belligérant de forcer la population d'un territoire occupé à donner des renseigne-

Art. 39. Es ist Sache der abschliessenden Parteien, in den Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen, welche Beziehungen sie auf dem Kriegsschauplatze untereinander und mit der Bevölkerung unterhalten können.

Art. 40. Jede schwere Verletzung des Waffenstillstandes durch eine der Parteien gibt der anderen das Recht, ihn zu kündigen und in dringenden Fällen sogar die Feindseligkeiten unverzüglich wieder aufzunehmen.

Art. 41. Die Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch Privatpersonen, die aus eigenem Antriebe handeln, gibt nur das Recht, die Bestrafung der Schuldigen und gegebenen Falls einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu fordern.

III. Abschnitt.

Militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete.

Art. 42. Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet.

Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Art. 43. Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat diese alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Art. 44. Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte

ments sur l'armée de l'autre belligérant ou sur ses moyens de défense.

Art. 45. Il est interdit de contraindre la population d'un territoire occupé à prêter serment à la Puissance ennemie.

Art. 46. L'honneur et les droits de la famille, la vie des individus et la propriété privée, ainsi que les convictions religieuses et l'exercice des cultes, doivent être respectés.

La propriété privée ne peut pas être confisquée.

Art. 47. Le pillage est formellement interdit.

Art. 48. Si l'occupant prélève, dans le territoire occupé, les impôts, droits et péages établis au profit de l'Etat, il le fera, autant que possible, d'après les règles de l'assiette et de la répartition en vigueur, et il en résultera pour lui l'obligation de pourvoir aux frais de l'administration du territoire occupé dans la mesure où le Gouvernement légal y était tenu.

Art. 49. Si, en dehors des impôts visés à l'article précédent, l'occupant prélève d'autres contributions en argent dans le territoire occupé, ce ne pourra être que pour les besoins de l'armée ou de l'administration de ce territoire.

Art. 50. Aucune peine collective, pécuniaire ou autre, ne pourra être édictée contre les populations à raison de faits individuels dont elles ne pourraient être considérées comme solidairement responsables.

Art. 51. Aucune contribution ne sera perçue qu'en vertu d'un ordre écrit et sous la responsabilité d'un général en chef.

über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.

Art. 45. Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.

Art. 46. Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum, sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.

Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Art. 47. Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Art. 48. Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zu gunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Massgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebiets in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmässige Regierung hierzu verpflichtet war.

Art. 49. Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet ausser den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.

Art. 50. Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen Einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.

Art. 51. Zwangsaufgaben können nur auf Grund eines schriftlichen Befehls und unter Verantwortlichkeit eines selbständig kommandierenden Generals erhoben werden.

Il ne sera procédé, autant que possible, à cette perception que d'après les règles de l'assiette et de la répartition des impôts en vigueur.

Pour toute contribution, un reçu sera délivré aux contribuables.

Art. 52. Des réquisitions en nature et des services ne pourront être réclamés des communes ou des habitants, que pour les besoins de l'armée d'occupation. Ils seront en rapport avec les ressources du pays et de telle nature qu'ils n'impliquent pas pour les populations l'obligation de prendre part aux opérations de la guerre contre leur patrie.

Ces réquisitions et ces services ne seront réclamés qu'avec l'autorisation du commandant dans la localité occupée.

Les prestations en nature seront, autant que possible, payées au comptant; sinon, elles seront constatées par des reçus, et le paiement des sommes dues sera effectué le plus tôt possible.

Art. 53. L'armée qui occupe un territoire ne pourra saisir que le numéraire, les fonds et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'État, les dépôts d'armes, moyens de transport, magasins et approvisionnements et, en général, toute propriété mobilière de l'Etat de nature à servir aux opérations de la guerre.

Tous les moyens affectés sur terre, sur mer et dans les airs à la transmission des nouvelles, au transport des personnes ou des choses, en dehors des cas régis par le droit maritime, les dépôts d'armes et, en général, toute espèce de munitions de guerre, peuvent être saisis, même s'ils appartiennent à des personnes privées, mais devront être restitués et les indemnités seront réglées à la paix.

Die Erhebung soll so viel wie möglich nach den Vorschriften über die Ansetzung und Verteilung der bestehenden Abgaben erfolgen.

Über jede auferlegte Leistung wird den Leistungspflichtigen eine Empfangsbestätigung erteilt.

Art. 52. Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheers gefordert werden. Sie müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, dass sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen.

Derartige Natural- und Dienstleistungen können nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der besetzten Örtlichkeit gefordert werden.

Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Andernfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden.

Art. 53. Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorrathshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.

Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Sie müssen aber zurückgegeben werden; die Entschädigungen sind beim Friedensschluss zu regeln.

Art. 54. Les câbles sous-marins reliant un territoire occupé à un territoire neutre ne seront saisis ou détruits que dans le cas d'une nécessité absolue. Ils devront également être restitués et les indemnités seront réglées à la paix.

Art. 55. L'Etat occupant ne se considèrera que comme administrateur et usufruitier des édifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fonds de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit.

Art. 56. Les biens des communes, ceux des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, aux arts et aux sciences, même appartenant à l'Etat, seront traités comme la propriété privée.

Toute saisie, destruction ou dégradation intentionnelle de semblables établissements, de monuments historiques, d'œuvres d'art et de science, est interdite et doit être poursuivie.

Art. 54. Die unterseeischen Kabel, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden, dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Sie müssen gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen beim Friedensschluss geregelt werden.

Art. 55. Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutzniesser der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Niessbrauchs verwalten.

Art. 56. Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln.

Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.

Originaltext.

Convention

concernant

les droits et les devoirs des Puissances et des personnes neutres en cas de guerre sur terre.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

En vue de mieux préciser les droits et les devoirs des Puissances neutres en cas de guerre sur terre et de régler la situation des belligérants réfugiés en territoire neutre ;

Désirant également définir la qualité de neutre en attendant qu'il soit possible de régler dans son ensemble la situation des particuliers neutres dans leurs rapports avec les belligérants ;

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont, en conséquence, nommé pour Leurs Plénipotentiaires savoir :

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Übersetzung.

Abkommen

betreffend

die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

in der Absicht, die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im Falle eines Landkriegs genauer festzustellen und die Lage der auf neutrales Gebiet geflüchteten Angehörigen einer Kriegsmacht zu regeln,

sowie von dem Wunsche geleitet, den Begriff des Neutralen zu bestimmen, in Erwartung der Zeit, wo es möglich sein wird, die Lage neutraler Privatpersonen in ihren Beziehungen zu den Kriegführenden im ganzen zu regeln,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen und haben demzufolge zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Chapitre I.

Des droits et des devoirs des Puissances neutres.

Art. 1. Le territoire des Puissances neutres est inviolable.

Art. 2. Il est interdit aux belligérants de faire passer à travers le territoire d'une Puissance neutre des troupes ou des convois, soit de munitions, soit d'approvisionnements.

Art. 3. Il est également interdit aux belligérants :

- a. d'installer sur le territoire d'une Puissance neutre une station radiotélégraphique ou tout appareil destiné à servir comme moyen de communication avec des forces belligérantes sur terre ou sur mer ;
- b. d'utiliser toute installation de ce genre établie par eux avant la guerre sur le territoire de la Puissance neutre dans un but exclusivement militaire, et qui n'a pas été ouverte au service de la correspondance publique.

Art. 4. Des corps de combattants ne peuvent être formés, ni des bureaux d'enrôlement ouverts, sur le territoire d'une Puissance neutre au profit des belligérants.

Art. 5. Une Puissance neutre ne doit tolérer sur son territoire aucun des actes visés par les articles 2 à 4.

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

I. Kapitel.

Rechte und Pflichten der neutralen Mächte.

Art. 1. Das Gebiet der neutralen Mächte ist unverletzlich.

Art. 2. Es ist den Kriegführenden untersagt, Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht hindurchzuführen.

Art. 3. Es ist den Kriegführenden gleichermassen untersagt;

- a. auf dem Gebiete einer neutralen Macht eine funken-telegraphische Station einzurichten oder sonst irgend eine Anlage, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitmächten zu vermitteln;
- b. irgend eine Einrichtung dieser Art zu benutzen, die von ihnen vor dem Kriege auf dem Gebiete der neutralen Macht zu einem ausschliesslich militärischen Zwecke hergestellt und nicht für den öffentlichen Nachrichtendienst freigegeben worden ist.

Art. 4. Auf dem Gebiet einer neutralen Macht dürfen zu gunsten der Kriegführenden weder Korps von Kombattanten gebildet noch Werbestellen eröffnet werden.

Art. 5. Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiete keine der in den Art. 2 bis 4 bezeichneten Handlungen dulden.

Elle n'est tenue de punir des actes contraires à la neutralité que si ces actes ont été commis sur son propre territoire.

Art. 6. La responsabilité d'une Puissance neutre n'est pas engagée par le fait que des individus passent isolément la frontière pour se mettre au service de l'un des belligérants.

Art. 7. Une Puissance neutre n'est pas tenue d'empêcher l'exportation ou le transit, pour le compte de l'un ou de l'autre des belligérants, d'armes, de munitions, et, en général, de tout ce qui peut être utile à une armée ou à une flotte.

Art. 8. Une Puissance neutre n'est pas tenue d'interdire ou de restreindre l'usage, pour les belligérants, des câbles télégraphiques ou téléphoniques, ainsi que des appareils de télégraphie sans fil, qui sont, soit sa propriété, soit celle de compagnies ou de particuliers.

Art. 9. Toutes mesures restrictives ou prohibitives prises par une Puissance neutre à l'égard des matières visées par les articles 7 et 8 devront être uniformément appliquées par elle aux belligérants.

La Puissance neutre veillera au respect de la même obligation par les compagnies ou particuliers propriétaires de câbles télégraphiques ou téléphoniques ou d'appareils de télégraphie sans fil.

Art. 10. Ne peut être considéré comme un acte hostile le fait, par une Puissance neutre, de repousser, même par la force, les atteintes à sa neutralité.

Sie ist nur dann verpflichtet, Handlungen, die der Neutralität zuwiderlaufen, zu bestrafen, wenn diese Handlungen auf ihrem eigenen Gebiete begangen worden sind.

Art. 6. Eine neutrale Macht ist nicht dafür verantwortlich, dass Leute einzeln die Grenze überschreiten, um in den Dienst eines Kriegführenden zu treten.

Art. 7. Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern.

Art. 8. Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, für Kriegführende die Benutzung von Telegraphen- oder Fernsprechleitungen, sowie von Anlagen für drahtlose Telegraphie, gleichviel ob sie ihr selbst oder Gesellschaften oder Privatpersonen gehören, zu untersagen oder zu beschränken.

Art. 9. Alle Beschränkungen oder Verbote, die von einer neutralen Macht in Ansehung der in den Art. 7 und 8 erwähnten Gegenstände angeordnet werden, sind von ihr auf die Kriegführenden gleichmässig anzuwenden.

Die neutrale Macht hat darüber zu wachen, dass die gleiche Verpflichtung von den Gesellschaften oder Privatpersonen eingehalten wird, in deren Eigentum sich Telegraphen- oder Fernsprechleitungen oder Anlagen für drahtlose Telegraphie befinden.

Art. 10. Die Tatsache, dass eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden.

Chapitre II.

**Des belligérants internés et des blessés soignés
chez les neutres.**

Art. 11. La Puissance neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera, autant que possible, loin du théâtre de la guerre.

Elle pourra les garder dans des camps, et même les enfermer dans des forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet.

Elle décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation.

Art. 12. A défaut de convention spéciale, la Puissance neutre fournira aux internés les vivres, les habillements et les secours commandés par l'humanité.

Bonification sera faite, à la paix, des frais occasionnés par l'internement.

Art. 13. La Puissance neutre qui reçoit des prisonniers de guerre évadés les laissera en liberté. Si elle tolère leur séjour sur son territoire, elle peut leur assigner une résidence.

La même disposition est applicable aux prisonniers de guerre amenés par des troupes se réfugiant sur le territoire de la Puissance neutre.

Art. 14. Une Puissance neutre pourra autoriser le passage sur son territoire des blessés ou malades appartenant aux armées belligérantes, sous la réserve que les trains qui les amèneront ne transporteront ni personnel, ni matériel de guerre. En pareil cas, la Puissance neutre est tenue de

II. Kapitel.

Bei Neutralen untergebrachte Angehörige einer Kriegsmacht und in Pflege befindliche Verwundete.

Art. 11. Die neutrale Macht, auf deren Gebiet Truppen der kriegführenden Heere übertreten, muss sie möglichst weit vom Kriegsschauplatz unterbringen.

Sie kann sie in Lagern verwahren und sie auch in Festungen oder in anderen zu diesem Zwecke geeigneten Orten einschliessen.

Es hängt von ihrer Entscheidung ab, ob Offiziere, die sich auf Ehrenwort verpflichten, das neutrale Gebiet nicht ohne Erlaubnis zu verlassen, frei gelassen werden können.

Art. 12. In Ermangelung einer besonderen Vereinbarung hat die neutrale Macht den bei ihr untergebrachten Personen Nahrung, Kleidung und die durch die Menschlichkeit gebotenen Hilfsmittel zu gewähren.

Die durch die Unterbringung verursachten Kosten sind nach dem Friedensschlusse zu ersetzen.

Art. 13. Die neutrale Macht, die entwichene Kriegsgefangene bei sich aufnimmt, wird diese in Freiheit lassen. Wenn sie ihnen gestattet, auf ihrem Gebiete zu verweilen, so kann sie ihnen den Aufenthaltsort anweisen.

Die gleiche Bestimmung findet Anwendung auf die Kriegsgefangenen, die von den Truppen bei ihrer Flucht auf das Gebiet der neutralen Macht mitgeführt werden.

Art. 14. Eine neutrale Macht kann den Durchzug von Verwundeten oder Kranken der kriegführenden Heere durch ihr Gebiet gestatten, doch nur unter dem Vorbehalte, dass die zur Beförderung benutzten Züge weder Kriegspersonal noch Kriegsmaterial mit sich führen. Die neutrale

prendre les mesures de sûreté et de contrôle nécessaires à cet effet.

Les blessés ou malades amenés dans ces conditions sur le territoire neutre par un des belligérants, et qui appartiendraient à la partie adverse, devront être gardés par la Puissance neutre de manière qu'ils ne puissent de nouveau prendre part aux opérations de la guerre. Cette Puissance aura les mêmes devoirs quant aux blessés ou malades de l'autre armée qui lui seraient confiés.

Art. 15. La Convention de Genève s'applique aux malades et aux blessés internés sur territoire neutre.

Chapitre III.

Des personnes neutres.

Art. 16. Sont considérés comme neutres les nationaux d'un État qui ne prend pas part à la guerre.

Art. 17. Un neutre ne peut pas se prévaloir de sa neutralité :

a. s'il commet des actes hostiles contre un belligérant ;

b. s'il commet des actes en faveur d'un belligérant, notamment s'il prend volontairement du service dans les rangs de la force armée de l'une des Parties.

En pareil cas, le neutre ne sera pas traité plus rigoureusement par le belligérant contre lequel il s'est départi de la neutralité que ne pourrait l'être, à raison du même fait, un national de l'autre État belligérant.

Art. 18. Ne seront pas considérés comme actes commis en faveur d'un des belligérants, dans le sens de l'article 17, lettre b :

a. les fournitures faites ou les emprunts consentis à l'un des belligérants, pourvu que le fournisseur ou le pré-

Macht ist in einem solchen Falle verpflichtet, die erforderlichen Sicherheits- und Aufsichtsmaßnahmen zu treffen.

Die der Gegenpartei angehörenden Verwundeten oder Kranken, die unter solchen Umständen von einem der Kriegführenden auf neutrales Gebiet gebracht werden, sind von der neutralen Macht derart zu bewachen, dass sie an den Kriegsunternehmungen nicht wieder teilnehmen können. Diese Macht hat die gleichen Verpflichtungen in Ansehung der ihr anvertrauten Verwundeten oder Kranken des anderen Heeres.

Art. 15. Das Genfer Abkommen gilt auch für die im neutralen Gebiet untergebrachten Kranken und Verwundeten.

III. Kapitel.

Neutrale Personen.

Art. 16. Als Neutrale sind anzusehen die Angehörigen eines an dem Kriege nicht beteiligten Staates.

Art. 17. Ein Neutraler kann sich auf seine Neutralität nicht berufen:

- a. wenn er feindliche Handlungen gegen einen Kriegführenden begeht;
- b. wenn er Handlungen zu gunsten eines Kriegführenden begeht, insbesondere, wenn er freiwillig Kriegsdienste in der bewaffneten Macht einer der Parteien nimmt.

In einem solchen Falle darf der Neutrale von dem Kriegführenden, dem gegenüber er die Neutralität ausser acht gelassen hat, nicht strenger behandelt werden, als ein Angehöriger des anderen kriegführenden Staates wegen der gleichen Tat behandelt werden kann.

Art. 18. Als Handlungen zu gunsten eines Kriegführenden im Sinne des Art. 17 b sind nicht anzusehen:

- a. die Übernahme von Lieferungen oder die Bewilligung von Darlehen an einen Kriegführenden, vorausgesetzt,

teur n'habite ni le territoire de l'autre Partie, ni le territoire occupé par elle, et que les fournitures ne proviennent pas de ces territoires;

- b. les services rendus en matière de police ou d'administration civile.

Chapitre IV.

Du matériel des chemins de fer.

Art. 19. Le matériel des chemins de fer provenant du territoire de Puissances neutres, qu'il appartienne à ces Puissances ou à des sociétés ou personnes privées, et reconnaissable comme tel, ne pourra être réquisitionné et utilisé par un belligérant que dans le cas et la mesure où l'exige une impérieuse nécessité. Il sera renvoyé aussitôt que possible dans le pays d'origine.

La Puissance neutre pourra de même, en cas de nécessité, retenir et utiliser, jusqu'à due concurrence, le matériel provenant du territoire de la Puissance belligérante.

Une indemnité sera payée de part et d'autre, en proportion du matériel utilisé et de la durée de l'utilisation.

Chapitre V.

Dispositions finales.

Art. 20. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 21. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

dass der Lieferant oder Darleiher weder im Gebiete der anderen Partei noch in dem von ihr besetzten Gebiete wohnt und dass auch die Lieferungen nicht aus diesen Gebieten herrühren;

- b. die Leistung von polizeilichen oder Zivilverwaltungsdiensten.

IV. Kapitel.

Eisenbahnmaterial.

Art. 19. Das aus dem Gebiet einer neutralen Macht herrührende Eisenbahnmaterial, das entweder dieser Macht oder Gesellschaften oder Privatpersonen gehört und als solches erkennbar ist, darf von einem Kriegführenden nur in dem Falle und in dem Masse, in dem eine gebieterische Notwendigkeit es verlangt, requiriert und benutzt werden. Es muss möglichst bald in das Herkunftsland zurückgesandt werden.

Desgleichen kann die neutrale Macht im Falle der Not das aus dem Gebiete der kriegführenden Macht herrührende Material in entsprechendem Umfange festhalten und benutzen.

Von der einen wie von der anderen Seite soll eine Entschädigung nach Verhältnis des benutzten Materials und der Dauer der Benutzung gezahlt werden.

V. Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Art. 20. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 21. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 22. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 23. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieure-

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 22. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 23. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung auf-

ment ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 24. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances, en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 25. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt des ratifications effectué en vertu de l'article 21, alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 22, alinéa 2) ou de dénonciation (article 24, alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

genommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 24. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekannt gibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 25. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 21, Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 22, Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 24, Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 7.

Originaltext.

Convention

relative

**au régime des navires de commerce ennemis au
début des hostilités.**

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Désireux de garantir la sécurité du commerce international contre les surprises de la guerre et voulant, conformément à la pratique moderne, protéger autant que possible, les opérations engagées de bonne foi et en cours d'exécution avant le début des hostilités;

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Anlage 7.

Übersetzung.

Abkommen

über

die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruche der Feindseligkeiten.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

von dem Wunsche erfüllt, den internationalen Handel gegen die Überraschungen des Krieges zu sichern, und gewillt, der neueren Übung gemäss soweit wie möglich Handelsunternehmungen zu schützen, die vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten in gutem Glauben eingegangen und in der Ausführung begriffen sind,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1^{er}. Lorsqu'un navire de commerce relevant d'une des Puissances belligérantes se trouve, au début des hostilités, dans un port ennemi, il est désirable qu'il lui soit permis de sortir librement, immédiatement ou après un délai de faveur suffisant, et de gagner directement, après avoir été muni d'un laissez-passer, son port de destination ou tel autre port qui lui sera désigné.

Il en est de même du navire ayant quitté son dernier port de départ avant le commencement de la guerre et entrant dans un port ennemi sans connaître les hostilités.

Art. 2. Le navire de commerce qui, par suite de circonstances de force majeure, n'aurait pu quitter le port ennemi pendant le délai visé à l'article précédent, ou auquel la sortie n'aurait pas été accordée, ne peut être confisqué.

Le belligérant peut seulement le saisir moyennant l'obligation de le restituer après la guerre sans indemnité, ou le réquisitionner moyennant indemnité.

Art. 3. Les navires de commerce ennemis, qui ont quitté leur dernier port de départ avant le commencement de la guerre et qui sont rencontrés en mer ignorants des hostilités, ne peuvent être confisqués. Ils sont seulement sujets à être saisis, moyennant l'obligation de les restituer après la guerre sans indemnité, ou à être réquisitionnés, ou même à être détruits, à charge d'indemnité et sous l'obligation de pourvoir à la sécurité des personnes ainsi qu'à la conservation des papiers de bord.

Après avoir touché à un port de leur pays ou à un port neutre, ces navires sont soumis aux lois et coutumes de la guerre maritime.

Art. 1. Befindet sich ein Kauffahrteischiff einer der kriegführenden Mächte beim Ausbruche der Feindseligkeiten in einem feindlichen Hafen, so ist es erwünscht, dass ihm gestattet wird, unverzüglich oder binnen einer ihm zu ver-gönnenden ausreichenden Frist frei auszulaufen und, mit einem Passierscheine versehen, unmittelbar seinen Bestimmungshafen oder einen sonstigen, ihm bezeichneten Hafen aufzusuchen.

Das gleiche gilt für ein Schiff, das seinen letzten Ab-fahrtshafen vor dem Beginne des Krieges verlassen hat und ohne Kenntnis der Feindseligkeiten einen feindlichen Hafen anläuft.

Art. 2. Ein Kauffahrteischiff, das infolge höherer Ge-walt den feindlichen Hafen nicht binnen der im vorstehen-
den Artikel erwähnten Frist hat verlassen können oder dem das Auslaufen nicht gestattet worden ist, darf nicht eingezogen werden.

Der Kriegführende darf es nur entweder unter der Verpflichtung, es nach dem Kriege ohne Entschädigung zurückzugeben, mit Beschlagnahme belegen oder gegen Entschädi-gung für sich requirieren.

Art. 3. Die feindlichen Kauffahrteischiffe, die ihren letzten Abfahrthafen vor dem Beginne des Krieges verlassen haben und in Unkenntnis der Feindseligkeiten auf See be-troffen werden, dürfen nicht eingezogen werden. Sie unter-liegen nur entweder der Beschlagnahme unter der Ver-pflichtung, dass sie nach dem Kriege ohne Entschädigung zurückgegeben werden, oder der Requisition oder selbst Zerstörung gegen Entschädigung und unter der Verpflichtung, dass für die Sicherheit der Personen und die Erhaltung der Schiffspapiere gesorgt wird.

Sobald diese Schiffe einen Hafen ihres Landes oder einen neutralen Hafen berührt haben, sind sie den Gesetzen und Gebräuchen des Seekriegs unterworfen.

Art. 4. Les marchandises ennemies se trouvant à bord des navires visés aux articles 1 et 2 sont également sujettes à être saisies et restituées après la guerre sans indemnité, ou à être réquisitionnées moyennant indemnité, conjointement avec le navire ou séparément.

Il en est de même des marchandises se trouvant à bord des navires visés à l'article 3.

Art. 5. La présente Convention ne vise pas les navires de commerce dont la construction indique qu'ils sont destinés à être transformés en bâtiments de guerre.

Art. 6. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 7. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratifications, sera immédiatement remise, par les soins du Gou-

Art. 4. Die feindlichen Waren, die sich an Bord der in den Art. 1 und 2 bezeichneten Schiffe befinden, unterliegen ebenfalls, zusammen mit dem Schiffe oder allein, entweder der Beschlagnahme, wobei sie nach dem Kriege ohne Entschädigung zurückzugeben sind, oder der Requisition gegen Entschädigung.

Das gleiche gilt für Waren, die sich an Bord der in Art. 3 bezeichneten Schiffe befinden.

Art. 5. Dieses Abkommen erstreckt sich nicht auf solche Kauffahrteischiffe, deren Bau ersehen lässt, dass sie zur Umwandlung in Kriegsschiffe bestimmt sind.

Art. 6. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 7. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten

vernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 8. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 9. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 10. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischen Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 8. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 9. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 10. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekannt gibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 11. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 7, alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 8, alinéa 2) ou de dénonciation (article 10, alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 11. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 7, Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 8, Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 10, Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Originaltext.

Convention

relative

à la transformation des navires de commerce en bâtiments de guerre.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Considérant qu'en vue de l'incorporation en temps de guerre de navires de la marine marchande dans les flottes de combat, il est désirable de définir les conditions dans lesquelles cette opération pourra être effectuée;

Que, toutefois, les Puissances contractantes n'ayant pu se mettre d'accord sur la question de savoir si la transformation d'un navire de commerce en bâtiment de guerre peut avoir lieu en pleine mer, il est entendu que la question du lieu de transformation reste hors de cause et n'est nullement visée par les règles ci-dessous;

Désirant conclure une Convention à cet effet, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Übersetzung.

Abkommen
über
die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

in der Erwägung, dass es im Hinblick auf die Einreihung von Schiffen der Handelsmarine in die Kriegsflotten zur Zeit eines Krieges wünschenswert ist, die Bedingungen festzustellen, unter denen eine solche Massregel vorgenommen werden kann,

dass jedoch in Ermangelung einer Einigung der Vertragsmächte darüber, ob die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe auf hoher See stattfinden darf, die Frage wegen des Ortes der Umwandlung bestehendem Einverständnisse zufolge ausser Betracht bleiben und durch die nachstehenden Regeln in keiner Weise berührt werden soll,

von dem Wunsche geleitet, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu schliessen, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1^{er}. Aucun navire de commerce transformé en bâtiment de guerre ne peut avoir les droits et les obligations attachés à cette qualité, s'il n'est placé sous l'autorité directe, le contrôle immédiat et la responsabilité de la Puissance dont il porte le pavillon.

Art. 2. Les navires de commerce transformés en bâtiments de guerre doivent porter les signes extérieurs distinctifs des bâtiments de guerre de leur nationalité.

Art. 3. Le commandant doit être au service de l'Etat et dûment commissionné par les autorités compétentes. Son nom doit figurer sur la liste des officiers de la flotte militaire.

Art. 4. L'équipage doit être soumis aux règles de la discipline militaire.

Art. 5. Tout navire de commerce transformé en bâtiment de guerre est tenu d'observer, dans ses opérations, les lois et coutumes de la guerre.

Art. 6. Le belligérant qui transforme un navire de commerce en bâtiment de guerre, doit, le plus tôt possible, mentionner cette transformation sur la liste des bâtiments de sa flotte militaire.

Art. 7. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 8. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Kein Kauffahrteischiff, das in ein Kriegsschiff umgewandelt ist, hat die mit dieser Eigenschaft verbundenen Rechte und Verpflichtungen, wenn es nicht dem direkten Befehle, der unmittelbaren Aufsicht und der Verantwortlichkeit der Macht, deren Flagge es führt, unterstellt ist.

Art. 2. Die in Kriegsschiffe umgewandelten Kauffahrteischiffe müssen die äusseren Abzeichen der Kriegsschiffe ihres Heimatlandes tragen.

Art. 3. Der Befehlshaber muss im Staatsdienste stehen und von der zuständigen Staatsgewalt ordnungsmässig bestellt sein. Sein Name muss in der Rangliste der Kriegsmarine stehen.

Art. 4. Die Mannschaft muss den Regeln der militärischen Disziplin unterworfen sein.

Art. 5. Jedes in ein Kriegsschiff umgewandelte Kauffahrteischiff hat bei seinen Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges zu beobachten.

Art. 6. Der Kriegführende, der ein Kauffahrteischiff in ein Kriegsschiff umwandelt, muss diese Umwandlung möglichst bald auf der Liste seiner Kriegsschiffe vermerken.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 8. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 9. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 10. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notifi-

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen, sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten, sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 9. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 10. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder

cation de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 11. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 12. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Étrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 8 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 9 alinéa 2) ou de dénonciation (article 11 alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas, et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 11. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 12. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Artikel 8, Absatz 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Artikel 9, Absatz 2) oder von der Kündigung (Artikel 11, Absatz 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll, und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 9.Originaltext.

Convention
relative
**à la pose de mines sous-marines automatiques
de contact.**

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

S'inspirant du principe de la liberté des voies maritimes, ouvertes à toutes les nations;

Considérant que, si dans l'état actuel des choses, on ne peut interdire l'emploi de mines sous-marines automatiques de contact, il importe d'en limiter et réglementer l'usage, afin de restreindre les rigueurs de la guerre et de donner, autant que faire se peut, à la navigation pacifique la sécurité à laquelle elle a droit de prétendre, malgré l'existence d'une guerre;

En attendant qu'il soit possible de régler la matière d'une façon qui donne aux intérêts engagés toutes les garanties désirables;

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires..)

Übersetzung.

Abkommen

über

die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit der Seestrassen, die allen Nationen offenstehen,

in der Erwägung, dass wenn bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Verwendung unterseeischer selbsttätiger Kontaktminen nicht untersagt werden kann, es doch von Wert ist, ihren Gebrauch einzuschränken und zu regeln, um die Härten des Krieges zu mildern und soweit wie möglich der friedlichen Schifffahrt diejenige Sicherheit zu gewähren, auf welche sie auch bei bestehendem Kriege Anspruch hat,

in Erwartung der Zeit, wo es möglich sein wird, den Gegenstand in einer Art zu regeln, die den davon berührten Interessen jede wünschenswerte Gewähr bietet,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Art. 1^{er}. Il est interdit :

- 1° de placer des mines automatiques de contact non amarrées, à moins qu'elles ne soient construites de manière à devenir inoffensives une heure au maximum après que celui qui les a placées en aura perdu le contrôle ;
- 2° de placer des mines automatiques de contact amarrées, qui ne deviennent pas inoffensives dès qu'elles auront rompu leurs amarres ;
- 3° d'employer des torpilles, qui ne deviennent pas inoffensives lorsqu'elles auront manqué leur but.

Art. 2. Il est interdit de placer des mines automatiques de contact devant les côtes et les ports de l'adversaire, dans le seul but d'intercepter la navigation de commerce.

Art. 3. Lorsque des mines automatiques de contact amarrées sont employées, toutes les précautions possibles doivent être prises pour la sécurité de la navigation pacifique.

Les belligérants s'engagent à pourvoir, dans la mesure du possible, à ce que ces mines deviennent inoffensives après un laps de temps limité, et, dans le cas où elles cesseraient d'être surveillées, à signaler les régions dangereuses, aussitôt que les exigences militaires le permettront, par un avis à la navigation, qui devra être aussi communiqué aux Gouvernements par la voie diplomatique.

Art. 4. Toute Puissance neutre qui place des mines automatiques de contact devant ses côtes, doit observer les

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Es ist untersagt:

1. unverankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, ausser wenn diese so eingerichtet sind, dass sie spätestens eine Stunde, nachdem der sie Legende die Aufsicht über sie verloren hat, unschädlich werden;
2. verankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, wenn diese nicht unschädlich werden, sobald sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;
3. Torpedos zu verwenden, wenn diese nicht unschädlich werden, nachdem sie ihr Ziel verfehlt haben.

Art. 2. Es ist untersagt, vor den Küsten und Häfen des Gegners selbsttätige Kontaktminen zu legen zu dem alleinigen Zwecke, die Handelsschifffahrt zu unterbinden.

Art. 3. Bei der Verwendung von verankerten selbsttätigen Kontaktminen sind für die Sicherheit der friedlichen Schifffahrt alle möglichen Vorsichtsmassregeln zu treffen.

Die Kriegführenden verpflichten sich, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass diese Minen nach Ablauf eines begrenzten Zeitraums unschädlich werden; auch verpflichten sie sich, falls ihre Überwachung aufhört, die gefährlichen Gegenden den Schifffahrtskreisen, sobald es die militärischen Rücksichten gestatten, durch eine Bekanntmachung zu bezeichnen, die auch den Regierungen auf diplomatischem Wege mitzuteilen ist.

Art. 4. Jede neutrale Macht, die vor ihren Küsten selbsttätige Kontaktminen legt, soll dieselben Regeln beob-

mêmes règles et prendre les mêmes précautions que celles qui sont imposées aux belligérants.

La Puissance neutre doit faire connaître à la navigation, par un avis préalable, les régions où seront mouillées des mines automatiques de contact. Cet avis devra être communiqué d'urgence aux Gouvernements par voie diplomatique.

Art. 5. A la fin de la guerre, les Puissances contractantes s'engagent à faire tout ce qui dépend d'elles pour enlever, chacune de son côté, les mines qu'elles ont placées.

Quant aux mines automatiques de contact amarrées, que l'un des belligérants aurait posées le long des côtes de l'autre, l'emplacement en sera notifié à l'autre partie par la Puissance qui les a posées et chaque Puissance devra procéder dans le plus bref délai à l'enlèvement des mines qui se trouvent dans ses eaux.

Art. 6. Les Puissances contractantes, qui ne disposent pas encore de mines perfectionnées telles qu'elles sont prévues dans la présente Convention, et qui, par conséquent, ne sauraient actuellement se conformer aux règles établies dans les art. 1 et 3, s'engagent à transformer, aussitôt que possible, leur matériel de mines, afin qu'il réponde aux prescriptions susmentionnées.

Art. 7. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 8. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

achten und dieselben Vorsichtsmassregeln treffen, wie sie den Kriegführenden zur Pflicht gemacht sind.

Die neutrale Macht muss durch eine vorgängige Bekanntmachung die Gegenden, wo selbsttätige Kontaktminen gelegt werden sollen, zur Kenntnis der Schifffahrtskreise bringen. Diese Bekanntmachung soll den Regierungen schleunigst auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden.

Art. 5. Die Vertragsmächte verpflichten sich, nach Beendigung des Krieges alles, was an ihnen liegt zu tun, um, jede auf ihrer Seite, die gelegten Minen zu beseitigen.

Was die verankerten selbsttätigen Kontaktminen betrifft, welche einer der Kriegführenden längs den Küsten des anderen gelegt hat, so soll deren Lage von derjenigen Macht, die sie gelegt hat, der andern Partei mitgeteilt werden, und jede Macht soll in kürzester Frist zur Beseitigung der in ihren Gewässern befindlichen Minen schreiten.

Art. 6. Die Vertragsmächte, die noch nicht über vervollkommnete Minen, so wie sie dieses Abkommen vorsieht, verfügen und mithin zur Zeit die in den Artikeln 1 und 3 aufgestellten Regeln nicht befolgen können, verpflichten sich, ihr Minenmaterial möglichst bald umzugestalten, damit es den erwähnten Vorschriften entspricht.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 8. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 9. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 10. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ulté-

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifizierungsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den andern Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 9. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 10. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung auf-

riurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 11. La présente Convention aura une durée de sept ans à partir du sixantième jour après la date du premier dépôt de ratifications.

Sauf dénonciation, elle continuera d'être en vigueur après l'expiration de ce délai.

La dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les Puissances, en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et six mois après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 12. Les Puissances contractantes s'engagent à reprendre la question de l'emploi des mines automatiques de contact six mois avant l'expiration du terme prévu par l'alinéa premier de l'article précédent, au cas où elle n'aurait pas été reprise et résolue à une date antérieure par la Troisième Conférence de la Paix.

Si les Puissances contractantes concluent une nouvelle Convention relative à l'emploi des mines, dès son entrée en vigueur la présente Convention cessera d'être applicable.

Art. 13. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'art. 8 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifi-

genommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 11. Dieses Abkommen gilt für die Dauer von sieben Jahren, gerechnet vom sechzigsten Tage nach dem Tage der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden.

In Ermangelung einer Kündigung bleibt es nach dem Ablaufe dieser Frist weiter in Kraft.

Die Kündigung soll schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst sechs Monate, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 12. Die Vertragsmächte verpflichten sich, die Frage der Verwendung selbsttätiger Kontaktminen sechs Monate vor dem Ablaufe der im ersten Absatze des vorstehenden Artikels vorgesehenen Frist wieder aufzunehmen, falls sie nicht vorher von der dritten Friedenskonferenz wieder aufgenommen und gelöst worden ist.

Sollten die Vertragsmächte ein neues Abkommen über die Verwendung von Minen schliessen, so verliert, sobald dieses in Kraft tritt, das vorliegende Abkommen seine Gültigkeit.

Art. 13. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 8, Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem

cations d'adhésion (art. 9 alinéa 2) ou de dénonciation (art. 11 alinéa 3).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 9, Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 11, Abs. 3) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

(Originaltext.)

Convention

concernant

le bombardement par des forces navales en temps de guerre.

(Indication des Souverains, Chef d'Etat et Gouvernements.)

Animés du désir de réaliser le vœu exprimé par la Première Conférence de la Paix, concernant le bombardement, par des forces navales, de ports, villes et villages, non défendus;

Considérant qu'il importe de soumettre les bombardements par des forces navales à des dispositions générales qui garantissent les droits des habitants et assurent la conservation des principaux édifices, en étendant à cette opération de guerre, dans la mesure du possible, les principes du Règlement de 1899 sur les lois et coutumes de la guerre sur terre;

S'inspirant ainsi du désir de servir les intérêts de l'humanité et de diminuer les rigueurs et les désastres de la guerre;

Anlage 10.

(Übersetzung.)

Abkommen

betreffend

**die Beschiessung durch Seestreitkräfte in
Kriegszeiten.**

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

Von dem Bestreben beseelt, den von der ersten Friedenskonferenz in Ansehung der Beschiessung unverteidigter Häfen, Städte und Dörfer durch Seestreitkräfte ausgesprochenen Wunsch zu verwirklichen,

in der Erwägung, dass es von Wert ist, die Beschiessung durch Seestreitkräfte allgemeinen Bestimmungen, welche die Rechte der Einwohner gewährleisten und die Erhaltung der hauptsächlichsten Bauten sichern, zu unterwerfen, indem auf diese Kriegsunternehmung soweit wie möglich die Grundsätze der Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs von 1899 ausgedehnt werden,

demgemäss von dem Wunsche ausgehend, den Interessen der Menschlichkeit zu dienen und die Härten und das Unheil des Krieges zu mildern, °

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont, en conséquence, nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Chapitre I^{er}.

Du bombardement des ports, villes, villages, habitations ou bâtiments non défendus.

Art. 1^{er}. Il est interdit de bombarder, par des forces navales, des ports, villes, villages, habitations ou bâtiments, qui ne sont pas défendus.

Une localité ne peut pas être bombardée à raison du seul fait que, devant son port, se trouvent mouillées des mines sous-marines automatiques de contact.

Art. 2. Toutefois, ne sont pas compris dans cette interdiction les ouvrages militaires, établissements militaires ou navals, dépôts d'armes ou de matériel de guerre, ateliers et installations propres à être utilisés pour les besoins de la flotte ou de l'armée ennemie, et les navires de guerre se trouvant dans le port. Le commandant d'une force navale pourra, après sommation avec délai raisonnable, les détruire par le canon, si tout autre moyen est impossible et lorsque les autorités locales n'auront pas procédé à cette destruction dans le délai fixé.

Il n'encourt aucune responsabilité dans ce cas pour les dommages involontaires, qui pourraient être occasionnés par le bombardement.

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen, und haben demzufolge zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

I. Kapitel.

Beschiessung unverteidigter Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude.

Art. 1. Es ist untersagt, unverteidigte Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude durch Seestreitkräfte zu beschliessen.

Eine Ortschaft darf nicht aus dem Grunde allein beschossen werden, weil vor ihrem Hafen unterseeische selbsttätige Kontaktminen gelegt sind.

Art. 2. In diesem Verbote sind jedoch nicht einbezogen militärische Werke, Militär- oder Marineanlagen, Niederlagen von Waffen oder von Kriegsmaterial, Werkstätten und Einrichtungen, die für die Bedürfnisse der feindlichen Flotte oder des feindlichen Heeres nutzbar gemacht werden können, sowie im Hafen befindliche Kriegsschiffe. Der Befehlshaber einer Seestreitmacht kann sie nach Aufforderung mit angemessener Frist durch Geschützfeuer zerstören, wenn jedes andere Mittel ausgeschlossen ist und die Ortsbehörden nicht innerhalb der gestellten Frist zu der Zerstörung geschritten sind.

Ihn trifft in diesem Falle keine Verantwortung für den nicht beabsichtigten Schaden, der durch die Beschiessung etwa verursacht worden ist.

Si des nécessités militaires, exigeant une action immédiate, ne permettraient pas d'accorder de délai, il reste entendu que l'interdiction de bombarder la ville non défendue subsiste comme dans le cas énoncé dans l'alinéa 1 et que le commandant prendra toutes les dispositions voulues pour qu'il en résulte pour cette ville le moins d'inconvénients possible.

Art. 3. Il peut, après notification expresse, être procédé au bombardement des ports, villes, villages, habitations ou bâtiments non défendus, si les autorités locales, mises en demeure par une sommation formelle, refusent d'obtempérer à des réquisitions de vivres ou d'approvisionnements nécessaires au besoin présent de la force navale qui se trouve devant la localité.

Ces réquisitions seront en rapport avec les ressources de la localité. Elles ne seront réclamées qu'avec l'autorisation du commandant de ladite force navale et elles seront, autant que possible, payées au comptant; sinon elles seront constatées par des reçus.

Art. 4. Est interdit le bombardement, pour le non-paiement des contributions en argent, des ports, villes, villages, habitations ou bâtiments, non défendus.

Chapitre II.

Dispositions générales.

Art. 5. Dans le bombardement par des forces navales, toutes les mesures nécessaires doivent être prises par le commandant pour épargner, autant que possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences et à la bienfaisance, les monuments historiques, les hôpitaux et les lieux de rassemblement de malades ou de blessés, à condition

Wenn zwingende militärische Gründe, die ein sofortiges Handeln erfordern, die Bewilligung einer Frist nicht gestatten, so versteht es sich, dass das Verbot der Beschiessung der unverteidigten Stadt ebenso wie im Falle des Abs. 1 bestehen bleibt und dass der Befehlshaber alle erforderlichen Anordnungen zu treffen hat, damit daraus für die Stadt möglichst wenig Nachteile entstehen.

Art. 3. Nach ausdrücklicher Ankündigung kann zur Beschiessung unverteidigter Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten und Gebäude geschritten werden, wenn die Ortsbehörde, nachdem sie durch eine förmliche Aufforderung in Verzug gesetzt ist, sich weigert, einer Anforderung von Lebensmitteln oder Vorräten nachzukommen, die für das augenblickliche Bedürfnis der vor der Ortschaft liegenden Seestreitmacht benötigt werden.

Die angeforderten Leistungen müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen der Ortschaft stehen. Sie sollen nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der Seestreitmacht gefordert und soviel wie möglich bar bezahlt werden; andernfalls sind dafür Empfangsbescheinigungen auszustellen.

Art. 4. Es ist untersagt, unverteidigte Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten und Gebäude zu beschiessen, weil sie Auflagen in Geld nicht bezahlt haben.

II. Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 5. Bei der Beschiessung durch Seestreitkräfte sollen von dem Befehlshaber alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke oder Verwundete soviel wie

qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire.

Le devoir des habitants est de désigner ces monuments, ces édifices ou lieux de rassemblement, par des signes visibles, qui consisteront en grands panneaux rectangulaires rigides, partagés, suivant une des diagonales, en deux triangles de couleur noire en haut et blanche en bas.

Art. 6. Sauf le cas où les exigences militaires ne le permettraient pas, le commandant de la force navale assaillante doit, avant d'entreprendre le bombardement, faire tout ce qui dépend de lui pour avertir les autorités.

Art. 7. Il est interdit de livrer au pillage une ville ou localité même prise d'assaut.

Chapitre III.

Dispositions finales.

Art. 8. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 9. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 10. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 11. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 12. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée con-

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten, sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 10. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 11. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 12. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen

forme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 13. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 9 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 10, alinéa 2) ou de dénonciation (article 12, alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 13. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 9 Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 10 Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 12 Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften zu versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 11.

(Originaltext.)

Convention

pour

l'adaptation de la guerre maritime des principes de la Convention de Genève.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Egalement animés du désir de diminuer, autant qu'il dépend d'eux, les maux inséparables de la guerre;

Et voulant, dans ce but, adapter à la guerre maritime les principes de la Convention de Genève du 6 juillet 1906;

Ont résolu de conclure une Convention à l'effet de réviser la Convention du 29 juillet 1899 relative à la même matière et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Anlage 11.

(Übersetzung.)

Abkommen

betreffend

**die Anwendung der Grundsätze des Genfer
Abkommens auf den Seekrieg.**

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

gleichermassen von dem Wunsche beseelt, soviel an ihnen liegt, die vom Kriege unzertrennlichen Leiden zu mildern,

und in der Absicht, zu diesem Zwecke die Grundsätze des Genfer Abkommens vom 6. Juli 1906 auf den Seekrieg zur Anwendung zu bringen,

haben beschlossen, ein Abkommen zu treffen, um das denselben Gegenstand behandelnde Abkommen vom 29. Juli 1899 zu verbessern, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Les bâtiments-hôpitaux militaires, c'est-à-dire les bâtiments construits ou aménagés par les États spécialement et uniquement en vue de porter secours aux blessés, malades et naufragés, et dont les noms auront été communiqués, à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tout cas avant toute mise en usage, aux Puissances belligérantes, sont respectés et ne peuvent être capturés pendant la durée des hostilités.

Ces bâtiments ne sont pas non plus assimilés aux navires de guerre au point de vue de leur séjour dans un port neutre.

Art. 2. Les bâtiments hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des sociétés de secours officiellement reconnues, sont également respectés et exempts de capture, si la Puissance belligérante, dont ils dépendent, leur a donné une commission officielle et en a notifié les noms à la Puissance adverse à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tout cas avant toute mise en usage.

Ces navires doivent être porteurs d'un document de l'autorité compétente déclarant qu'ils ont été soumis à son contrôle pendant leur armement et à leur départ final.

Art. 3. Les bâtiments hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des sociétés officiellement reconnues de pays neutres, sont respectés et exempts de capture, à condition qu'ils se soient mis sous la direction de l'un des belligérants, avec l'assentiment préalable de leur propre Gouvernement et avec l'autorisation du belligérant lui-même et que ce dernier en ait

Art. 1. Die militärischen Lazarettschiffe, das heisst die Schiffe, die vom Staate einzig und allein erbaut oder eingerichtet worden sind, um den Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen Hilfe zu bringen, und deren Namen beim Beginn oder im Verlaufe der Feindseligkeiten, jedenfalls aber vor irgendwelcher Verwendung, den kriegführenden Mächten mitgeteilt werden, sind zu schonen und dürfen während der Dauer der Feindseligkeiten nicht weggenommen werden.

Auch dürfen diese Schiffe bei einem Aufenthalt in neutralen Häfen nicht als Kriegsschiffe behandelt werden.

Art. 2. Lazarettschiffe, die ganz oder zum Teile auf Kosten von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften ausgerüstet worden sind, sind ebenfalls zu schonen und von der Wegnahme ausgeschlossen, sofern die kriegführende Macht, der sie angehören, eine amtliche Bescheinigung für sie ausgestellt und ihre Namen dem Gegner beim Beginn oder im Verlaufe der Feindseligkeiten, jedenfalls aber vor irgendwelcher Verwendung, bekanntgemacht hat.

Diese Schiffe müssen eine Bescheinigung der zuständigen Behörde darüber bei sich führen, dass sie sich während der Ausrüstung und beim Auslaufen unter ihrer Aufsicht befinden haben.

Art. 3. Lazarettschiffe, die ganz oder zum Teile auf Kosten von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften neutraler Staaten ausgerüstet worden sind, sind zu schonen und von der Wegnahme ausgeschlossen unter der Bedingung, dass sie sich der Leitung eines der Kriegführenden mit vorgängiger Einwilligung ihrer eigenen Regierung und mit Ermächtigung des Kriegführenden selbst

notifié le nom à son adversaire dès l'ouverture ou dans le cours des hostilités, en tout cas avant tout emploi.

Art. 4. Les bâtiments qui sont mentionnés dans les articles 1, 2 et 3, porteront secours et assistance aux blessés, malades et naufragés des belligérants sans distinction de nationalité.

Les Gouvernements s'engagent à n'utiliser ces bâtiments pour aucun but militaire.

Ces bâtiments ne devront gêner en aucune manière les mouvements des combattants.

Pendant et après le combat, ils agiront à leurs risques et périls.

Les belligérants auront sur eux le droit de contrôle et de visite; ils pourront refuser leur concours, leur enjoindre de s'éloigner, leur imposer une direction déterminée et mettre à bord un commissaire, même le détenir, si la gravité des circonstances l'exigeait.

Autant que possible, les belligérants inscriront sur le journal de bord des bâtiments hospitaliers les ordres qu'ils leur donneront.

Art. 5. Les bâtiments-hôpitaux militaires seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale verte d'un mètre et demi de largeur environ.

Les bâtiments qui sont mentionnés dans les articles 2 et 3, seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale rouge d'un mètre et demi de largeur environ.

Les embarcations des bâtiments qui viennent d'être mentionnés, comme les petits bâtiments qui pourront être affectés au service hospitalier, se distingueront par une peinture analogue.

unterstellt haben und dass dieser ihren Namen zu Beginn oder im Verlaufe der Feindseligkeiten, jedenfalls aber vor irgendwelcher Verwendung, dem Gegner bekanntgemacht hat.

Art. 4. Die in den Artikeln 1, 2, 3 bezeichneten Schiffe sollen den Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Kriegführenden ohne Unterschied der Nationalität Hilfe und Beistand gewähren.

Die Regierungen verpflichten sich, diese Schiffe zu keinerlei militärischen Zwecken zu benutzen.

Diese Schiffe dürfen in keiner Weise die Bewegungen der Kriegsschiffe behindern.

Während des Kampfes und nach dem Kampfe handeln sie auf ihre eigene Gefahr.

Die Kriegführenden üben über sie ein Aufsichts- und Durchsuchungsrecht aus; sie können ihre Hilfe ablehnen, ihnen befehlen, sich zu entfernen, ihnen eine bestimmte Fahrtrichtung vorschreiben, einen Kommissar an Bord geben und sie auch zurückhalten, wenn besonders erhebliche Umstände es erfordern.

Die Kriegführenden sollen die den Lazarettschiffen gegebenen Befehle soweit wie möglich in deren Schiffstagebuch eintragen.

Art. 5. Die militärischen Lazarettschiffe sind kenntlich zu machen durch einen äusseren weissen Anstrich mit einem wagerecht laufenden, etwa anderthalb Meter breiten grünen Streifen.

Die in den Artikeln 2 und 3 bezeichneten Schiffe sind kenntlich zu machen durch einen äusseren weissen Anstrich mit einem wagerecht laufenden, etwa anderthalb Meter breiten roten Streifen.

Die Boote dieser Schiffe sowie die kleinen, zum Lazarett-dienste verwendeten Fahrzeuge müssen durch einen ähnlichen Anstrich kenntlich gemacht sein.

Tous les bâtiments hospitaliers se feront reconnaître en hissant, avec leur pavillon national, le pavillon blanc à croix-rouge prévu par la Convention de Genève et, en outre, s'ils ressortissent à un Etat neutre, en arborant au grand mât le pavillon national du belligérant sous la direction duquel ils se sont placés.

Les bâtiments hospitaliers qui, dans les termes de l'article 4, sont détenus par l'ennemi, auront à rentrer le pavillon national du belligérant dont ils relèvent.

Les bâtiments et embarcations ci-dessus mentionnés, qui veulent s'assurer la nuit le respect auquel ils ont droit, ont, avec l'assentiment du belligérant qu'ils accompagnent, à prendre les mesures nécessaires pour que la peinture qui les caractérise soit suffisamment apparente.

Art. 6. Les signes distinctifs prévus à l'art. 5 ne pourront être employés, soit en temps de paix, soit en temps de guerre, que pour protéger ou désigner les bâtiments qui y sont mentionnés.

Art. 7. Dans le cas d'un combat à bord d'un vaisseau de guerre, les infirmeries seront respectées et ménagées autant que faire se pourra.

Ces infirmeries et leur matériel demeurent soumis aux lois de la guerre, mais ne pourront être détournés de leur emploi, tant qu'ils seront nécessaires aux blessés et malades.

Toutefois, le commandant qui les a en son pouvoir, a la faculté d'en disposer, en cas de nécessité militaire importante, en assurant au préalable le sort des blessés et malades qui s'y trouvent.

Art. 8. La protection due aux bâtiments hospitaliers et aux infirmeries des vaisseaux cesse, si l'on en use pour commettre des actes nuisibles à l'ennemi.

Alle Lazarettsschiffe sollen sich dadurch erkennbar machen, dass sie neben der Nationalflagge die in dem Genfer Abkommen vorgesehene weisse Flagge mit dem roten Kreuze und ausserdem, sofern sie einem neutralen Staate angehören, am Hauptmaste die Nationalflagge des Kriegführenden, dessen Leitung sie sich unterstellt haben, hissen.

Lazarettsschiffe, die gemäss Artikel 4 vom Feinde zurückgehalten werden, haben die Nationalflagge des Kriegführenden, dem sie unterstellt sind, niederzuziehen.

Wollen sich die vorstehend erwähnten Schiffe und Boote auch während der Nacht den ihnen gebührenden Schutz sichern, so haben sie mit Genehmigung des Kriegführenden, den sie begleiten, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit der sie kenntlich machende Anstrich genügend sichtbar ist.

Art. 6. Die im Artikel 5 vorgesehenen Abzeichen sollen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten nur zum Schutze und zur Bezeichnung der dort erwähnten Schiffe gebraucht werden.

Art. 7. Im Falle eines Kampfes an Bord eines Kriegsschiffs sollen die Lazarette tunlichst geachtet und geschont werden.

Diese Lazarette und ihre Ausrüstung bleiben den Kriegsgesetzen unterworfen, dürfen aber ihrer Bestimmung nicht entzogen werden, solange sie für Verwundete und Kranke erforderlich sind.

Gleichwohl kann der Befehlshaber, der sie in seiner Gewalt hat, im Falle wichtiger militärischer Notwendigkeit, darüber verfügen, wenn er zuvor die darin befindlichen Verwundeten und Kranken in Sicherheit gebracht hat.

Art. 8. Der den Lazarettsschiffen und Schiffslazaretten gebührende Schutz hört auf, wenn sie dazu verwendet werden, dem Feinde zu schaden.

N'est pas considéré comme étant de nature à justifier le retrait de la protection le fait que le personnel de ces bâtiments et infirmeries est armé pour le maintien de l'ordre et pour la défense des blessés ou malades, ainsi que le fait de la présence à bord d'une installation radio-télégraphique.

Art. 9. Les belligérants pourront faire appel au zèle charitable des commandants de bâtiments de commerce, yachts ou embarcations neutres, pour prendre à bord et soigner des blessés ou des malades.

Les bâtiments qui auront répondu à cet appel ainsi que ceux qui spontanément auront recueilli des blessés, des malades ou des naufragés, jouiront d'une protection spéciale et de certaines immunités. En aucun cas, ils ne pourront être capturés pour le fait d'un tel transport; mais, sauf les promesses qui leur auraient été faites, ils restent exposés à la capture pour les violations de neutralité qu'ils pourraient avoir commises.

Art. 10. Le personnel religieux, médical et hospitalier de tout bâtiment capturé est inviolable et ne peut être fait prisonnier de guerre. Il emporte, en quittant le navire, les objets et les instruments de chirurgie qui sont sa propriété particulière.

Ce personnel continuera à remplir ses fonctions tant que cela sera nécessaire et il pourra ensuite se retirer, lorsque le commandant en chef le jugera possible.

Les belligérants doivent assurer à ce personnel tombé entre leurs mains, les mêmes allocations et la même solde qu'au personnel des mêmes grades de leur propre marine.

Diese Schiffe und Lazarette gehen des Schutzes nicht verlustig, wenn ihr Personal zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verteidigung der Verwundeten oder Kranken bewaffnet ist, oder wenn sich eine funkentelegraphische Einrichtung an Bord befindet.

Art. 9. Die Kriegführenden können den Wohltätigkeitssinn der Führer neutraler Kauffahrteischiffe, Jachten oder Boote anrufen, damit sie Verwundete oder Kranke an Bord nehmen und versorgen.

Fahrzeuge, die diesem Aufrufe nachkommen, oder die unaufgefordert Verwundete, Kranke oder Schiffbrüchige aufgenommen haben, geniessen einen besondern Schutz und gewisse Vergünstigungen. In keinem Falle können sie wegen einer solchen Beförderung weggenommen werden; sie bleiben jedoch, sofern ihnen nicht ein anderes versprochen ist, im Falle von Neutralitätsverletzungen, deren sie sich etwa schuldig gemacht haben, der Wegnahme ausgesetzt.

Art. 10. Das geistliche, ärztliche und Lazarottpersonal weggenommener Schiffe ist unverletzlich und kann nicht kriegsgefangen gemacht werden. Es ist berechtigt, beim Verlassen des Schiffes die Gegenstände und chirurgischen Instrumente, die sein Privateigentum sind, mit sich zu nehmen.

Es soll jedoch seine Dienste so lange weiter leisten, als es notwendig erscheint, und kann sich erst dann zurückziehen, wenn der oberste Befehlshaber es für zulässig erklärt.

Die Kriegführenden sind verpflichtet, diesem Personale, wenn es in ihre Hände fällt, dieselben Bezüge und dieselbe Löhnung zuzusichern wie dem Personale gleichen Dienstgrads der eigenen Marine.

Art. 11. Les marins et les militaires embarqués et les autres personnes officiellement attachées aux marines ou aux armées, blessés ou malades, à quelque nation qu'ils appartiennent, seront respectés et soignés par les capteurs.

Art. 12. Tout vaisseau de guerre d'une Partie belligérante peut réclamer la remise des blessés, malades ou naufragés, qui sont à bord de bâtiments-hôpitaux militaires, de bâtiments hospitaliers de société de secours ou de particuliers, de navires de commerce, yachts et embarcations, quelle que soit la nationalité de ces bâtiments.

Art. 13. Si des blessés, malades ou naufragés sont recueillis à bord d'un vaisseau de guerre neutre, il devra être pourvu, dans la mesure du possible, à ce qu'ils ne puissent pas de nouveau prendre part aux opérations de la guerre.

Art. 14. Sont prisonniers de guerre les naufragés, blessés ou malades, d'un belligérant qui tombent au pouvoir de l'autre. Il appartient à celui-ci de décider, suivant les circonstances, s'il convient de les garder, de les diriger sur un port de sa nation, sur un port neutre ou même sur un port de l'adversaire. Dans ce dernier cas, les prisonniers ainsi rendus à leur pays ne pourront servir pendant la durée de la guerre.

Art. 15. Les naufragés, blessés ou malades, qui sont débarqués dans un port neutre, du consentement de l'autorité locale, devront, à moins d'un arrangement contraire de l'Etat neutre avec les Etats belligérants, être gardés par l'Etat neutre de manière qu'ils ne puissent pas de nouveau prendre part aux opérations de la guerre.

Art. 11. Die an Bord befindlichen Marine- und Militärpersonen sowie andere den Marinen oder Heeren dienstlich beigegebene Personen sollen, sofern sie verwundet oder krank sind, von dem, der das Schiff nimmt, ohne Unterschied der Nationalität geschont und gepflegt werden.

Art. 12. Jedes Kriegsschiff einer Kriegspartei kann die Herausgabe der Verwundeten, Kranken oder Schiffbrüchigen verlangen, die sich an Bord von militärischen Lazaretttschiffen, Lazaretttschiffen einer Hilfsgesellschaft oder einer Privatperson, von Kauffahrteischiffen, Jachten und Booten befinden, welches auch die Nationalität dieser Fahrzeuge sei.

Art. 13. Wenn ein neutrales Kriegsschiff Verwundete, Kranke oder Schiffbrüchige an Bord genommen hat, so muss soweit wie möglich dafür gesorgt werden, dass diese nicht wieder an den Kriegsunternehmungen teilnehmen können.

Art. 14. Schiffbrüchige, Verwundete oder Kranke eines Kriegführenden sind Kriegsgefangene, wenn sie in die Gewalt des anderen Kriegführenden fallen. Es bleibt diesem überlassen, den Umständen nach darüber zu befinden, ob sie festzuhalten oder ob sie nach einem Hafen seiner Nation, nach einem neutralen Hafen oder selbst nach einem Hafen des Gegners befördert werden sollen. Im letzteren Falle dürfen die so in ihre Heimat entlassenen Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges nicht mehr dienen.

Art. 15. Schiffbrüchige, Verwundete oder Kranke, die mit Genehmigung der Ortsbehörde in einem neutralen Hafen ausgeschifft worden sind, sollen, sofern nicht zwischen dem neutralen Staate und den kriegführenden Staaten ein anderes vereinbart ist, durch den neutralen Staat derart bewacht werden, dass sie nicht wieder an den Kriegsunternehmungen teilnehmen können.

Les frais d'hospitalisation et d'internement seront supportés par l'Etat dont relèvent les naufragés, blessés ou malades.

Art. 16. Après chaque combat, les deux Parties belligérantes, en tant que les intérêts militaires le comportent, prendront des mesures pour rechercher les naufragés, les blessés et les malades et pour les faire protéger, ainsi que les morts, contre le pillage et les mauvais traitements.

Elles veilleront à ce que l'inhumation, l'immersion ou l'incinération des morts soit précédée d'un examen attentif de leurs cadavres.

Art. 17. Chaque belligérant enverra, dès qu'il sera possible, aux autorités de leur pays, de leur marine ou de leur armée, les marques ou pièces militaires d'identité trouvées sur les morts et l'état nominatif des blessés ou malades recueillis par lui.

Les belligérants se tiendront réciproquement au courant des internements et des mutations, ainsi que des entrées dans les hôpitaux et des décès survenus parmi les blessés et malades en leur pouvoir. Ils recueilleront tous les objets d'un usage personnel, valeurs, lettres, etc., qui seront trouvés dans les vaisseaux capturés, ou délaissés par les blessés ou malades décédés dans les hôpitaux, pour les faire transmettre aux intéressés par les autorités de leur pays.

Art. 18. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Die Kosten der Pflege und der Unterbringung sind von dem Staate zu tragen, dem die Schiffbrüchigen, Verwundeten oder Kranken angehören.

Art. 16. Nach jedem Kampfe sollen die beiden Kriegsparteien, soweit es die militärischen Zwecke gestatten, Vorkehrungen treffen, um die Schiffbrüchigen, Verwundeten und Kranken aufzusuchen und sie, ebenso wie die Gefallenen, gegen Beraubung und schlechte Behandlung zu schützen.

Sie sollen darüber wachen, dass der Beerdigung, Versenkung oder Verbrennung der Gefallenen eine sorgfältige Leichenschau vorangeht.

Art. 17. Jeder Kriegführende soll sobald als möglich die bei den Gefallenen aufgefundenen militärischen Erkennungsmarken und Beweisstücke der Identität sowie ein Namensverzeichnis der von ihm aufgenommenen Verwundeten oder Kranken deren Landesbehörden oder den Dienstbehörden ihrer Marine oder ihres Heeres übermitteln.

Die Kriegführenden sollen sich über die Unterbringung von Kranken und Verwundeten, die sich in ihrer Gewalt befinden, und den Wechsel in der Unterbringung sowie über ihre Aufnahme in die Lazarette und die vorkommenden Sterbefälle gegenseitig auf dem laufenden halten. Sie sollen alle zum persönlichen Gebrauche bestimmten Gegenstände, Wertsachen, Briefe u. s. w., die auf den genommenen Schiffen gefunden oder von den in Hospitälern sterbenden Verwundeten oder Kranken hinterlassen werden, sammeln, um sie durch deren Landesbehörden den Berechtigten übermitteln zu lassen.

Art. 18. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 19. Les commandants en chef des flottes des belligérants auront à pourvoir aux détails d'exécution des articles précédents, ainsi qu'aux cas non prévus, d'après les instructions de leurs Gouvernements respectifs et conformément aux principes généraux de la présente Convention.

Art. 20. Les Puissances signataires prendront les mesures nécessaires pour instruire leurs marines, et spécialement le personnel protégé, des dispositions de la présente Convention et pour les porter à la connaissance des populations.

Art. 21. Les Puissances signataires s'engagent également à prendre ou à proposer à leurs législatures, en cas d'insuffisance de leurs lois pénales, les mesures nécessaires pour réprimer en temps de guerre, les actes individuels de pillage et de mauvais traitements envers les blessés et malades des marines, ainsi que pour punir, comme usurpation d'insignes militaires, l'usage abusif des signes distinctifs désignés à l'art. 5 par des bâtiments non protégés par la présente Convention.

Ils se communiqueront, par l'intermédiaire du Gouvernement des Pays-Bas, les dispositions relatives à cette répression, au plus tard dans les cinq ans de la ratification de la présente Convention.

Art. 22. En cas d'opérations de guerre entre les forces de terre et de mer des belligérants, les dispositions de la présente Convention ne seront applicables qu'aux forces embarquées.

Art. 23. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Art. 19. Die Oberbefehlshaber der Flotten der Kriegführenden haben für die Einzelheiten der Ausführung der vorstehenden Artikel und für nicht vorgesehene Fälle gemäss den Weisungen ihrer Regierungen und im Sinne dieses Abkommens zu sorgen.

Art. 20. Die Mächte, die unterzeichnet haben, werden die erforderlichen Massnahmen treffen, um die Bestimmungen dieses Abkommens ihren Marinen und besonders dem geschützten Personale bekanntzumachen und sie zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.

Art. 21. Die Mächte, die unterzeichnet haben, verpflichten sich gleichermassen, im Falle der Unzulänglichkeit ihrer Strafgesetze die erforderlichen Massnahmen zu treffen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, um in Kriegszeiten die Beraubung und Misshandlung von Verwundeten und Kranken der Marinen, die einzelne sich zu schulden kommen lassen, mit Strafe zu belegen, sowie um den unbefugten Gebrauch der im Artikel 5 vorgesehenen Abzeichen durch die von diesem Abkommen nicht geschützten Schiffe als unrechtmässige Aneignung militärischer Abzeichen zu bestrafen.

Sie werden sich durch Vermittelung der niederländischen Regierung diese Strafbestimmungen spätestens in fünf Jahren nach der Ratifikation dieses Abkommens gegenseitig mitteilen.

Art. 22. Finden Kriegsunternehmungen zwischen Land- und Seestreitkräften der Kriegführenden statt, so sollen die Bestimmungen dieses Abkommens nur für die eingeschifften Streitkräfte Anwendung finden.

Art. 23. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 24. Les Puissances non signataires qui auront accepté la Convention de Genève du 6 juillet 1906, sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer, notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 25. La présente Convention, dûment ratifiée, remplacera dans les rapports entre les Puissances contractantes,

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 24. Die Mächte, die nicht unterzeichnet, aber das Genfer Abkommen vom 6. Juli 1906 angenommen haben, können dem vorliegenden Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 25. Dieses Abkommen tritt nach seiner Ratifikation für die Beziehungen zwischen den Vertragsmächten

la Convention du 29 juillet 1899 pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève.

La Convention de 1899 reste en vigueur dans les rapports entre les Puissances qui l'ont signée et qui ne ratifieraient pas également la présente Convention.

Art. 26. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 27. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 28. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt des ratifications effectué en vertu de l'article 23 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (art. 24 alinéa 2) ou de dénonciation (art. 27 alinéa 1).

an die Stelle des Abkommens vom 29. Juli 1899, betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg.

Das Abkommen von 1899 bleibt in Kraft für die Beziehungen zwischen den Mächten, die es unterzeichnet haben, die aber das vorliegende Abkommen nicht gleichermaßen ratifizieren sollten.

Art. 26. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 27. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 28. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Artikel 23 Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben sowie den Tag, an dem die Anzeigen von dem Beitritt (Artikel 24 Abs. 2) oder von der Kündigung (Artikel 27 Abs. 1) eingegangen sind.

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont les copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 12.Originaltext.

Convention
relative à
**certaines restrictions à l'exercice du droit de
capture dans la guerre maritime.**

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Reconnaissant la nécessité de mieux assurer que par le passé l'application équitable du droit aux relations maritimes internationales en temps de guerre;

Estimant que, pour y parvenir, il convient, en abandonnant ou en conciliant le cas échéant dans un intérêt commun certaines pratiques divergentes anciennes, d'entreprendre de codifier dans des règles communes les garanties dues au commerce pacifique et au travail inoffensif, ainsi que la conduite des hostilités sur mer; qu'il importe de fixer dans des engagements mutuels écrits les principes demeurés usqu'ici dans le domaine incertain de la controverse ou laissés à l'arbitraire des Gouvernements;

Übersetzung.

Abkommen
über
**gewisse Beschränkungen in der Ausübung des
Beuterechts im Seekriege.**

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

In Anerkennung der Notwendigkeit, in Kriegszeiten eine billige Handhabung des Rechtes in Ansehung des internationalen Seeverkehrs mehr als bisher zu sichern,

in der Meinung, dass es, um dieses zu erreichen, ratsam erscheint, im gemeinsamen Interesse gewisse veraltete und einander widersprechende Übungen aufzugeben oder gegebenen Falles miteinander in Einklang zu bringen und an die Zusammenstellung gemeinsamer Regeln für den dem friedlichen Handel und der harmlosen Arbeit gebührenden Schutz sowie für die Kriegsführung zur See zu gehen, dass es ferner von Wert ist, in schriftlichen gegenseitigen Verpflichtungen die Grundsätze festzulegen, die bisher dem unsicheren Gebiete der Streitfragen angehörten oder dem Ermessen der Regierungen überlassen waren,

Que, dès à présent, un certain nombre de règles peuvent être posées, sans qu'il soit porté atteinte au droit actuellement en vigueur concernant les matières qui n'y sont pas prévues;

Ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Chapitre I.

De la correspondance postale.

Art. 1^{er}. La correspondance postale des neutres ou des belligérants, quel que soit son caractère officiel ou privé, trouvée en mer sur un navire neutre ou ennemi, est inviolable. S'il y a saisie du navire, elle est expédiée avec le moins de retard possible par le capteur.

Les dispositions de l'alinéa précédent ne s'appliquent pas, en cas de violation de blocus, à la correspondance qui est à destination ou en provenance du port bloqué.

Art. 2. L'inviolabilité de la correspondance postale ne soustrait pas les paquebots-poste neutres aux lois et coutumes de la guerre sur mer concernant les navires de commerce neutres en général. Toutefois, la visite n'en doit être effectuée qu'en cas de nécessité, avec tous les ménagements et toute la célérité possibles.

Chapitre II.

De l'exemption de capture pour certains bateaux.

Art. 3. Les bateaux exclusivement affectés à la pêche côtière ou à des services de petite navigation locale sont

dass gegenwärtig eine gewisse Anzahl von Regeln aufgestellt werden können, ohne das in Geltung befindliche Recht in Ansehung der darin nicht vorgesehenen Gebiete zu berühren,

haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

I. Kapitel.

Briefpostsendungen.

Art. 1. Die auf See auf neutralen oder feindlichen Schiffen vorgefundenen Briefpostsendungen der Neutralen oder der Kriegführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, sind unverletzlich. Erfolgt die Beschlagnahme des Schiffes, so sind sie von dem Beschlagnehmenden möglichst unverzüglich weiterzubefördern.

Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes finden im Falle des Blockadebruchs keine Anwendung auf die Briefsendungen, die nach dem blockierten Hafen bestimmt sind oder von ihm kommen.

Art. 2. Die Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen entzieht die neutralen Postdampfer nicht den Gesetzen und Gebräuchen des Seekriegs, welche die neutralen Kauffahrteischiffe im allgemeinen betreffen. Doch soll ihre Durchsichtung nur im Notfall unter möglichster Schonung und mit möglichster Beschleunigung vorgenommen werden.

II. Kapitel.

Befreiung gewisser Fahrzeuge von der Wegnahme.

Art. 3. Die ausschliesslich der Küstenfischerei oder der kleinen Lokalschiffahrt dienenden Fahrzeuge sowie ihr

exempts de capture, ainsi que leurs engins, agrès, apparaux et chargement.

Cette exemption cesse de leur être applicable dès qu'ils participent d'une façon quelconque aux hostilités.

Les Puissances contractantes s'interdisent de profiter du caractère inoffensif desdits bateaux pour les employer dans un but militaire en leur conservant leur apparence pacifique.

Art. 4. Sont également exempts de capture les navires chargés de missions religieuses, scientifiques ou philanthropiques.

Chapitre III.

Du régime des équipages des navires de commerce ennemis capturés par un belligérant.

Art. 5. Lorsqu'un navire de commerce ennemi est capturé par un belligérant, les hommes de son équipage, nationaux d'un Etat neutre, ne sont pas faits prisonniers de guerre.

Il en est de même du capitaine et des officiers, également nationaux d'un Etat neutre, s'ils promettent formellement par écrit de ne pas servir sur un navire ennemi pendant la durée de la guerre.

Art. 6. Le capitaine, les officiers et les membres de l'équipage, nationaux de l'Etat ennemi, ne sont pas faits prisonniers de guerre, à condition qu'ils s'engagent, sous la foi d'une promesse formelle écrite, à ne prendre, pendant la durée des hostilités, aucun service ayant rapport avec les opérations de la guerre.

Fischereigerät, ihre Takelage, ihr Schiffsgerät und ihre Ladung sind von der Wegnahme befreit.

Die Befreiung hört auf, sobald sie in irgendwelcher Art an den Feindseligkeiten teilnehmen.

Die Vertragsmächte versagen es sich, den harmlosen Charakter dieser Fahrzeuge auszunutzen, um sie unter Beibehaltung ihres friedlichen Aussehens zu militärischen Zwecken zu verwenden.

Art. 4. von der Wegnahme sind gleichermassen die Schiffe befreit, die mit religiösen, wissenschaftlichen oder menschenfreundlichen Aufgaben betraut sind.

III. Kapitel.

Behandlung der Besatzung der von einem Kriegführenden weggenommenen feindlichen Kauffahrteischiffe.

Art. 5. Wird von einem Kriegführenden ein feindliches Kauffahrteischiff weggenommen, so wird dessen Mannschaft, soweit sie einem neutralen Staate angehört, nicht zu Kriegsgefangenen gemacht.

Das gleiche gilt von dem Kapitän und den Offizieren, die ebenfalls einem neutralen Staate angehören, wenn sie ein förmliches schriftliches Versprechen abgeben, während der Dauer des Krieges auf keinem feindlichen Schiffe Dienste zu nehmen.

Art. 6. Der Kapitän, die Offiziere und die Mitglieder der Mannschaft, die dem feindlichen Staate angehören, werden nicht zu Kriegsgefangenen gemacht, sofern sie sich unter Bekräftigung mit einem förmlichen schriftlichen Versprechen verpflichten, während der Dauer der Feindseligkeiten keinen Dienst zu übernehmen, der mit den Kriegsunternehmungen im Zusammenhange steht.

Art. 7. Les noms des individus laissés libres dans les conditions visées à l'article 5 alinéa 2 et à l'article 6, sont notifiés par le belligérant capteur à l'autre belligérant. Il est interdit à ce dernier d'employer sciemment lesdits individus.

Art. 8. Les dispositions des trois articles précédents ne s'appliquent pas aux navires qui prennent part aux hostilités.

Chapitre IV.

Dispositions finales.

Art. 9. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 10. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances

Art. 7. Die Namen der unter den Voraussetzungen des Art. 5, Abs. 2, und des Art. 6 frei gelassenen Personen werden von der nehmenden Kriegsmacht der anderen Kriegsmacht mitgeteilt. Dieser ist es untersagt, solche Personen wissentlich zu verwenden.

Art. 8. Die Bestimmungen der drei vorstehenden Artikel finden keine Anwendung auf Schiffe, die an den Feindseligkeiten teilnehmen.

IV. Kapitel.

Schlussbestimmungen.

Art. 9. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 10. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen sowie der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen

conviées à la Deuxieme Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, ledit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 11. Les Puissances non signataires son admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 12. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 13. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 11. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen andern Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 12. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 13. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 14. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt des ratifications effectué en vertu de l'article 10 alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les notifications d'adhésion (article 11 alinéa 2) ou de dénonciation (article 13 alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

Originaltext.

Convention .
relative
à l'établissement d'une Cour internationale des prises.

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

Animés du désir de régler d'une manière équitable les différends qui s'élèvent, parfois, en cas de guerre maritime, à propos des décisions des tribunaux de prises nationaux ;

Estimant que, si ces tribunaux doivent continuer à statuer suivant les formes prescrites par leur législation, il importe que, dans des cas déterminés, un recours puisse être formé sous des conditions qui concilient, dans la mesure du possible, les intérêts publics et les intérêts privés engagés dans toute affaire de prises ;

Considérant, d'autre part, que l'institution d'une Cour internationale, dont la compétence et la procédure seraient

Übersetzung.

Abkommen

über

die Errichtung eines internationalen Prisenhofs.

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

von dem Wunsche beseelt, die Streitigkeiten, die bisweilen im Falle eines Seekriegs aus Anlass der Entscheidungen der nationalen Prisengerichte entstehen, in billiger Weise zu regeln,

von der Ansicht ausgehend, dass es, wenngleich diese Gerichte auch weiterhin nach den Vorschriften ihrer Gesetzgebung urteilen sollen, doch von Wert ist, in bestimmten Fällen einen Rekurs zuzulassen unter Bedingungen, welche die bei jeder Prisensache beteiligten öffentlichen und privaten Interessen soweit wie möglich miteinander in Einklang bringen,

in der Erwägung anderseits, dass die Errichtung eines internationalen Prisenhofs mit sorgfältiger Regelung

soigneusement réglées, a paru le meilleur moyen d'atteindre ce but;

Persuadés, enfin, que de cette façon les conséquences rigoureuses d'une guerre maritime pourront être atténuées; que notamment les bons rapports entre les belligérants et les neutres auront plus de chance d'être maintenus et qu'ainsi la conservation de la paix sera mieux assurée;

Désirant conclure une convention à cet effet, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Titre I.

Dispositions générales.

Art. 1. La validité de la capture d'un navire de commerce ou de sa cargaison est, s'il s'agit de propriétés neutres ou ennemies, établie devant une juridiction des prises conformément à la présente Convention.

Art. 2. La juridiction des prises est exercée d'abord par les tribunaux de prises du belligérant capteur.

Les décisions de ces tribunaux sont prononcées en séance publique ou notifiées d'office aux parties neutres ou ennemies.

Art. 3. Les décisions des tribunaux de prises nationaux peuvent être l'objet d'un recours devant la Cour internationale des prises:

seiner Zuständigkeit und seines Verfahrens als das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles erschienen ist,

in der Überzeugung endlich, dass auf diese Art die harten Folgen eines Seekriegs gemildert werden können, dass insbesondere die guten Beziehungen zwischen den Kriegführenden und den Neutralen mehr Aussicht auf Bestand haben, und dass so die Erhaltung des Friedens besser gesichert sein wird,

von dem Wunsche geleitet, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu schliessen, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

I. Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die Rechtmässigkeit der Wegnahme eines Kauffahrteischiffs oder seiner Ladung ist, wenn es sich um neutrales oder feindliches Eigentum handelt, vor einer Prisengerichtsbarkeit nach Massgabe dieses Abkommens darzutun.

Art. 2. Die Prisengerichtsbarkeit wird zunächst durch die Prisengerichte der nehmenden Kriegsmacht ausgeübt.

Die Entscheidungen dieser Gerichte werden in öffentlicher Sitzung verkündet oder von Amts wegen den neutralen oder feindlichen Parteien zugestellt.

Art. 3. Die Entscheidungen der nationalen Prisengerichte können Gegenstand eines Rekurses an den internationalen Prisenhof sein:

- 1° lorsque la décision des tribunaux nationaux concerne les propriétés d'une Puissance ou d'un particulier neutres;
- 2° lorsque ladite décision concerne des propriétés ennemies et qu'il s'agit:
 - a. de marchandises chargées sur un navire neutre,
 - b. d'un navire ennemi, qui aurait été capturé dans les eaux territoriales d'une Puissance neutre, dans le cas où cette Puissance n'aurait pas fait de cette capture l'objet d'une réclamation diplomatique,
 - c. d'une réclamation fondée sur l'allégation que la capture aurait été effectuée en violation, soit d'une disposition conventionnelle en vigueur entre les Puissances belligérantes, soit d'une disposition légale édictée par le belligérant capteur.

Le recours contre la décision des tribunaux nationaux peut être fondé sur ce que cette décision ne serait pas justifiée, soit en fait, soit en droit.

Art. 4. Le recours peut être exercé:

- 1° par une Puissance neutre, si la décision des tribunaux nationaux a porté atteinte à ses propriétés ou à celles de ses ressortissants (article 3 — 1°) ou s'il est allégué que la capture d'un navire ennemi a eu lieu dans les eaux territoriales de cette Puissance (article 3 — 2° b);
- 2° par un particulier neutre, si la décision des tribunaux nationaux a porté atteinte à ses propriétés (article 3 — 1°), sous réserve toutefois du droit de la Puissance dont il relève, de lui interdire l'accès de la Cour ou d'y agir elle-même en ses lieu et place;

1. wenn die Entscheidung der nationalen Gerichte das Eigentum einer neutralen Macht oder Privatperson betrifft ;
2. wenn diese Entscheidung feindliches Eigentum betrifft und es sich handelt
 - a. um Güter, die auf einem neutralen Schiffe verfrachtet sind,
 - b. um ein feindliches Schiff, das in den Küstengewässern einer neutralen Macht weggenommen worden ist, falls nicht diese Macht die Wegnahme zum Gegenstand einer diplomatischen Reklamation gemacht hat,
 - c. um einen Anspruch auf Grund der Behauptung, dass die Wegnahme unter Verletzung einer zwischen den kriegführenden Mächten geltenden Vertragsbestimmung oder einer von der nehmenden Kriegsmacht erlassenen Rechtsvorschrift bewirkt worden ist.

Der Rekurs gegen die Entscheidung der nationalen Gerichte kann darauf gestützt werden, dass die Entscheidung in tatsächlicher oder in rechtlicher Hinsicht unrichtig ist.

Art. 4. Der Rekurs kann eingelegt werden :

1. von einer neutralen Macht, wenn die Entscheidung der nationalen Gerichte ihr Eigentum oder das ihrer Angehörigen betroffen hat (Art. 3 Nr. 1), oder wenn behauptet wird, dass die Wegnahme eines feindlichen Schiffes in den Küstengewässern dieser Macht erfolgt ist (Art. 3 Nr. 2 b);
2. von einer neutralen Privatperson, wenn die Entscheidung der nationalen Gerichte ihr Eigentum betroffen hat (Art. 3 Nr. 1), wobei jedoch der Macht, der die Privatperson angehört, das Recht vorbehalten bleibt, dieser die Anrufung des Prisenhofs zu untersagen oder dort selbst an ihrer Stelle aufzutreten ;

3° par un particulier relevant de la Puissance ennemie, si la décision des tribunaux nationaux a porté atteinte à ses propriétés dans les conditions visées à l'article 3 — 2°, à l'exception du cas prévu par l'alinéa b.

Art. 5. Le recours peut aussi être exercé, dans les mêmes conditions qu'à l'article précédent, par les ayants-droit, neutres ou ennemis, du particulier auquel le recours est accordé, et qui sont intervenus devant la juridiction nationale. Ces ayants-droit peuvent exercer individuellement le recours dans la mesure de leur intérêt.

Il en est de même des ayants-droit, neutres ou ennemis, de la Puissance neutre dont la propriété est en cause.

Art. 6. Lorsque, conformément à l'article 3 ci-dessus, la Cour internationale est compétente, le droit de juridiction des tribunaux nationaux ne peut être exercé à plus de deux degrés. Il appartient à la législation du belligérant capteur de décider si le recours est ouvert après la décision rendue en premier ressort ou seulement après la décision rendue en appel ou en cassation.

Faute par les tribunaux nationaux d'avoir rendu une décision définitive dans les deux ans à compter du jour de la capture, la Cour peut être saisie directement.

Art. 7. Si la question de droit à résoudre est prévue par une Convention en vigueur entre le belligérant capteur et la Puissance qui est elle-même partie au litige ou dont le ressortissant est partie au litige, la Cour se conforme aux stipulations de ladite Convention.

3. von einer der feindlichen Macht angehörenden Privatperson, wenn die Entscheidung der nationalen Gerichte ihr Eigentum betroffen hat und die Voraussetzungen der Fälle des Art. 3 Nr. 2 mit Ausnahme des Falles unter *b* vorliegen.

Art. 5. Der Rekurs kann unter den im vorstehenden Artikel aufgeführten Bedingungen auch von solchen Beteiligten, ob neutral oder feindlich, eingelegt werden, die ein rechtliches Interesse an dem Obsiegen der zum Rekurse befugten Privatperson haben und ihr in dem Verfahren vor der nationalen Gerichtsbarkeit beigetreten waren. Diese Nebenbeteiligten können jeder für sich nach Massgabe ihres Interesses den Rekurs einlegen.

Das gleiche gilt für die neutralen oder feindlichen Nebenbeteiligten der neutralen Macht, deren Eigentum sich im Streite befindet.

Art. 6. Ist der internationale Prisenhof gemäss Art. 3 zuständig, so kann die Gerichtsbarkeit der nationalen Gerichte in höchstens zwei Instanzen ausgeübt werden. Die Gesetzgebung der nehmenden Kriegsmacht hat darüber zu entscheiden, ob der Rekurs nach der Entscheidung in erster Instanz oder erst nach der Entscheidung in der Berufungs- oder Revisionsinstanz zulässig ist.

Haben die nationalen Gerichte binnen zwei Jahren nach der Wegnahme keine endgültige Entscheidung gefällt, so kann der Prisenhof unmittelbar angerufen werden.

Art. 7. Ist die zu entscheidende Rechtsfrage vorgehen in einem in Geltung befindlichen Abkommen zwischen der nehmenden Kriegsmacht und der Macht, die selbst oder von der ein Angehöriger Prozesspartei ist, so richtet sich der Prisenhof nach den Bestimmungen dieses Abkommens.

A défaut de telles stipulations, la Cour applique les règles du droit international. Si des règles généralement reconnues n'existent pas, la Cour statue d'après les principes généraux de la justice et de l'équité.

Les dispositions ci-dessus sont également applicables en ce qui concerne l'ordre des preuves ainsi que les moyens qui peuvent être employés.

Si, conformément à l'article 3 — 2^o c, le recours est fondé sur la violation d'une disposition légale édictée par le belligérant capteur, la Cour applique cette disposition.

La Cour peut ne pas tenir compte des déchéances de procédure édictées par la législation du belligérant capteur, dans les cas où elle estime que les conséquences en sont contraires à la justice et à l'équité.

Art. 8. Si la Cour prononce la validité de la capture du navire ou de la cargaison, il en sera disposé conformément aux lois du belligérant capteur.

Si la nullité de la capture est prononcée, la Cour ordonne la restitution du navire ou de la cargaison et fixe, s'il y a lieu, le montant des dommages-intérêts. Si le navire ou la cargaison ont été vendus ou détruits, la Cour détermine l'indemnité à accorder de ce chef au propriétaire.

Si la nullité de la capture avait été prononcée par la juridiction nationale, la Cour n'est appelée à statuer que sur les dommages et intérêts.

Art. 9. Les Puissances contractantes s'engagent à se soumettre de bonne foi aux décisions de la Cour internationale des prises et à les exécuter dans le plus bref délai possible.

In Ermangelung solcher Bestimmungen wendet der Prisenhof die Regeln des internationalen Rechtes an. Wenn allgemein anerkannte Regeln nicht bestehen, so entscheidet das Gericht nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung auf die Beweislast sowie auf die Rechtsbehelfe, die vorgebracht werden können.

Wenn der Rekurs gemäss Art. 3 Nr. 2 c auf Verletzung einer Rechtsvorschrift der nehmenden Kriegsmacht gestützt ist, so wendet der Prisenhof diese Vorschrift an.

Der Prisenhof kann prozessuale Rechtsnachteile, die in der Gesetzgebung der nehmenden Kriegsmacht vorgesehen sind, unbeachtet lassen, falls er der Ansicht ist, dass ihre Folgen der Gerechtigkeit und der Billigkeit widersprechen.

Art. 8. Erklärt sich der Prisenhof für die Rechtmässigkeit der Wegnahme von Schiff oder Ladung, so ist mit diesen nach den Gesetzen der nehmenden Kriegsmacht zu verfahren.

Wird die Wegnahme für nichtig erklärt, so ordnet der Prisenhof die Rückgabe von Schiff oder Ladung an und setzt gegebenen Falles die Höhe des zu leistenden Schadenersatzes fest. Wenn Schiff oder Ladung verkauft oder zerstört worden sind, so bestimmt der Prisenhof die dem Eigentümer dafür zu gewährende Entschädigung.

War die Wegnahme von der nationalen Gerichtsbarkeit für nichtig erklärt, so ist der Prisenhof nur zur Entscheidung über den Schadenersatz berufen.

Art. 9. Die Vertragsmächte übernehmen die Verpflichtung, sich den Entscheidungen des internationalen Prisenhofs nach Treu und Glauben zu unterwerfen und ihnen in möglichst kurzer Frist nachzukommen.

Titre II.

Organisation de la Cour internationale des prises.

Art. 10. La Cour internationale des prises se compose de juges et de juges suppléants, nommés par les Puissances contractantes et qui tous devront être des juristes d'une compétence reconnue dans les questions de droit international maritime et jouissant de la plus haute considération morale.

La nomination de ces juges et juges suppléants sera faite dans les six mois qui suivront la ratification de la présente Convention.

Art. 11. Les juges et juges suppléants sont nommés pour une période de six ans, à compter de la date où la notification de leur nomination aura été reçue par le Conseil administratif institué par la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux du 29 juillet 1899. Leur mandat peut être renouvelé.

En cas de décès ou de démission d'un juge ou d'un juge suppléant, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination. Dans ce cas, la nomination est faite pour une nouvelle période de six ans.

Art. 12. Les juges de la Cour internationale des prises sont égaux entre eux et prennent rang d'après la date où la notification de leur nomination aura été reçue (article 11 alinéa 1), et, s'ils siègent à tour de rôle (article 15 alinéa 2), d'après la date de leur entrée en fonctions. La préséance appartient au plus âgé, au cas où la date est la même.

Les juges suppléants sont, dans l'exercice de leurs fonctions, assimilés aux juges titulaires. Toutefois ils prennent rang après ceux-ci.

II. Titel.

Verfassung des internationalen Prisenhofs.

Art. 10. Der internationale Prisenhof besteht aus Richtern und Hülf Richtern, die von den Vertragsmächten ernannt werden; sie müssen sämtlich Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkunde in Fragen des internationalen Seerechts sein und sich der höchsten sittlichen Achtung erfreuen.

Die Ernennung der Richter und Hülf Richter hat binnen sechs Monaten nach der Ratifikation dieses Abkommens zu erfolgen.

Art. 11. Die Richter und Hülf Richter werden für einen Zeitraum von sechs Jahren ernannt, gerechnet von dem Tage, wo der durch das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 29. Juli 1899 eingesetzte Verwaltungsrat von ihrer Ernennung Nachricht erhält. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

Im Falle des Todes oder des Rücktritts eines Richters oder Hülf Richters erfolgt sein Ersatz in der für seine Ernennung vorgesehenen Weise. In diesem Falle geschieht die Ernennung für einen neuen Zeitraum von sechs Jahren.

Art. 12. Die Richter des internationalen Prisenhofs stehen einander gleich; sie erhalten ihren Rang nach dem Tage, an dem die Nachricht von ihrer Ernennung eingegangen ist (Art. 11 Absatz 1), und wenn sie der Reihe nach zu einem Sitze berufen sind (Art. 15 Absatz 2), nach dem Tage des Eintritts in ihre Amtstätigkeit. Ist der Tag derselbe, so gebührt der Vorrang dem der Geburt nach älteren.

Die Hülf Richter sind bei der Ausübung ihres Amtes den Richtern selbst gleichgestellt. Doch haben sie ihren Rang hinter diesen.

Art. 13. Les juges jouissent des privilèges et immunités diplomatiques dans l'exercice de leurs fonctions et en dehors de leur pays.

Avant de prendre possession de leur siège, les juges doivent, devant le Conseil administratif, prêter serment ou faire une affirmation solennelle d'exercer leurs fonctions avec impartialité et en toute conscience.

Art. 14. La Cour fonctionne au nombre de quinze juges; neuf juges constituent le quorum nécessaire.

Le juge absent ou empêché est remplacé par le suppléant.

Art. 15. Les juges nommés par les Puissances contractantes dont les noms suivent: l'Allemagne, les États-Unis d'Amérique, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande-Bretagne, l'Italie, le Japon et la Russie sont toujours appelés à siéger.

Les juges et les juges suppléants nommés par les autres Puissances contractantes siègent à tour de rôle d'après le tableau annexé à la présente Convention; leurs fonctions peuvent être exercées successivement par la même personne. Le même juge peut être nommé par plusieurs des dites Puissances.

Art. 16. Si une Puissance belligérante n'a pas, d'après le tour de rôle, un juge siégeant dans la Cour, elle peut demander que le juge nommé par elle prenne part au jugement de toutes les affaires provenant de la guerre. Dans ce cas, le sort détermine lequel des juges siégeant en vertu du tour de rôle doit s'abstenir. Cette exclusion ne saurait s'appliquer au juge nommé par l'autre belligérant.

Art. 13. Die Richter geniessen während der Ausübung ihres Amtes und ausserhalb ihres Heimatlandes die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen.

Die Richter haben, bevor sie ihren Sitz einnehmen, vor dem Verwaltungsrat einen Eid zu leisten oder eine feierliche Versicherung abzugeben, dass sie ihr Amt unparteiisch und auf das gewissenhafteste ausüben werden.

Art. 14. Der Prisenhof wird mit der Anzahl von fünfzehn Richtern besetzt; neun Richter genügen zur Beschlussfähigkeit.

Ein abwesender oder verhinderter Richter wird durch den Hülfsrichter vertreten.

Art. 15. Zu einem Sitze sind ständig berufen die Richter, die von den nachstehend bezeichneten Vertragsmächten ernannt sind: Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Österreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan und Russland.

Die Richter und Hülfsrichter, die von den übrigen Vertragsmächten ernannt sind, sitzen der Reihe nach gemäss der diesem Abkommen beigefügten Liste; ihre Verrichtungen können nacheinander von derselben Person wahrgenommen werden. Derselbe Richter kann von mehreren dieser Mächte ernannt werden.

Art. 16. Hat eine kriegführende Macht nach Massgabe der Reihenfolge keinen im Prisenhofe sitzenden Richter, so kann sie verlangen, dass der von ihr ernannte Richter an der Aburteilung aller aus dem Kriege herrührenden Sachen teilnimmt. In diesem Falle entscheidet das Los, wer von den auf Grund der Reihenfolge sitzenden Richtern auszuschneiden hat. Dieser Ausschluss darf nicht den von dem anderen Kriegführenden ernannten Richter betreffen.

Art. 17. Ne peut siéger le juge qui, à un titre quelconque, aura concouru à la décision des tribunaux nationaux ou aura figuré dans l'instance comme conseil ou avocat d'une partie.

Aucun juge, titulaire ou suppléant, ne peut intervenir comme agent ou comme avocat devant la Cour internationale des prises ni y agir pour une partie en quelque qualité que ce soit, pendant toute la durée de ses fonctions.

Art. 18. Le belligérant capteur a le droit de désigner un officier de marine d'un grade élevé qui siègera en qualité d'assesseur avec voix consultative. La même faculté appartient à la Puissance neutre, qui est elle-même partie au litige, ou à la Puissance dont le ressortissant est partie au litige; s'il y a, par application de cette dernière disposition, plusieurs Puissances intéressées, elles doivent se concerter, au besoin par le sort, sur l'officier à désigner.

Art. 19. La Cour élit son Président et son Vice-Président à la majorité absolue des suffrages exprimés. Après deux tours de scrutin, l'élection se fait à la majorité relative et, en cas de partage des voix, le sort décide.

Art. 20. Les juges de la Cour internationale des prises touchent une indemnité de voyage fixée d'après les règlements de leur pays et reçoivent, en outre, pendant la session ou pendant l'exercice de fonctions conférées par la Cour, une somme de cent florins néerlandais par jour.

Ces allocations, comprises dans les frais généraux de la Cour prévus par l'article 47, sont versées par l'entremise du Bureau international institué par la Convention du 29 juillet 1899.

Art. 17. Ein Richter kann seinen Sitz nicht einnehmen, wenn er in irgend einer Eigenschaft bei der Entscheidung der nationalen Gerichte mitgewirkt hat oder als Rechtsbeistand oder Anwalt einer Partei an dem Verfahren beteiligt gewesen ist.

Ein Richter oder Hilfsrichter darf während der ganzen Dauer seines Amtes weder als Agent noch als Anwalt vor dem internationalen Prisenhof auftreten noch dort für eine Partei in irgendwelcher Eigenschaft tätig sein.

Art. 18. Die nehmende Kriegsmacht hat das Recht, einen höheren Marineoffizier zu bestellen, der als Beisitzer mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnimmt. Dasselbe Recht steht der neutralen Macht zu, die selbst Prozesspartei ist, sowie der Macht, deren Angehöriger Prozesspartei ist; wenn nach dieser letzten Bestimmung mehrere beteiligte Mächte vorhanden sind, so haben sie sich, nötigen Falles durch das Los, über den zu bestellenden Offizier zu verständigen.

Art. 19. Der Prisenhof wählt seinen Präsidenten und seinen Vizepräsidenten nach der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nach zwei Wahlgängen erfolgt die Wahl nach relativer Mehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Art. 20. Die Richter des internationalen Prisenhofs erhalten eine Reisevergütung, die nach den Vorschriften ihres Heimatlandes zu bemessen ist; sie beziehen ferner während der Tagung oder während der Wahrnehmung einer ihnen vom Prisenhof übertragenen Verrichtung einen Betrag von täglich hundert niederländischen Gulden.

Diese Gebühren gehören zu den im Art. 47 vorgesehenen allgemeinen Kosten des Prisenhofs und werden durch Vermittlung des durch das Abkommen vom 29. Juli 1899 errichteten internationalen Bureaus ausgezahlt.

Les juges ne peuvent recevoir de leur propre Gouvernement ou de celui d'une autre Puissance aucune rémunération comme membres de la Cour.

Art. 21. La Cour internationale des prises a son siège à La Haye et ne peut, sauf le cas de force majeure, le transporter ailleurs qu'avec l'assentiment des Parties belligérantes.

Art. 22. Le Conseil administratif, dans lequel ne figurent que les représentants des Puissances contractantes, remplit, à l'égard de la Cour internationale des prises, les fonctions qu'il remplit à l'égard de la Cour permanente d'arbitrage.

Art. 23. Le Bureau international sert de greffe à la Cour internationale des prises et doit mettre ses locaux et son organisation à la disposition de la Cour. Il a la garde des archives et la gestion des affaires administratives.

Le secrétaire général du Bureau international remplit les fonctions de greffier.

Les secrétaires adjoints au greffier, les traducteurs et les sténographes nécessaires sont désignés et assermentés par la Cour.

Art. 24. La Cour décide du choix de la langue dont elle fera usage et des langues dont l'emploi sera autorisé devant elle.

Dans tous les cas, la langue officielle des tribunaux nationaux, qui ont connu de l'affaire, peut être employée devant la Cour.

Art. 25. Les Puissances intéressées ont le droit de nommer des agents spéciaux ayant mission de servir d'inter-

Die Richter dürfen als Mitglieder des Prisenhofs weder von ihrer eigenen Regierung noch von der einer anderen Macht irgend eine Vergütung annehmen.

Art. 21. Der internationale Prisenhof hat seinen Sitz im Haag und kann diesen, abgesehen von dem Falle höherer Gewalt, nur mit Zustimmung der kriegführenden Teile nach einem anderen Orte verlegen.

Art. 22. Der Verwaltungsrat versieht, unter ausschliesslicher Mitwirkung der Vertreter der Vertragsmächte, in Ansehung des internationalen Prisenhofs dieselben Einrichtungen, die er in Ansehung des ständigen Schiedshofs versieht.

Art. 23. Das internationale Bureau dient dem internationalen Prisenhof als Gerichtsschreiberei und hat seine Räumlichkeiten und seine Geschäftseinrichtung dem Prisenhofe zur Verfügung zu stellen. Es hat das Archiv unter seiner Obhut und besorgt alle Verwaltungsgeschäfte.

Der Generalsekretär des internationalen Bureaus versieht die Verrichtungen eines Gerichtsschreibers.

Die dem Gerichtsschreiber beizugebenden Sekretäre, sowie die erforderlichen Übersetzer und Stenographen werden vom Prisenhof ernannt und vereidigt.

Art. 24. Der Prisenhof entscheidet über die Wahl der Sprache, deren er sich bedienen wird, und der Sprachen, deren Gebrauch vor ihm gestattet sein soll.

In jedem Falle kann die amtliche Sprache der nationalen Gerichte, die in der Sache erkannt haben, vor dem Prisenhofe gebraucht werden.

Art. 25. Die beteiligten Mächte haben das Recht, besondere Agenten zu bestellen mit der Aufgabe, zwischen

médiatrices entre elles et la Cour. Elles sont, en outre, autorisées à charger des conseils ou avocats de la défense de leurs droits et intérêts.

Art. 26. Le particulier intéressé sera représenté devant la Cour par un mandataire qui doit être soit un avocat autorisé à plaider devant une Cour d'appel ou une Cour suprême de l'un des Pays contractants, soit un avoué exerçant sa profession auprès d'une telle Cour, soit enfin un professeur de droit à une école d'enseignement supérieur d'un de ces pays.

Art. 27. Pour toutes les notifications à faire, notamment aux parties, aux témoins et aux experts, la Cour peut s'adresser directement au Gouvernement de la Puissance sur le territoire de laquelle la notification doit être effectuée. Il en est de même s'il s'agit de faire procéder à l'établissement de tout moyen de preuve.

Les requêtes adressées à cet effet seront exécutées suivant les moyens dont la Puissance requise dispose d'après sa législation intérieure. Elles ne peuvent être refusées que si cette Puissance les juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité. S'il est donné suite à la requête, les frais ne comprennent que les dépenses d'exécution réellement effectuées.

La Cour a également la faculté de recourir à l'intermédiaire de la Puissance sur le territoire de laquelle elle a son siège.

Les notifications à faire aux parties dans le lieu où siège la Cour peuvent être exécutées par le Bureau international.

ihnen und dem Prisenhof als Mittelspersonen zu dienen. Sie sind ausserdem berechtigt, mit der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen Rechtsbeistände oder Anwälte zu betrauen.

Art. 26. Die beteiligte Privatperson hat sich vor dem Prisenhofe durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen; dieser muss entweder ein Advokat sein, der vor einem Berufungsgericht oder einem obersten Gericht eines der Vertragsländer aufzutreten befugt ist, oder ein Anwalt, der bei einem solchen Gerichte tätig ist, oder endlich ein Lehrer des Rechtes an einer Hochschule eines dieser Länder.

Art. 27. Der Prisenhof kann sich zur Bewirkung aller Zustellungen, insbesondere an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen, unmittelbar an die Regierung der Macht wenden, in deren Gebiete die Zustellung erfolgen soll. Das gleiche gilt, wenn es sich um irgend eine Beweisaufnahme handelt.

Die zu diesem Zwecke erlassenen Ersuchen sind nach Massgabe derjenigen Mittel zu erledigen, über welche die ersuchte Macht nach ihrer inneren Gesetzgebung verfügt. Sie können nur abgelehnt werden, wenn diese Macht sie für geeignet hält, ihre Hoheitsrechte oder ihre Sicherheit zu gefährden. Wird dem Ersuchen stattgegeben, so dürfen die Kosten nur die Auslagen begreifen, die durch die Erledigung wirklich entstanden sind.

Dem Prisenhofe steht gleicherweise frei, die Vermittlung der Macht in Anspruch zu nehmen, in deren Gebiet er seinen Sitz hat.

Die Zustellungen an die Parteien, die an dem Orte erfolgen sollen, wo der Prisenhof seinen Sitz hat, können durch das internationale Bureau bewirkt werden.

Titre III.

Procédure devant la Cour internationale des prises.

Art. 28. Le recours devant la Cour internationale des prises est formé au moyen d'une déclaration écrite, faite devant le tribunal national qui a statué, ou adressée au Bureau international; celui-ci peut être saisi même par télégramme.

Le délai du recours est fixé à cent vingt jours à dater du jour où la décision a été prononcée ou notifiée (article 2 alinéa 2).

Art. 29. Si la déclaration de recours est faite devant le tribunal national, celui-ci, sans examiner si le délai a été observé, fait, dans les sept jours qui suivent, expédier le dossier de l'affaire au Bureau international.

Si la déclaration de recours est adressée au Bureau international, celui-ci en prévient directement le tribunal national, par télégramme s'il est possible. Le tribunal transmettra le dossier comme il est dit à l'alinéa précédent.

Lorsque le recours est formé par un particulier neutre, le Bureau international en avise immédiatement par télégramme la Puissance dont relève le particulier, pour permettre à cette Puissance de faire valoir le droit que lui reconnaît l'article 4—2°.

Art. 30. Dans le cas prévu à l'article 6, alinéa 2, le recours ne peut être adressé qu'au Bureau international. Il doit être introduit dans les trente jours qui suivent l'expiration du délai de deux ans.

Art. 31. Faute d'avoir formé son recours dans le délai fixé à l'article 28 ou à l'article 30, la partie sera, sans débats, déclarée non recevable.

III. Titel.

Verfahren vor dem internationalen Prisenhofe.

Art. 28. Der Rekurs an den internationalen Prisenhof wird mittels einer schriftlichen Erklärung eingelegt, die entweder bei dem nationalen Gerichte, das in der Sache erkannt hat, angebracht oder an das internationale Bureau gerichtet werden muss; das Bureau kann auch telegraphisch angegangen werden.

Die Rekursfrist wird auf 120 Tage festgesetzt, gerechnet von dem Tage, an dem die Entscheidung verkündet oder zugestellt worden ist (Art. 2 Absatz 2).

Art. 29. Ist die Rekurerklärung bei dem nationalen Gericht angebracht, so hat dieses, ohne zu prüfen, ob die Frist gewahrt ist, binnen der folgenden sieben Tage die Prozessakten an das internationale Bureau abzusenden.

Ist die Rekurerklärung an das internationale Bureau gerichtet, so benachrichtigt dieses das nationale Gericht unmittelbar, und zwar, wenn es möglich ist, telegraphisch. Das Gericht hat alsdann die Akten nach Massgabe des vorstehenden Absatzes zu übersenden.

Ist der Rekurs von einer neutralen Privatperson eingelegt, so benachrichtigt das internationale Bureau unmittelbar mittels Telegramms die Macht, der die Privatperson angehört, um dieser Macht zu ermöglichen, von dem ihr nach Art. 4 Nr. 2 zustehenden Rechte Gebrauch zu machen.

Art. 30. In dem Falle des Art. 6 Absatz 2 kann der Rekurs nur bei dem internationalen Bureau angebracht werden. Die Einlegung muss binnen dreissig Tagen nach Ablauf der zweijährigen Frist erfolgen.

Art. 31. Ist die Berufung nicht innerhalb der im Art. 28 oder im Art. 30 vorgesehenen Frist eingelegt, so wird die Partei ohne Verhandlung abgewiesen.

Toutefois, si elle justifie d'un empêchement de force majeure et si elle a formé son recours dans les soixante jours qui ont suivi la cessation de cet empêchement, elle peut être relevée de la déchéance encourue, la partie adverse ayant été dûment entendue.

Art. 32. Si le recours a été formé en temps utile, la Cour notifie d'office et sans délai à la partie adverse une copie certifiée conforme de la déclaration.

Art. 33. Si, en dehors des parties qui se sont pourvues devant la Cour, il y a d'autres intéressés ayant le droit d'exercer le recours, ou si, dans le cas prévu à l'article 29, alinéa 3, la Puissance qui a été avisée, n'a pas fait connaître sa résolution, la Cour attend, pour se saisir de l'affaire, que les délais prévus à l'article 28 ou à l'article 30 soient expirés.

Art. 34. La procédure devant la Cour internationale comprend deux phases distinctes: l'instruction écrite et les débats oraux.

L'instruction écrite consiste dans le dépôt et l'échange d'exposés, de contre-exposés et, au besoin, de répliques dont l'ordre et les délais sont fixés par la Cour. Les parties y joignent toutes pièces et documents dont elles comptent se servir.

Toute pièce, produite par une partie, doit être communiquée en copie certifiée conforme à l'autre partie par l'intermédiaire de la Cour.

Art. 35. L'instruction écrite étant terminée, il y a lieu à une audience publique, dont le jour est fixé par la Cour.

Dans cette audience, les parties exposent l'état de l'affaire en fait et en droit.

Doch kann der Partei, wenn sie eine Behinderung durch höhere Gewalt nachweist und den Rekurs binnen sechzig Tagen nach Hebung dieser Behinderung eingelegt hat, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erteilt werden; die Gegenpartei ist vorher gebührend zu hören.

Art. 32. Ist der Rekurs rechtzeitig eingelegt, so stellt der Prisenhof unverzüglich der Gegenpartei eine beglaubigte Abschrift der Erklärung von Amts wegen zu.

Art. 33. Wenn ausser den Parteien, die sich an den Prisenhof gewandt haben, andere zur Einlegung des Rekurses Berechtigte vorhanden sind, oder wenn in dem Falle des Art. 29 Absatz 3 die benachrichtigte Macht ihre Entschliessung nicht kundgegeben hat, so wartet der Prisenhof mit der Aufnahme der Sache bis zum Ablaufe der im Art. 28 oder der im Art. 30 vorgesehenen Frist.

Art. 34. Das Verfahren vor dem internationalen Prisenhofe zerfällt in zwei gesonderte Abschnitte: das schriftliche Vorverfahren und die mündliche Verhandlung.

Das schriftliche Vorverfahren besteht in der Niederlegung und in dem Wechsel von Schriftsätzen, Gegenschriftsätzen und etwa weiter erforderlichen Rückäusserungen, wofür die Reihenfolge und die Fristen von dem Prisenhofe bestimmt werden. Die Parteien fügen alle Aktenstücke und Urkunden bei, deren sie sich bedienen wollen.

Jedes von einer Partei vorgelegte Schriftstück ist der anderen Partei durch Vermittlung des Prisenhofs in beglaubigter Abschrift mitzuteilen.

Art. 35. Nach Beendigung des schriftlichen Vorverfahrens findet eine öffentliche Sitzung statt, deren Tag von dem Prisenhofe bestimmt wird.

In dieser Sitzung legen die Parteien den Stand der Sache in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung dar.

La Cour peut, en tout état de cause, suspendre les plaidoiries, soit à la demande d'une des parties, soit d'office, pour procéder à une information complémentaire.

Art. 36. La Cour internationale peut ordonner que l'information complémentaire aura lieu, soit conformément aux dispositions de l'article 27, soit directement devant elle ou devant un ou plusieurs de ses membres en tant que cela peut se faire sans moyen coercitif ou comminatoire.

Si des mesures d'information doivent être prises par des membres de la Cour en dehors du territoire où elle a son siège, l'assentiment du Gouvernement étranger doit être obtenu.

Art. 37. Les parties sont appelées à assister à toutes mesures d'instruction. Elles reçoivent une copie certifiée conforme des procès-verbaux.

Art. 38. Les débats sont dirigés par le Président ou le Vice-Président et, en cas d'absence ou d'empêchement de l'un et de l'autre, par le plus ancien des juges présents.

Le juge nommé par une Partie belligérante ne peut siéger comme Président.

Art. 39. Les débats sont publics sauf le droit pour une Puissance en litige de demander qu'il y soit procédé à huis clos.

Ils sont consignés dans des procès-verbaux, que signent le Président et le greffier et qui seuls ont caractère authentique.

Art. 40. En cas de non comparution d'une des parties, bien que régulièrement citée, ou faute par elle d'agir dans

Der Prisenhof kann in jeder Lage des Verfahrens auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen die Vorträge unterbrechen, um eine Ergänzung der Beweisaufnahme herbeizuführen.

Art. 36. Der internationale Prisenhof kann anordnen, dass die ergänzende Beweisaufnahme entweder nach den Bestimmungen des Art. 27 oder, sofern dies ohne Anwendung von Zwang oder Strafe möglich ist, vor ihm selbst oder vor einem oder mehreren seiner Mitglieder stattfindet.

Wenn zum Zwecke einer Beweisaufnahme Handlungen von Mitgliedern des Prisenhofs ausserhalb des Landes, wo er seinen Sitz hat, vorgenommen werden sollen, so muss die Zustimmung der fremden Regierung eingeholt werden.

Art. 37. Die Parteien werden zu allen Prozessverhandlungen geladen. Sie erhalten beglaubigte Abschrift der Protokolle.

Art. 38. Die Verhandlung wird von dem Präsidenten oder Vizepräsidenten und im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung beider von dem im Range ältesten der anwesenden Richter geleitet.

Der von einer Kriegspartei ernannte Richter kann nicht Vorsitzender sein.

Art. 39. Die Verhandlung ist öffentlich; doch hat jede an dem Rechtsstreite beteiligte Macht das Recht, den Ausschluss der Öffentlichkeit zu verlangen.

Über die Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, das von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber unterzeichnet wird und das allein öffentliche Beweiskraft hat.

Art. 40. Ist eine Partei trotz ordnungsmässiger Ladung nicht erschienen oder versäumt sie die von dem Prisenhofe

les délais fixés par la Cour, il est procédé sans elle et la Cour décide d'après les éléments d'appréciation qu'elle a à sa disposition.

Art. 41. La Cour notifie d'office aux parties toutes décisions ou ordonnances prises en leur absence.

Art. 42. La Cour apprécie librement l'ensemble des actes, preuves et déclarations orales.

Art. 43. Les délibérations de la Cour ont lieu à huis clos et restent secrètes.

Toute décision est prise à la majorité des juges présents. Si la Cour siège en nombre pair et qu'il y ait partage des voix, la voix du dernier des juges dans l'ordre de préséance établi d'après l'article 12 alinéa 1 n'est pas comptée.

Art. 44. L'arrêt de la Cour doit être motivé. Il mentionne les noms des juges qui y ont participé, ainsi que les noms des assesseurs, s'il y a lieu; il est signé par le Président et par le greffier.

Art. 45. L'arrêt est prononcé en séance publique, les parties présentes ou dûment appelées; il est notifié d'office aux parties.

Cette notification une fois faite, la Cour fait parvenir au tribunal national des prises le dossier de l'affaire en y joignant une expédition des diverses décisions intervenues, ainsi qu'une copie des procès-verbaux de l'instruction.

festgesetzten Fristen, so wird ohne sie verfahren, und der Prisenhof entscheidet unter Berücksichtigung des ihm zur Verfügung stehenden Materials.

Art. 41. Der Prisenhof stellt den Parteien von Amts wegen alle Entscheidungen und Beschlüsse zu, die in ihrer Abwesenheit ergangen sind.

Art. 42. Der Prisenhof hat den Inbegriff des Akteninhalts, der Beweise und der mündlichen Erklärungen frei zu würdigen.

Art. 43. Die Beratung des Prisenhofs erfolgt nicht öffentlich und bleibt geheim.

Jede Entscheidung ergeht nach der Mehrheit der anwesenden Richter. Wenn sich bei einer geraden Zahl von Richtern Stimmgleichheit ergibt, so wird die Stimme des nach Art. 12 Absatz 1 im Range jüngsten Richters nicht mitgezählt.

Art. 44. Das Urteil des Prisenhofs ist mit Gründen zu versehen. Es enthält die Namen der Richter, die daran teilgenommen haben, sowie gegebenen Falles die Namen der Beisitzer; es wird von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber unterzeichnet.

Art. 45. Das Urteil wird in öffentlicher Sitzung in Gegenwart oder nach gehöriger Ladung der Parteien verkündet; es wird den Parteien von Amts wegen zugestellt.

Nach Bewirkung dieser Zustellung hat der Prisenhof dem nationalen Prisengerichte die Prozessakten unter Beifügung einer Ausfertigung aller ergangenen Entscheidungen, sowie einer Abschrift der Verhandlungsprotokolle zu übersenden.

Art. 46. Chaque partie supporte les frais occasionnés par sa propre défense.

La partie qui succombe supporte, en outre, les frais causés par la procédure. Elle doit, de plus, verser un centième de la valeur de l'objet litigieux à titre de contribution aux frais généraux de la Cour internationale. Le montant de ces versements est déterminé par l'arrêt de la Cour.

Si le recours est exercé par un particulier, celui-ci fournit au Bureau international un cautionnement dont le montant est fixé par la Cour et qui est destiné à garantir l'exécution éventuelle des deux obligations mentionnées dans l'alinéa précédent. La Cour peut subordonner l'ouverture de la procédure au versement du cautionnement.

Art. 47. Les frais généraux de la Cour internationale des prises sont supportés par les Puissances contractantes dans la proportion de leur participation au fonctionnement de la Cour telle qu'elle est prévue par l'article 15 et par le tableau y annexé. La désignation des juges suppléants ne donne pas lieu à contribution.

Le Conseil administratif s'adresse aux Puissances pour obtenir les fonds nécessaires au fonctionnement de la Cour

Art. 48. Quand la Cour n'est pas en session, les fonctions qui lui sont conférées par l'article 32, l'article 34 alinéas 2 et 3, l'article 35 alinéa 1 et l'article 46 alinéa 3, sont exercées par une Délégation de trois juges désignés par la Cour. Cette Délégation décide à la majorité des voix.

Art. 49. La Cour fait elle-même son règlement d'ordre intérieur qui doit être communiqué aux Puissances contractantes.

Art. 46. Jede Partei trägt die Kosten der eigenen Verteidigung.

Die unterliegende Partei trägt ausserdem die Kosten des Verfahrens. Sie hat ferner eins vom Hundert des Wertes des Streitgegenstandes als Beitrag zu den allgemeinen Kosten des internationalen Prisenhofs zu zahlen. Der Betrag dieser Zahlungen wird in dem Urteile des Prisenhofs bestimmt.

Ist der Rekurs von einer Privatperson eingelegt, so hat diese bei dem internationalen Bureau für die Erfüllung der sie nach dem vorstehenden Absatz etwa treffenden beiden Verpflichtungen eine Sicherheit zu bestellen, deren Betrag von dem Prisenhofe festzusetzen ist. Der Prisenhof kann die Eröffnung des Verfahrens von der Leistung dieser Sicherheit abhängig machen.

Art. 47. Die allgemeinen Kosten des internationalen Prisenhofs werden von den Vertragsmächten getragen, und zwar nach Verhältnis ihrer Beteiligung an der Tätigkeit des Prisenhofs, wie sie im Art. 15 und in der ihm beigefügten Liste vorgesehen ist. Die Bestellung von Hilfsrichtern gibt keinen Anlass zur Beitragsleistung.

Der Verwaltungsrat wendet sich an die Mächte, um die für die Tätigkeit des Prisenhofs erforderlichen Beträge zu erhalten.

Art. 48. Ist der Prisenhof nicht versammelt, so werden die ihm durch Art. 32, Art. 34 Absatz 2 und 3, Art. 35 Absatz 1, Art. 46 Absatz 3 übertragenen Verrichtungen durch eine Delegation von drei Richtern wahrgenommen, die von dem Prisenhofe bestimmt werden. Die Delegation entscheidet nach Stimmenmehrheit.

Art. 49. Der Prisenhof stellt selbst seine Geschäftsordnung fest, die den Vertragsmächten mitzuteilen ist.

Dans l'année de la ratification de la présente Convention, elle se réunira pour élaborer ce règlement.

Art. 50. La Cour peut proposer des modifications à apporter aux dispositions de la présente Convention qui concernent la procédure. Ces propositions sont communiquées, par l'intermédiaire du Gouvernement des Pays-Bas, aux Puissances contractantes qui se concerteront sur la suite à y donner.

Titre IV.

Dispositions finales.

Art. 51. La présente Convention ne s'applique de plein droit que si les Puissances belligérantes sont toutes parties à la Convention.

Il est entendu, en outre, que le recours devant la Cour internationale des prises ne peut être exercé que par une Puissance contractante ou le ressortissant d'une Puissance contractante.

Dans les cas de l'article 5, le recours n'est admis que si le propriétaire et l'ayant-droit sont également des Puissances contractantes ou des ressortissants de Puissances contractantes.

Art. 52. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à La Haye dès que toutes les Puissances désignées à l'article 15 et dans son annexe seront en mesure de le faire.

Le dépôt des ratifications aura lieu, en tout cas, le 30 juin 1909, si les Puissances prêtes à ratifier peuvent fournir à la Cour neuf juges et neuf juges suppléants, aptes à siéger effectivement. Dans le cas contraire, le dépôt sera ajourné jusqu'au moment où cette condition sera remplie.

Binnen einem Jahre von der Ratifikation dieses Abkommens an wird er zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung zusammentreten.

Art. 50. Der Prisenhof kann Abänderungen der das Verfahren betreffenden Bestimmungen dieses Abkommens vorschlagen. Diese Vorschläge werden durch Vermittlung der Regierung der Niederlande den Vertragsmächten mitgeteilt, die sich über die ihnen zu gebende Folge verständigen werden.

IV. Titel.

Schlussbestimmungen.

Art. 51. Dieses Abkommen findet ohne weiteres nur dann Anwendung, wenn die kriegführenden Mächte sämtlich Vertragsparteien sind.

Es versteht sich überdies, dass der Rekurs an den internationalen Prisenhof nur von einer Vertragsmacht oder dem Angehörigen einer Vertragsmacht eingelegt werden kann.

In den Fällen des Art. 5 ist der Rekurs nur zulässig, wenn gleichermassen der Eigentümer wie der Nebenbeteiligte Vertragsmächte oder Angehörige von Vertragsmächten sind.

Art. 52. Dieses Abkommen soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden, sobald sämtliche im Art. 15 und in dessen Anlage aufgeführten Mächte hierzu in der Lage sind.

Immerhin hat die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden am 30. Juni 1909 stattzufinden, wenn alsdann die zur Ratifizierung bereiten Mächte dem Prisenhofe neun Richter und neun Hülf Richter, wie sie zu dessen wirksamer Besetzung geeignet sind, stellen können. Anderenfalls wird die Hinterlegung bis zur Erfüllung dieser Bedingung vertagt.

Il sera dressé du dépôt des ratifications un procès-verbal dont une copie, certifiée conforme, sera remise, par la voie diplomatique, à chacune des Puissances désignées à l'alinéa premier.

Art. 53. Les Puissances désignées à l'article 15 et dans son annexe sont admises à signer la présente Convention jusqu'au dépôt des ratifications prévu par l'alinéa 2 de l'article précédent.

Après ce dépôt, elles seront toujours admises à y adhérer, purement et simplement. La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant, en même temps, l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives dudit Gouvernement. Celui-ci enverra, par la voie diplomatique, une copie certifiée conforme de la notification et de l'acte d'adhésion à toutes les Puissances désignées à l'alinéa précédent, en leur faisant savoir la date où il a reçu la notification.

Art. 54. La présente Convention entrera en vigueur six mois à partir du dépôt des ratifications prévu par l'article 52 alinéas 1 et 2.

Les adhésions produiront effet soixante jours après que la notification en aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas et, au plus tôt, à l'expiration du délai prévu par l'alinéa précédent.

Toutefois, la Cour internationale aura qualité pour juger les affaires de prises décidées par la juridiction nationale à partir du dépôt des ratifications ou de la réception de la notification des adhésions. Pour ces décisions, le délai fixé à l'article 28, alinéa 2, ne sera compté que de la date de la mise en vigueur de la Convention pour les Puissances ayant ratifié ou adhéré.

Über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden soll ein Protokoll aufgenommen werden; von diesem soll beglaubigte Abschrift allen im Absatz 1 bezeichneten Mächten auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden.

Art. 53. Die im Art. 15 und in dessen Anlage bezeichneten Mächte sollen zur Zeichnung dieses Abkommens bis zu der im Absatz 2 des vorstehenden Artikels vorgesehenen Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zugelassen werden.

Nach dieser Hinterlegung soll ihnen der vorbehaltlose Beitritt zu dem Abkommen stets freistehen. Die Macht, welche beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der genannten Regierung zu hinterlegen ist. Diese wird auf diplomatischem Wege beglaubigte Abschrift der Anzeige und der Beitrittsurkunde allen im Absatz 1 bezeichneten Mächten übersenden und ihnen zugleich bekannt geben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 54. Dieses Abkommen tritt sechs Monate nach der im Art. 52 Absatz 1 und 2 vorgesehenen Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Ein Beitritt wird wirksam sechzig Tage, nachdem die Anzeige davon bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist, frühestens aber nach Ablauf der im vorstehenden Absatze vorgesehenen Frist.

Der internationale Prisenhof ist jedoch zur Aburteilung solcher Prisenachen zuständig, die von der nationalen Gerichtsbarkeit nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden oder nach Eingang der Anzeige vom Beitritt entschieden worden sind. Für diese Entscheidungen wird die im Art. 28 Absatz 2 bestimmte Frist erst von dem Tage an gerechnet, an dem das Abkommen für die ratifizierenden oder beitretenden Mächte in Kraft getreten ist.

Art. 55. La présente Convention aura une durée de pouze ans à partir de sa mise en vigueur, telle qu'elle est déterminée par l'article 54, alinéa 1, même pour les Puissances ayant adhéré postérieurement.

Elle sera renouvelée tacitement de six ans en six ans sauf dénonciation.

La dénonciation devra être, au moins un an avant l'expiration de chacune des périodes prévues par les deux alinéas précédents, notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donnera connaissance à toutes les autres Parties contractantes.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. La Convention subsistera pour les autres Puissances contractantes, pourvu que leur participation à la désignation des juges soit suffisante pour permettre le fonctionnement de la Cour avec neuf juges et neuf juges suppléants.

Art. 56. Dans le cas où la présente Convention n'est pas en vigueur pour toutes les Puissances désignées dans l'article 15 et le tableau qui s'y rattache, le Conseil administratif dresse, conformément aux dispositions de cet article et de ce tableau, la liste des juges et des juges suppléants pour lesquels les Puissances contractantes participent au fonctionnement de la Cour. Les juges appelés à siéger à tour de rôle seront, pour le temps qui leur est attribué par le tableau susmentionné, répartis entre les différentes années de la période de six ans, de manière que, dans la mesure du possible, la Cour fonctionne chaque année en nombre égal. Si le nombre des juges suppléants dépasse celui des juges, le nombre de ces derniers pourra être complété par des juges suppléants désignés par le sort parmi celles des Puissances qui ne nomment pas de juge titulaire.

Art. 55. Dieses Abkommen gilt für die Dauer von zwölf Jahren, gerechnet von seiner Inkraftsetzung, wie sie im Art. 54 Absatz 1 vorgesehen ist, und zwar auch für diejenigen Mächte, die später beigetreten sind.

In Ermangelung einer Kündigung gilt das Abkommen als stillschweigend von sechs zu sechs Jahren erneuert.

Die Kündigung muss wenigstens ein Jahr vor dem Ablaufe der in den beiden vorstehenden Absätzen vorgesehenen Zeiträume der Regierung der Niederlande schriftlich erklärt werden, die hiervon allen anderen Vertragsparteien Kenntnis geben wird.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat. Für die übrigen Vertragsmächte bleibt das Abkommen bestehen, vorausgesetzt, dass ihre Beteiligung an der Bestellung der Richter genügt, um die Tätigkeit des Gerichts mit neun Richtern und neun Hilfsrichtern zu ermöglichen.

Art. 56. Falls dieses Abkommen nicht für alle Mächte Geltung hat, die im Art. 15 und in der dazugehörigen Liste aufgeführt sind, stellt der Verwaltungsrat gemäss den Bestimmungen dieses Artikels und dieser Liste das Verzeichnis der Richter und Hilfsrichter auf, mit denen die Vertragsmächte an der Tätigkeit des Prisenhofs teilnehmen. Die Richter, die der Reihe nach zu sitzen berufen sind, werden alsdann für die ihnen nach der vorstehend erwähnten Liste zukommende Zeit auf die verschiedenen Jahre des sechsjährigen Zeitraums derart verteilt, dass der Prisenhof soweit wie möglich in jedem Jahre mit gleicher Anzahl besetzt ist. Überschreitet die Zahl der Hilfsrichter diejenige der Richter, so ist die Zahl der letzteren durch das Los aus den Hilfsrichtern der Mächte zu ergänzen, die keinen Richter ernennen.

La liste ainsi dressée par le Conseil administratif sera notifiée aux Puissances contractantes. Elle sera révisée quand le nombre de celles-ci sera modifié par suite d'adhésions ou de dénonciations.

Le changement à opérer par suite d'une adhésion ne se produira qu'à partir du 1^{er} janvier qui suit la date à laquelle l'adhésion a son effet, à moins que la Puissance adhérente ne soit une Puissance belligérante, cas auquel elle peut demander d'être aussitôt représentée dans la Cour, la disposition de l'article 16 étant du reste applicable, s'il y a lieu.

Quand le nombre total des juges est inférieur à onze sept juges constituent le quorum nécessaire.

Art. 57. Deux ans avant l'expiration de chaque période visée par les alinéas 1 et 2 de l'article 55, chaque Puissance contractante pourra demander une modification des dispositions de l'article 15 et du tableau y annexé, relativement à sa participation au fonctionnement de la Cour. La demande sera adressée au Conseil administratif qui l'examinera et soumettra à toutes les Puissances des propositions sur la suite à y donner. Les Puissances feront, dans le plus bref délai possible, connaître leur résolution au Conseil administratif. Le résultat sera immédiatement, et au moins un an et trente jours avant l'expiration dudit délai de deux ans, communiqué à la Puissance qui a fait la demande.

Le cas échéant, les modifications adoptées par les Puissances entreront en vigueur dès le commencement de la nouvelle période.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Das hiernach vom Verwaltungsrat aufgestellte Verzeichnis soll den Vertragsmächten mitgeteilt werden. Es soll einer Durchsicht unterzogen werden, wenn sich die Zahl der Vertragsmächte durch einen Beitritt oder eine Kündigung ändert.

Die durch einen Beitritt bedingte Änderung soll mit dem 1. Januar nach dem Tage, an dem der Beitritt wirksam wird, in Kraft treten, es sei denn, dass die beitretende Macht eine kriegführende Macht ist; in diesem Falle kann sie beanspruchen, sofort im Prisenhofe vertreten zu sein, wobei im übrigen die Bestimmung des Art. 16 gegebenen Falles Anwendung findet.

Wenn die Gesamtzahl der Richter weniger als elf beträgt, so genügen sieben Richter zur Beschlussfähigkeit.

Art. 57. Zwei Jahre vor Ablauf eines jeden der im Art. 55 Absatz 1 und 2 vorgesehenen Zeiträume kann jede Vertragsmacht eine Abänderung der Bestimmungen des Art. 15 und der ihr beigefügten Liste in Ansehung ihrer Beteiligung an der Tätigkeit des Prisenhofs beantragen. Dieser Antrag ist an den Verwaltungsrat zu richten, der ihn prüfen und allen Mächten Vorschläge über die ihm zu gebende Folge unterbreiten wird. Die Mächte werden ihre Entschliessung in möglichst kurzer Frist dem Verwaltungsrate bekanntgeben. Das Ergebnis soll unverzüglich und wenigstens ein Jahr und dreissig Tage vor Ablauf der erwähnten zweijährigen Frist der Macht, welche den Antrag gestellt hat, mitgeteilt werden.

Zutreffenden Falles treten die von den Mächten angenommenen Abänderungen mit dem Beginne des neuen Zeitraums in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances désignées à l'article 15 et dans son annexe.

(Signatures.)

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den im Art. 15 und in dessen Anlage aufgeführten Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Originaltext.

Annexe de l'article 15.

**Distribution des juges et juges suppléants
par pays pour chaque année de la période de
six ans.**

	Juges	Juges suppléants
I^{re} année.		
1	Argentine	Paraguay
2	Colombie	Bolivie
3	Espagne	Espagne
4	Grèce	Roumanie
5	Norvège	Suède
6	Pays-Bas	Belgique
7	Turquie	Perse
II^{me} année.		
1	Argentine	Panama
2	Espagne	Espagne
3	Grèce	Roumanie
4	Norvège	Suède
5	Pays-Bas	Belgique
6	Turquie	Luxembourg
7	Uruguay	Costa Rica

Übersetzung.

Anlage zum Artikel 15.

**Länderweise Verteilung der Richter und Hülf-
richter auf die einzelnen Jahre des sechsjährigen
Zeitraums.**

	Richter	Hülf Richter
Erstes Jahr.		
1	Argentinien	Paraguay
2	Kolumbien	Bolivien
3	Spanien	Spanien
4	Griechenland	Rumänien
5	Norwegen	Schweden
6	Niederlande	Belgien
7	Türkei	Persien
Zweites Jahr.		
1	Argentinien	Panama
2	Spanien	Spanien
3	Griechenland	Rumänien
4	Norwegen	Schweden
5	Niederlande	Belgien
6	Türkei	Luxemburg
7	Uruguay	Kostarika

	Juges	Juges suppléants
III^{me} année.		
1	Brésil	Dominicaine
2	Chine	Turquie
3	Espagne	Portugal
4	Pays-Bas	Suisse
5	Roumanie	Grèce
6	Suède	Danemark
7	Vénézuéla	Haiti
IV^{me} année.		
1	Brésil	Guatémala
2	Chine	Turquie
3	Espagne	Portugal
4	Pérou	Honduras
5	Roumanie	Grèce
6	Suède	Danemark
7	Suisse	Pays-Bas
V^{me} année.		
1	Belgique	Pays-Bas
2	Bulgarie	Monténégro
3	Chili	Nicaragua
4	Danemark	Norvège
5	Mexique	Cuba
6	Perse	Chine
7	Portugal	Espagne
VI^{me} année.		
1	Belgique	Pays-Bas
2	Chili	Salvador
3	Danemark	Norvège
4	Mexique	Equateur
5	Portugal	Espagne
6	Serbie	Bulgarie
7	Siam	Chine

	Richter	Hilfsrichter
Drittes Jahr.		
1	Brasilien	Domingo
2	China	Türkei
3	Spanien	Portugal
4	Niederlande	Schweiz
5	Rumänien	Griechenland
6	Schweden	Dänemark
7	Venezuela	Haiti
Viertes Jahr.		
1	Brasilien	Guatemala
2	China	Türkei
3	Spanien	Portugal
4	Peru	Honduras
5	Rumänien	Griechenland
6	Schweden	Dänemark
7	Schweiz	Niederlande
Fünftes Jahr.		
1	Belgien	Niederlande
2	Bulgarien	Montenegro
3	Chile	Nikaragua
4	Dänemark	Norwegen
5	Mexiko	Kuba
6	Persien	China
7	Portugal	Spanien
Sechstes Jahr.		
1	Belgien	Niederlande
2	Chile	Salvador
3	Dänemark	Norwegen
4	Mexiko	Ekuador
5	Portugal	Spanien
6	Serbien	Bulgarien
7	Siam	China

Annexe 14.Originaltext.
-----**Convention**

concernant

**les droits et les devoirs des Puissances neutres
en cas de guerre maritime.**

(Indication des Souverains, Chefs d'Etat et Gouvernements.)

En vue de diminuer les divergences d'opinion qui, en cas de guerre maritime, existent encore au sujet des rapports entre les Puissances neutres et les Puissances belligérantes, et de prévenir les difficultés auxquelles ces divergences pourraient donner lieu ;

Considérant que, si l'on ne peut concerter dès maintenant des stipulations s'étendant à toutes les circonstances qui peuvent se présenter dans la pratique, il y a néanmoins une utilité incontestable à établir, dans la mesure du possible, des règles communes pour le cas où malheureusement la guerre viendrait à éclater ;

Considérant que, pour les cas non prévus par la présente Convention, il y a lieu de tenir compte des principes généraux du droit des gens ;

Anlage 14.

Übersetzung.

Abkommen

betreffend

**die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im
Falle eines Seekriegs.**

(Aufzählung der vertragschliessenden Souveräne, Staatsoberhäupter und Regierungen.)

In der Absicht, die Meinungsverschiedenheiten zu vermindern, die in Ansehung der Beziehungen zwischen den neutralen und den kriegführenden Mächten im Falle eines Seekriegs noch bestehen, und den Schwierigkeiten vorzubeugen, zu denen diese Meinungsverschiedenheiten etwa Anlass geben könnten,

in der Erwägung, dass wiewohl gegenwärtig Vertragsabreden, die sich auf alle in der Praxis möglicherweise vorkommenden Fälle erstrecken, nicht getroffen werden können, es nichts destoweniger von unbestreitbarem Nutzen ist, soweit wie möglich gemeinsame Regeln für den Fall, dass unglücklicherweise ein Krieg ausbrechen sollte, aufzustellen,

in der Erwägung, dass in den in diesem Abkommen nicht vorgesehenen Fällen die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts zu berücksichtigen sind,

Considérant qu'il est désirable que les Puissances édictent des prescriptions précises pour régler les conséquences de l'état de neutralité qu'elles auraient adopté;

Considérant que c'est, pour les Puissances neutres, un devoir reconnu d'appliquer impartialement aux divers belligérants les règles adoptées par elles;

Considérant que, dans cet ordre d'idées, ces règles ne devraient pas, en principe, être changées, au cours de la guerre, par une Puissance neutre, sauf dans le cas où l'expérience acquise en démontrerait la nécessité pour la sauvegarde de ses droits;

Sont convenus d'observer les règles communes suivantes, qui ne sauraient, d'ailleurs, porter aucune atteinte aux stipulations des traités généraux existants, et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

(Désignation des Plénipotentiaires.)

Lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1^{er}. Les belligérants sont tenus de respecter les droits souverains des Puissances neutres et de s'abstenir, dans le territoire ou les eaux neutres, de tous actes qui constitueraient de la part des Puissances qui les toléreraient un manquement à leur neutralité.

Art. 2. Tous actes d'hostilité, y compris la capture et l'exercice du droit de visite, commis par des vaisseaux de guerre belligérants dans les eaux territoriales d'une Puissance neutre, constituent une violation de la neutralité et sont strictement interdits.

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, wenn die Mächte genaue Vorschriften erlassen, um die Rechtsfolgen der von ihnen eingenommenen Neutralitätsstellung zu regeln,

in der Erwägung, dass es eine anerkannte Pflicht der neutralen Mächte ist, die von ihnen angenommenen Regeln auf die einzelnen Kriegführenden unparteiisch anzuwenden,

in der Erwägung, dass von diesem Grundgedanken aus solche Regeln im Laufe des Krieges von einer neutralen Macht grundsätzlich nicht geändert werden sollten, es sei denn, dass die gemachten Erfahrungen eine Änderung als notwendig zur Wahrung der eigenen Rechte erweisen würden,

sind übereingekommen, die nachstehenden gemeinsamen Regeln zu beobachten, von denen übrigens die Bestimmungen der bestehenden allgemeinen Verträge nicht berührt werden sollen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Bezeichnung der Bevollmächtigten.)

welche, nachdem sie ihre Vollmachten hinterlegt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die Kriegführenden sind verpflichtet, die Hoheitsrechte der neutralen Mächte zu achten und sich in deren Gebiet und Gewässern jeder Handlung zu enthalten, welche auf seiten der Mächte, die sie dulden, eine Verletzung ihrer Neutralität darstellen würde.

Art. 2. Alle von Kriegsschiffen der Kriegführenden innerhalb der Küstengewässer einer neutralen Macht begangenen Feindseligkeiten, mit Einschluss der Wegnahme und der Ausübung des Durchsuchungsrechts, stellen eine Neutralitätsverletzung dar und sind unbedingt untersagt.

Art. 3. Quand un navire a été capturé dans les eaux territoriales d'une Puissance neutre, cette Puissance doit, si la prise est encore dans sa juridiction, user des moyens dont elle dispose pour que la prise soit relâchée avec ses officiers et son équipage, et pour que l'équipage mis à bord par le capteur soit interné.

Si la prise est hors de la juridiction de la Puissance neutre, le Gouvernement capteur, sur la demande de celle-ci, doit relâcher la prise avec ses officiers et son équipage.

Art. 4. Aucun tribunal des prises ne peut être constitué par un belligérant sur un territoire neutre ou sur un navire dans des eaux neutres.

Art. 5. Il est interdit aux belligérants de faire des ports et des eaux neutres la base d'opérations navales contre leurs adversaires, notamment d'y installer des stations radio-télégraphiques ou tout appareil destiné à servir comme moyen de communication avec des forces belligérantes sur terre ou sur mer.

Art. 6. La remise, à quelque titre que ce soit, faite directement ou indirectement par une Puissance neutre à une Puissance belligérante, de vaisseaux de guerre, de munitions, ou d'un matériel de guerre quelconque, est interdite.

Art. 7. Une Puissance neutre n'est pas tenue d'empêcher l'exportation ou le transit, pour le compte de l'un ou de l'autre des belligérants, d'armes, de munitions, et, en général, de tout ce qui peut être utile à une armée ou à une flotte.

Art. 3. Ist ein Schiff innerhalb der Küstengewässer einer neutralen Macht weggenommen worden, so hat diese Macht, sofern sich die Prise noch in ihrem Hoheitsbereiche befindet, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Befreiung der Prise mit ihren Offizieren und ihrer Mannschaft herbeizuführen und die von dem Wegnehmenden auf die Prise gelegte Besatzung bei sich festzuhalten.

Befindet sich die Prise ausserhalb des Hoheitsbereichs der neutralen Macht, so hat auf Verlangen dieser Macht die nehmende Regierung die Prise mit ihren Offizieren und ihrer Mannschaft freizugeben.

Art. 4. Von einem Kriegführenden darf auf neutralem Gebiet oder auf einem Schiffe in neutralen Gewässern kein Prisengericht gebildet werden.

Art. 5. Den Kriegführenden ist es untersagt, neutrale Häfen oder Gewässer zu einem Stützpunkte für Seekriegsunternehmungen gegen ihre Gegner zu machen, insbesondere dort funkentelegraphische Stationen oder sonst irgend eine Anlage einzurichten, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitkräften zu vermitteln.

Art. 6. Die von einer neutralen Macht an eine kriegführende Macht aus irgend einem Grunde unmittelbar oder mittelbar bewirkte Abgabe von Kriegsschiffen, Munition oder sonstigem Kriegsmaterial ist untersagt.

Art. 7. Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, von Munition sowie überhaupt von allem, was einem Heere oder einer Flotte von Nutzen sein kann, zu verhindern.

Art. 8. Un Gouvernement neutre est tenu d'user des moyens dont il dispose pour empêcher dans sa juridiction l'équipement ou l'armement de tout navire, qu'il a des motifs raisonnables de croire destiné à croiser ou à concourir à des opérations hostiles contre une Puissance avec laquelle il est en paix. Il est aussi tenu d'user de la même surveillance pour empêcher le départ hors de sa juridiction de tout navire destiné à croiser ou à concourir à des opérations hostiles, et qui aurait été, dans ladite juridiction, adapté en tout ou en partie à des usages de guerre.

Art. 9. Une Puissance neutre doit appliquer également aux deux belligérants les conditions, restrictions ou interdictions, édictées par elle pour ce qui concerne l'admission dans ses ports, rades ou eaux territoriales, des navires de guerre belligérants ou de leurs prises.

Toutefois, une Puissance neutre peut interdire l'accès de ses ports et de ses rades au navire belligérant qui aurait négligé de se conformer aux ordres et prescriptions édictés par elle ou qui aurait violé la neutralité.

Art. 10. La neutralité d'une Puissance n'est pas compromise par le simple passage dans ses eaux territoriales des navires de guerre et des prises des belligérants.

Art. 11. Une Puissance neutre peut laisser les navires de guerre des belligérants se servir de ses pilotes brevetés.

Art. 12. A défaut d'autres dispositions spéciales de la législation de la Puissance neutre, il est interdit aux navires de guerre des belligérants de demeurer dans les ports et rades ou dans les eaux territoriales de ladite

Art. 8. Eine neutrale Regierung ist verpflichtet, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um in ihrem Hoheitsbereiche die Ausrüstung oder Bewaffung jedes Schiffes zu verhindern, bei dem sie triftige Gründe für die Annahme hat, dass es zum Kreuzen oder zur Teilnahme an feindlichen Unternehmungen gegen eine Macht, mit der sie im Frieden lebt, bestimmt ist. Sie ist ferner verpflichtet, dieselbe Überwachung auszuüben, um zu verhindern, dass aus ihrem Hoheitsbereich irgend ein zum Kreuzen oder zur Teilnahme an feindlichen Unternehmungen bestimmtes Schiff ausläuft, das innerhalb ihres Hoheitsbereiches ganz oder teilweise zum Kriegsgebrauche hergerichtet worden ist.

Art. 9. Eine neutrale Macht muss die Bedingungen, Beschränkungen oder Verbote, die sie für die Zulassung von Kriegsschiffen oder Prisen der Kriegführenden in ihre Häfen, Reeden oder Küstengewässer aufgestellt hat, auf beide Kriegführende gleichmässig anwenden.

Doch kann eine neutrale Macht den Zutritt zu ihren Häfen und ihren Reeden einem Kriegsschiffe untersagen, das sich den von ihr ergangenen Aufforderungen und Anweisungen nicht gefügt oder die Neutralität verletzt hat.

Art. 10. Die Neutralität einer Macht wird durch die blosse Durchfahrt der Kriegsschiffe und Prisen der Kriegführenden durch ihre Küstengewässer nicht beeinträchtigt.

Art. 11. Eine neutrale Macht darf zulassen, dass die Kriegsschiffe der Kriegführenden sich ihrer bestellten Lotsen bedienen.

Art. 12. Sofern die Gesetzgebung der neutralen Macht nicht anderweitige besondere Bestimmung an enthält, ist es den Kriegsschiffen der Kriegführenden, abgesehen von den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen, untersagt, sich

Puissance, pendant plus de 24 heures, sauf dans les cas prévus par la présente Convention.

Art. 13. Si une Puissance avisée de l'ouverture des hostilités apprend qu'un navire de guerre d'un belligérant se trouve dans un de ses ports et rades ou dans ses eaux territoriales, elle doit notifier audit navire qu'il devra partir dans les 24 heures ou dans le délai prescrit par la loi locale.

Art. 14. Un navire de guerre belligérant ne peut prolonger son séjour dans un port neutre au delà de la durée légale que pour cause d'avaries ou à raison de l'état de la mer. Il devra partir dès que la cause du retard aura cessé.

Les règles sur la limitation du séjour dans les ports, rades et eaux neutres, ne s'appliquent pas aux navires de guerre exclusivement affectés à une mission religieuse, scientifique ou philanthropique.

Art. 15. A défaut d'autres dispositions spéciales de la législation de la Puissance neutre, le nombre maximum des navires de guerre d'un belligérant qui pourront se trouver en même temps dans un de ses ports ou rades, sera de trois.

Art. 16. Lorsque des navires de guerre des deux Parties belligérantes se trouvent simultanément dans un port ou une rade neutres, il doit s'écouler au moins 24 heures entre le départ du navire d'un belligérant et le départ du navire de l'autre.

L'ordre des départs est déterminé par l'ordre des arrivées, à moins que le navire arrivé le premier ne soit dans le cas où la prolongation de la durée légale du séjour est admise.

innerhalb der Häfen, Reeden oder Küstengewässer einer solchen Macht länger als vierundzwanzig Stunden aufzuhalten.

Art. 13. Erfährt eine Macht, die vom Beginne der Feindseligkeiten benachrichtigt ist, dass sich innerhalb ihrer Häfen, Reeden oder Küstengewässer ein Kriegsschiff eines Kriegführenden aufhält, so hat sie das Schiff aufzufordern, binnen vierundzwanzig Stunden oder in der durch das Ortsgesetz vorgeschriebenen Frist auszulaufen.

Art. 14. Kriegsschiffe von Kriegführenden dürfen ihren Aufenthalt in einem neutralen Hafen über die gesetzliche Dauer hinaus nur aus Anlass von Beschädigungen oder wegen des Zustandes der See verlängern. Sie müssen auslaufen, sobald die Ursache der Verzögerung fortgefallen ist.

Die Regeln über die Beschränkung des Aufenthalts innerhalb neutraler Häfen, Reeden und Gewässer gelten nicht für Kriegsschiffe, die ausschliesslich religiösen, wissenschaftlichen oder menschenfreundlichen Aufgaben dienen.

Art. 15. Sofern die Gesetzgebung der neutralen Macht nicht anderweitige besondere Bestimmungen enthält, dürfen sich höchstens drei Kriegsschiffe eines Kriegführenden zu gleicher Zeit innerhalb eines ihrer Häfen oder einer ihrer Reeden befinden.

Art. 16. Befinden sich innerhalb eines neutralen Hafens oder einer neutralen Reede gleichzeitig Kriegsschiffe beider Kriegführenden, so müssen zwischen dem Auslaufen von Schiffen des einen und des anderen Kriegführenden mindestens vierundzwanzig Stunden verflossen sein.

Die Reihenfolge des Auslaufens bestimmt sich nach der Reihenfolge der Ankunft, es sei denn, dass sich das zuerst angekommene Schiff in einer Lage befindet, wo die Verlängerung der gesetzlichen Aufenthaltsdauer zugelassen ist.

Un navire de guerre belligérant ne peut quitter un port ou une rade neutres moins de 24 heures après le départ d'un navire de commerce portant le pavillon de son adversaire.

Art. 17. Dans les ports et rades neutres les navires de guerre belligérants ne peuvent réparer leurs avaries que dans la mesure indispensable à la sécurité de leur navigation et non pas accroître, d'une manière quelconque, leur force militaire. L'autorité neutre constatera la nature des réparations à effectuer qui devront être exécutées le plus rapidement possible.

Art. 18. Les navires de guerre belligérants ne peuvent pas se servir des ports, rades et eaux territoriales neutres, pour renouveler ou augmenter leurs approvisionnements militaires ou leur armement ainsi que pour compléter leurs équipages.

Art. 19. Les navires de guerre belligérants ne peuvent se ravitailler dans les ports et rades neutres que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix.

Ces navires ne peuvent, de même, prendre du combustible que pour gagner le port le plus proche de leur propre pays. Ils peuvent, d'ailleurs, prendre le combustible nécessaire pour compléter le plein de leurs soutes proprement dites, quand ils se trouvent dans les pays neutres qui ont adopté ce mode de détermination du combustible à fournir.

Si, d'après la loi de la Puissance neutre, les navires ne reçoivent du charbon que 24 heures après leur arrivée, la durée légale de leur séjour est prolongée de 24 heures.

Art. 20. Les navires de guerre belligérants, qui ont pris du combustible dans le port d'une Puissance neutre,

Kriegsschiffe von Kriegführenden dürfen einen neutralen Hafen oder eine neutrale Reede nicht früher als vierundzwanzig Stunden nach dem Auslaufen eines die Flagge ihres Gegners führenden Kauffahrteischiffs verlassen.

Art. 17. Innerhalb neutraler Häfen und Reeden dürfen die Kriegsschiffe von Kriegführenden ihre Schäden nur in dem für die Sicherheit ihrer Schifffahrt unerlässlichen Masse ausbessern, nicht aber in irgendwelcher Weise ihre militärische Kraft erhöhen. Die neutrale Behörde hat die Art der vorzunehmenden Ausbesserungen festzustellen, die so schnell wie möglich auszuführen sind.

Art. 18. Die Kriegsschiffe von Kriegführenden dürfen die neutralen Häfen, Reeden und Küstengewässer nicht benutzen, um ihre militärischen Vorräte oder ihre Armierung zu erneuern oder zu verstärken, sowie um ihre Besatzung zu ergänzen.

Art. 19. Die Kriegsschiffe von Kriegführenden dürfen innerhalb neutraler Häfen und Reeden nur so viel Lebensmittel einnehmen, um ihren Vorrat auf den regelmässigen Friedensbestand zu ergänzen.

Ebenso dürfen diese Schiffe nur so viel Feuerungsmaterial einnehmen, um den nächsten Hafen ihres Heimatlandes zu erreichen. Sie können übrigens das zur vollständigen Füllung ihrer eigentlichen Kohlenbunker erforderliche Feuerungsmaterial einnehmen, wenn sie sich in neutralen Ländern befinden, die diese Art der Bemessung des zu liefernden Feuerungsmaterials angenommen haben.

Wenn die Schiffe nach den Gesetzen der neutralen Macht erst vierundzwanzig Stunden nach ihrer Ankunft Kohlen erhalten, so verlängert sich für sie die gesetzliche Aufenthaltsdauer um vierundzwanzig Stunden.

Art. 20. Die Kriegsschiffe von Kriegführenden, die in dem Hafen einer neutralen Macht Feuerungsmaterial

ne peuvent renouveler leur approvisionnement qu'après trois mois dans un port de la même Puissance.

Art. 21. Une prise ne peut être amenée dans un port neutre que pour cause d'innavigabilité, de mauvais état de la mer, de manque de combustible ou de provisions.

Elle doit repartir aussitôt que la cause qui en a justifié l'entrée a cessé. Si elle ne le fait pas, la Puissance neutre doit lui notifier l'ordre de partir immédiatement; au cas où elle ne s'y conformerait pas, la Puissance neutre doit user des moyens dont elle dispose pour la relâcher avec ses officiers et son équipage et interner l'équipage mis à bord par le capteur.

Art. 22. La Puissance neutre doit, de même, relâcher la prise qui aurait été amenée en dehors des conditions prévues par l'article 21.

Art. 23. Une Puissance neutre peut permettre l'accès de ses ports et rades aux prises escortées ou non, lorsqu'elles y sont amenées pour être laissées sous séquestre en attendant la décision du tribunal des prises. Elle peut faire conduire la prise dans un autre de ses ports.

Si la prise est escortée par un navire de guerre, les officiers et les hommes mis à bord par le capteur sont autorisés à passer sur le navire d'escorte.

Si la prise voyage seule, le personnel placé à son bord par le capteur est laissé en liberté.

eingekommen haben, dürfen ihren Vorrat in einem Hafen derselben Macht erst nach drei Monaten erneuern.

Art. 21. Eine Prise darf nur wegen Seeuntüchtigkeit, wegen ungünstiger See sowie wegen Mangels an Feuerungsmaterial oder an Vorräten in einen neutralen Hafen gebracht werden.

Sie muss wieder auslaufen, sobald die Ursache, die das Einlaufen rechtfertigte, weggefallen ist. Tut sie dies nicht, so muss ihr die neutrale Macht eine Aufforderung zum sofortigen Auslaufen zukommen lassen; sollte sie dieser nicht nachkommen, so muss die neutrale Macht die ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um die Befreiung der Prise mit ihren Offizieren und ihrer Mannschaft herbeizuführen, sowie um die von dem Wegnehmenden auf die Prise gelegte Besatzung bei sich festzuhalten.

Art. 22. Die neutrale Macht muss ebenso die Befreiung solcher Prisen herbeiführen, die bei ihr eingebracht worden sind, ohne dass die im Art. 21 vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen.

Art. 23. Eine neutrale Macht kann Prisen, sei es mit, sei es ohne Begleitung, den Zutritt zu ihren Häfen und Reeden gestatten, wenn sie dorthin gebracht werden, um bis zur Entscheidung des Prisengerichts in Verwahrung gehalten zu werden. Sie kann die Prise in einen anderen ihrer Häfen führen lassen.

Wenn die Prise von einem Kriegsschiffe begleitet wird, so sind die von dem Wegnehmenden auf die Prise gelegten Offiziere und Mannschaften befugt, sich auf das begleitende Schiff zu begeben.

Fährt die Prise allein, so ist die von dem Wegnehmenden auf die Prise gelegte Besatzung in Freiheit zu lassen.

Art. 24. Si, malgré la notification de l'autorité neutre, un navire de guerre belligérant ne quitte pas un port dans lequel il n'a pas le droit de rester, la Puissance neutre a le droit de prendre les mesures qu'elle pourra juger nécessaires pour rendre le navire incapable de prendre la mer pendant la durée de la guerre et le commandant du navire de faciliter l'exécution de ces mesures.

Lorsqu'un navire belligérant est retenu par une Puissance neutre, les officiers et l'équipage sont également retenus.

Les officiers et l'équipage ainsi retenus peuvent être laissés dans le navire ou logés, soit sur un autre navire, soit à terre, et ils peuvent être assujettis aux mesures restrictives qu'il paraîtrait nécessaire de leur imposer. Toutefois, on devra toujours laisser sur le navire les hommes nécessaires à son entretien.

Les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation.

Art. 25. Une Puissance neutre est tenue d'exercer la surveillance que comportent les moyens dont elle dispose, pour empêcher dans ses ports ou rades et dans ses eaux toute violation des dispositions qui précèdent.

Art. 26. L'exercice par une Puissance neutre des droits définis par la présente Convention ne peut jamais être considéré comme un acte peu amical par l'un ou par l'autre belligérant qui a accepté les articles qui s'y réfèrent.

Art. 27. Les Puissances contractantes se communiqueront réciproquement, en temps utile, toutes les lois,

Art. 24. Wenn Kriegsschiffe von Kriegführenden einen Hafen, wo sie zu bleiben nicht berechtigt sind, trotz der Aufforderung der neutralen Behörde nicht verlassen, so hat die neutrale Macht das Recht, die ihr erforderlich scheinenden Massnahmen zu treffen, um ein solches Schiff unfähig zu machen, während der Dauer des Krieges in See zu gehen; der Befehlshaber des Schiffes soll die Ausführung dieser Massnahmen erleichtern.

Werden Kriegsschiffe von Kriegführenden durch eine neutrale Macht festgehalten, so werden die Offiziere und die Mannschaft gleichfalls festgehalten.

Die so festgehaltenen Offiziere und Mannschaften können auf dem Schiffe gelassen oder auf einem anderen Schiffe oder an Land untergebracht werden; sie können beschränkenden Massregeln, deren Auferlegung nötig erscheint, unterworfen werden. Doch sind auf dem Schiffe immer die zu seiner Instandhaltung notwendigen Leute zu belassen.

Die Offiziere können frei gelassen werden, wenn sie sie sich durch Ehrenwort verpflichten, das neutrale Gebiet nicht ohne Erlaubnis zu verlassen.

Art. 25, Eine neutrale Macht ist verpflichtet, nach Massgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel die erforderliche Aufsicht auszuüben, um innerhalb ihrer Häfen, Reeden und Gewässer jede Verletzung der vorstehenden Bestimmungen zu verhindern.

Art. 26. Die Ausübung der in diesem Abkommen festgestellten Rechte durch eine neutrale Macht darf niemals von dem einen oder dem anderen Kriegführenden, der die in Betracht kommenden Artikel angenommen hat, als unfreundliche Handlung angesehen werden.

Art. 27. Die Vertragsmächte werden einander zu gegebener Zeit alle Gesetze, Verordnungen und sonstigen

ordonnances et autres dispositions réglant chez elles le régime des navires de guerre belligérants dans leurs ports et leurs eaux, au moyen d'une notification adressée au Gouvernement des Pays-Bas et transmise immédiatement par celui-ci aux autres Puissances contractantes.

Art. 28. Les dispositions de la présente Convention ne sont applicables qu'entre les Puissances contractantes et seulement si les belligérants sont tous parties à la Convention.

Art. 29. La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Le premier dépôt de ratifications sera constaté par un procès-verbal signé par les représentants des Puissances qui y prennent part et par le Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas.

Les dépôts ultérieurs de ratifications se feront au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et accompagnée de l'instrument de ratification.

Copie certifiée conforme du procès-verbal relatif au premier dépôt de ratifications, des notifications mentionnées à l'alinéa précédent, ainsi que des instruments de ratification, sera immédiatement remise, par les soins du Gouvernement des Pays-Bas et par la voie diplomatique, aux Puissances conviées à la Deuxième Conférence de la Paix, ainsi qu'aux autres Puissances qui auront adhéré à la Convention. Dans les cas visés par l'alinéa précédent, le dit Gouvernement leur fera connaître en même temps la date à laquelle il a reçu la notification.

Bestimmungen über die Behandlung der Kriegsschiffe von Kriegführenden in ihren Häfen und ihren Gewässern mitteilen, und zwar mittels einer an die Regierung der Niederlande gerichteten Benachrichtigung, die von dieser unverzüglich allen anderen Vertragsmächten übermittelt wird.

Art. 28. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind.

Art. 29. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden wird durch ein Protokoll festgestellt, das von den Vertretern der daran teilnehmenden Mächte und von dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet wird.

Die späteren Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erfolgen mittels einer schriftlichen, an die Regierung der Niederlande gerichteten Anzeige, der die Ratifikationsurkunde beizufügen ist.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden, der im vorstehenden Absatz erwähnten Anzeigen und der Ratifikationsurkunden wird durch die Regierung der Niederlande den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten sowie den anderen Mächten, die dem Abkommen beigetreten sind, auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden. In den Fällen des vorstehenden Absatzes wird die bezeichnete Regierung ihnen zugleich bekanntgeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 30. Les Puissances non signataires sont admises à adhérer à la présente Convention.

La Puissance qui désire adhérer notifie par écrit son intention au Gouvernement des Pays-Bas en lui transmettant l'acte d'adhésion qui sera déposé dans les archives du dit Gouvernement.

Ce Gouvernement transmettra immédiatement à toutes les autres Puissances copie certifiée conforme de la notification ainsi que de l'acte d'adhésion, en indiquant la date à laquelle il a reçu la notification.

Art. 31. La présente Convention produira effet, pour les Puissances qui auront participé au premier dépôt de ratifications, soixante jours après la date du procès-verbal de ce dépôt et, pour les Puissances qui ratifieront ultérieurement ou qui adhéreront, soixante jours après que la notification de leur ratification ou de leur adhésion aura été reçue par le Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 32. S'il arrivait qu'une des Puissances contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas, qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

Art. 33. Un registre tenu par le Ministère des Affaires Etrangères des Pays-Bas indiquera la date du dépôt de ratifications effectué en vertu de l'article 29, alinéas 3 et 4, ainsi que la date à laquelle auront été reçues les noti-

Art. 30. Die Mächte, die nicht unterzeichnet haben, können diesem Abkommen später beitreten.

Die Macht, die beizutreten wünscht, hat ihre Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und ihr dabei die Beitrittsurkunde zu übersenden, die im Archive der bezeichneten Regierung hinterlegt werden wird.

Diese Regierung wird unverzüglich allen anderen Mächten beglaubigte Abschrift der Anzeige wie der Beitrittsurkunde übersenden und zugleich angeben, an welchem Tage sie die Anzeige erhalten hat.

Art. 31. Dieses Abkommen wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen worden ist, und für die später ratifizierenden oder beitretenden Mächte sechzig Tage, nachdem die Regierung der Niederlande die Anzeige von ihrer Ratifikation oder von ihrem Beitritt erhalten hat.

Art. 32. Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten mitteilt und ihnen zugleich bekanntgibt, an welchem Tage sie die Erklärung erhalten hat.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist.

Art. 33. Ein im niederländischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geführtes Register soll den Tag der gemäss Art. 29, Abs. 3 und 4 erfolgten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden angeben, sowie den Tag, an dem

fications d'adhésion (article 30 alinéa 2) ou de dénonciation (article 32 alinéa 1).

Chaque Puissance contractante est admise à prendre connaissance de ce registre et à en demander des extraits certifiés conformes.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances qui ont été conviées à la Deuxième Conférence de la Paix.

(Signatures.)

die Anzeigen von dem Beitritt (Art. 30, Abs. 2) oder von der Kündigung (Art. 32, Abs. 1) eingegangen sind.

Jede Vertragsmacht hat das Recht, von diesem Register Kenntnis zu nehmen und beglaubigte Auszüge daraus zu verlangen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den zur zweiten Friedenskonferenz eingeladenen Mächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Annexe 15.Originaltext.
-----**Déclaration**

relative à

**l'interdiction de lancer des projectiles et des
explosifs du haut de ballons.**

Les soussignés Plénipotentiaires des Puissances conviées à la Deuxième Conférence Internationale de la Paix à La Haye, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements,

s'inspirant des sentiments qui ont trouvé leur expression dans la Déclaration de St-Petersbourg du $\frac{29 \text{ novembre}}{11 \text{ décembre}}$ 1868, et désirant renouveler la déclaration de La Haye du 29 juillet 1899, arrivée à expiration,

Déclarent:

Les Puissances contractantes consentent, pour une période allant jusqu'à la fin de la Troisième Conférence de la Paix, à l'interdiction de lancer des projectiles et des explosifs du haut de ballons ou par d'autres modes analogues nouveaux.

La présente Déclaration n'est obligatoire que pour les Puissances contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles.

Elle cessera d'être obligatoire du moment où, dans une guerre entre des Puissances contractantes, une Puissance non contractante se joindrait à l'un des belligérants.

Übersetzung.

Erklärung
betreffend
**das Verbot des Werfens von Geschossen und
Sprengstoffen aus Luftschiffen.**

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der zur zweiten internationalen Friedenskonferenz im Haag eingeladenen Mächte, von ihren Regierungen zu diesem Zwecke gebührend ermächtigt,

von dem Gedanken geleitet, der in der Deklaration von St. Petersburg vom 29. November/11. Dezember 1868 Ausdruck gefunden hat, und von dem Wunsche erfüllt, die inzwischen abgelaufene Haager Erklärung vom 29. Juli 1899 zu erneuern,

erklären:

Die Vertragsmächte sind dahin übereingekommen, dass für einen bis zum Schlusse der dritten Friedenskonferenz reichenden Zeitraum das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen oder auf anderen ähnlichen neuen Wegen verboten ist.

Diese Erklärung ist für die Vertragsmächte nur bindend im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehreren von ihnen.

Sie hört mit dem Augenblick auf verbindlich zu sein, wo in einem Kriege zwischen Vertragsmächten eine Nichtvertragsmacht sich einer der Kriegsparteien anschliesst.

La présente Déclaration sera ratifiée dans le plus bref délai possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Il sera dressé du dépôt des ratifications un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances contractantes.

Les Puissances non signataires pourront adhérer à la présente Déclaration. Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances contractantes.

S'il arrivait qu'une des Hautes Parties contractantes dénonçât la présente Déclaration, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances contractantes.

Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée.

En foi de quoi, des Plénipotentiaires ont revêtu la présente Déclaration de leurs signatures.

Fait à La Haye, le dix-huit octobre mil neuf cent sept, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances contractantes.

(Signatures.)

Diese Erklärung soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden soll ein Protokoll aufgenommen werden; von diesem soll beglaubigte Abschrift allen Vertragsmächten auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden.

Die Nichtsignatarmächte können dieser Erklärung beitreten. Sie haben zu diesem Zwecke ihren Beitritt den Vertragsmächten durch eine schriftliche Anzeige bekanntzugeben, die an die Regierung der Niederlande zu richten und von dieser allen anderen Vertragsmächten mitzuteilen ist.

Falls einer der hohen vertragschliessenden Teile diese Erklärung kündigen sollte, würde diese Kündigung erst ein Jahr nach der schriftlich an die Regierung der Niederlande ergehenden und von dieser allen anderen Vertragsmächten unverzüglich mitzuteilenden Benachrichtigung wirksam werden.

Diese Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Erklärung mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am achtzehnten Oktober neunzehnhundertsieben in einer einzigen Ausfertigung, die im Archive der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und wovon beglaubigte Abschriften den Vertragsmächten auf diplomatischem Wege übergeben werden sollen.

(Unterschriften.)

Originaltext.

Annexe au 1^{er} vœu émis par la Deuxième Conférence
de la Paix.

Projet
d'une
**Convention relative à l'établissement d'une Cour
de justice arbitrale.**

Titre I.

Organisation de la Cour de justice arbitrale.

Art. 1. Dans le but de faire progresser la cause de l'arbitrage, les Puissances contractantes conviennent d'organiser, sans porter atteinte à la Cour permanente d'arbitrage, une Cour de justice arbitrale, d'un accès libre et facile, réunissant des juges représentant les divers systèmes juridiques du monde, et capable d'assurer la continuité de la jurisprudence arbitrale.

Art. 2. La Cour de justice arbitrale se compose de juges et de juges suppléants choisis parmi les personnes jouissant de la plus haute considération morale et qui tous devront remplir les conditions requises, dans leurs pays respectifs, pour l'admission dans la haute magistrature ou être des jurisconsultes d'une compétence notoire en matière de droit international.

Anlage 16.

Übersetzung.

Anlage zu dem von der zweiten Friedenskonferenz geäußerten
ersten Wunsche.

Entwurf

eines

**Abkommens über die Errichtung eines
Schiedsgerichtshofs.**

I. Titel.

Verfassung des Schiedsgerichtshofs.

Art. 1. Um die Sache der Schiedssprechung zu fördern, kommen die Vertragsmächte überein, ohne Beeinträchtigung des ständigen Schiedshofs einen Schiedsgerichtshof einzurichten, zu dem der Zugang frei und leicht ist, der sich zusammensetzt aus Richtern, welche die verschiedenen Rechtssysteme der Welt vertreten, und der imstande ist, die Stetigkeit der schiedsgerichtlichen Rechtsprechung sicherzustellen.

Art. 2. Der Schiedsgerichtshof besteht aus Richtern und Hilfsrichtern; sie sind zu wählen aus Personen, die sich der höchsten sittlichen Achtung erfreuen, und die sämtlich entweder die in ihrem Heimatlande für die Zulassung zu einem höchsten Richteramt erforderlichen Bedingungen erfüllen oder Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkunde in Fragen des Völkerrechts sein müssen.

Les juges et les juges suppléants de la Cour sont choisis, autant que possible, parmi les membres de la Cour permanente d'arbitrage. Le choix sera fait dans les six mois qui suivront la ratification de la présente Convention.

Art. 3. Les juges et les juges suppléants sont nommés pour une période de douze ans à compter de la date où la nomination aura été notifiée au Conseil administratif institué par la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux. Leur mandat peut être renouvelé.

En cas de décès ou de démission d'un juge ou d'un juge suppléant, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination. Dans ce cas, la nomination est faite pour une nouvelle période de douze ans.

Art. 4. Les juges de la Cour de justice arbitrale sont égaux entre eux et prennent rang d'après la date de la notification de leur nomination. La préséance appartient au plus âgé, au cas où la date est la même.

Les juges suppléants sont, dans l'exercice de leurs fonctions, assimilés aux juges titulaires. Toutefois, il prennent rang après ceux-ci.

Art. 5. Les juges jouissent des privilèges et immunités diplomatiques dans l'exercice de leurs fonctions et en dehors de leur pays.

Avant de prendre possession de leur siège, les juges et les juges suppléants doivent, devant le Conseil administratif, prêter serment ou faire une affirmation solennelle d'exercer leurs fonctions avec impartialité et en toute conscience.

Art. 6. La Cour désigne annuellement trois juges qui forment une Délégation spéciale et trois autres destinés à

Die Richter und Hilfsrichter des Gerichtshofs werden, soweit wie möglich, aus den Mitgliedern des ständigen Schiedshofs gewählt. Die Wahl hat binnen sechs Monaten nach der Ratifikation dieses Abkommens zu erfolgen.

Art. 3. Die Richter und Hilfsrichter werden für einen Zeitraum von zwölf Jahren ernannt, gerechnet von dem Tage, wo die Ernennung dem durch das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle eingesetzten Verwaltungsrat angezeigt wird. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

Im Falle des Todes oder des Rücktritts eines Richters oder Hilfsrichters erfolgt sein Ersatz in der für seine Ernennung vorgesehenen Weise. In diesem Falle geschieht die Ernennung für einen neuen Zeitraum von zwölf Jahren.

Art. 4. Die Richter des Schiedsgerichtshofs stehen einander gleich; sie erhalten ihren Rang nach dem Tage der Anzeige ihrer Ernennung. Ist der Tag derselbe, so gebührt der Vorrang dem der Geburt nach älteren.

Die Hilfsrichter sind bei der Ausübung ihres Amtes den Richtern selbst gleichgestellt. Doch haben sie ihren Rang hinter diesen.

Art. 5. Die Richter geniessen während der Ausübung ihres Amtes und ausserhalb ihres Heimatlandes die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen.

Die Richter und Hilfsrichter haben, bevor sie ihren Sitz einnehmen, vor dem Verwaltungsrat einen Eid zu leisten oder eine feierliche Versicherung abzugeben, dass sie ihr Amt unparteiisch und auf das gewissenhafteste ausüben werden.

Art. 6. Der Gerichtshof bestellt jährlich drei Richter, die eine besondere Delegation bilden, und drei andere, die

les remplacer en cas d'empêchement. Ils peuvent être réélus. L'élection se fait au scrutin de liste. Sont considérés comme élus ceux qui réunissent le plus grand nombre de voix. La Délégation élit elle-même son Président, qui, à défaut d'une majorité, est désigné par le sort.

Un membre de la Délégation ne peut exercer ses fonctions quand la Puissance qui l'a nommé, ou dont il est le national, est une des Parties.

Les membres de la Délégation terminent les affaires qui leur ont été soumises, même au cas où la période pour laquelle ils ont été nommés juges serait expirée.

Art. 7. L'exercice des fonctions judiciaires est interdit au juge dans les affaires au sujet desquelles il aura, à un titre quelconque, concouru à la décision d'un tribunal national, d'un Tribunal d'arbitrage ou d'une Commission d'enquête, ou figuré dans l'instance comme conseil ou avocat d'une Partie.

Aucun juge ne peut intervenir comme agent ou comme avocat devant la Cour de justice arbitrale ou la Cour permanente d'arbitrage, devant un Tribunal spécial d'arbitrage ou une Commission d'enquête, ni y agir pour une Partie en quelque qualité que ce soit, pendant toute la durée de son mandat.

Art. 8. La Cour élit son Président et son Vice-Président à la majorité absolue des suffrages exprimés. Après deux tours de scrutin, l'élection se fait à la majorité relative et, en cas de partage des voix, le sort décide.

Art. 9. Les juges de la Cour de justice arbitrale reçoivent une indemnité annuelle de six mille florins néer-

im Falle der Verhinderung zu ihrer Vertretung bestimmt sind. Ihre Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl erfolgt durch Listenabstimmung. Als gewählt gelten diejenigen, welche die grösste Stimmenzahl auf sich vereinigen. Die Delegation wählt selbst ihren Vorsitzenden; falls keine Mehrheit zu stande kommt, wird er durch das Los bestimmt.

Ein Mitglied der Delegation kann sein Amt nicht ausüben, wenn die Macht, die es ernannt hat oder der es angehört, eine der Parteien ist.

Die Mitglieder der Delegation führen die ihnen übertragenen Sachen zu Ende, auch wenn der Zeitraum, für den sie zu Richtern ernannt worden sind, abgelaufen ist.

Art. 7. Die Ausübung des Richteramts ist einem Richter in den Sachen untersagt, in denen er in irgend einer Eigenschaft bei der Entscheidung eines nationalen Gerichts, eines Schiedsgerichts oder einer Untersuchungskommission mitgewirkt hat oder als Rechtsbeistand oder Anwalt einer Partei an dem Verfahren beteiligt gewesen ist.

Ein Richter darf während der ganzen Dauer seines Amtes weder als Agent noch als Anwalt vor dem Schiedsgerichtshof oder dem ständigen Schiedshof, vor einem besonderen Schiedsgericht oder einer Untersuchungskommission auftreten noch dort für eine Partei in irgendwelcher Eigenschaft tätig sein.

Art. 8. Der Gerichtshof wählt seinen Präsidenten und seinen Vizepräsidenten nach der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nach zwei Wahlgängen erfolgt die Wahl nach relativer Mehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Art. 9. Die Richter des Schiedsgerichtshofs erhalten eine jährliche Entschädigung von sechstausend niederländi-

landais. Cette indemnité est payée à l'expiration de chaque semestre à dater du jour de la première réunion de la Cour.

Pendant l'exercice de leurs fonctions au cours des sessions ou dans les cas spéciaux prévus par la présente Convention, ils touchent une somme de cent florins par jour. Il leur est alloué, en outre, une indemnité de voyage fixée d'après les règlements de leur pays. Les dispositions du présent alinéa s'appliquent aussi aux juges suppléants remplaçant les juges.

Ces allocations, comprises dans les frais généraux de la Cour, prévus par l'article 31, sont versées par l'entremise du Bureau international institué par la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux.

Art. 10. Les juges ne peuvent recevoir de leur propre Gouvernement ou de celui d'une autre Puissance aucune rémunération pour des services rentrant dans leurs devoirs comme membres de la Cour.

Art. 11. La Cour de justice arbitrale a son siège à La Haye et ne peut, sauf le cas de force majeure, le transporter ailleurs.

La Délégation peut, avec l'assentiment des Parties, choisir un autre lieu pour ses réunions, si des circonstances particulières l'exigent.

Art. 12. Le Conseil administratif remplit à l'égard de la Cour de justice arbitrale les fonctions qu'il remplit à l'égard de la Cour permanente d'arbitrage.

Art. 13. Le Bureau international sert de greffe à la Cour de justice arbitrale et doit mettre ses locaux et son organisation à la disposition de la Cour. Il a la garde des archives et la gestion des affaires administratives.

schen Gulden. Diese Entschädigung ist am Schlusse jedes Halbjahrs, gerechnet von dem Tage des ersten Zusammentritts des Gerichtshofs, zu zahlen.

Während der Ausübung ihres Amtes beziehen sie im Laufe der Tagungen oder in den von diesem Abkommen vorgesehenen besonderen Fällen einen Betrag von täglich hundert Gulden. Ausserdem erhalten sie eine Reisevergütung, die nach den Vorschriften ihres Heimatlandes zu bemessen ist. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten auch für die Hilfsrichter, wenn sie einen Richter vertreten.

Diese Gebühren gehören zu den im Art. 31 vorgesehenen allgemeinen Kosten des Gerichtshofs und werden durch Vermittlung des durch das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle errichteten internationalen Bureaus ausgezahlt.

Art. 10. Die Richter dürfen weder von ihrer eigenen Regierung noch von der einer anderen Macht irgend eine Vergütung für Dienste annehmen, die zu ihren Pflichten als Mitglieder des Gerichtshofs gehören.

Art. 11. Der Schiedsgerichtshof hat seinen Sitz im Haag und kann diesen, abgesehen von dem Falle höherer Gewalt, nicht nach einem anderen Orte verlegen.

Die Delegation kann mit Zustimmung der Parteien einen anderen Ort für ihre Sitzungen wählen, falls besondere Umstände es erfordern.

Art. 12. Der Verwaltungsrat versieht in Ansehung des Schiedsgerichtshofs dieselben Verrichtungen, die er in Ansehung des ständigen Schiedshofs versieht.

Art. 13. Das Internationale Bureau dient dem Schiedsgerichtshof als Gerichtsschreiberei und hat seine Räumlichkeiten und seine Geschäftseinrichtung dem Schiedsgerichtshof zur Verfügung zu stellen. Es hat das Archiv unter seiner Obhut und besorgt alle Verwaltungsgeschäfte.

Le Secrétaire Général du Bureau remplit les fonctions de greffier.

Les secrétaires adjoints au greffier, les traducteurs et les sténographes nécessaires sont désignés et assermentés par la Cour.

Art. 14. La Cour se réunit en session une fois par an. La session commence le troisième mercredi de juin et dure tant que l'ordre du jour n'aura pas été épuisé.

La Cour ne se réunit pas en session, si la Délégation estime que cette réunion n'est pas nécessaire. Toutefois, si une Puissance est partie à un litige actuellement pendant devant la Cour et dont l'instruction est terminée ou va être terminée, elle a le droit d'exiger que la session ait lieu.

En cas de nécessité, la Délégation peut convoquer la Cour en session extraordinaire.

Art. 15. Un compte-rendu des travaux de la Cour sera dressé chaque année par la Délégation. Ce compte-rendu sera transmis aux Puissances contractantes par l'intermédiaire du Bureau international. Il sera communiqué aussi à tous les juges et juges suppléants de la Cour.

Art. 16. Les juges et les juges suppléants, membres de la Cour de justice arbitrale, peuvent aussi être nommés aux fonctions de juge et de juge suppléant dans la Cour internationale des prises.

Titre II.

Compétence et procédure.

Art. 17. La Cour de justice arbitrale est compétente pour tous les cas qui sont portés devant elle, en vertu d'une stipulation générale d'arbitrage ou d'un accord spécial.

Der Generalsekretär des internationalen Bureaus versteht die Verrichtungen eines Gerichtsschreibers.

Die dem Gerichtsschreiber beizugebenden Sekretäre sowie die erforderlichen Übersetzer und Stenographen werden vom Schiedsgerichtshof ernannt und vereidigt.

Art. 14. Der Gerichtshof tritt einmal im Jahre zu einer Tagung zusammen. Die Tagung beginnt am dritten Mittwoch im Juni und dauert bis zur Erledigung der Tagesordnung.

Der Gerichtshof tritt nicht zur Tagung zusammen, wenn nach dem Dafürhalten der Delegation ein solcher Zusammentritt nicht notwendig ist. Ist jedoch eine Macht als Partei an einem vor dem Schiedsgerichtshof anhängigen Rechtsstreite beteiligt, dessen Vorverfahren beendet ist oder seinem Ende entgegengeht, so hat sie das Recht, zu verlangen, dass die Tagung stattfindet.

Nötigen Falles kann die Delegation den Gerichtshof zu einer ausserordentlichen Tagung einberufen.

Art. 15. Über die Arbeiten des Gerichtshofs wird in jedem Jahre von der Delegation ein Bericht abgefasst. Dieser Bericht wird den Vertragsmächten durch Vermittelung des internationalen Bureaus übersandt. Er ist ferner allen Richtern und Hilfsrichtern des Gerichtshofs mitzuteilen.

Art. 16. Die Mitglieder des Schiedsgerichtshofs, Richter wie Hilfsrichter, können auch zu der Tätigkeit als Richter und Hilfsrichter beim internationalen Prisenhofe berufen werden.

II. Titel.

Zuständigkeit und Verfahren.

Art. 17. Der Schiedsgerichtshof ist zuständig für alle Sachen, die auf Grund einer allgemeinen Schiedsabrede oder einer besonderen Vereinbarung vor ihn gebracht werden.

Art. 18. La Délégation est compétente :

- 1° pour juger les cas d'arbitrage visés à l'article précédent, si les Parties sont d'accord pour réclamer l'application de la procédure sommaire, réglée au Titre IV Chapitre 4 de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux ;
- 2° pour procéder à une enquête en vertu et en conformité du Titre III de ladite Convention en tant que la Délégation en est chargée par les Parties agissant d'un commun accord. Avec l'assentiment des Parties et par dérogation à l'article 7 alinéa 1, les membres de la Délégation ayant pris part à l'enquête peuvent siéger comme juges, si le litige est soumis à l'arbitrage de la Cour ou de la Délégation elle-même.

Art. 19. La Délégation est, en outre, compétente pour l'établissement du compromis visé par l'article 52 de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, si les Parties sont d'accord pour s'en remettre à la Cour.

Elle est également compétente, même si la demande est faite seulement par l'une des Parties, après qu'un accord par la voie diplomatique a été vainement essayé, quand il s'agit :

- 1° d'un différend rentrant dans un traité d'arbitrage général conclu ou renouvelé après la mise en vigueur de cette Convention et qui prévoit pour chaque différend un compromis, et n'exclut pour l'établissement de ce dernier ni explicitement ni implicitement la compétence de la Délégation. Toutefois, le recours à la Cour n'a pas lieu si l'autre Partie déclare qu'à

Art. 18. Die Delegation ist zuständig:

1. für die Entscheidung der im vorstehenden Artikel bezeichneten Schiedsfälle, wenn die Parteien darin einig sind, die Anwendung des abgekürzten Verfahrens, wie es im Titel IV Kapitel 4 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle geregelt ist, zu verlangen;
2. für die Vornahme einer Untersuchung auf Grund und in Gemässheit des dritten Titels des bezeichneten Abkommens, sofern die Delegation von den Parteien gemeinschaftlich hiermit betraut wird. Mit Zustimmung der Parteien dürfen in Abweichung vom Artikel 7 Abs. 1 die Mitglieder der Delegation, die an der Untersuchung teilgenommen haben, als Richter tätig sein, wenn die Streitigkeit der Schiedssprechung des Schiedsgerichtshofs oder der Delegation selbst unterbreitet wird.

Art. 19. Die Delegation ist ferner zuständig für die Feststellung des im Artikel 52 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vorgesehenen Schiedsvertrags, wenn die Parteien darin einig sind, ihr diese zu überlassen.

Sie ist ferner auf Antrag auch nur einer der Parteien zuständig, wenn zuvor eine Verständigung auf diplomatischem Wege vergeblich versucht worden ist und es sich handelt

1. um einen Streitfall, der unter ein nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossenes oder erneuertes allgemeines Schiedsabkommen fällt, sofern letzteres für jeden einzelnen Streitfall einen Schiedsvertrag vorsieht und dessen Feststellung der Zuständigkeit der Delegation weder ausdrücklich noch stillschweigend entzieht. Doch ist, wenn die Gegenpartei

son avis le différend n'appartient pas à la catégorie des questions à soumettre à un arbitrage obligatoire, à moins que le traité d'arbitrage ne confère au Tribunal arbitral le pouvoir de décider cette question préalable ;

- 2° d'un différend provenant de dettes contractuelles réclamées à une Puissance par une autre Puissance comme dues à ses nationaux, et pour la solution duquel l'offre d'arbitrage a été acceptée. Cette disposition n'est pas applicable si l'acceptation a été subordonnée à la condition que le compromis soit établi selon un autre mode.

Art. 20. Chacune des Parties a le droit de désigner un juge de la Cour pour prendre part, avec voix délibérative, à l'examen de l'affaire soumise à la Délégation.

Si la Délégation fonctionne en qualité de Commission d'enquête, ce mandat peut être confié à des personnes prises en dehors des juges de la Cour. Les frais de déplacement et la rétribution à allouer auxdites personnes sont fixés et supportés par les Puissances qui les ont nommés.

Art. 21. L'accès de la Cour de justice arbitrale, instituée par la présente Convention, n'est ouvert qu'aux Puissances contractantes.

Art. 22. La Cour de justice arbitrale suit les règles de procédure édictées par la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, sauf ce qui est prescrit par la présente Convention.

erklärt, dass nach ihrer Auffassung der Streitfall nicht zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Fragen gehört, die Anrufung des Gerichtshofs nicht zulässig, es sei denn, dass das Schiedsabkommen dem Schiedsgerichte die Befugnis zur Entscheidung dieser Vorfrage überträgt;

2. um einen Streitfall, der aus den bei einer Macht von einer anderen Macht für deren Angehörige eingeforderten Vertragsschulden herrührt und für dessen Beilegung das Anerbieten schiedsrichterlicher Erledigung angenommen worden ist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Annahme unter der Bedingung erfolgt ist, dass der Schiedsvertrag auf einem anderen Wege festgestellt werden soll.

Art. 20. Jede Partei hat das Recht, einen Richter des Gerichtshofs zu bestellen, um mit beschliessender Stimme an der Prüfung der der Delegation unterbreiteten Sache teilzunehmen.

Dieser Auftrag kann, wenn die Delegation als Untersuchungskommission tätig ist, auch Personen übertragen werden, die nicht aus den Richtern des Gerichtshofs genommen sind. Die diesen Personen zu gewährenden Reisekosten und Bezüge werden von den Mächten, die sie ernannt haben, festgesetzt und getragen.

Art. 21. Der Zugang zu dem durch dieses Abkommen eingerichteten Schiedsgerichtshofe steht nur den Vertragsmächten offen.

Art. 22. Der Schiedsgerichtshof befolgt die in dem Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle aufgestellten Regeln über das Verfahren, soweit nicht das vorliegende Abkommen ein anderes bestimmt.

Art. 23. La Cour décide du choix de la langue dont elle fera usage, et des langues dont l'emploi sera autorisé devant elle.

Art. 24. Le Bureau international sert d'intermédiaire pour toutes les communications à faire aux juges au cours de l'instruction prévue à l'article 63 alinéa 2 de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux.

Art. 25. Pour toutes les notifications à faire, notamment aux Parties, aux témoins et aux experts, la Cour peut s'adresser directement au Gouvernement de la Puissance sur le territoire de laquelle la notification doit être effectuée. Il en est de même s'il s'agit de faire procéder à l'établissement de tout moyen de preuve.

Lès requêtes adressées à cet effet ne peuvent être refusées que si la Puissance requise les juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité. S'il est donné suite à la requête, les frais ne comprennent que les dépenses d'exécution réellement effectuées.

La Cour a également la faculté de recourir à l'intermédiaire de la Puissance sur le territoire de laquelle elle a son siège.

Les notifications à faire aux Parties dans le lieu où siège la Cour peuvent être exécutées par le Bureau international.

Art. 26. Les débats sont dirigés par le Président ou le Vice-Président et, en cas d'absence ou d'empêchement de l'un et de l'autre, par le plus ancien des juges présents.

Le juge nommé par une des Parties ne peut siéger comme Président.

Art. 23. Der Gerichtshof entscheidet über die Wahl der Sprache, deren er sich bedienen wird, und der Sprachen, deren Gebrauch vor ihm gestattet sein soll.

Art. 24. Das internationale Bureau dient als Vermittler für alle Mitteilungen, die an die Richter im Laufe des im Artikel 63 Abs. 2 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vorgesehenen Vorverfahrens zu machen sind.

Art. 25. Der Gerichtshof kann sich zur Bewirkung aller Zustellungen, insbesondere an die Parteien, Zeugen und Sachverständigen, unmittelbar an die Regierung der Macht wenden, in deren Gebiete die Zustellung erfolgen soll. Das gleiche gilt, wenn es sich um irgend eine Beweisaufnahme handelt.

Die zu diesem Zwecke erlassenen Ersuchen können nur abgelehnt werden, wenn die ersuchte Macht sie für geeignet hält, ihre Hoheitsrechte oder ihre Sicherheit zu gefährden. Wird dem Ersuchen stattgegeben, so dürfen die Kosten nur die Auslagen begreifen, die durch die Erledigung wirklich entstanden sind.

Dem Gerichtshofe steht gleichfalls frei, die Vermittelung der Macht in Anspruch zu nehmen, in deren Gebiet er seinen Sitz hat.

Die Zustellungen an die Parteien, die an dem Orte erfolgen sollen, wo der Gerichtshof seinen Sitz hat, können durch das internationale Bureau bewirkt werden.

Art. 26. Die Verhandlung wird von dem Präsidenten oder dem Vizepräsidenten und im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung beider von dem im Range ältesten der anwesenden Richter geleitet.

Der von einer der Parteien ernannte Richter kann nicht Vorsitzender sein.

Art. 27. Les délibérations de la Cour ont lieu à huis clos et restent secrètes.

Toute décision est prise à la majorité des juges présents. Si la Cour siège en nombre pair et qu'il y ait partage des voix, la voix du dernier des juges, dans l'ordre de préséance établi d'après l'article 4 alinéa 1, ne sera pas comptée.

Art. 28. Les arrêts de la Cour doivent être motivés. Ils mentionnent les noms des juges qui y ont participé; ils sont signés par le Président et par le greffier.

Art. 29. Chaque Partie supporte ses propres frais et une part égale des frais spéciaux de l'instance.

Art. 30. Les dispositions des articles 21 à 29 sont appliquées par analogie dans la procédure devant la Délégation.

Lorsque le droit d'adjoindre un membre à la Délégation n'a été exercé que par une seule Partie, la voix du membre adjoint n'est pas comptée s'il y a partage de voix.

Art. 31. Les frais généraux de la Cour sont supportés par les Puissances contractantes.

Le Conseil administratif s'adresse aux Puissances pour obtenir les fonds nécessaires au fonctionnement de la Cour.

Art. 32. La Cour fait elle-même son règlement d'ordre intérieur qui doit être communiqué aux Puissances contractantes.

Après la ratification de la présente Convention, la Cour se réunira aussitôt que possible, pour élaborer ce

Art. 27. Die Beratung des Gerichtshofs erfolgt nicht öffentlich und bleibt geheim.

Jede Entscheidung ergeht nach der Mehrheit der anwesenden Richter. Wenn sich bei einer geraden Zahl von Richtern Stimmengleichheit ergibt, so wird die Stimme des nach Artikel 4 Abs. 1 im Range jüngsten Richters nicht mitgezählt.

Art. 28. Die Urteile des Gerichtshofs sind mit Gründen zu versehen. Sie enthalten die Namen der Richter, die daran teilgenommen haben; sie werden von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber unterzeichnet.

Art. 29. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten selbst und die besonderen Kosten des Verfahrens zu gleichem Anteile.

Art. 30. Die Bestimmungen der Artikel 21 bis 29 finden auf das Verfahren vor der Delegation entsprechende Anwendung.

Wenn das Recht, der Delegation ein Mitglied beizugeben, nur von der einen Partei ausgeübt worden ist, so wird die Stimme des beigegebenen Mitglieds bei Stimmengleichheit nicht mitgezählt.

Art. 31. Die allgemeinen Kosten des Gerichtshofs werden von den Vertragsmächten getragen.

Der Verwaltungsrat wendet sich an die Mächte, um die für die Tätigkeit des Gerichtshofs erforderlichen Beträge zu erhalten.

Art. 32. Der Gerichtshof stellt selbst seine Geschäftsordnung auf, die den Vertragsmächten mitzuteilen ist.

Nach der Ratifikation dieses Abkommens wird der Gerichtshof möglichst bald zusammentreten, um die Ge-

règlement, pour élire le Président et le Vice-Président, ainsi que pour désigner les membres de la Délégation.

Art. 33. La Cour peut proposer des modifications à apporter aux dispositions de la présente Convention qui concernent la procédure. Ces propositions sont communiquées par l'intermédiaire du Gouvernement des Pays-Bas aux Puissances contractantes qui se concerteront sur la suite à y donner.

Titre III.

Dispositions finales.

Art. 34. La présente Convention sera ratifiée dans le plus bref délai possible.

Les ratifications seront déposées à La Haye.

Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances signataires.

Art. 35. La Convention entrera en vigueur six mois après sa ratification.

Elle aura une durée de douze ans, et sera renouvelée tacitement de douze ans en douze ans, sauf dénonciation.

La dénonciation devra être notifiée, au moins deux ans avant l'expiration de chaque période, au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donnera connaissance aux autres Puissances.

La dénonciation ne produira effet qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. La Convention restera exécutoire dans les rapports entre les autres Puissances.

schäftsordnung auszuarbeiten, den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen, sowie die Mitglieder der Delegation zu bestellen.

Art. 33. Der Gerichtshof kann Abänderungen der das Verfahren betreffenden Bestimmungen dieses Abkommens vorschlagen. Diese Vorschläge werden durch Vermittelung der Regierung der Niederlande den Vertragsmächten mitgeteilt, die sich über die ihnen zu gebende Folge verständigen werden.

III. Titel.

Schlussbestimmungen.

Art. 34. Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Über die Hinterlegung einer jeden Ratifikationsurkunde soll ein Protokoll aufgenommen werden; von diesem soll beglaubigte Abschrift allen Signatarmächten auf diplomatischem Wege mitgeteilt werden.

Art. 35. Dieses Abkommen tritt sechs Monate nach der Ratifikation in Kraft.

Es hat eine Dauer von zwölf Jahren und gilt in Ermangelung einer Kündigung als stillschweigend von zwölf zu zwölf Jahren erneuert.

Die Kündigung muss wenigstens zwei Jahre vor dem Ablauf eines jeden Zeitraums der Regierung der Niederlande erklärt werden, die hiervon den anderen Mächten Kenntnis geben wird.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht wirksam sein, die sie erklärt hat. Für die Beziehungen zwischen den übrigen Vertragsmächten bleibt das Abkommen in Kraft.

